

Texte 6

GUNTHER KOHLMEY

Sozialismus als Alternative

Texte von 1947 bis 1993

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Texte 6

GUNTHER KOHLMHEY

Sozialismus als Alternative

Texte von 1947 bis 1993

Die Herausgeber danken Frau Gerda Kohlmei, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Ruth Andexel sowie Arndt Hopfmann für die gewährte Unterstützung.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kohlmei, Gunther:

Sozialismus als Alternative : Texte von 1947 bis 1993 /

Gunther Kohlmei. Hrsg. von Wolfram Adolphi und

Jörn Schüttrumpf.

Im Auftr. der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. –

Berlin : Dietz, 2001

(Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 6)

ISBN 3-320-02966-5

Copyright © Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2001

Umschlag: MediaService

Satz: Jörn Schüttrumpf

Druck und Verarbeitung: BärenDruck Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2001

Inhalt

<i>Vorwort</i>	7
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	12
Tag des Sieges – Tag der Freiheit Ergebnis und Ende der deutschen Misere 1947	13
Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß 1951	18
Vier Grundfragen der Geldtheorie 1956	57
Zur Systematisierung der heutigen bürgerlichen Geld- und Kredittheorien 1956	75
Vorwort zu Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt 1984	80
Ethnische Selbstbestimmung und Globalität 1993	94
 <i>Briefe</i>	
Gunther Kohlmey an Werner Mittenzwei 1987	103
Gunther Kohlmey an Karl-Georg Zinn 1989	105
Gunther Kohlmey an den Maler Klaus Tober 1993	108
Gunther Kohlmey an Jannek Streber 1993	110

Anhang

FRED OELSSNER

Eine Neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie, Auszug
1953 111

Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche
Praxis und die Ansichten von Prof. Dr. Kohlmey (Dokument)
1958 114

WALTER TUCHSCHEERER, KURT ZIESCHANG, KARL BICHTLER
Beurteilung des Genossen Prof. Dr. Kohlmey
1959 130

Brief an Dr. Günter Mittag (Dokument)
1963 132

Stellungnahme zum Artikel-Entwurf des
Genossen Prof. Gunter Kohlmey (Dokument)
1964 133

WOLFRAM ADOLPHI

Rede zur Beisetzung von Gunther Kohlmey
am 28. Januar 2000 auf dem Friedhof der
Evangelischen Segensgemeinde
in Berlin-Weißensee, Gustav-Adolf-Straße 136

CARLOS und OLIMPIA MENENDEZ

e-Mail an die Familie Kohlmey-Fischer
2001 141

Bibliographie der Schriften von Gunther Kohlmey 142

Vorwort

Eine nichtstalinistische Vorstellung von der Reproduktion im Sozialismus sowjetischen Typs zu entwickeln und dabei Stalinitate zu verwenden, konnte nur einem Außenseiter in den Sinn kommen. Gunther Kohlmey war ein solcher Außenseiter; ihm fehlte Wesentliches: die Erfahrung der Gleichschaltung, die andere – mit der Sowjetunion verbundene – Wissenschaftler in den zwanziger Jahren hatten machen müssen; das unmittelbare Erlebnis der Ausrottung großer Teile der KPD-Emigration, verbunden mit dem Bewußtsein, selbst nur zufällig der Ermordung durch die eigenen Genossen entronnen zu sein; sowie die Bereitschaft zu einer Art Disziplin, deren Übergänge zum Kadavergehorsam bestenfalls als fließend bezeichnet werden dürfen.

Die Verliese des NKWD, die auch er von innen kennenlernte, hatten bei ihm keine persönlichkeitszerstörende Wirkung hinterlassen. Denn er war nicht als Spitzenfunktionär der kommunistischen Weltbewegung dorthin verbracht worden, sondern als Leutnant der faschistischen Wehrmacht. Gunther Kohlmey war ein Überläufer, im Jahre 1943, lange vor der definitiven Niederlage seiner Armee – und damit eine Ausnahme. Die sowjetische Seite war entsprechend mißtrauisch. Gunther Kohlmey hat seinen Entschluß nie bereut, daran vermochte auch seine Haftzeit nichts zu ändern.

Der Berliner Lehrersohn hatte die heile Vorkriegswelt seines Standes nicht mehr kennengelernt, er wurde im letzten Friedensjahr, im Sommer 1913, geboren. Reste dieser Welt erlebte er in den zwanziger Jahren während der Sommerferien bei Verwandten auf einem Gut in Pommern. Geblieben davon war seine Liebe zum Reiten. Noch zu seinem achtzigsten Geburtstag stieg er aufs Pferd.

Politisch gehörte er in der ausgehenden Weimarer Republik einer Gruppe an, in der national und zugleich kapitalismuskritisch Gesinnte zusammen mit Kommunisten nach Verständigung suchten. Aus dieser Verbindung speiste sich nicht nur wesentlich seine Immunität gegenüber dem Nationalsozialismus, sondern auch seine Überzeugung, nie gegen die Sowjetunion kämpfen zu wollen. Bei der ersten Gelegenheit wechselte er die Seiten.

Die sowjetischen Behörden setzten den Ökonomen, der 1939 über die Industrialisierung in Britisch-Indien und Argentinien promoviert hatte, als Lehrer in der Antifa-Schule Krasnogorsk ein. Er hatte sich ein eigenes Weltbild erarbeitet und seine Schlußfolgerungen aus der deutschen Geschichte gezogen. Gunther Kohlmey verstand den 8. Mai 1945 als *Tag der Freiheit* und als *Ergebnis und Ende der deutschen Misere* (siehe S. 13-17 in diesem Band).

Für die kommunistischen Emigranten aus Deutschland war er – ein Offizier, der Marx nicht nur gelesen, sondern auch zu seinem Anhänger geworden war – ein Geschenk. 1947 holten sie ihn in seine Heimatstadt Berlin und machten ihn – nach einem kurzen Intermezzo als Wirtschaftsredakteur bei der *Berliner Zeitung* – zum Dekan für Wirtschaftswissenschaften an der *Deutschen Verwaltungsakademie Forst Zinna*, der Kaderschmiede für die Funktionäre eines werdenden deutschen Staates, und damit zu ihrem Chef-Politökonom.

Durch Stalins Terror waren Intellektuelle in der KPD knapp geworden. Trotzdem hatten die proletarischen Kader, die von der Ausrottung keineswegs verschont geblieben waren, zu Intellektuellen ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits hatten sie sich 1928/29 – endgültig – von ihnen politisch freimachen und die ursprüngliche Intellektuellenpartei KPD irreversibel in eine linksradikale Arbeiter-Funktionärs-Partei verwandeln können, andererseits ließ sich die Situation im nachfaschistischen Deutschland nicht mit revolutionärem Aktionismus allein bewältigen.

Nicht nur »bündnispolitisch« war die Zusammenarbeit mit den intellektuellen Eliten nicht verzichtbar – viel schlimmer für die Funktionäre war, daß sie bei der Lösung der konstruktiven Aufgaben nicht ohne Intellektuelle auskamen. Minderwertigkeitsgefühle, gepaart mit Verachtung und der festen Absicht, Intellektuelle nie wieder zu entscheidendem Einfluß in der Partei kommen zu lassen, kollidierten mit den Notwendigkeiten des Aufbaus.

Für die Vernichtung der alten Gesellschaft verfügten die proletarischen Kader der KPD respektive SED über so etwas wie ein Programm; für den Aufbau einer neuen Gesellschaft hatten sie aber nichts außer dem Vorbild der Sowjetunion. Dort war am Anfang auf die alten Eliten zurückgegriffen worden – bis man glaubte, sich ihrer entledigen zu können. Ihre Ausschaltung begann 1930 mit dem Schachty-Prozeß.

In diesem Koordinatensystem hatte sich Gunther Kohlmey zu bewegen – lange Zeit, ohne es wirklich zu erkennen. Sein Glaube an den Fortschritt im Osten Deutschlands und an seine eigene positive Rolle war noch unerschüttert. Sogar das Politbüro des SED-Zentralkomitees ließ sich 1951 im Parteilehrjahr von ihm über theoretische Fragen der Ökonomie unterrichten. Bis 1956 agierte Gunther Kohlmey nahezu unbefangen.

In seiner ersten größeren Arbeit nach dem Kriege *Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß* (1950 geschrieben, 1951 veröffentlicht) wagte er sich als erster an einige Schwachstellen der jungen DDR-Wirtschaft heran und plädierte für den Ausbau des bestehenden Großhandels mit Produktionsmitteln, also für einen Produktionsmittelmarkt. Er hielt es für »unzweckmäßig, daß unsere volkseigenen Produktionsbetriebe selbst den Bezug ihrer Materialien und den Absatz ihrer Erzeugnisse durchführen« (S. 20). Statt des Natural-

austausches zwischen den Betrieben auf der Grundlage des administrativen Befehls seitens des Staates sollten sich die Gebrauchswerte auf dem Markt realisieren. Und: »Die einzelnen Betriebe müssen, nachdem ihre volkswirtschaftlich zweckmäßige Größe festgelegt worden ist, administrativ und wirtschaftlich verselbständigt werden. Sie werden selbständige Rechtsträger des Volkseigentums. Das gilt auch für die DHZ und in Zukunft sogar für einen mehr oder minder großen Teil der Niederlassungen.« (S. 52) Damit war der Rahmen für eine sozialistische Marktwirtschaft umrissen – und eine Kampfansage an die herrschende Lehre von der Staatswirtschaft formuliert, auch wenn der Beitrag in der Sprache der Zeit verfaßt und mit, zum Teil naiven, Erwartungen an die Lösbarkeit aller Probleme durchsetzt war.

1953 sprach Fred Oelßner, damals der Chefideologe der SED, vom »Widerstand unserer Wirtschaftsorgane gegen den Direktverkehr zwischen den volkseigenen Betrieben ..., in dem Bestreben, alle Erzeugnisse der volkseigenen Industrie nur über die Handelszentralen zu realisieren. Diese falsche und schädliche Tendenz hatte auch eine theoretische Begründung gefunden. Im Jahre 1951 veröffentlichte Genosse Gunther Kohlmey in der Zeitschrift ›Der Handel‹ einen längeren Aufsatz ›Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß‹.« (S. 111) »Die Meinung des Genossen Kohlmey, daß der ›Warenfonds‹ erst realisiert, das heißt in Geld verwandelt werden muß, trifft eben für die volkseigene Industrie nicht zu. Die Metallurgie braucht ihren Stahl nicht zu verkaufen, sondern der Staat teilt ihn unmittelbar dem Maschinenbau zu«, hielt er Kohlmey entgegen (S. 113).

Mit dem Buch *Eine neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie* (am 13. Dezember 1952 als Vortrag auf der zweiten theoretischen Konferenz des ZK der SED zum Thema »Die Bedeutung des Werkes J.W. Stalins ›Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‹ für unsere Arbeit« gehalten, im April 1953 gedruckt und am 30. April 1953 imprimiert¹) lieferte Fred Oelßner die Begründungen für den geplanten Übergang zu einer noch stärker stalinisierten Wirtschaft in der DDR. Im Herbst 1952 hatte die Sowjetunion begonnen, die DDR-Wirtschaft in die Vorbereitungen auf einen bevorstehenden Weltkrieg einzubeziehen; alle noch bestehenden Reste von Marktwirtschaft sollten liquidiert werden. Als Begleitmusik bejubelte die SED-Führung die im Ostblock wütende antisemitische Kampagne der Sowjets, die mit dem Slansky-Prozeß in Prag ihren Höhepunkt erreichte. Auch im Osten Deutschlands, wo seit Anfang 1949 Schauprozeßopfer ausgewählt und zugerichtet wurden, trat die Vorbereitung der Schauprozesse in ihre letzte Phase.

1 Kopie der Imprimaturseite aus dem Archiv des Dietz Verlages Berlin im Archiv Schütrumpf (Kopie wurde 1991 angefertigt).

2 Ebenda.

Gunther Kohlmey war in Oelßners Buch der einzige kritisierte Marxist. Wie »freundschaftliche und helfende Kritik« im Handumdrehen in schwerste Anklagen übersetzt werden kann, hatte Stalins Chefankläger Wyschinski oft genug demonstriert. Für Gunther Kohlmey blieb der Vorgang aber ohne Folgen; nach dem 17. Juni wurden Intellektuelle wieder gebraucht. Oelßners Buch wurde zurückgezogen, im Dezember 1953 wurde es in den Bibliotheken sekretiert.²

Nach dem 17. Juni beauftragte Fred Oelßner den kurz zuvor noch Kritisiererten mit der Gründung eines Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften und der Herausgabe einer wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift, der *Wirtschaftswissenschaft*. Es war die Zeit der großen Chefredakteure. Herbert Sandberg als erbitterter Kritiker der Formalismusverdikte übernahm Ende 1953 die *Bildende Kunst*, Wolfgang Harich leitete die *Zeitschrift für Philosophie*, Peter Huchel *Sinn und Form*, Fritz Klein die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* und Gunther Kohlmey die *Wirtschaftswissenschaft*.

Stellvertreter im Institut wurde Fritz Behrens, Lehrstuhlinhaber in Leipzig und Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR. Behrens hatte in der Nazizeit an der Prager Karls-Universität überwintert und nach 1945 die Leipziger Universität zu einem Hort linker, sowjetfreundlicher Intellektueller gemacht. Werner Krauss kam aus Schweden, Ernst Bloch aus den USA, Hans Mayer aus Frankfurt am Main, Walter Markov aus Bonn. (Bis auf Krauss fielen auch sie alle in Ungnade; Markov, der 1945 den Aufstand im Zuchthaus Siegburg geleitet hatte, als erster – 1951.)

Ende 1955 gründete Gunther Kohlmey mit *Geld und Kredit* eine weitere Zeitschrift, deren erstes Heft er mit dem Beitrag zu *Vier Grundfragen der Geldtheorie* eröffnete (S. 57-74). Hier finden sich in komprimierter Form seine Vorstellungen über eine staatsunabhängige Zentralbank, die die administrative Lenkung der Wirtschaft durch die Lenkung mit ökonomischen Mitteln und Methoden ersetzen sollte. Der Artikel war das Ergebnis kollektiver Arbeit – neben Kollegen der Akademie hatte vor allem die Präsidentin der Staatsbank, Greta Kuckhoff, ihre Ansichten einfließen lassen. Angesichts des Chaos' in der DDR-Wirtschaft und der Unmöglichkeit, Abläufe in der Wirtschaft durch den Staat zum Nutzen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat sinnvoll zu koordinieren, plädierten sie implizit für eine Ökonomisierung der Planökonomie. Anders als in seinem Artikel von 1951 verzichtete Gunther Kohlmey allerdings auf ausdrückliche Praxisbezüge.

Dafür wurden Greta Kuckhoff und er im Laufe des Jahres 1956 auf Konferenzen um so deutlicher. »Auch Prof. Dr. Kohlmey, der zu dieser Zeit Leiter des Instituts war, vertritt seit 1956 in Publikationen sowie auf verschiedenen Tagungen Auffassungen über die Rolle des Wertgesetzes, des Staatshaushaltes,

des Kreditsystems und hier insbesondere über die Aufgaben der Deutschen Notenbank der DDR, die als revisionistisch bezeichnet werden müssen«, lautete 1958 zusammengefaßt das Verdikt (*Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Prof. Dr. Kohlmei*, S. 114-129). Greta Kuckhoff und Gunther Kohlmei waren zu diesem Zeitpunkt längst abgelöst, ebenso wie Fritz Behrens, Herbert Sandberg und Fritz Klein. Wolfgang Harich wurde für acht Jahre eingesperrt. Ernst Bloch hatte Lehrverbot, Hans Mayer sich ständig heftiger werdender Anfeindungen zu erwehren. Bloch emigrierte 1961, Mayer zwei Jahre später, Huchel nach jahrelanger vollständiger Isolierung 1971. Für Fred Oelßner, der 1958 ebenfalls gestürzt wurde, hatte sich Walter Ulbricht etwas Besonderes ausgedacht: Er wurde der Nachfolger von Gunther Kohlmei als Institutsdirektor.

1959 wurde Gunther Kohlmei nach langer Zeit wieder einmal zu Walter Ulbricht bestellt, der ihm eröffnete, daß man sie alle eigentlich hätte einsperren müssen, und eine öffentliche Selbstkritik in *Neues Deutschland* verlangte. Nach dem Desaster des 7-Jahr-Planes und dem Mauerbau konnte aber auch Walter Ulbricht der Erkenntnis nicht ausweichen, daß Veränderungen in der Wirtschaft unvermeidlich waren. Gunther Kohlmei nahm das Angebot zum Mittun im RGW und bei der Bearbeitung internationaler Fragen an; Fritz Behrens lehnte ab. Schon 1963 begannen intern neuerliche Angriffe (siehe *An Dr. Günter Mittag*, S. 132, *Stellungnahme zum Artikel-Entwurf des Genossen Prof. Gunther Kohlmei*, S. 133-135). 1968 ließ Günter Mittag demonstrativ ein Buch von Gunther Kohlmei und Wilfried Meier auf der Leipziger Messe entfernen und einstampfen. Gunther Kohlmei wurde endgültig kaltgestellt.

Ihm blieb seine Professur an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, wo er sich in den Folgejahren noch mehr als zuvor um den wissenschaftlichen Nachwuchs kümmerte. Nach Christa Luft wurde Hans-Peter Krüger zu seinem wichtigsten Schüler. Im *Vorwort zu Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt*, 1984 (S. 80-93) zog er Bilanz seiner Forschungen – und sparte dabei weder an Selbstironie noch an Selbstkritik.

Die Herausgeber des vorliegenden Bandes, beides keine Wirtschaftswissenschaftler, haben Gunther Kohlmei erst 1991/92 kennengelernt – Helmut Steiner hatte ihn gewonnen, an der Zeitschrift *UTOPIE kreativ* mitzuarbeiten und den Vorsitz des Fördervereins *Konkrete Utopien e.V.* zu übernehmen. Wir haben viel von ihm gelernt.

Abkürzungsverzeichnis

<i>DAHA</i>	Deutsche Außenhandel (1949 bis ca. 1951, dann DIA)
<i>DHG</i>	Deutsche Handelsgesellschaft (1948 bis 1950)
<i>DHZ</i>	Deutsche Handelzentrale (1949 bis nach 1960; z. B. DHZ Textil, Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik, Feinmechanik-Optik)
<i>DVA</i>	Deutsche Verwaltungsakademie (ab 1952 Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, DASR)
<i>MAS</i>	Maschinenausleihstation (1949-1952, dann MTS)
<i>DIA</i>	Deutscher Innen- und Außenhandel (ab 1951 bis ?)
<i>VEAB</i>	Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb für landwirtschaftlicher Erzeugnisse (? bis 1968)
<i>VEB</i>	Volkseigener Betrieb (1946-1990)
<i>VEG</i>	Volkseigenes Gut (1945-1990)
<i>VVB</i>	Vereinigung Volkseigener Betriebe

Tag des Sieges – Tag der Freiheit Ergebnis und Ende der deutschen Misere*

1

Wie oft hörten wir es nicht aus Hitlers oder Goebbels' Mund, dieses: »Kein neues 1918!« Und was haben wir nicht an Blut vergossen, welche Werte nicht vernichtet, um diesen Befehl – wie alle anderen – auszuführen!

Warum haßten die deutschen Plutokraten und ihre Hitlerclique dieses 1918 so? Weil damals der arbeitende deutsche Mensch aufstand, um die hinwegzufegen, die für ihre Klasseninteressen weiter Blut vergießen wollten.

Die Revolution von 1918 kam zwar spät, aber sie kam. Im zweiten Weltkrieg stellte sich das deutsche Volk bis zuletzt kämpfend vor seine Mörder-Führer. Welche Tragik, welches Verbrechen, welche Schuld! Andre Völker – gerade die, die von uns überfallen wurden, befreiten Deutschland von seinem schändlichen Regime.

Nicht zum ersten Mal wurde in diesem Hitlerkrieg ein Charakterzug des deutschen Durchschnittsbürgers demonstriert, dessen zwei Seiten einander ergänzen:

Mangelndes Freiheitsgefühl, Unselbständigkeit und Dienstfertigkeit des »Untertanen« einerseits – die Brutalität des Tyrannen über fremde Völker andererseits; Knecht im Inneren – »Herr« nach außen.

Oft genug haben uns große Deutsche diesen Spiegel vorgehalten. Vor über hundert Jahren schrieb Hegel in seiner »Geschichte der Philosophie«:

»Der Deutsche, je knechtischer auf der einen Seite, desto zügelloser ist er auf der anderen: Beschränktheit und Maßloses ... ist der Satansengel, der uns mit Fäusten schlägt.«

Und auch die anderen Völker schlägt! Denn statt sich die Freiheit des Denkens und des politischen Handelns gegen die Unterdrücker im eigenen Land zu erkämpfen, zogen wir Deutsche immer wieder aus, um mit unseren Unterdrückern die von anderen Völkern errungene Freiheit zu vernichten.

2

Die *deutsche Misere* besteht darin, daß in allen entscheidenden innerpolitischen Kämpfen um die Gestaltung unseres sozialen Lebens die fortschrittsfeindlichen Elemente die Oberhand behielten.

* Tag des Sieges – Tag der Freiheit. Ergebnis und Ende der deutschen Misere. Von Dr. Günther Kohlmei, Lager 40 A, in: »Nachrichten« (Moskau), Nr. 18, 28. April 1947

Die *deutsche Tragödie* besteht darin, daß die sich bietenden historischen Möglichkeiten zur fortschrittlichen Umgestaltung (1525, 1848, 1918) nicht genutzt wurden. Deutschland ist das Land der seit Jahrhunderten anstehenden, aber unvollendet gebliebenen bürgerlichen Revolution. So fehlt dem deutschen Bürgertum eine demokratische, eine kämpferische, eine revolutionäre Tradition. Die *deutsche Schuld* besteht darin, daß das deutsche Volk sich lieber für Expansionen als für Revolutionen opferte. Statt die Revolution der anderen Völker zu teilen, marschierte der deutsche und insbesondere der preußische Untertan auf Befehl seiner und der ausländischen Herren, um die Freiheit niederzuschlagen: so 1792 gegen die französische Revolution, so 1830 gegen die Polen, so 1848 gegen Polen und Südwestdeutschland, so 1871 gegen die Pariser Kommune, so nach 1917 gegen die russische Revolution, so 1936 gegen die spanischen Republikaner.

Zu allen Zeiten gab es gewiß deutsche Kämpfer für Freiheit und Fortschritt; aber nie war ihre Anhängerschaft groß genug zum entscheidenden Sieg. Kerker, geistige Verkümmerng oder Verbannung waren meist ihr Los.

3

Zu einer Zeit, als das Bürgertum in England und Frankreich im Zuge der kapitalistischen Entwicklung einen starken Nationalstaat schuf, blieb in Deutschland die dezentralisierende Fürstenmacht erhalten. Dort wurde der König zum nationalen Souverän, bei uns der Fürst zum Lokaltyrannen. Als das deutsche Bauernvolk gegen seine landes- und kirchenherrlichen Schinder aufstand, verschloß sich das Stadtbürgertum dem bäuerlichen Anruf und verriet eine der größten Taten deutscher Geschichte.

Der Dreißigjährige Krieg, der Deutschland für fast zweihundert Jahre aus dem Kreis der führenden europäischen Nationen verdrängte, war die Folge des fürstlichen Interessenkampfes. Und der Deutsche – der Pfahl- und Spießbürger, der Hoflieferant, Sergeant, Gendarm und Bürokrat – dient, nachdem durch seine Passivität der Bauernaufstand niedergeschlagen und die Fürstenherrlichkeit entsprechend gewachsen, devot und untertänig. Hölderlin klagt im »Hyperion«:

»Es ist ein hartes Wort, und dennoch sag ich's, weil es Wahrheit ist; ich kann kein Volk mir denken, das zerrissener wäre wie die Deutschen. Handwerker siehst Du, aber keine Menschen, Priester, aber keine Menschen, Herrn und Knechte, aber keine Menschen ...«

Verzweifelt schreibt Wilhelm von Humboldt:

»Sie werden es erleben, daß diese ganze traurige Wirtschaft ein schmähhches Ende nimmt. Der große Fehler in der deutschen Geschichte ist, daß die Bewegung des Bauernkrieges nicht durchgedrungen ist.«

»Gleich einem Blitzstrahl schlug die französische Revolution in dieses Chaos, das Deutschland hieß« (Engels). Dieser Blitz entzündete die leuchtende Flamme der großen deutschen Klassik. Aber sie blieb ein »Paradiesvogel, so bunt, so artig, ganz Flug, ganz Höhe, aber ohne Fuß auf deutscher Erde« (Herder). Das die Klassik – wie vorher in Frankreich und noch früher in England – nicht nur geistige, sondern auch politische Befreiung werde, dafür fehlte ein tragendes vorwärtsstürmendes Bürgertum, fest im Sattel des jungen industriekapitalistischen Pferdes sitzend. Der deutsche Untertan jubelte dem Herzog von Braunschweig zu, der das ganze revolutionäre Paris bis auf den letzten Stein schleifen wollte und zog mit seinen Fürsten gemeinsam zur Niederschlagung der französischen Revolution aus.

Die Folge: Napoleons Herrschaft – auch über Deutschland. Zwar erstarkt das deutsche Volk langsam zum erfolgreichen Befreiungskrieg nach außen, nicht aber nach innen. So kann die vom preußischen König 1807 und 1811 unter Druck versprochene Bauernbefreiung nach dem Siege verraten werden. Das deutsche Volk befreite sich nicht, sondern gehorchte. Dunkelmste Reaktion ist der Lohn. Es ist die Zeit, in der Ernst Moritz Arndt ruft:

»Pfui über Deutschlands Fürsten, über die deutschen Männer, die nicht zu hassen und nicht zu rächen, nicht zu kämpfen und nicht zu sterben wissen.«

Und Hebbel schreibt: »Ist es denn so schwer zu erkennen, daß die deutsche Nation bis jetzt überall keine Lebens-, sondern nur eine Krankheitsgeschichte aufzuweisen hat ...?«

1848 endlich erwachen die Deutschen. Bürgerliche Revolutionäre und eine neue geschichtliche Kraft – die Arbeiterklasse – folgen dem französischen Beispiel. Revolution über Deutschland! Fürstenthronen wanken, aber sie stürzten – wieder! – nicht. Das deutsche Bürgertum, das 1525 die Bauern im Stich ließ, verrät jetzt Denker, Handwerker und Arbeiter und söhnt sich gerne mit dem Adel aus. Preußische Soldaten marschieren gegen die Revolution, gegen Polen, gegen Südwestdeutschland.

Die deutschen Demokraten (Jacoby, Uhland, Blum, Engels, Marx und andere) forderten damals die einheitliche Republik des deutschen Volkes. Die Niederlage von 1849 verhinderte die Realisierung dieser Forderung. So eroberte sich die preußische Herrenklasse *gegen* die Demokratie und in drei Kriegen *ihre* Einheit, eine feudal-bürokratisch-großkapitalistische. An der Wiege dieses Einheitsstaates floß das Blut der Pariser Aufständischen, die im Mai 1871 von ihrer reaktionären Regierung Thiers mit Bismarcks aktiver Unterstützung niedergemetzelt wurden. Also auch hier wieder die gleichsam außenpolitische Seite der deutschen Misere: nicht mit den anderen Völkern für Freiheit und gegen Reaktion, sondern mit der Reaktion gegen die Freiheit fremder Völker.

Wilhelm II. und sein System werden zur Inkarnation des doppelgesichtigen deutschen Untertanen: Beschränktheit und Säbelrasseln. Das Ergebnis: der Krieg 1914-18 und – die Niederlage!

1918 beginnt die deutsche Arbeiterklasse den offenen Kampf. Wieder versagt sich das deutsche Kleinbürgertum. Es steht abseits oder in den gegenrevolutionären Verbänden. Und marschiert wieder gegen die Freiheit anderer Völker: im Baltikum und anderswo gegen die russische Revolution.

Die deutsche Arbeiterklasse wird in den Kämpfen 1918-23 allmählich niedergerungen. Wieder einmal sind die fortschrittlichen Kräfte, die es natürlich auch in Deutschland immer gab und die seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in den revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterschaft ihren Ausdruck finden, wieder einmal sind diese Kräfte nicht stark genug.

Es folgt die Demokratie ohne Demokraten, die Republik ohne Republikaner. Ein geeigneter Boden, auf dem die deutschen Könige von Eisen und Kohle (die ihre Raubpläne im ersten Weltkrieg nicht verwirklichen konnten) Hitler aushalten können, um die Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne in einem zweiten Weltkriege zu versuchen.

Obwohl die Deutschen so oft gegen die Freiheit fremder Völker auszogen, obwohl sie nach 1917 und dann wieder ab 1941 gegen die Sowjetunion kämpften, bringt ihnen der durch den 9. Mai 1945 gekrönte Sieg der Sowjetarmee über Hitler die Möglichkeit, daß dieser 9. Mai nicht nur das *Ergebnis*, sondern auch das Ende der deutschen Misere sein kann. Das ist eines der wesentlichen Merkmale des 9. Mai. Er kann das *Ende* unserer Misere sein. Er muß es sein, um unserer Existenz willen, um des Friedens und der Menschheit willen.

4

Was ist zu tun? Zunächst gilt es zu erkennen: Wer sind die Feinde des deutschen Volkes? Das sind die, die unserer und der anderen Völker freiheitliche Regungen stets niedergeknüppelt haben. Das sind die, die Vermögen und Arbeitskraft des deutschen Volkes stets für ihre eigenen Machtinteressen geopfert haben und stets wieder zu opfern bereit sind. Das sind die deutschen Großgrundbesitzer, das Großkapital und die ihnen hörigen Agenten in allen Zweigen des öffentlichen Lebens.

Dieser Erkenntnis muß die Tat folgen: Vernichtung der wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen dieser Schichten; Errichtung einer Volksherrschaft. Die Änderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wird auch den doppelgesichtigen deutschen Spießherren beseitigen: Aus dem Untertanen wird der selbstbewußte Demokrat werden, aus dem Knecht der freie Bürger einer Volksrepublik.

Das also ist zu tun: die grundlegende Umgestaltung des deutschen Lebens im Sinne der Er kämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet. Die Erkenntnis der deutschen Tragödie und der deutschen Schuld (vor uns selbst wie vor den angegriffenen Völkern) ist Voraussetzung dazu. Viele Ansätze zu diesem Umbau zeigen sich in Deutschland, vor allem in dem von der Sowjetunion besetzten Teil. Durch den überragenden und entscheidenden Anteil, den die Sowjetarmee an der Herbeiführung des 9. Mai 1945 hatte, hat sie uns den Boden – den selbst zu bereiten wir nicht willens waren – geebnet.

Vor uns liegt alles andere als eine leichte Arbeit. Vor uns liegt ein sehr schwieriger und steiler Weg. Aber es ist ein Weg in die Freiheit. Über ihm leuchtet die Sonne, die dem Freiheitskampf der europäischen Völker schien und deren erste Strahlen das erschütterte deutsche Volk nach zwölfjähriger Finsternis am 9. Mai 1945 zu erstenmal dankbar verspürte.

Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß*

Die vorbildliche Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1951 stärkt unsere demokratische Ordnung und festigt damit unser entscheidendes Fundament im Kampf um die deutsche Einheit. Deshalb ist unser Plan als Plan der Deutschen Demokratischen Republik ein Plan des ganzen deutschen Volkes. Das ist er auch aus dem weiteren Grunde, weil er alle Möglichkeiten für die Entfaltung des innerdeutschen Handels und damit der direkten wirtschaftlichen Hilfeleistung für große Teile der westdeutschen Bevölkerung bietet. Schließlich ist unser Plan ein gesamtdeutscher Plan, weil er den westdeutschen Werktätigen zeigt, wie man aus eigener Kraft und mit Unterstützung der Sowjetunion und der Volksdemokratien eine von Monopolherrschaft und Kriegsgefahr freie Volkswirtschaft aufbauen kann.

Immer breitere Kreise des deutschen Volkes erkennen die Überlegenheit unseres planmäßigen Wirtschaftsaufbaus über die kolonisierte und deformierte westdeutsche Wirtschaft. Dort stehen Binnen- und Außenhandel im Dienst der Aggressionspolitik. Sie werden von den großen Handelsmonopolen, die mit dem Bank- und Industriekapital eng verfilzt sind, beherrscht. Dort trägt der Handel nicht zur Festigung der Wirtschaft, sondern zur Deformation derselben und zur Ausbeutung der breiten Massen der Konsumenten, der Arbeiter, werktätiger Bauern, Handwerker und Einzelhändler bei.

Demgegenüber konnten wir bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik im Planjahr 1950 die industrielle Friedensproduktion im Vergleich zu 1949 um 26% steigern und in der Landwirtschaft Ernten erzielen, deren Erträge den Friedensstand der Jahre 1934/38 erreichten und teilweise überschritten. Die gesamten Handelsumsätze lagen 1950 um 24,6% über dem Vorjahresniveau.

Diese Entwicklung des Warenumsatzes wurde u. a. ermöglicht durch die Politik der Preissenkungen einerseits und der Lohnheraufsetzungen andererseits, die von der Regierung im Jahre 1950 durchgeführt wurden.

Das Plangesetz für 1951 stellt weitere große Aufgaben, die zweifellos nur in harter Arbeit aller beteiligten Kräfte verwirklicht werden können. Die *Hauptaufgabe des volkseigenen Großhandels* besteht vor allem darin, die gesteigerte und qualitativ verbesserte Produktion der volkseigenen Industrie einerseits, der volkseigenen Güter und der werktätigen Bauern andererseits

* Gunther Kohlmei: Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß, in: Der Handel, 1951, H. 2, S. 35-37; H. 3, S. 68-70; H. 4, S. 99-101; H. 5, S. 136-138; H. 7, S. 202-204; H. 8, S. 234-236; H. 9, S. 268-271.

schnell, termingerecht und einwandfrei abzusetzen, und ferner diese entscheidenden Bereiche unseres Wirtschaftslebens mit den erforderlichen Produktionsmitteln zu versorgen.

Bei gesteigerter und qualitativ zu verbessernder Umsatzleistung muß der volkseigene Großhandel außerdem seine Kosten im volkswirtschaftlichen Durchschnitt um rund 17% senken. Diese hohe Planaufgabe bedeutet eine harte Kritik, zugleich ist sie aber auch ein Ausdruck des Vertrauens in die politische und fachliche Stärke der Kader des volkseigenen Großhandels. Die Funktionäre unseres Handelsapparates müssen darüber hinaus helfen, daß die in der volkseigenen Industrie geplante Selbstkostensenkung von 5,7% mindestens erreicht wird.

Weitere wichtige Aufgaben bestehen darin, bei den im Volkswirtschaftsjahr 1951 notwendigen Produktionsumstellungen behilflich zu sein und eine treibende Kraft bei den Materialeinsparungen zu werden. Besser als bisher muß endlich die Planung des volkseigenen Großhandels in Angriff genommen werden; der VEB-Plan Handel muß exakt durchgeführt werden, und es sind die Grundlagen für seine Verbesserung zu erarbeiten. Ferner muß der volkseigene Großhandel bei der Bildung der im § 14 des Plangesetzes vorgesehenen Staatsreserve mitwirken, und von besonderer Bedeutung wird im Jahre 1951 der Aufbau des Vertragssystems sein.

Schließlich sei auf die im § 23 des Plangesetzes festgelegten Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit hingewiesen, auf deren Durchführung vor allem die gewerkschaftlichen Organisationen laufend zu achten haben. Das Plangesetz schreibt vor, daß alle Mitarbeiter der volkseigenen Wirtschaft den Plan zu studieren und daß die verantwortlichen Leiter in ihrem Arbeitsgebiet eine umfassende Aufklärungs- und Berichterstattungsarbeit einzuleiten haben.

Um den leitenden Funktionären des volkseigenen Großhandels die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, berief die DVA eine Handelskonferenz über theoretische Fragen, insbesondere der Handelskosten und der Wettbewerbe in den DHZ ein.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen den Funktionären ihre Arbeit und die im Plangesetz vorgesehene Aufklärungsarbeit dadurch erleichtern, daß an Hand der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie die Stellung des volkseigenen Großhandels im Prozeß der erweiterten Reproduktion unserer Volkswirtschaft untersucht wird, um damit eine Analyse der Leistungen und der Kosten im volkseigenen Großhandelsapparat zu erarbeiten.

Die volkswirtschaftlichen Vorteile der operativen Verselbständigung der Handelsfunktion

Die operative Trennung der Handelsfunktion von der Produktionsfunktion ist in der geplanten Wirtschaft eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, und sie ist für die rentable und planmäßige Wirtschaftsführung von großer Bedeutung. Die operative Selbständigkeit der Handelsfunktion auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums und im Rahmen des Plans sowie der übrigen staatlichen Gesetze liegt im Interesse der Planung und der Kontrolle, des Rentabilitätsprinzips und der Kostensenkung. Deshalb ist es im allgemeinen unzumutbar, daß unsere volkseigenen Produktionsbetriebe selbst den Bezug ihrer Materialien und den Absatz ihrer Erzeugnisse durchführen.

Eine andere Frage ist es, in welcher organisatorischen Form die operative Verselbständigung der Handelsfunktion erfolgt. Das ist eine sekundäre Frage. Darüber braucht in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden, denn die organisatorische Form wird durch den jeweiligen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt.

Die Notwendigkeit und volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit der operativen Selbständigkeit der volkseigenen Großhandelsfunktion im Prozeß der erweiterten volkswirtschaftlichen Reproduktion beweisen die Kreislauf- und Reproduktionsschemata der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie. Sie zeigen, daß unsere volkswirtschaftlichen Fonds einen planmäßigen und sich spiralförmig stetig erweiterten Kreislauf vollführen.

Dabei besteht der Kreislauf aus den Stadien, in denen die Fonds die verschiedenen Formen annehmen. Die produktiven Fonds der volkseigenen Produktionsbetriebe, die sich als Anlage- und Umlauffonds darstellen, verwandeln sich durch den Produktionsprozeß sukzessive in Warenfonds. Der Warenfonds – als das Ergebnis der materiellen Produktion – ist größer als der Produktionsfond. Er enthält das Mehrprodukt. Mit der Erstellung des Warenfonds ist der Produktionsprozeß abgeschlossen.

Es erfolgt dann im nächsten Stadium des Kreislaufprozesses die Umwandlung der Warenfonds in Geldfonds. Das geschieht durch den Verkauf der Waren.

Der Geldfonds unterscheidet sich also in seiner Wertgröße nicht vom Warenfonds; er ist nur dessen verwandelte Form. Durch den Verkauf findet ein Formwandel des Wertes und nicht, wie im Produktionsprozeß, eine Vermehrung desselben statt. Auch muß zur Durchführung der erweiterten volkswirtschaftlichen Reproduktion ein planmäßig bestimmter Teil der Geldfonds wieder in produktive Fonds verwandelt werden, also für den Kauf von Anlagegütern und Materialien sowie für die Zahlung von Löhnen verausgabt werden.

In einer Formel ausgedrückt, sieht dieser Kreislauf der volkswirtschaftlichen Fonds folgendermaßen aus:

$$\begin{array}{c} \text{(f)} \\ P \dots W' - G' - (z) \dots P \\ \text{(l)} \end{array}$$

- P = produktiver Fonds
- W' = Warenfonds (= W + w, also einschl. Mehrprodukt)
- G' = Geldfonds (= G + g, also einschl. Mehrprodukt)
- f = fixe Fonds
- z = zirkulierende Fonds
- l = Lohnfonds.

Diese und andere von Marx im II. Band des »Kapital« analysierten Kreislaufformen des *Kapitals* können zur Darstellung der Kreisläufe der volkswirtschaftlichen Fonds in der volkseigenen Wirtschaft angewandt werden, wenn wir die grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Beziehungen beachten, die mit ihnen ausgedrückt werden.

Die Fonds des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses müssen stets zu gleicher Zeit und in bestimmten Quoten in den drei Bewegungsformen P, W und G vorhanden sein. Nur dann kann der Kreislauf des gesellschaftlichen Gesamtfonds reibungslos funktionieren. Mit einem Teil des Fonds wird produziert, mit einem anderen Teil werden zu gleicher Zeit Waren abgesetzt, und mit einem dritten Teil wird eingekauft oder werden bestimmte, vorübergehend freie Geldreserven gebildet. Der volkswirtschaftliche Fonds erfüllt also in seinen drei Formen drei verschiedene Funktionen: als P hat er die Funktion des Produzierens, als W hat er die Funktion, die erzeugten Waren auf dem Markt zu verkaufen, und als G die Funktion, Anlagegüter und Materialien einzukaufen sowie Arbeitskräfte zu bezahlen.

Hierbei ist zu beachten, daß G seinem Charakter und seiner Möglichkeit nach jederzeit in P verwandelt werden kann. Das trifft natürlich für die Warenfonds nicht zu. Hier muß erst der Warenverkauf erfolgen, also die Realisierung des erzeugten Wertes oder sein Formwandel. Je größer demnach derjenige Teil der volkswirtschaftlichen Fonds, der in Warenvorräten festliegt, desto kleiner zwangsläufig die produktiven Fonds und umgekehrt.

Daraus ergibt sich aber auch, daß W seiner Stellung und Funktion im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß nach nur ein Zusatzfonds zu den produktiven Fonds darstellt. Er erfüllt keine unmittelbar produktive Funktion, er wird nicht für die Produktion, sondern nur für die Realisierung der bereits erzeugten Produkte angelegt. Der Zusatzfonds vermehrt damit als solcher

nicht direkt und unmittelbar das volkseigene Wertprodukt, und es muß deshalb die Aufgabe der Wirtschaftsplanung sein, diese Zusatzfonds in ihrer Größe möglichst gering zu halten. Je kleiner sie sind, desto größer die produktiven Fonds, desto größer das Produktionsergebnis.

Ist nun die Funktion von W, also die Verkaufsfunktion, von der Funktion der produktiven Fonds operativ getrennt, ist also, anders ausgedrückt, der volkseigene Großhandel operativ selbständig (wobei wir hier nicht die jeweilige Organisationsform im Auge haben), so entstehen wichtige volkswirtschaftliche Vorteile. Wir gehen zunächst nur auf die kostenmäßigen Vorteile (volkswirtschaftlich gesehen) ein.

Die Möglichkeit der operativen Trennung von Handels- und Produktionsfunktionen liegt in der Tatsache begründet, daß der volkswirtschaftliche Fonds zugleich in drei Formen mit drei Funktionen auftritt. Dabei wird die eine Form und die eine Funktion im Rahmen des gesellschaftlichen Eigentums und der Plangesetze verselbständigt.

Marx untersucht dieses Problem der Einsparung volkswirtschaftlicher Kosten durch Verselbständigung des Warenkapitals des industriellen Kapitalisten zu dem selbständigen Handelskapital des Kaufmanns vor allem im 16. Kapitel des III. Bandes des »Kapital«. Unter Zugrundelegung der dort entwickelten theoretischen Leitsätze lassen sich für unsere geplante volkseigene Wirtschaft drei Vorteile herausarbeiten, welche sich ergeben, wenn die Handelsfunktion nicht von den volkseigenen Produktionsbetrieben selbst ausgeübt wird, sondern diese – in welcher Organisationsform auch immer – operativ verselbständigt wird.

Erster Vorteil: Durch operativ selbständige Handelsorgane können viele Umschläge der produktiven Fonds der einzelnen VEB zu gleicher Zeit und in kontinuierlichem Nacheinander zusammengefaßt werden. Dadurch werden Zusatzfonds eingespart.

Eine volkseigene Handelszentrale benötigt, um den Umsatz einer bestimmten, in vielen Betrieben erzeugten Warenmenge durchzuführen, weit weniger Mittel für Lagerung, Abrechnung, Einkauf usw., als das der Fall ist, wenn die einzelnen Produktionsbetriebe selbständig Handel treiben. So werden also durch die Zusammenfassung der Umschläge vieler einzelner produktiver Fonds in *einer* Handelszentrale Zusatzfonds eingespart, und es werden Mittel für die Ausdehnung der Produktion frei.

Marx sagt zu diesem Problem unter den Bedingungen des Kapitalismus, »daß infolge der Teilung der Arbeit das Kapital, das sich ausschließlich mit Käufen und Verkäufen beschäftigt, ... kleiner ist, als es wäre, wenn der industrielle Kapitalist den ganzen kaufmännischen Teil seines Geschäfts selbst betreiben müßte ...«¹

Zweiter Vorteil: Die Handelszentralen, die sich ausschließlich mit dem Kauf und Verkauf beschäftigen, können sich viel besser als die Produktionsbetriebe auf die Bedürfnisse, Erfordernisse und Bedingungen des Marktes konzentrieren. Sie können dadurch – natürlich nur, wenn sie einwandfrei arbeiten! – im Durchschnitt die Warenfonds schneller in Geldfonds verwandeln, als das in der Regel den einzelnen Produktionsbetrieben möglich ist, denn die Erzeugnisse der Produktionsbetriebe werden dann kontinuierlich und planmäßig abgesetzt, der Warenfluß geht schneller vor sich, der Umschlag wird beschleunigt und der Formwandel von W in G erfolgt schneller.

Je größer aber der Umschlag, desto geringer sind insgesamt die für die Durchführung der volkswirtschaftlichen Reproduktion benötigten Zusatzfonds. Marx sagt (wieder auf den Kapitalismus bezogen), »daß, weil der Kaufmann ausschließlich mit diesem Geschäft sich befaßt, ... das Warenkapital selbst rascher seine Metamorphose durchmacht, als es in der Hand des Produzenten tun würde ...«²

Dritter Vorteil: Wird den Produktionsbetrieben die Handelsfunktion abgenommen, so können sie sich ganz auf ihre eigentliche Aufgabe, die reibungslose Durchführung der Produktion, konzentrieren. Sie brauchen ihre Kräfte nicht zu verzetteln, können ihre produktiven Fonds rationeller und intensiver ausnutzen, und die Arbeitsproduktivität wird gesteigert. Auch das ist ein volkswirtschaftlicher Vorteil, der sich aus der operativen Verselbständigung der Handelsfunktion ergibt.

Die *entscheidende Aufgabe* besteht nun vor allem darin, die aufgezeigten Kostenvorteile durch eine richtige Planung und Organisation des volkseigenen Großhandels *in die Wirklichkeit umzusetzen*.

Hierfür haben sich die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik die notwendigen politischen und ökonomischen Voraussetzungen erkämpft. Sie haben ihren demokratischen Staat, in dem die Arbeiterklasse die Führung hat, sie haben eine gefestigte und umfangreiche volkseigene Wirtschaft, sie haben eine sich stets fester fügende Planwirtschaft, sie haben schließlich das Spekulantentum im Großhandel faktisch liquidiert.

Als *erster Leitsatz* für die Erreichung der aufgezeigten drei Kostenvorteile bei einer Verselbständigung der Großhandelsfunktionen ergibt sich, daß es notwendig ist, *die richtige Proportion des Großhandels zur Produktion* herzustellen. Das Handelsnetz muß eine *optimale Größe* haben, bei der zu niedrigsten Kosten die volkswirtschaftlich notwendigen Zirkulationsaufgaben einwandfrei erfüllt werden.

1 Karl MARX: Das Kapital, Band III, S. 306.

2 Ebenda.

In unserer geplanten Wirtschaft sind alle objektiven Hemmnisse für eine Herstellung dieser richtigen Proportion beseitigt. Genau entgegengesetzt liegen die Dinge im Kapitalismus. Mit der ständigen Zuspitzung des Marktproblems schlagen dagegen *im Kapitalismus* die einstigen Vorteile der Verselbständigung des Warenkapitals zum Warenhandlungskapital in Nachteile um. Der monopolistische Konkurrenzkampf, die Verschärfung der Krisen, die Verelendung der Werktätigen und andere Faktoren führen zu einer zunehmenden *Überbesetzung des Handelsapparats*. Die unproduktive Sphäre in der kapitalistischen Ökonomie wächst ständig an. Darin kommt der parasitäre Charakter des Kapitalismus deutlich zum Ausdruck.

In Deutschland waren von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Jahre 1880 in der Produktion 66 Prozent und im Handel 11 Prozent, im Jahre 1930 dagegen in der Produktion 53 Prozent und im Handel 20 Prozent beschäftigt.

Die Auswirkungen dieser Überbesetzung des Handelsapparats belasteten bekanntlich lange Zeit den planmäßigen Wirtschaftsaufbau in unserer Republik. Im Einzelhandel sind sie heute noch vorhanden. Als Beispiel für die Überbesetzung im Großhandelsnetz sei darauf hingewiesen, daß Mitte 1948 in der damaligen Ostzone von 182 000 im Großhandel Beschäftigten ein Umsatz getätigt wurde, der nominell dem Niveau des Jahres 1938 gleichkam. In diesem Jahre wurde der Umsatz jedoch nur von 154 000 Beschäftigten getätigt, und außerdem lag im Jahre 1938 die Produktion wesentlich höher.

Durch den Aufbau des volkseigenen Großhandelsnetzes konnte Schritt für Schritt eine annähernd richtige Proportion erreicht werden. Diese Proportion ist dann gegeben, wenn das volkseigene Großhandelsnetz einerseits so gering gehalten wird, daß seine Fonds und Kapazitäten voll ausgenutzt sind und andererseits die Großhandelsorgane fachlich und regional so verteilt sind, daß sie die volkswirtschaftliche Produktion termin- und qualitätsgerecht zu niedrigsten Kosten reibungslos an die Bezieher weiterleiten.

Als *zweiter Leitsatz* für die Verwirklichung der bei einer operativen Selbständigkeit der Großhandelsfunktion möglichen Kostenvorteile ergibt sich *das Prinzip der fachlichen Spezialisierung der Großhandelsorgane* auf die einzelne Produktionszweige. Eine Handelszentrale bzw. DAHA muß *alle Umschläge gleichartiger* produktiver Fonds zusammenfassen.

Die alte DHG entsprach nicht diesem Prinzip und wurde aus diesem Grunde liquidiert. Dem Prinzip der fachlichen Spezialisierung wird die Errichtung einer relativ großen Zahl von DHZ und DAHA gerecht. Die Verwirklichung dieses Prinzips ist jedoch ein längerer Prozeß, und er ist noch nicht abgeschlossen, denn die Waren, die z. B. die DHZ Textil, Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik, Feinmechanik – Optik umzusetzen haben, sind noch viel zu verschiedenartig. Das verzögert den Warenumschlag, hemmt die Produktion

und erhöht die Zirkulationskosten. Im Interesse einer besseren Planerfüllung und systematischen Kostensenkung steht als *Perspektivaufgabe* die weitere Teilung vorhandener DHZ und DAHA. Für mittlere und größere Städte wird auch eine bessere Spezialisierung des Einzelhandels notwendig.

Als *dritter Leitsatz* ergibt sich aus dem Grundsatz der fachlichen Spezialisierung *die Bezugs- oder Produktionsorientierung der volkseigenen Großhandelsorgane*, und zwar im allgemeinen so organisiert, daß sie, untergliedert in Abteilungen, die Waren eines ihnen *zugeordneten Produktionszweiges* abzusetzen haben.

Die absatz- oder bedarfsseitige Orientierung würde nicht dem Prinzip der Zusammenfassung gleichartiger Umschläge entsprechen und in der Regel nicht zu einer genügenden Senkung der Handelskosten führen. Einzelne Ausnahmen sind denkbar und auch vorhanden, z. B. die Abteilung Krankenhausbedarf in der DHZ Chemie. Hier ist m. E. der erste Ansatzpunkt für die einmal notwendig werdende Übernahme und getrennte Durchführung der Aufgaben der Bezugs- bzw. Absatzabteilungen der industriellen Produktionsbetriebe durch volkseigene Großhandelsorgane gegeben.

Eine solche Arbeitsorganisation und -teilung finden wir gegenwärtig in der Sowjetunion. Dort widmen sich die Industriebetriebe lediglich der Produktion. Der Bezug ihrer Materialien und der Absatz ihrer Erzeugnisse wird von getrennt arbeitenden Bezugs- und Absatzorganisationen (»Sbit« – und »Snab« – Organisationen) durchgeführt, die dem jeweiligen Industrieministerium unterstehen.

Als *vierter Leitsatz* ergibt sich aus der Aufgabe der Herstellung eines optimalen Verhältnisses zwischen Produktion und Handel *das Prinzip der zentralisierten Leitung der einzelnen Sparten des volkseigenen Großhandels*. Das kann in den verschiedensten organisatorischen Formen geschehen, die von dem jeweiligen Entwicklungsstand unseres Staatsapparats, unserer Planung, der Struktur unserer Wirtschaft und des Großhandels selbst abhängig sind.

Ausdruck des Prinzips der zentralisierten Leitung ist die Organisation unseres volkseigenen Großhandels in DHZ und DAHA, in denen die Handelsfunktionen bestimmter einzelner Wirtschaftszweige zentralisiert zusammengefaßt sind. Das Prinzip der zentralisierten Leitung versteht sich also nicht absolut, sondern im Rahmen der fachlichen Spezialisierung.

Die zentralisierte Leitung gleichartiger Handelsoperationen liegt im Interesse der Planung. Der Volkswirtschaftsplan ist ein *zentraler*, ein *staatlicher* Plan. Er erfordert für seine Verwirklichung einen zentralisierten Großhandel, in dem der staatliche Handel die Führung haben muß. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch die Konsumgenossenschaften Großhandelsfunktionen bestimmten Umfanges ausüben.

Das Prinzip der zentralisierten Leitung schließt aber in der Regel aus, daß unsere volkseigenen Industriebetriebe selbst den Absatz ihrer Produkte durchführen. Von einzelnen Fällen abgesehen, *ist die Existenz der Verkaufs- oder Absatzabteilungen bei den VEB für die kommende Entwicklung volkswirtschaftlich unrationell*. Sie bedeutet Doppelbesetzung in der Handelssphäre und damit Vergrößerung der Zusatzfonds. Bei einer Übertragung der Funktionen der betrieblichen Absatzabteilungen auf die DHZ werden Kosten eingespart und zusätzlich Mittel für die Produktion gewonnen.

Die Prinzipien der zentralisierten Leitung, der planmäßigen Lenkung und der Kontrolle des Warenumsatzes werden bei Zusammenfassung der Absatzfunktionen in *einem* Handelsorgan gestärkt.

Gute Fachkräfte der Absatzabteilungen werden in den DHZ wertvolle Arbeit leisten. Die zentralisierte Leitung des Warenumsatzes einzelner Wirtschaftszweige bedeutet nicht die Zusammenfassung *aller* Tätigkeiten in der Zentrale selbst, sondern das Gegenteil.

Als *fünfter Leitsatz* der Planung und Organisation des volkseigenen Großhandels ergibt sich nämlich *die Dezentralisierung der operativen Handelsaufgaben in regional und auch fachlich gegliederte Niederlassungen*. Dadurch wird eine möglichst enge Verbindung von Handel und Produktion einerseits, von Handel und Konsumtion andererseits geschaffen. Das verhindert Warenstau, Bürokratismus und Kostensteigerung.

Wie die aufgezeigten Leitsätze der zentralisierten Leitung und der operativen Dezentralisierung im einzelnen und jeweils konkret miteinander zu verknüpfen sind, hängt von den gegebenen Bedingungen des Industrie- bzw. Handelszweiges ab. Hier muß von Fall zu Fall mit dem Ziel der Erreichung einer hohen Planmäßigkeit, einer größtmöglichen Kostensenkung und Beschleunigung des Warenumschlages entschieden werden.

Auch die Verwirklichung dieses Leitsatzes ist ein Prozeß, und die gegebenen Voraussetzungen müssen laufend überprüft werden. Heute wird noch manche Funktion zentral durchzuführen sein, während über kurz oder lang dezentralisiert werden kann. Auch die Kaderfrage spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Die *Standortplanung* der volkseigenen Großhandelsorgane ist ebenfalls ein sehr wichtiges volkswirtschaftliches Problem, dessen Lösung wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Marktbeobachtung erforderlich macht.

Als *sechster Leitsatz* für die Verwirklichung der aufgezeigten drei Kostenvorteile ergibt sich, daß *die als Optimum ermittelten Handelskapazitäten stets voll auszunutzen* sind. Das bedeutet, daß die jeweilige *Kapazität* der DHZ mit dem *Produktionsausstoß* des Industriezweiges, für den sie zuständig ist, abgestimmt werden muß.

Der Warenstrom muß kontinuierlich fließen, und die Kapazitäten müssen kontinuierlich ausgenutzt werden. Die Ausnutzung ist – vor allem durch den (noch zu verbessernden) VEB-Plan Handel – laufend zu kontrollieren. Diese Kontrolle stützt sich auf die verschiedensten quantitativen und qualitativen Kennziffern, z. B. den Lagerumschlag, den Umschlag der Anlage- und Umlauffonds und auch den Umsatz je Kopf der Belegschaft. Je besser die Errechnung der volkswirtschaftlich notwendigen Handelskapazität und je besser die Kontrolle ihrer Ausnutzung ist, desto größer wird die Einsparung von Handelsfonds und dementsprechend die Freisetzung von Mitteln für die Erweiterung der volkswirtschaftlichen Reproduktion.

Als *siebenter Leitsatz* hängt damit zusammen die *stete Erhöhung des Warenumschlags* mit dem Ziele, die noch vorhandenen großen Schwächen in unserem volkseigenen Großhandelsapparat und auch in den VEB zu beseitigen. Der oft noch anzutreffende *Bürokratismus* in der Produktions- und Handelssphäre muß rücksichtslos bekämpft werden.

Die Planung und die Organisation des volkseigenen Großhandels müssen so gemeistert werden, daß *ein steter Impuls* für die Beschleunigung des Warenumschlags und *eine stete Kontrolle* über sie gegeben ist. Je größer der Umschlag, desto geringer die benötigten Zusatzfonds. Hier liegt ein weites und wichtiges Feld für den Kampf um die *Ausschöpfung der inneren Reserven* des Handelsapparates. Der Kampf um die Beschleunigung des Warenumschlags muß entschiedener durchgeführt, die mobilisierende Rolle der Gewerkschaft muß wirksamer durchgesetzt, und Bummelanten, Bürokraten und Saboteure müssen entscheidend geschlagen werden.

Durch die einwandfreie Erfüllung der aufgezeigten Planungs- und Organisationsaufgaben des volkseigenen Großhandels im Rahmen der erweiterten Reproduktion werden die Zusatzfonds zu den produktiven Fonds relativ und gegebenenfalls auch absolut vermindert. Dementsprechend werden Größe und Umschlag der produktiven Fonds erhöht. Dadurch trägt der Handel zwar indirekt, aber doch sehr wesentlich zur Erhöhung der Produktion, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Selbstkosten in der volkseigenen Industrie bei.

Das ist ein erster Komplex von Leistungen, die der volkseigene Großhandel bei der Planerfüllung im allgemeinen und bei der Senkung der volkswirtschaftlichen Kosten im besonderen zu vollbringen hat. Seine Bedeutung ergibt sich aus der Analyse des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses an Hand der marxistisch-leninistischen ökonomischen Theorie.

Die Selbständigkeit der volkseigenen Großhandelsorgane und die Verselbständigung ihrer Funktionen bestehen – wir wiederholen und betonen das noch einmal – nur *operativ* im Rahmen und unter den Bedingungen unseres

planmäßig geleiteten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. Der kapitalistische Handel dient der kapitalistischen Reproduktion, dient also den Profitinteressen des Kapitals, er stützt und verschärft die kapitalistische Ausbeutung. MARX betont immer wieder, daß das Warenkapital nur als Teil des industriellen Kapitals und in seinen Funktionen nur als ein solcher Teil zu verstehen ist. So schreibt er, »daß das Dasein des Kapitals als Warenkapital und die Metamorphose, die es innerhalb der Zirkulationssphäre, auf dem Markt, als Warenkapital durchläuft ... eine Phase des Reproduktionsprozess des industriellen Kapitals bildet, also seines Gesamtproduktionsprozesses ...«³.

An anderer Stelle heißt es: »Geldkapital und Warenkapital, soweit sie mit ihren Funktionen als Träger eigner Geschäftszweige neben dem industriellen Kapital auftreten, sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift.«⁴

Demgegenüber werden *die Aufgaben des volkseigenen Großhandels durch den Charakter und die Entwicklung unseres Reproduktionsprozesses bestimmt*. Dieser ist dadurch charakterisiert, daß sich die ökonomischen Kommandohöhen in den Händen der Arbeiterklasse befinden, daß entscheidende Teile der Industrie und der Zirkulationssphäre vergesellschaftet sind und daß die planmäßige Leitung des Reproduktionsprozesses durch unseren demokratischen Staat erfolgt, in dem zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Arbeiterklasse entscheidende Machtpositionen innehat. Deshalb dient unser Reproduktionsprozeß nicht der Unterjochung und Verelendung der Werktätigen, sondern der Hebung ihres materiellen und kulturellen Wohlstandes. Hierin liegt auch die Aufgabe des volkseigenen Handels, und diesem hohen Ziel müssen sich alle Handelskader mit Ernst und Begeisterung widmen.

Die Aufgabe des volkseigenen Großhandels besteht nicht in der Produktion, sondern in der *Realisierung der Produktion*, d. h. im schnellen Warenumsatz, im Kaufen und Verkaufen. Der Handel gehört nicht zur Produktionssphäre, sondern zur Zirkulationssphäre, was nicht ausschließt, daß er vielfach bestimmte Produktionsaufgaben (Bearbeitung, Transport, Lagerung) durchzuführen hat. Seine Aufgabe ist die Realisierung der Produktion, d. h. im Interesse der gesamten Volkswirtschaft planmäßig und geschickt einzukaufen und zu verkaufen.

Also wirklichen *Handel treiben* – das ist die zentrale Aufgabe unserer volkseigenen Großhandelsorgane. Es ist im Vergleich zum Kapitalismus ein Handel

3 Karl MARX: Das Kapital, Band III, S. 298.

4 Karl MARX: Das Kapital, Band II, S. 51.

ganz neuer Art, unter neuen Bedingungen, mit neuen Methoden mit neuer Zielsetzung. Aber es ist Handel, Warenumsatz, Vermittlung zwischen den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft. Das muß von den Handelsfunktionären viel besser als bisher erkannt werden, und sie müssen sich viel entschiedener *von ihrer Bewirtschaftungsideologie und ihren Bewirtschaftungsmethoden losreißen*.

Volkseigener Handel und Bürokratismus – das verhält sich zueinander wie Feuer und Wasser. Den etwaigen Schaden tragen hier die werktätigen Menschen. Es ist also notwendig, den neuen Typus des Funktionärs unseres volkseigenen Großhandels heranzubilden, der in der Lage ist, eine gründliche planwirtschaftliche Marktforschung zu betreiben und durch Verträge mit den Lieferbetrieben bzw. Abnehmern den Plan zu realisieren.

Lernen wir auch in dieser Frage von LENIN und STALIN, die die Bolschewiki immer wieder lehrten, den Handel zu erlernen und zu meistern. LENIN erklärte auf dem XI. Parteitag der KPR (B): »Die Sache ist die, daß der verantwortliche Kommunist – auch der beste, anerkannt ehrliche, ergebene Kommunist, der Zuchthaus ertragen und den Tod nicht gefürchtet hat – das Handelsgeschäft nicht versteht, weil er kein Geschäftsmann ist, weil er das nicht gelernt hat und nicht lernen will und nicht begreift, daß er mit dem ABC anfangen muß.«⁵

LENIN forderte von den Bolschewiki, den Handel zu erlernen, selbst, wenn sie bei einem »simplen Handlungsgehilfen« in die Lehre gehen müßten, »der zehn Jahre in einer Mehlhandlung herumgelaufen ist.« STALIN aber erklärte, daß das Geld ein Instrument der bürgerlichen Ökonomik ist, das die Sowjetmacht in ihre Hände genommen und den Interessen des Sozialismus angepaßt hat, um den Sowjethandel aufs höchste zu entfalten.«⁶

STALIN fährt fort, daß der Produktionsaustausch im Kommunismus »nur als Ablösung und Ergebnis eines ideal organisierten Sowjethandels kommen kann.«

Man darf die Zirkulationssphäre nicht losgelöst von übrigen ökonomischen Verhältnissen betrachten. Die Zirkulationssphäre ist nicht autonom, sondern die *Produktion bestimmt letzten Endes die Zirkulation*. In der anarchisch vor sich gehenden kapitalistischen Produktionsweise besteht ein fortlaufender Widerspruch zwischen Produktion und Zirkulation. Bei uns herrscht unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung schon eine weitgehende *planmäßige Übereinstimmung zwischen Produktion und Zirkulation*,

5 W. I. LENIN: *Ausgewählte Werke*, Bd. II, Moskau 1947, S. 924.

6 J. W. STALIN: *Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag*, in: *Fragen des Leninismus*, Moskau 1943, S. 535.

wobei beide Sphären auf der Grundlage der Vorherrschaft des gesellschaftlichen Eigentums durch den demokratischen Staat planmäßig miteinander in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Das Verhältnis zwischen Produktion und Zirkulation und dabei auch zwischen Produktion und Handel muß jedoch dialektisch aufgefaßt werden. Wenn die Entwicklungsgesetze des Handels letzten Endes durch die Entwicklungsgesetze der Produktion bestimmt werden, so bedeutet das gleichzeitig, daß auch der *Handel rückwirkend einen aktiven Einfluß auf den Ablauf der Produktion ausübt*. Das ist eine wichtige theoretische Feststellung, aus der wichtige praktische Schlußfolgerungen zu ziehen sind. Eine gute Planung des Handels muß die Planung der Produktion fördern, der Handel muß durch schnellen Umsatz die Produktion beschleunigen, der Handel muß durch richtige Vertragsabschlüsse dazu beitragen, kontrollierend auf die Produktion einzuwirken.

Es muß aber noch eine andere wichtige Seite der Vermittlungsfunktion des volkseigenen Großhandels untersucht werden. Der Austausch von Waren, den der volkseigene Handel durchführt, erschöpft sich keineswegs in der Bewegung von Gütern und Geld. Nur die platte Vulgärökonomie, die im Gestrüpp der Alltagserscheinungen hängen bleibt und die werktätigen Menschen verdummen will, sieht auf dem Markt nichts als Dinge, Gebrauchswerte, Preise, Geldsummen.

In jeder Warenproduktion ist der *Warenaustausch ein Ausdruck historisch bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse*. Im Kapitalismus drückt der spontan vor sich gehende Warenaustausch die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern sowie zwischen den kapitalistischen Konkurrenten aus. Diese Beziehungen werden sogar durch den Warenaustausch geregelt. Auch der Warenaustausch, den der volkseigene Großhandel in unserer Reproduktion durchzuführen hat, drückt noch keine gesellschaftlichen Beziehungen von sozial-ökonomisch einheitlicher Form aus. Es bestehen noch gesellschaftliche Beziehungen unterschiedlicher Art zwischen dem volkseigenen Sektor, den privatkapitalistischen Betrieben in Industrie und Landwirtschaft sowie den einfachen Warenproduzenten in Stadt und Land.

Unser volkswirtschaftlicher Reproduktionsprozeß ist noch nicht einheitlich; er umfaßt drei verschiedene ökonomische Formationen. Sein entscheidendes Kernstück ist jedoch der an Umfang und Bedeutung führende volkseigene Sektor. Er bestimmt entscheidend den Charakter und die Entwicklung unseres volkseigenen Reproduktionsprozesses. Dieser wird ferner dadurch bestimmt, daß er in seiner Gesamtheit von unserem demokratischen Staat geleitet und in seinen Proportionen, seinen Phasen und seinem Entwicklungstempo von diesem bestimmt wird.

Als wichtige Schlußfolgerung für die Aufgaben des volkseigenen Großhandels im Reproduktionsprozeß ergibt sich somit, daß er ein *ökonomisches Bindeglied zwischen den verschiedenen sozialökonomischen Bereichen* ist, daß er also mit seinen ökonomischen Aufgaben des Handelntreibens zugleich eine wichtige *politische Aufgabe*, d. h. eine wichtige *Rolle im Klassenkampf* für die *Festigung der Demokratie* zu spielen hat. Denn

1. und vor allem ist der volkseigene Großhandel ein Bindeglied im *Reproduktionsprozeß der volkseigenen Industrie*. Indem er diese schnell und einwandfrei mit den erforderlichen Produktionsmitteln beliefert und ihre Erzeugnisse verkauft, festigt er das entscheidende Fundament, das Herzstück unserer Wirtschaft und den Garanten unseres weiteren schnellen Aufstiegs,

2. vermittelt der volkseigene Großhandel teilweise im *Reproduktionsprozeß unseres Handwerks*. Diese Aufgabe wird auf dem Wege über die handwerklichen Genossenschaften und die Vertragskontore gelöst. Während in Westdeutschland und in West-Berlin die Handwerker von der Kriegspolitik der amerikanischen und deutschen Monopolisten ruiniert werden, sieht unser Volkswirtschaftsplan 1951 eine Steigerung der handwerklichen Produktion um 10,3 Prozent vor. Der volkseigene Großhandel hat die Aufgabe, bei der Verwirklichung dieser Planziffer mit Hilfe des Vertragssystems mitzuwirken. Diese Verträge sind somit ein wichtiger ökonomischer Hebel nicht nur der Planerfüllung, sondern auch der engen Zusammenarbeit zwischen volkseigener Industrie und Handwerk,

3. ist der volkseigene Großhandel teilweise Kettenglied im *Reproduktionsprozeß der privatkapitalistischen Industriebetriebe*. Zur Ausnutzung der volkswirtschaftlich erforderlichen Kapazitäten sind im Interesse der Sicherung der planmäßig vorgesehenen Produktionssteigerung die notwendigen Verträge abzuschließen. Durch diese Verträge leistet der volkseigene Großhandel ebenfalls seinen Beitrag zur Planerfüllung und übt zugleich wichtige Kontrollfunktionen im Kampf gegen Spekulanten und sonstige Wirtschaftsschädlinge aus,

4. vermittelt der volkseigene Großhandel im *Reproduktionsprozeß unserer Landwirtschaft*. Hier liegen besonders wichtige ökonomische und politische Aufgaben. Die VEAB festigen durch richtige und sorgfältige Aufkaufverträge das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft. Die DHZ stärken durch richtige Belieferung der MAS und der volkseigenen Güter den gesellschaftlichen Sektor in der Landwirtschaft. Durch die einwandfreie Befriedigung der Bedürfnisse der werktätigen Bauern leisten sie einen wertvollen Beitrag bei der Durchführung der Bündnispolitik. Hier wird ganz besonders deutlich, daß im Warenaustausch gesellschaftliche Beziehungen zum Ausdruck kommen. Lösen die VEAB und die DHZ ihre Aufgabe schlecht, so

gefährden sie das Bündnis, so hemmen sie die demokratische Entwicklung und den Kampf um die deutsche Einheit. Und umgekehrt!

Hierbei handelt es sich nicht nur um Fragen der »Versorgung«, hier handelt es sich letzten Endes um Fragen des Klassenkampfes! Kauft den werktätigen Bauern rechtzeitig und ohne Bürokratismus ihre Erzeugnisse ab, und ihr festigt das Bündnis! Beliefert sie termingerecht und ausreichend mit Nägeln, Bindegarn, Melkeimern und Geräten, und ihr festigt abermals das Bündnis! Versorgt die MAS einwandfrei mit Brennstoff, Ersatzteilen und Anhängegeräten, und ihr helft bei der demokratischen Entwicklung unserer Dörfer!

LENIN und STALIN lehrten, daß man den Handel aus einem Instrument des Kapitals in eine Waffe gegen den räuberischen Kapitalismus verwandeln muß und daß der Handel vor allem das entscheidende ökonomische Bindeglied zwischen Stadt und Land ist. LENIN sagte in seiner Arbeit »Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus«, daß der Handel »die einzig mögliche ökonomische Verbindung zwischen den vielen Millionen kleiner Landwirte und der Großindustrie«⁷ sei. STALIN sagte 1933: »Der Zusammenschluß von Stadt und Land auf dem Gebiete der Produktion ist die grundlegende Form des Zusammenschlusses. Aber der Produktionszusammenschluß allein genügt nicht. Er muß durch einen regen Warenumsatz ergänzt werden, damit die Verbindung zwischen Stadt und Land fest und unzertrennbar wird. Das kann nur durch die Entfaltung des Sowjethandels erreicht werden.«⁸

So ist auch unter den Bedingungen unserer Ordnung *der volkseigene Großhandel ein ökonomischer Hebel bei der Festigung unserer Demokratie*. Aber dieser Hebel wird nicht mit allgemeinen Redensarten in Bewegung gesetzt, sondern durch zähe wirtschaftliche Kleinarbeit. Hierbei müssen die Handelsfunktionäre tiefer als bisher begreifen, daß sie erstens echten Handel treiben müssen und daß zweitens die Durchführung des Handels von ganz bestimmten Wirkungen auf die verschiedenen Klassen und Schichten unserer Ordnung ist und damit eine wichtige Rolle im Klassenkampf, im Kampf um die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung spielt.

Aber die Zirkulation ist nicht nur passiver Reflex. Als Bindeglied im Reproduktionsprozeß übt sie zugleich aktive Wirkung auf die übrigen Bereiche des Wirtschaftslebens aus und dabei auch auf die Produktion. Das wurde bereits bei der Darstellung der Kostenvorteile nachgewiesen, die bei der Verselbstständigung der Großhandelsfunktion in der volkseigenen Wirtschaft entstehen.

7 W. I. LENIN: Ausgewählte Werke, Band II, S. 897.

8 J. W. STALIN: Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans, in: Derselbe: »Fragen des Leninismus«, Moskau 1943, S. 450.

Die Wechselwirkungen zwischen Produktion und Zirkulation

Im Kapitalismus vollziehen sich diese Wechselwirkungen planlos und tragen auf der Grundlage des blind wirkenden Wertgesetzes einen spontanen Charakter. Es besteht im Kapitalismus ein Widerspruch zwischen Produktion und Zirkulation, der in den Krisen zum furchtbaren Durchbruch kommt. Hierbei vollzieht sich der Zentralisationsprozeß des Kapitals auch im Handel. Es entstehen Handelsmonopole. Im Imperialismus aber erhält der kapitalistische Handel in seiner Gesamtheit einen zunehmend parasitären Charakter, der sich u. a. in der Überbesetzung des Handels, im Ansteigen der reinen Zirkulationskosten, in der Vormachtstellung der Handelsmonopole und in dem riesigen monopolistischen Reklame- und Verkaufsapparat zeigt. Im Kapitalismus sind also die Wechselwirkungen zwischen Produktion und Handel anarchischer Natur. In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen werden diese Beziehungen auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln und entscheidenden Einrichtungen der Zirkulation durch unseren demokratischen Staat geregelt.

Im Kapitalismus ist der Handel an der kapitalistischen Ausbeutung beteiligt, in der Deutschen Demokratischen Republik dagegen dient der Handel der Hebung des Volkswohlstandes, der Vergrößerung und Beschleunigung des Warenumsatzes, der richtigen Zirkulation der Produktions- und Konsumtionsmittel. Die Aufgabe des volkseigenen Handels ist nicht die Erzielung eines höchstmöglichen Handelsprofits, sondern die einwandfreie Deckung der verschiedenen volkswirtschaftlichen Bedarfe. Im Kapitalismus wird der Handel vom Konkurrenz- und Profitmechanismus beherrscht, in der Deutschen Demokratischen Republik aber entwickelt er sich planmäßig.

Die Planung des Handels muß ebenso wie die Planung der Produktion vom volkswirtschaftlichen Bedarf ausgehen und nicht von den gegebenen Kapazitäten. Die Handelskapazitäten sind vielmehr den als volkswirtschaftlich gerechtfertigt anerkannten Bedürfnissen anzupassen, und der Handel muß durch seine Bestellungen und Aufträge an die Produktion sowie durch seine Materiallieferungen dabei mitwirken, daß die volkswirtschaftlich zweckmäßigste Ausnutzung und Entwicklung der Produktionskapazitäten erfolgt. Hierzu heißt es in der Entschließung des ZK der SED auf seiner 6. Tagung: »Die Genossen der Staatlichen Plankommission gingen bei der Aufstellung der Produktionspläne nicht vom tatsächlichen Bedarf der eigenen Volkswirtschaft und des Außenhandels aus. Anstatt die vorhandenen Produktionskapazitäten zur Deckung dieses Bedarfs auszunutzen, wurde im wesentlichen eine schematische Weiterführung der gewohnten, überkommenen Produktion vorgenommen. Das führte in vielen Fällen, besonders beim Maschinenbau, zu

einer überhöhten Produktion und dem Stau von Waren ... Die Genossen der Staatlichen Plankommission müssen mit Hilfe der Fachministerien und der Handelsorgane den tatsächlichen Bedarf systematisch und exakt feststellen und gewährleisten, daß der Einsatz der vorhandenen und die Schaffung neuer Produktionskapazitäten auf die Deckung dieses Bedarfs eingestellt wird.«⁹

Gehen die zuständigen Wirtschaftsorgane – auch die des volkseigenen Handelsapparates nicht auf diese Weise vor, so entstehen Vorräte überflüssiger Waren. Das bedeutet aber, daß die für die Herstellung dieser Waren aufgewandte Arbeitszeit nicht gesellschaftlich notwendig war. So kommt es zu volkswirtschaftlichen Verlusten, die gleichbedeutend sind mit einer Senkung der Arbeitsproduktivität.

Die richtige Ermittlung des volkswirtschaftlichen Bedarfs ist also der Ausgangspunkt der volkswirtschaftlichen Planung und ein wichtiges Element der laufenden Planverwirklichung. *Grundlage eines jeden Planes muß weit besser als bisher die volkswirtschaftliche Bilanz sein*, in der – von der politischen und wirtschaftlichen Zielsetzung ausgehend – Bedarf und Kapazitäten miteinander in Übereinstimmung gebracht worden sind. In der genannten EntschlieÙung heiÙt es: »Der Volkswirtschaftsplan ist auf der Grundlage einer sorgfältigen und begründeten Bilanzierung des Bedarfs und der Produktion aufzustellen.«¹⁰

Heinrich RAU führte hierzu in seinem Referat auf der 6. Tagung des ZK der SED aus: »Der Plan muß auf der Grundlage einer guten Bilanzierung aller Faktoren ein richtiges Verhältnis zwischen Bedarf und Produktion herstellen ...«¹¹ Erst dann kommen wir zu begründeten Einzelplänen, wie z. B. den Materialverteilungs- und Umsatzplänen oder all den anderen Plänen, die den Handel betreffen. Hierzu wird in der EntschlieÙung des ZK der SED gesagt: »Die Genossen im Staatssekretariat für Materialversorgung müssen eine exakte Materialbilanz unter Anwendung sparsamster Verbrauchsnormen als Grundlage für den Plan der eigenen Materialproduktion und des Imports aufstellen.«¹² Von den Einzelplänen ausgehend, müssen die verschiedenen Wirtschaftsorgane, vor allem die des volkseigenen Handels, den in der volkswirtschaftlichen Bilanz und im Volkswirtschaftsplan nur grob gegliederten Bedarf spezifizieren. Sie müssen die Einzelbedarfe in Produktion und Konsumtion für einzelne Waren und für einzelne Bezirke ermitteln und an die Produktion weiterleiten. Wenn der Handel diese Aufgabe endlich energischer anpackt, werden unsere Pläne vollkommener und exakter werden.

9 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 23.6.1951.

10 Ebenda.

11 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 21.6.1951.

12 Ebenda.

Die Handelsplanung ist für die planmäßige Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs und für den planmäßigen Ablauf des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses außerordentlich wichtig. Es braucht an dieser Stelle nicht weiter entwickelt zu werden, da wir in der Handelsplanung noch sehr in den Kinderschuhen stecken. Hier liegt ein dankbares und wichtiges Forschungsgebiet für eine Arbeitsgemeinschaft, die aus Wissenschaftlern und Praktikern gebildet werden sollte.

Zusammenwirken von Handel und Produktion

Schon in der EntschlieÙung der 4. Tagung des ZK der SED vom 17. bis 19. Januar 1951 wurde dem volkseigenen Handel die Aufgabe der konkreten Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und ihrer Weiterleitung an die Produktion gestellt. Hierzu heiÙt es in der EntschlieÙung: »Für die Erfüllung der Produktions- und Investitionsaufgaben wie für die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung ist die Arbeit der Verwaltungen für Materialversorgung und der Handelsorgane von großer Bedeutung. Ihre Aufgabe ist es, die erforderlichen Materialien und Waren in Menge und Sortiment termingerecht und unter möglichst geringem Kostenaufwand zu bewegen und bereitzustellen.

Das erfordert: Genaue Kenntnis der Warenbedürfnisse der Volkswirtschaft, gute Planung der Materialverteilung, rechtzeitige Auftragserteilung für die sorten- und mengenmäßig notwendige Fertigung, laufende Kontrolle der Qualität der Erzeugnisse und der Einhaltung der Fertigungstermine, Ausarbeitung von Vorschlägen für die Produktionsbetriebe zur Verbesserung und zur Neuaufnahme der Produktion von Waren, Förderung des direkten Kontaktes zwischen den produzierenden und den verbrauchenden Betrieben und Wirtschaftszweigen, besonders innerhalb der volkseigenen Wirtschaft, und damit Vereinfachung des Ablaufs der Warenbewegung und des Handelsapparates selbst. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die volkseigenen Handelszentralen enger mit den Verwaltungen der volkseigenen Produktionsbetriebe verbunden werden.«¹³

Messen und Submissionen sind sehr wichtige, aber keineswegs ausreichende Mittel der Bedarfsforschung. Die Erarbeitung einer richtigen Methodik der Bedarfsermittlung und der Weiterleitung der festgestellten und im Rahmen des jeweiligen Planes zu befriedigenden Einzelbedürfnisse an die Produktion ist ein wichtiges Arbeitsfeld für Wissenschaft und Praxis. Ich mache deshalb den Vorschlag, hierfür aus interessierten Lehr- und Forschungskräften sowie

13 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 6.3.1951.

aus qualifizierten Praktikern eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die zwei Aufgaben lösen müßte:

1. Erforschung der Methoden der Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und ihrer Weiterleitung an die Produktion in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien.

2. Feststellung der bereits bei uns entwickelten Methoden, Entwicklung neuer Methoden und dabei Überprüfung, welche dieser Methoden sofort und welche im weiteren Verlauf der Entwicklung unserer Planung einzuführen sind.

An die Stelle der für die kapitalistischen Länder notwendigen Marktforschung muß die planwirtschaftliche Bedarfsermittlung treten. Das gilt natürlich auch für den Außenhandel der Planungsländer.

Das entscheidende Instrument der Weiterleitung der aufgeschlüsselten volkswirtschaftlichen Bedarfe an die Produktion und der Kontrolle der allseitigen Befriedigung dieser Bedürfnisse bildet *das Vertragssystem*. Über die »Methode der Kontrahierung« sagte STALIN bereits 1929, daß sie »einen überaus großen Schritt zur Verstärkung der planmäßigen sozialistischen Leitung der Volkswirtschaft«¹⁴ bedeute.

In der erwähnten Entschließung des ZK der SED vom Juni dieses Jahres heißt es dazu: »Bei dem gegenwärtig erreichten Stand und im Hinblick auf die weitere Entwicklung der volkseigenen Wirtschaft steht als entscheidende Aufgabe vor der Partei, die Rentabilität der volkseigenen Betriebe durch die Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb und durch die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sicherzustellen.«¹⁵

Die große Bedeutung des Vertragssystems für die planmäßige Durchführung des Reproduktionsprozesses der volkseigenen Wirtschaft ist bislang weitgehend verkannt worden. Viele glaubten, Verträge seien lediglich Mittel zur Herstellung der Verbindung zwischen volkseigenen und privaten Betrieben, wodurch das Anhängen der privaten Betriebe an den Volkswirtschaftsplan erreicht werden soll. Diese Auffassung ist viel zu eng und entspricht nicht mehr dem gegenwärtigen Stand unserer wirtschaftlichen Entwicklung, worauf der Stellvertretende Ministerpräsident RAU in seinem Referat auf der 6. Tagung des ZK der SED mehrfach und eindringlich hinwies. In der Sowjetunion spielt das Vertragssystem als Methode der Verbindung der sozialistischen Betriebe untereinander eine große Rolle. Wir müssen also auch in dieser Frage von den planwirtschaftlichen Errungenschaften der Sowjetunion lernen und

14 J.W. STALIN: Über die rechte Abweichung in der KPdSU (B), S. 277.

15 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 23.6.1951.

Teile von ihnen unter Berücksichtigung unseres Entwicklungsstandes bei uns anwenden.

Das Vertragssystem ist eine der Methoden der staatlichen Führung der volkseigenen Wirtschaft; es ist ein Bestandteil des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung, auf Grund dessen die volkseigenen Produktions- und Handelsbetriebe im Rahmen des Planes operativ verselbständigt werden. Bei dieser operativen Verselbständigung dienen die Wirtschaftsverträge (Absatz- bzw. Versorgungsverträge) zwischen Produktionsbetrieben bzw. zwischen Produktions- und Handelsbetrieben der Realisierung des Plans im einzelnen. Durch die Verträge wird der Planauftrag an die Produktionsbetriebe nach den verschiedensten Richtungen hin spezifiziert. So erfolgt also die Verwirklichung des Volkswirtschaftsplanes im einzelnen durch die Wirtschaftsverträge. Heinrich RAU sagte dazu in seinem Referat auf der 6. Tagung des ZK der SED: »Beim Anlauf des Fünfjahrplans hatten besonders jene Betriebe große Schwierigkeiten zu verzeichnen, denen nicht bereits durch den Plan konkrete Produktionsaufgaben gestellt wurden, die vielmehr darauf angewiesen sind, daß ihre Produktionsaufgabe besonders spezifiziert wird, daß exakte Bestellungen für bestimmte Erzeugnisse vorliegen müssen ... Für solche Betriebe bietet der Plan mit seiner allgemeinen und oftmals nur wertmäßigen Festlegung einer bestimmten Produktionsmenge noch keine ausreichende Unterlage. Es ist deshalb auch falsch, in diesem Falle von Planaufträgen zu sprechen, wie wir das bisher getan haben. Denn es handelt sich um eine allgemeine Planaufgabe, die der besonderen Spezifizierung bedarf. Diese Spezifizierung setzt einen Auftrag, eine Bestellung voraus ... Aufgabe der Leitungen der erwähnten Betriebe muß es sein, die durch den Plan gestellten Produktionsziele, die Planaufgabe dadurch zu sichern, daß sie sich rechtzeitig um die Bestellungen kümmern, dafür sorgen, daß sie Aufträge haben und die Aufträge in ganz konkreten Verträgen mit den Bestellern festlegen ... Sie werden auch die Anlieferung der benötigten Materialien dann nicht mehr dem ›Selbstlauf‹ überlassen, sondern einen Kampf um termingerechte Materiallieferung führen, wobei auch die Materiallieferungen vertraglich festzulegen sind.«¹⁶

Die Verträge legen Menge, Qualität, Sortiment, Preise, Termine, Zahlung usw. fest. So werden sie *als Instrument der Planverwirklichung zugleich zu einem wichtigen Kontrollinstrument*, mit dessen Hilfe, wie RAU feststellte, ein »starker Druck der Produktionsbetriebe auf die Handelsorgane und Verwaltungen« ausgeübt wird. »Verwaltungen und Handelsorgane«, so stellte RAU fest, »werden dadurch gezwungen, ihre Arbeitsmethoden zu verbessern, unbürokratischer, rascher und gründlicher zu arbeiten.«

16 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 21.6.1951.

Umgekehrt zwingen die Handelsorgane bei richtiger Bedarfsermittlung und richtiger Bestellung der Produktionsbetriebe zu besserer Planung, zur Steigerung der Qualität der Produktion, zur Einhaltung der vereinbarten Termine und Sortimente. Durch die Wirtschaftsverträge werden wir aber auch eine Beschleunigung des Warenumschlags und eine Einsparung an Umlaufmitteln erzielen.

Mit der Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung und des Vertragssystems ist die *Erhöhung der individuellen Verantwortung* verbunden. Um sie zu festigen, müssen die Verträge bei Nichteinhaltung der Vertragsbestimmungen von der einen oder anderen Seite Konventionalstrafen vorsehen. Diese schmälern den Gewinn des nichterfüllenden Betriebes, und das zwingt ihn zu besserer Arbeit. Aber nicht nur der Betrieb, sondern auch der einzelne Funktionär muß für Fahrlässigkeit und ähnliches materiell verantwortlich gemacht werden (Strafen, Prämienabzüge usw.) Die persönlichen Verantwortlichkeiten für die Vertragsdurchführung müssen dabei klar abgegrenzt sein.

Die Vertragsabschlüsse zwischen den Betrieben setzen natürlich einen richtigen und rechtzeitig fertiggestellten Plan voraus. Aber dieses Verhältnis ist keineswegs einseitig, denn das Vertragssystem trägt dazu bei, unsere Planung besser und exakter zu machen. Heinrich RAU stellte hierzu in seinem Referat auf der 6. Tagung des ZK der SED fest: »So wird der Vertrag zu einem mächtigen Hebel in der Entwicklung unserer Planung und Plandurchführung, wie auch in der Festigung der Plandisziplin.«¹⁷

All das zeigt, daß die Wirtschaftsverträge der volkseigenen Betriebe nichts mit kapitalistischen Kaufverträgen zu tun haben. Sie haben nicht nur eine andere Form, sondern einen völlig anderen sozialökonomischen Charakter. Sie sind eine spezifische Form der Verbindung volkseigener Betriebe im System der planmäßigen Wirtschaftsführung, Instrumente der verbesserten Lenkung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Die entschiedene Verankerung des Vertragssystems in unserer volkseigenen Wirtschaft ist also für die volkseigenen Handelsorgane und -verwaltungen von großer Bedeutung. Die vorhandenen Ansätze müssen also kräftig ausgebaut werden. Die 6. Tagung des ZK der SED schlug deshalb als einen weiteren Schritt der engen und festen Verbindung von volkseigenen Produktions- und Handelsbetrieben vor: Die Unterstellung der volkseigenen Großhandelsorgane unter die Fachministerien. Diese wichtige organisatorische Maßnahme wird die Planmäßigkeit der Verbindung von Produktion und Zirkulation steigern und zu weiterer Senkung unproduktiver Kosten führen.

17 Ebenda.

Die verantwortlichen Handelsfunktionäre aber müssen es sich darüber hinaus zur Aufgabe machen, weitere Methoden einer engeren Verbindung von volkseigenen Produktions- und Handelsbetrieben zu entwickeln. Mir scheint hierbei die systematische *Organisierung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches* sehr wichtig. Es gibt Beispiele genug, aber sie sollten mehr als bisher diskutiert werden. Der Erfahrungsaustausch sollte von der DAHA oder den DHZ eingeleitet werden und alle Betriebe umfassen, mit denen sie in Verbindung stehen, an die sie liefern und von denen sie beziehen. So werden etwa die Erfahrungen einer guten Verbindung einer Handelszentrale mit einem Produktionsbetrieb auch auf andere Betriebe übertragen. Dabei werden auch Erfahrungen einer verbesserten Arbeitsorganisation usw. zwischen einzelnen Produktionsbetrieben ausgetauscht werden.

Das Vertragssystem wird erst auf der Grundlage eines solchen Erfahrungsaustausches volle Wirksamkeit erlangen. Der Erfahrungsaustausch muß natürlich planmäßig vor sich gehen (Konferenzen, Handelstagungen, Arbeitsbesprechungen). Hierbei müssen Sortimente, Kosten, Neuerungen, Termine und alle anderen Fragen der Vorbereitung und Verwirklichung der Verträge besprochen werden. Das wird ein wichtiger Schritt in der Verbesserung der Arbeit unserer Handelsorgane und in der Herstellung einer festeren Verbindung mit der Produktion sein. Denn die demokratischen Methoden der planwirtschaftlichen Bedarfsforschung, das System der Wirtschaftsverträge, der organisierte und massenweise Erfahrungsaustausch – all das entfaltet auch die Initiative der Arbeiter und Angestellten in Produktion und Handel, entwickelt den Wettbewerb zu höheren Formen, mobilisiert Reserven und Fähigkeiten und hebt unsere Wirtschaft so auf eine neue Stufe ihrer Demokratisierung.

Der Beitrag des volkseigenen Handels zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Kostensenkung ist doppelter Art. Einmal kann der Handel selbst seine eigenen Kosten senken und dadurch Mittel für die Produktion freisetzen. Andererseits kann er aber auch durch bessere Bedienung der Produktion daran mitwirken, die Produktionskosten zu senken. Das sind zwei verschiedene Wege, die zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft führen.

Soweit der Handel Produktionsaufgaben durchführt (z. B. Transport, Verpackung, bestimmte Lagerungen), kann er selbst die Arbeitsproduktivität steigern. Auf den übrigen Gebieten der Handelstätigkeit, auf denen reine Zirkulationsfunktion ausgeübt wird, kann er das nur indirekt. Die Mittel, die hier eingespart werden, verwandeln sich auf dem Wege über den Staatshaushalt in Investitionsgelder, in neue Produktionsanlagen und Löhne.

Deshalb kann die gesamte Tätigkeit der Handelsbetriebe nicht in gesteigerter Arbeitsproduktivität ausgedrückt werden. Zum Unterschied zur Industrie

ist der Maßstab für die Handelstätigkeit die Vergrößerung des Warenumschlags bei absoluter oder zumindest relativer Kostensenkung. Nur auf diesem Wege können die Niederlassungen bei gegebenen Preisen, Handelsspannen usw. ihre Rentabilität steigern. Alle anderen »Mittelchen« der angeblichen Rentabilitätssteigerung, wie sie noch bisweilen anzutreffen sind, widersprechen dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Wahrheit der Kostenrechnung, und sind gesetzwidrig; sie verschleiern den erreichten Rentabilitätsgrad.

Wenn in § 13 des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1951 festgelegt ist, daß in der volkseigenen Industrie die Selbstkosten um 5,7 Prozent und in der volkseigenen Landwirtschaft um 5,5 Prozent zu senken sind, so kann der volkseigene Großhandel hierzu vor allem durch Beschleunigung des Warenumschlags einen wichtigen Beitrag leisten. Darüber hinaus schreibt das Gesetz vor, daß die Kosten im volkseigenen Handel um 17,2 Prozent gesenkt werden sollen.

Diese Ziffer ist im Durchschnitt zu erreichen. Es ist ein sehr hoher Prozentsatz, und er bringt zum Ausdruck, daß es im volkseigenen Handel noch viele Möglichkeiten der Ausschöpfung von Reserven der Kostensenkung gibt. Die bisherige Praxis zeigt sogar, daß es DHZ und DAHA gibt, deren Kostensenkungspläne durchaus über 17 Prozent hinausgehen, auf jeden Fall aber hinausgehen könnten.

Die Senkung der Handelskosten ist kein einfacher Mechanismus und kann nicht bei allen Handelskosten schematisch und gleichmäßig erfolgen. Die Handelskosten stellen keine in sich einheitliche Größe, sondern einen sehr differenzierten Komplex dar. Man muß – ihrem ökonomischen Charakter nach – verschiedene Typen von Handelskosten unterscheiden.

Bevor zum Detail übergegangen wird, sind folgende drei Grundsätze voranzustellen:

1. *Höhe, Struktur und Entwicklungstendenzen der Handelskosten werden durch die jeweiligen ökonomischen Verhältnisse einer Volkswirtschaft bestimmt*, dabei auch durch die sozialökonomische Struktur des Handels selbst. Es gibt also keine Handelskosten schlechthin. Die Handelskosten im Kapitalismus enthalten den Handelsdurchschnittsprofit und eventuell einen Extrageinn; im Kapitalismus wächst ständig der Anteil der reinen (unproduktiven) Zirkulationskosten, wie insgesamt im Kapitalismus mit seinen Marktwidersprüchen die Tendenz zur Steigerung der Zirkulationskosten festzustellen ist (zunehmend parasitäre Charakterzüge des Handels im Imperialismus).

Im volkseigenen Großhandel besteht die Möglichkeit zu fortlaufender Senkung der Zirkulationskosten, insbesondere der reinen (unproduktiven). Eine der Aufgaben der volkswirtschaftlichen Handelsplanung und aller im Handel

Tätigen besteht darin, diese großen objektiven Möglichkeiten, die unsere staatliche und ökonomische Ordnung bietet, zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Der sozialökonomische Charakter der Handelskosten wird also vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und vom Charakter der Produktionsverhältnisse, insgesamt also von der jeweiligen Produktionsweise bestimmt.

2. *Handelskosten und Zirkulationskosten können nicht, wie es häufig geschieht, gleichgesetzt werden.* Nicht alle Zirkulationskosten sind Handelskosten. Die mit der Geldzirkulation verbundenen Kosten des Bankenapparates z. B. sind ebenfalls Zirkulationskosten.

3. *Nicht alle Handelskosten sind Zirkulationskosten im eigentlichen Sinne.* Es gibt Produktionskosten, die in der Zirkulationssphäre entstehen (z. B. Transport, Verpackung, bestimmte Lagerungen); sie sind nur dem Schein nach Zirkulationskosten. Umgekehrt gibt es in der Produktion Kosten, die nur dem Schein nach Produktionskosten, in der Tat aber Zirkulationskosten sind.

MARX untersucht die Zirkulationskosten im 6. Kapitel des II. Bandes seines »Kapital«. Er beginnt mit einem Typ von Zirkulationskosten, von dessen drei Gruppen zwei vor allem zu den Handelskosten gehören. MARX nennt diesen Typ »*reine Zirkulationskosten*« und bringt damit zum Ausdruck, daß es sich um *unproduktive Kosten* handelt. Sie entstehen z. B. bei den Akten des Kaufens und Verkaufens, für die Zeit erforderlich ist und für die Arbeitskraft und Einrichtungen (Schreibmaterialien, Büros, Börsengebäude) benötigt werden. In der für das Kaufen und Verkaufen angewandten Arbeitszeit wird der stoffliche und räumliche Zustand der gehandelten Ware keineswegs verändert, es wird folglich auch kein Wert hinzugefügt.

»Diese Arbeit ... schafft so wenig Wert wie die Arbeit, die bei einem gerichtlichen Prozeß stattfindet, die Wertgröße des streitigen Objektes vermehrt.«¹⁸ »Der Kaufmann arbeitet so gut wie ein anderer, aber der Inhalt seiner Arbeit schafft weder Wert noch Produkt.«¹⁹

In der Zirkulation geht keine *Wertbildung* vor sich, sondern *Formwandel* des Wertes; er verwandelt sich aus Geld in Ware und umgekehrt. Die Charakterisierung dieser Arbeit des Kaufens und Verkaufens als unproduktiv darf nicht zu der Schlußfolgerung verleiten, daß diese Arbeit gesellschaftlich nicht notwendig wäre. Die reine Zirkulationsfunktion des Kaufens und Verkaufens ist notwendiger Bestandteil des kapitalistischen und, unter anderen Bedingungen, auch unseres demokratischen Reproduktionsprozesses, eine »Funktion, die an und für sich unproduktiv, aber ein notwendiges Moment der Reproduktion ist ...«²⁰

18 Karl MARX: Das Kapital, Bd. II, S. 124.

19 Ebenda, S. 126.

Ob nun die DHZ oder die Ein- und Verkaufsabteilungen der Produktionsbetriebe das im Rahmen des Vertragssystems erforderliche Kaufen und Verkaufen durchführen – es ist ebenso notwendig, wie es unproduktiv ist. Wenn aber eine DHZ die vielen einzelnen Kauf- und Verkaufsakte zusammenfaßt, so werden beträchtliche Kosten eingespart. Hier gilt mit neuem gesellschaftlichen Inhalt, was MARX über den kapitalistischen Kaufmann sagte. Der Kaufmann »mag durch seine Operationen die Kauf- und Verkaufszeit für viele Produzenten abkürzen. Er ist dann als eine Maschine zu betrachten, die nutzlosen Kraftaufwand vermindert oder Produktionszeit freisetzen hilft.«²¹

Das gilt aber nur für die volkswirtschaftlich wirklich notwendigen Kauf- und Verkaufsakte, während, von den Erfordernissen unseres Reproduktionsprozesses aus betrachtet, überflüssig aufgewandte Kauf- und Verkaufszeit die Rentabilität mindert, also volkswirtschaftlichen Verlust darstellt.

Eine zweite Gruppe der reinen Zirkulationskosten bilden die *Kosten der Buchführung*.

Marx sagt: »Neben dem wirklichen Kaufen und Verkaufen wird Arbeitszeit verausgabt in der Buchführung, in die außerdem vergegenständlichte Arbeit eingeht, Feder, Tinte, Papier, Schreibpult, Bureaukosten. Es wird also in dieser Funktion einerseits Arbeitskraft verausgabt, andererseits Arbeitsmittel. Es verhält sich hiermit ganz wie mit der Kauf- und Verkaufszeit«²² »Durch die Buchführung, welche auch die Preisbestimmung oder die Berechnung der Warenpreise (Preiskalkulation) einbegreift, wird diese Bewegung (des Kapitals – d. Verf.) fixiert und kontrolliert.«²³

Auch diese wichtigen Buchführungsarbeiten fügen den vorhandenen Waren keinen neuen Wert zu, sie sind nicht produktiv. MARX stellt hierzu fest: »Die Berechnung der Warenwerte, die Buchführung über diesen Prozeß ... wirken nicht auf den Gebrauchswert, worin der Warenwert existiert.«²⁴

Trotz des unproduktiven Charakters, den die Buchführungskosten auch in der volkseigenen Wirtschaft haben, sind sie volkswirtschaftlich von außerordentlicher Bedeutung. Unproduktiv heißt bekanntlich keineswegs gesellschaftlich unnötig. Kostenberechnung und -kontrolle, Kalkulation, Preisberechnung und -kontrolle und andere Vorgänge ähnlicher Art sind notwendig zur Durchführung einer geplanten Produktion und Zirkulation.

Dabei darf man unter Buchführung nicht nur die in den kaufmännischen Abteilungen der Betriebe vor sich gehenden Arbeiten verstehen. Zur Buchführung

20 Ebenda, S. 125.

21 Ebenda.

22 Ebenda, S. 127.

23 Ebenda, S. 127f.

24 Ebenda, S. 133.

der volkseigenen Wirtschaft, die eine *gesellschaftliche* Buchführung ist, gehören alle Kosten-, Preis- und anderen Berechnungen in den VVB, Hauptverwaltungen, Ministerien und in der Staatlichen Plankommission. Es handelt sich hier also um eine Buchführung, die sich von der des Kapitalismus grundlegend unterscheidet. Die kapitalistische Buchführung ist auf die maximale Profiterzielung abgestellt, die gesellschaftliche Buchführung in der volkseigenen Wirtschaft aber rechnet und kontrolliert im Dienste der volkswirtschaftlichen Planung und mit dem Ziel der Planerfüllung.

Schon MARX erkannte in genialer Voraussicht die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Buchführung in einer Volkswirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln. Er sagte: »Die Buchführung als Kontrolle und ideelle Zusammenfassung des Prozesses wird um so notwendiger, je mehr der Prozeß auf gesellschaftlicher Stufenleiter vorgeht und den rein individuellen Charakter verliert; also notwendiger in der kapitalistischen Produktion als in der zersplitterten des Handwerks- und Bauernbetriebs, notwendiger bei gemeinschaftlicher Produktion als bei kapitalistischer.«²⁵

Gesellschaftliche Buchführung ist ein Teil der – um LENIN bekannte Formulierung zu gebrauchen – Rechnungsführung und Kontrolle. Er sagt: »Von entscheidender Bedeutung ist die Organisierung einer überaus strengen und vom gesamten Volk ausgeübten Rechnungsführung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte.«²⁶

Ganz eindringlich betont LENIN immer wieder die Notwendigkeit der Rechnungsführung und Kontrolle für die Durchführung der Planung, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, so z. B. wenn er darauf hinweist: »Ohne sie kann aber keine Rede sein von der zweiten, ebenso wesentlichen, materiellen Vorbedingung für die Errichtung des Sozialismus, nämlich von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität im gesamtationalen Maßstab.«²⁷

Ein Teil dieser Aufgaben der gesellschaftlichen Buchführung muß der volkseigene Großhandel durchführen. Die Aufstellung und Durchführung eines exakten Finanzplans und die Einhaltung einer strengen Finanzdisziplin sind wichtige Voraussetzungen für die Kostensenkung im Handel und für die dadurch möglich werdende Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die 6. Tagung des ZK der SED vom Juni dieses Jahres widmete einen großen Teil ihrer Aufmerksamkeit gerade diesen Fragen.

Schon MARX wies auf die ökonomische Gesetzmäßigkeit hin, daß die Buchführungskosten bei gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln niedriger sind als im Kapitalismus. Er sagt: »Die Kosten der Buchführung

25 Ebenda, S. 129

26 W.I. LENIN: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«, in: Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 362.

27 Ebenda, S. 363.

reduzieren sich aber mit der Konzentration der Produktion und je mehr sie sich in gesellschaftliche Buchführung verwandelt.«²⁸

Damit hat Karl MARX ein wichtiges ökonomisches Entwicklungsgesetz der sozialistischen und auch unserer volkseigenen Wirtschaft angedeutet: *Je besser und vollkommener die Produktion und Zirkulation geplant werden, desto geringer werden die reinen Zirkulationskosten*, desto geringer wird derjenige Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit, der für Ein- und Verkauf, für die Werteberechnung und -kontrolle, für die gesellschaftliche Buchführung erforderlich wird.

Je mehr sich der Kapitalismus in seinen Widersprüchen verwickelt und zersetzt, je unlösbarer das Marktproblem wird, desto größer wird der Anteil der reinen Zirkulationskosten am Preis der Waren. So betrug der Anteil der Handelskosten am Preis der Waren in den USA im Jahre 1850 im Durchschnitt 19,8 Prozent und in der Gegenwart etwas über 50 Prozent. In der Sowjetunion dagegen machten die Handelskosten 1932 12,5 Kopeken je Rubel Umsatz aus und gingen bis 1940 auf 9,8 Kopeken zurück.

In unserem volkseigenen Großhandel werden zur Zeit keineswegs alle Möglichkeiten der Senkung der reinen Zirkulationskosten ausgenutzt. Hier sind viele Quellen der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität verstopft, die zum Fließen gebracht werden müssen. Auf der Grundlage des Vertragssystems planmäßig ein- und verkaufen, durch Verbesserung des Rechnungswesens der DHZ die Finanzplanung und -kontrolle vereinfachen und beschleunigen – das sind zentrale Aufgaben der Kostensenkung, das hilft, »Produktionszeit freimachen«.

Der Kampf um die Kostensenkung im volkseigenen Großhandel muß ganz entschieden geführt werden. Jedoch darf man nicht in Extreme und Schematismus verfallen. Volkswirtschaftliche Vorgänge, besonders in der Kostensphäre, sind nicht einfach. Es kommt bei der Kostensenkung im Handel darauf an, das volkswirtschaftlich notwendige Optimum zu erreichen, d. h. mit geringsten Zirkulationskosten den größtmöglichen Warenumsatz zu erzielen, und zu helfen, den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß in allen seinen Bestandteilen durchzuführen.

Viele Verluste entstehen in unserer Volkswirtschaft auch durch den Bürokratismus des volkseigenen Handelsapparates, komplizierte Verfahrenswege, Leerlauf, Doppelorganisation, unnötige Meldeverfahren, Formularunwesen, personelle Aufblähung. Die für diese Tätigkeit aufgewandte Arbeitszeit gehört wahrhaftig nicht zu den gesellschaftlich notwendigen Zirkulationskosten. Es handelt sich hier um absolute volkswirtschaftliche Verluste. Die für derartige

28 Karl MARX: Das Kapital, Bd. II, S. 127.

»Tätigkeiten« vertane Arbeitszeit ist nicht notwendig und schon gar nicht produktiv. Es handelt sich hier um Wachstumsschwierigkeiten, zu deren Beseitigung unsere Ordnung alle Möglichkeiten und Kräfte enthält.

Ein zweiter Typ von Handelskosten sind die *Aufbewahrungskosten*. Um die Waren zum richtigen Zeitpunkt in genügender Menge und in genügender Auswahl für die Produktion oder Konsumtion zur Verfügung zu stellen, müssen sie gelagert werden, d. h. es muß Vorratsbildung betrieben werden. Der Warenvorrat in einer Volkswirtschaft muß einen bestimmten Umfang und eine bestimmte Breite des Sortiments haben, damit der Reproduktionsprozeß reibungslos laufen kann. Das gilt besonders für saisongebundene Produktion, also vor allen für landwirtschaftliche.

Karl MARX sagt hinzu: »Der Warenvorrat muß einen gewissen Umfang haben, um während einer gegebenen Periode zu genügen für den Umfang der Nachfrage.«²⁹

Dabei werden Umfang und Zusammensetzung des gesamten volkswirtschaftlichen Vorrats von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt. Eine Vorratsbildung von besonderer Art und großer Bedeutung müssen in unserer Republik die *staatlichen* Reserven werden, ohne die eine entwickelte Planwirtschaft undenkbar ist. Die für die Vorratsbildung aufgewandte gesellschaftliche Arbeit trägt auf eine besondere Weise dazu bei, den Gebrauchswert endgültig fertigzustellen: er wird zu dem für die regelmäßige individuelle oder produktive Konsumtion erforderlichen Zeitpunkt bereitgestellt.

Die Kosten der Vorratsbildung sind in dem Maße gesellschaftlich notwendig, in dem der Umfang der Vorratsbildung nicht das für die einwandfreie Durchführung des Reproduktionsprozesses erforderliche Ausmaß überschreitet. MARX gliedert die Aufbewahrungskosten in folgender Weise auf: »Das Verharren des Warenkapitals als Warenvorrat auf dem Markt erheischt Baulichkeiten, Magazine, Reservoirs der Waren, Warenlager, also Auslage von konstantem Kapital; ebenso Zahlung von Arbeitskräften zur Einmagazinierung der Waren in ihre Reservoirs. Außerdem verderben die Waren und sind schädlichen elementaren Einflüssen ausgesetzt. Zum Schutz davor ist zusätzliches Kapital auszulegen, teils in Arbeitsmitteln, in gegenständlicher Form, teils in Arbeitskraft.«³⁰

Und an anderer Stelle: »Die Kosten der Vorratsbildung bestehen 1. aus quantitativer Abnahme der Produktmasse (z. B. bei Mehlvorrat), 2. Verderb der Qualität, 3. aus der vergegenständlichen und lebendigen Arbeit, welche die Erhaltung des Vorrats erheischt.«³¹

29 Ebenda, S. 141.

30 Ebenda, S. 132.

Ein Teil der Kosten für Vorratsbildung oder, anders ausgedrückt: der für diese aufzuwendenden vergegenständlichen und lebendigen Arbeit, dient dem Kampf gegen Schwund, Verderben usw., also der Erhaltung des Gebrauchswertes, d. h. des Nützlichkeitsgrades der Waren. Mit diesem Kostenaufwand wird erreicht, daß der bei Lagerung auftretende Wert- und Gebrauchswertschwund (quantitative und qualitative Verminderung) verringert wird. Dieser Teil der Lagerungskosten dient damit auf eine besondere Art der Erhaltung des gesellschaftlichen Reichtums und ist also auf eine besondere Art produktiv. Im Kapitalismus spielen anormale Vorräte eine große und zunehmende Rolle. Der anarchische Charakter des kapitalistischen Reproduktionsprozesses erzeugt Marktstockungen und gesellschaftlich nicht notwendige Vorräte, die in den Kreisen ungeheurer Umfang anzunehmen.

Karl MARX schreibt dazu:

»Der Warenvorrat ist dann nicht Bedingung des ununterbrochenen Verkaufs, sondern Folge der Unverkäuflichkeit der Waren.«³²

Die hierbei entstehenden Kosten sind reine Wertverluste. Die gewaltige Überlegenheit der volkseigenen und planmäßig betriebenen Wirtschaft zeigt sich bei den Aufbewahrungskosten darin, daß in der einwandfrei gemeisterten Planwirtschaft keine Stockungen und sich aus ihnen ergebende Wertverluste auftreten. Die Wirtschaft unserer Republik ist frei von Krisen, und wir kennen keine Krisenvorräte und die mit ihnen verbundenen gewaltigen Wertverluste. Durch Planungsfehler, Durchbrechungen der Plandisziplin, mangelhafte oder fehlende Erforschung des Bedarfs und andere Faktoren treten jedoch auch in unserer Volkswirtschaft noch unnötige Vorräte (Warenstau) und entsprechend unnötige Aufbewahrungskosten auf. Hier liegen bedeutende Reserven der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie müssen und können erschlossen werden.

Eine wichtige Aufgaben des volkseigenen Handels besteht somit darin, ein richtiges Optimum an Vorräten (bei entsprechender Breite des Sortiments) zu bilden. Eines der Mittel der Erreichung eines richtigen Optimums sind die Richtsätze, die nicht nur finanziell, sondern vor allem technisch-ökonomisch begründet sein müssen. Die Ausdehnung der Streckengeschäfte wird ebenfalls helfen, die Kosten für Vorratsbildung zu senken. Eine genaue Kenntnis der Produktionstermine und entsprechende Lagerdispositionen, ferner ein möglichst gleichförmiger Fluß der Waren und der Nachfrage (hier unter anderem durch zeitliche Planung der Kaufkraftströme der Bevölkerung) vermindert unnötige Vorratsbildung.

31 Ebenda, S. 143.

32 Ebenda, S. 142.

In dieser Richtung wird die Durchsetzung des Vertragssystem wesentliche Verbesserungen ringen. Es wird u. a. eine verbesserte Erforschung des Bedarfs erzwingen. Hierzu stellte MARX folgendes fest: »Den Produktionsperioden entsprechend bilden sich Kauftermine und bildet die Ware während längerer und kürzerer Zeit Vorrat, bis sie durch neue Exemplare derselben Art ersetzt werden kann. Nur durch diese Vorratsbildung ist die Beständigkeit und Kontinuität des Zirkulationsprozesses, und daher des Reproduktionsprozesses, die den Zirkulationsprozeß einschließt, gesichert.«³³

MARX gibt hier den im volkseigenen Handeln Tätigen für die Aufgabe der Bedarfsermittlung und -befriedigung wichtige Hinweise. Im Binnen- und Außenhandel muß man genau die Produktionsperioden und Kauftermine kennen, damit man die erforderlichen Waren einerseits rechtzeitig erhält und andererseits keine unnötige Vorratsbildung betreibt. Auf diesem Gebiet der Erforschung, Berücksichtigung und Planung der Produktions- und Kaufzyklen ist von den Funktionären der DIA und DHZ noch wichtige Arbeit zu leisten. Die Kontrolle durch die Mark, insbesondere auf dem Wege der kurzfristigen Kreditierung muß verstärkt werden. Auch das wird den Warenumsatz beschleunigen.

MARX schrieb von der kapitalistischen Zirkulation: »Da die normale und die anormale Form des Vorrats sich der Form nach nicht unterscheiden und beides Zirkulationsstockungen sind, so können die Phänomene verwechselt werden und um so mehr den Produktionsagenten selbst täuschen, als für den Produzenten der Zirkulationsprozeß seines Kapitals fließen kann, obgleich der Zirkulationsprozeß seiner Waren, die in die Hände der Kaufleute übergegangen sind, stockt.«³⁴

Diese Möglichkeit der Verwechslung besteht in veränderter Form auch in der volkseigenen Wirtschaft. Der entscheidende Unterschied ist jedoch der, daß überflüssige Vorräte in unserer Volkswirtschaft weit geringer als im Kapitalismus sind und daß sie vor allem durch Verbesserung unserer Planungsarbeit beseitigt werden können. Im Kapitalismus aber gibt es keine Möglichkeiten zur Verhinderung unnötiger Vorräte und Wertverluste. Im Gegenteil, sie vergrößern sich im Imperialismus mit den umfangreicher und tiefer werden den Marktwidersprüchen.

Dabei greift der von den Monopolen beherrschte Staat zu sogenannten Valorisierungen, zu staatlichen Aufkäufen, die dem Schutz der Monopolpreise dienen, also ausgesprochen unproduktiven und parasitären Charakter tragen. Eine andere Art der parasitären imperialistischen Vorratsbildung sind die

33 Ebenda, S. 141.

34 Ebenda, S. 142f.

Ankäufe strategischer Rohstoffe, wie sie besonders seit dem Korea-Überfall von den amerikanischen Aggressoren betrieben werden.

Ein *dritter Typ* von Handelskosten sind die *Transportkosten*. Hier handelt es sich um keine Zirkulationskosten im eigentlichen Sinne. Der Transport der Güter ist notwendig, um sie der individuellen oder produktiven Konsumtion zuzuführen, um also den Gebrauchswert endgültig herzustellen. Die in Mecklenburg erzeugten Kartoffeln haben für den sächsischen Konsumenten erst dann vollen Gebrauchswert, wenn sie von Mecklenburg nach Sachsen transportiert worden sind. Gütertransport ist deshalb ein in die Zirkulationssphäre hinein verlängerter Produktionsakt. Transportkosten sind also produktive Kosten. Karl MARX bemerkt hierzu: »Aber der Gebrauchswert von Dingen verwirklicht sich nur in ihrer Konsumtion, und ihre Konsumtion mag ihre Ortsveränderung nötig machen, also den zusätzlichen Produktionsprozeß der Transportindustrie.«³⁵

Transport bedeutet *Raumwechsel*. Das aber hat nichts mit Zirkulation zu tun. Zirkulation bedeutet Besitzwechsel, Wechsel der Eigentumstitel. Marx erläutert das sehr anschaulich: »Zirkulation von Waren kann aber stattfinden ohne ihre physische Bewegung und Produktentransport, ohne Warenzirkulation und selbst ohne unmittelbaren Produktaustausch. Ein Haus, welches A an B verkauft, zirkuliert als Ware, aber es geht nicht spazieren. Bewegliche Warenwerte, wie Baumwolle oder Roheisen, hocken auf demselben Warenlager, zur selben Zeit, wo sie Dutzende von Zirkulationsprozessen durchlaufen, gekauft und wieder verkauft werden von den Spekulanten. Was sich hier wirklich bewegt, ist der Eigentumstitel an der Sache, nicht die Sache selbst.«³⁶

Wie die Struktur der Handelskosten von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig oft sehr unterschiedlich ist, so auch der Anteil der Transportkosten an den gesamten Handelskosten. Sie sind besonders hoch in der Metallindustrie, bei der Holzverarbeitung und in der Bauwirtschaft. In einigen typischen Produktionszweigen der Sowjetunion und auch bei uns liegen die Transportkosten zwischen 20 und 30% der gesamten Handelskosten.

Aber auch die Transportkosten sind in der Planwirtschaft niedriger als im Kapitalismus. Die Planung verhindert, wenn einwandfrei gearbeitet wird, Gegentransport, mehrfaches Umladen, Leerfahrten, teure Transportfahrten an Stelle möglicher billigerer u. a. m. Der volkseigene Großhandel muß also seine Aufmerksamkeit auch diesen Transportkosten zuwenden. Durch die Verbesserung seiner eigenen Arbeit und Anregungen für die Verbesserung der Arbeit des Verkehrswesens können die Transporte rationalisiert und die Transportkosten gesenkt werden.

35 Ebenda, S. 144.

36 Ebenda, S. 143f.

Der *vierte Typ* von Handelskosten sind diejenigen für *Sortierung, Teilung, Verpackung und Auslieferung*. Die Rationalisierung der Teilung und Auslieferung, die Normierung der Verpackung, die Bereinigung der Sortimente und die strenge Kontrolle der bestehenden Sortimente durch den Handel – all das führt zu einer Senkung dieser Art von Handelskosten. Die bei der Durchführung der erwähnten Aufgaben aufgewandte Arbeit ist produktiv, denn sie trägt dazu bei, die Produkte konsumreif zu machen. Wesentliche Arbeit des Einzelhandels entfällt auf diese Handelstätigkeit. Produktions- und reine Zirkulationsfunktionen sind hier, wie beim gesamten Handel, eng miteinander verbunden und fließen teilweise ineinander über.

Ein *fünfter Typ* von Handelskosten sind schließlich die *reinen Produktionskosten*, die in der Handelssphäre auftreten. Bei bestimmten Waren führt der volkseigene Großhandel Be- und Verarbeitungsprozesse durch. Es wird bisweilen volkswirtschaftlich zweckmäßig sein, daß der volkseigene Großhandel Produktionstätigkeit ausübt, in einigen Fällen sollte jedoch überprüft werden, ob diese Produktionsaufgaben nicht im Interesse der Steigerung der Arbeitsproduktivität an reine Produktionsbetriebe abzugeben wären. Hier muß jedoch von Fall zu Fall entschieden werden.

Wenn wir zusammenfassen, so gibt es also Handelskosten, deren Verausgabung der Vergrößerung des gesellschaftlichen Mehrprodukts dient, Kosten für Transport, Verpackung, Bearbeitung u. ä. Die Senkung dieser Handelskosten bedeuten direkte Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ferner gibt es Handelskosten, deren Verausgabung nicht wertbildend wirkt, die also unproduktiven Charakter tragen, wie Kosten für die Buchführung usw. Diese Kosten müssen laufend aus dem Mehrprodukt, das in den Produktionsbetrieben erzeugt wird, ersetzt werden. Sie vermindern also denjenigen Teil des Sozialprodukts, der für Investitionen, Generalreparaturen, Erweiterung der Umlaufmittelfonds und für die Konsumtion zur Verfügung steht. Ihr unproduktiver Charakter ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sie gesellschaftlich notwendig sind. Sie dürfen aber ein bestimmtes Optimum nicht unterschreiten, damit der reibungslose Warenabsatz und damit die Produktion nicht behindert werden.

Es gibt schließlich Handelskosten, die überflüssig sind, die weder produktiv noch gesellschaftlich notwendig sind, Kosten für gesellschaftlich nicht notwendige Vorratsbildung. Sie stellen Verluste an Mehrprodukt, an gesellschaftlichem Reichtum dar. Diese Kosten müssen in unserem volkseigenen Großhandel durch allseitige Entfaltung der verschiedensten Formen der gesellschaftlichen Kontrolle so schnell als möglich liquidiert werden.

Die Senkung der reinen Zirkulationskosten und der reinen Wertverluste führt aber auch zu einer *indirekten* Steigerung der Arbeitsproduktivität, denn auf diese Art setzt der Handel finanzielle Mittel und gegebenenfalls auch

Arbeitskräfte für den Produktionsprozeß frei. Hier können die Arbeiter und Angestellten im volkseigenen Handel durch Verbesserung ihrer Leistungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen, die Preissenkungspolitik unserer Regierung unterstützen und eine Steigerung des Lebensstandards herbeiführen.

Das Finanzkapital versucht, die besonders im Imperialismus außerordentlich anwachsenden Handelskosten in immer größerem Umfang auf die breiten Käufermassen abzuwälzen. Dazu dienen vor allen die hohen Monopolpreise. Große Summen der ausgezahlten Löhne und Gehälter gehen auf diese Art der Arbeitern und Angestellten wieder verloren. Realeinkommen sinken. MARX charakterisierte diese Methoden als »sekundäre Ausbeutung«, und er brandmarkte im »Kapital« diesen weiteren räuberischen Zug der kapitalistischen Ausbeutung, der sich im Imperialismus so außerordentlich verstärkt hat.

In der volkseigenen Wirtschaft nehmen mit ihrer weiteren Festigung die unproduktiven Handelskosten ständig ab. Diese unproduktiven Handelskosten werden aus dem gesellschaftlichen Mehrprodukt abgedeckt. Das geschieht über die staatlichen Zuweisungen von Grund-, Umlaufmitteln an die volkseigenen Handelsorgane sowie über die Handelsspanne. Diese besteht aus produktiven Kosten (Ersatz der im Handel für produktive Zwecke verbrauchten Grund- und Umlaufmittelfonds) und aus Mehrprodukt.

Ein Teil der Handelsspanne dient dem Ersatz von Handelskosten, ein anderer Teil der Bildung von Handelsgewinn und hierbei des Direktorfonds. So ist die richtig kalkulierte und geplante Handelsspanne ein wichtiger Faktor der Kostensenkung und der Kostenkontrolle im Handel. Auch von dieser Seite her wird eine beschleunigte Revision der Handelsspannen, die seit längerer Zeit nur schleppend im Gange ist, zur unbedingten Notwendigkeit. Wir brauchen eine Handelsspanne, die

1. zur Kostensenkung anspornt,
2. den progressiv durchschnittlichen Handelsbetrieben einen Plangewinn und die Bildung eines Direktorfonds ermöglicht,
3. das Streckengeschäft fördert und
4. Schritt für Schritt je Ware vereinheitlicht wird.

Die Kosten des volkseigenen Großhandels unterscheiden sich also sowohl in ihrer Höhe als auch in ihrer Struktur und Entwicklungstendenz von den kapitalistischen Handelskosten. Die Hebel zur Senkung der einzelnen Kostenarten sind verschieden und müssen auch unterschiedlich bedient werden. Eine Fülle von Einzelfragen muß noch geklärt werden. So ist z. B. zu überprüfen, bis zu welchem Grade die Kostenpläne des volkseigenen Großhandels sich auf der Grundlage der Marxschen Gliederung der Zirkulationskosten aufbauen lassen.

Der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgeschlagene und von der Volkskammer beschlossene *Fünfjahrplan* stellt dem volkseigenen Großhandel gewaltige Aufgaben, die dieser nur durch unermüdliche und allseitige Qualifizierung seiner Arbeiter und Angestellten sowie durch beträchtliche Umstellungen in der Arbeitsweise lösen kann. An die Qualität des staatlichen und genossenschaftlichen, aber auch des privaten Einzelhandels werden dabei große Anforderungen gestellt. In noch höherem Maße gilt das für die DIA-Fachanstalten und die DHZ. Sie müssen nicht nur einen vergrößerten und beschleunigten Warenfluß in Konsumtionsmitteln, sondern auch in Produktionsmitteln sicherstellen.

Hierbei sind *folgende Hauptaufgaben* zu lösen:

1. Mitwirkung bei der Verbesserung der Durchführung von Investitionen,
2. kontinuierliche Anlieferung der von der Produktion entsprechend ihren Plänen gewünschten Materialien, Rohstoffe usw. im richtigen Sortiment und in der richtigen Qualität,
3. Mitwirkung bei den Produktionsumstellungen, die zur besseren Berücksichtigung des volkswirtschaftlichen Bedarfs, zur Einsparung von Engpaßmaterialien und zur Unabhängigmachung von imperialistischen Manövern erforderlich sind,
4. Unterstützung bei der Beseitigung von Disproportionen zwischen einzelnen Industriezweigen. (Aus diesem Grunde sieht das Plangesetz für die einzelnen Industriezweige und Warengruppen bekanntlich sehr unterschiedliche Produktionssteigerungen vor, durch die die volkswirtschaftlich notwendigen Proportionen hergestellt werden sollen.),
5. Versorgung der Landwirtschaft, insbesondere der MAS und der VEG, mit den notwendigen Geräten und Maschinen, wobei auf das richtige Sortiment größerer Wert als bisher zu legen ist.

Besonders zu Punkt 3 und 4 ergibt sich, daß die Anforderungen an die einzelnen DIA-Fachanstalten und DHZ unterschiedlich sein werden.

Für alle volkseigenen Handelszentralen ist aber von gleicher Gültigkeit, daß sie auf die Qualitäts- und Sortimentsgestaltung viel stärkeren Einfluß als bisher nehmen müssen, daß sie den Warenumschatz kontinuierlicher gestalten und beschleunigen müssen, daß sie ihre Rentabilität erhöhen und ihre Kosten wesentlich zu senken haben.

Jede relative oder absolute Verminderung der Handelsfonds bzw. jede Beschleunigung ihres Umschlages setzt Mittel für die Produktion frei, fördert also die Vergrößerung der Produktion in der volkseigenen Industrie. Jede Verbesserung (vor allem der Kontinuität) der Zulieferung und des Absatzes fördert die im Plan vorgesehene starke Selbstkostensenkung in der volkseigenen Industrie.

Damit kann der volkseigene Großhandel auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität beitragen. Eine außerordentlich wichtige Methode zur Verbesserung der Arbeit des volkseigenen Großhandels, dabei auch zur Senkung der Handelskosten, ist die auf der 6. Tagung des ZK der SED vorgeschlagene Einführung des *Prinzips der volkswirtschaftlichen Rechnungsführung*. Es ist völlig irrig und falsch, in der Methode der wirtschaftlichen Rechnungsführung (oder im Rentabilitätsprinzip, wie bisher der russische Ausdruck übersetzt wurde) nur die Anwendung von bestimmten finanzpolitischen Maßnahmen oder lediglich die Ergreifung von neuen finanziellen, Rechnungs-, Bilanzierungs- und Organisationsmaßnahmen zu sehen. All das ist notwendig, trifft aber nicht das Wesen.

Das Entscheidende im Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist ein Doppeltes: Das *erste Hauptmerkmal* des Rentabilitätsprinzips ist die starke planmäßige und zentrale, d. h. staatliche *Gesamtleitung* der Wirtschaft bei Dezentralisierung der operativen ökonomischen Funktionen. Das bedeutet, daß sich die Ministerien und Staatssekretariate, z. B. das Staatssekretariat für Materialversorgung, von der Methode der Regulierung von Einzelfällen, des »Bewirtschaftens« der kleinsten Kennziffer und Warenposition frei machen müssen. Die leitenden staatlichen Organe sollen die Gesamtleitung der Wirtschaft durchführen, um dadurch die eigentlichen Planaufgaben besser, vor allem beweglicher und schneller lösen zu können. Auf der anderen Seite sollen die volkswirtschaftlichen Produktions- und Handelsbetriebe im Rahmen des Plans dezentralisierter und selbständiger arbeiten. Hierzu allerdings ist ein ganzer Komplex von organisatorischen, finanziellen und Kontrollaufgaben zu lösen.

Die einzelnen Betriebe müssen, nachdem ihre volkswirtschaftlich zweckmäßige Größe festgelegt worden ist, administrativ und wirtschaftlich selbstständig werden. Sie werden selbständige Rechtsträger des Volkseigentums. Das gilt auch für die DHZ und in Zukunft sogar für einen mehr oder minder großen Teil der Niederlassungen. Außerdem werden noch mehrere DHZ aufgeteilt werden, damit sie ihre Aufgaben besser lösen können. All das erfordert eine Prüfung von Fall zu Fall.

Die Anlagefonds und ein Teil der Umlauffonds sind Eigenmittel der Betriebe, die ihnen vom Staat zu rationeller Verwaltung zur Verfügung gestellt werden und deren optimale volkswirtschaftliche Größe und Ausnutzung laufend überprüft werden muß. Ein anderer Teil der Umlaufmittel wird zwecks Verwirklichung der Kontrolle durch die Mark von der Notenbank auf dem Wege des kurzfristigen Kredits zur Verfügung gestellt. Im volkseigenen Großhandel trifft das bekanntlich für den größten Teil der Umlaufmittel zu, so daß die

Warenzirkulation in entscheidenden Teilen der Fremdfinanzierung unterliegt. Die Aufwendungen und Erträge werden von den Betrieben bilanziert.

Viele andere Maßnahmen wären noch aufzuführen. Dafür ist hier nicht der Ort. Eine außerordentlich wichtige Frage ist dabei die Konkretisierung der einzelnen Methoden der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf die Erfordernisse des volkseigenen Handels.

Ein wesentlicher Bestandteil des Rentabilitätsprinzips mit seiner Dezentralisierung der operativen ökonomischen Tätigkeit ist das *Vertragssystem*. Mit Hilfe dieses Vertragssystems kontrollieren sowohl die Vertragspartner (Betrieb) als auch die Notenbank die zwischenbetrieblichen Waren- und Geldbeziehungen und tragen so zur Beschleunigung des Waren- und Geldumlaufs bei. Durch die Wirtschaftsverträge wird der Volkswirtschaftsplan im einzelnen verwirklicht. Ohne Wirtschaftsverträge gibt es keine entwickelte Planwirtschaft.

Die Anwendung des Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung erschöpft sich jedoch keineswegs in diesen finanzwirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen; das zeigt das *zweite Hauptmerkmal* des Rentabilitätsprinzips.

Es besteht in dem Ausbau des Systems der *individuellen Verantwortung* unter Ausnutzung der materiellen Interessiertheit und des Leistungsprinzips. Die Betriebe sollen eine größere Verantwortung als bisher für ihre Aufwendungen und Erträge übernehmen. Jede Verbesserung der Leistung soll zusätzliche Gewinne und jede Verschlechterung Abzüge vom Gewinn zur Folge haben. Das wirkt sich auf die Größe des Direktorenfonds aus und mobilisiert somit die Interessiertheit der gesamten Belegschaft.

Daraus ergibt sich, daß auch zur Erreichung dieses Zieles viele neue finanzpolitische Maßnahmen ergriffen werden müssen. Aber auch das ist wiederum nicht alles. Durch die innerbetriebliche Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf die Werke, Abteilungen, Brigaden usw. bis zum einzelnen Arbeitsplatz werden das Interesse und die Verantwortung des einzelnen für seine Arbeit bedeutend gesteigert. Die Grundlage hierfür sind richtige Arbeitsnormen. Deshalb muß im volkseigenen Großhandel die Ausarbeitung von *Leistungsnormen des Handels*, die sich bekanntlich entsprechend dem Charakter der verschiedenen Handelstätigkeiten von denen der Industrie unterscheiden, vorangetrieben werden.

Hierzu zeigt sich auch, daß eine bestimmte *Reife des gesellschaftlichen Bewußtseins* Voraussetzung für die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist. Diese Reife des Bewußtseins ist in der gegenwärtigen Phase unserer gesellschaftlichen Entwicklung im wesentlichen erreicht, was die Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung möglich, aber auch notwendig macht.

Bei der Einführung der Methode der wirtschaftlichen Rechnungsführung zeigt sich die für unseren demokratischen Staat charakteristische Einheit von wirtschaftlich-organisatorischer und kulturell-erzieherischer Tätigkeit. Das bedeutet: die wirtschaftliche Rechnungsführung kann nur durch die ideologische Vorbereitung der wirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen sowie durch ihre ständige Verbindung mit der Aufklärungsarbeit verwirklicht werden.

Jede isolierte finanzwirtschaftliche oder administrative Maßnahme muß scheitern. Dafür gibt es der Beispiele genug! Die Meisterung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist keineswegs ausschließlich die Sache von Hauptbuchhaltern und Direktoren, sie beginnt vielmehr mit der Aufklärung und der Initiative am Arbeitsplatz. Die planmäßige staatliche Führung der Wirtschaft verwirklicht sich nur im organisierten und bewußten Handeln der Werktätigen. Deshalb muß in den Betrieben ebenso eine Aufklärung über unsere volkswirtschaftlichen und politischen Ziele, wie gleichzeitig eine Aufklärung über die Aufgaben des einzelnen Betriebes, der Abteilung, Brigade usw. betrieben werden. Das heißt aber, daß der einzelne Arbeiter und Angestellte über Warenumsatz-, Kostenentwicklungs-, Gewinnstand usw. laufend unterrichtet sein und zur Verbesserung seiner Arbeit durch materielle Vergünstigungen angeregt werden muß.

So geht die Durchsetzung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung nicht in bürokratischer Administration, sondern im lebendigen, tagtäglichen Kampf gegen mangelnde Initiative und Verantwortung, für Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Qualifikation des einzelnen vor sich.

Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung ist also eine bestimmte, durch die vorstehend gekennzeichneten Hauptmerkmale charakterisierte Methode der staatlichen Führung der Wirtschaft, die nur in einer demokratischen Ordnung, bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, bei einem festen demokratischen Staatsapparat und bei selbstverantwortlicher ungehinderter Initiative aller Werktätigen möglich ist. Dadurch kommt in der Anwendung des Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung auch die wachsende Lebenskraft unserer Ordnung zum Ausdruck, die aus dem großen Reservoir der Schöpferkraft des Volkes gespeist wird. Mit der Anwendung des demokratischen Wirtschaftsleitungsprinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung geben wir außerdem den arbeitenden Menschen in Westdeutschland einen weiteren Beweis für die Entwicklungsperspektive unseres Wirtschaftsaufbaus, durch die die Werktätigen nicht, wie im Westen unserer Heimat, der Arbeitslosigkeit und Teuerung ausgeliefert sind und in Söldnerarmeen und Rüstungsmaschinerie gepreßt werden.

Und noch eines lehrt die Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Dieses Prinzip wird in der Sowjetunion seit den zwanziger Jahren

entwickelt und im dauernden Kampf des Neuen gegen das Alte zu hohen Formen entwickelt. Nur weil wir in der Deutschen Demokratischen Republik auf den Erfahrungen der Sowjetunion aufbauen können, ist es uns möglich, bereits im ersten Jahr des Fünfjahrplanes die ersten vorbereitenden Schritte zur allgemeinen Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu tun. Hier zeigt sich abermals sehr praktisch im wirtschaftlichen Alltag, welche große Bedeutung die Hilfe der Sowjetvölker für uns hat.

Die allseitige Anwendung des Rentabilitätsprinzips wird im volkseigenen Großhandel zu Kostensenkung und Rentabilitätssteigerung führen. Aber dieses Ziel wird natürlich nicht im Selbstlauf erreicht. Nur durch die von Parteien, Staat und Massenorganisationen angeleitete planmäßige und unbehinderte Tätigkeit aller Werktätigen werden unsere wirtschaftlichen Aufgaben gelöst.

Die wichtigste Triebkraft zur Entfaltung der Masseninitiative ist der *Wettbewerb*. Seine weitere Entfaltung ist der zweite wichtige Hebel zur Kostensenkung. Die Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung schafft neue und bessere Voraussetzungen für die Festigung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. Dadurch wird diese neue und höhere Form erreicht. Die Aufgabe besteht also darin, rechtzeitig die neuen Bedingungen und Formen zu erkennen und der weiteren Entfaltung der Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung im volkseigenen Großhandel den Weg zu ebnen.

Die allseitige Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Höherentwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung setzen die *Qualifizierung der Arbeiter und Angestellten* im volkseigenen Handelsapparat voraus. Wie für unsere gesamte gegenwärtige gesellschaftliche Arbeit, so ist auch für den volkseigenen Handel das Kaderproblem das Hauptproblem. J. W. STALIN bezeichnete die Kader als den »Goldenen Fonds«, den es zu pflegen gilt. Nicht umsonst stellte auch Walter ULBRICHT die Qualifizierung immer wieder als wichtige Aufgabe in den Vordergrund. Sie ist der dritte wichtige Hebel zur Kostensenkung.

Welche Aufgaben muß die Kaderentwicklung im volkseigenen Großhandel lösen? Erstens muß das *ideologische und theoretische Niveau gehoben* werden. STALIN lehrt: »... wenn unsere Arbeit zur Hebung des politischen und theoretischen Niveaus dieser Kader nachläßt und diese Kader selber im Zusammenhang damit aufhören sich für die Perspektive unseres Vormarsches zu interessieren, wenn sie aufhören, zu begreifen, daß unsere Sache die einzig gerechte Sache ist, und sich in engstirnige Praktiker ohne Perspektive verwandeln, die die Weisungen von oben blind und mechanisch befolgen, dann muß unsere gesamte Staats- und Parteiarbeit unbedingt verkümmern.«³⁷

37 J. W. STALIN: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag der KPdSU (B), in: Derselbe: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 718.

Wenn die Handelsfunktionäre die gesellschaftlichen Zusammenhänge und die Entwicklungsgesetze unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung nicht kennen, können sie ihre Handelsaufgaben nicht lösen.

Aber natürlich ist mit der Aneignung politischer und theoretischer Kenntnisse nur ein erster, wenn auch entscheidender Schritt getan. Der zweite Schritt besteht in der *fachlichen Qualifizierung*. Die Arbeiter und Angestellten des volkseigenen Großhandels müssen zu Spezialisten ihres Faches werden. Sie müssen sich auf bestimmte Einzeltätigkeiten im Handel spezialisieren, um auf diese Art eine hohe Qualität ihrer Arbeit zu erreichen. Sie dürfen nicht ständig von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz im Handel oder zwischen ihm und der Produktion wechseln.

Für die Beschäftigten der DHZ aber gehört zur fachlichen Qualifizierung nicht zuletzt die genaue Kenntnis des Produktionszweiges, den sie mit Waren beliefern bzw. dessen Erzeugnisse sie absetzen. Sie müssen die Technologie dieser Produktionszweige beherrschen, sie müssen in der Material- und Warenkunde bewandert sein, sie müssen die finanzwirtschaftlichen und anderen ökonomischen Besonderheiten der einzelnen Produktionszweige studieren.

Die Arbeit der DHZ muß ferner auf den Produktionsrhythmus der einzelnen Wirtschaftszweige eingestellt sein. Der spezifische Bedarf der einzelnen Betriebe muß bekannt sein, und entsprechend sind die Liefertermine, die Sortimente, Qualitäten, Mengen usw. festzulegen.

Diese Aufgaben der Hebung des ideologischen, theoretischen und fachlichen Niveaus zeigen eindringlich die Notwendigkeit des *Auf- und Ausbaues eines Netzes von Fachschulen* der verschiedenen Sparten des volkseigenen Handels. In gleichem Maße ist die konsequente Durchführung des neugeordneten wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulstudiums erforderlich, in dem eine Richtung Handel vorgesehen ist. Dabei muß eine enge Zusammenarbeit von Handelspraxis und Wissenschaft gewährleistet sein.

Nur die Erkenntnis der Bedeutung des Kaderproblems und seine Lösung schaffen dem volkseigenen Großhandel jene Kräfte, die für die Durchführung des Fünfjahrplans erforderlich sind und von denen Walter ULBRICHT bei der Begründung des Fünfjahrplangesetzes vor der Volkskammer sagte:

»Durch die Errungenschaften des Fünfjahrplans wird die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dem ganzen deutschen Volke zeigen, daß es durch die Entfaltung seines demokratischen Lebens, seiner Wirtschaft und Kultur, durch seine friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und allen friedliebenden Ländern alle Lebensfragen aus eigener Kraft lösen kann.«

Vier Grundfragen der Geldtheorie*

1.

Es ist notwendig, die wichtigsten Grundfragen der marxistischen Geldtheorie stets erneut zu durchdenken. Dabei kann es nicht um einfaches Rekapitulieren gehen. Es geht um die fortlaufende Konkretisierung der Grundthesen. Diese Konkretisierung soll in der vorliegenden Arbeit auf zweifache Art erfolgen:

Erstens werden die Grundfragen der marxistischen Geldtheorie auf die ökonomischen Prozesse der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus unter den in der Deutschen Demokratischen Republik gegebenen Bedingungen angewandt;

zweitens erfolgt diese Anwendung in Auseinandersetzung mit idealistischen, unhistorischen, antisozialistischen, vulgären Geldauffassungen, wie sie heute in leider nicht geringer Zahl in Westdeutschland vertreten werden.

Die vier wichtigsten Grundprobleme der marxistischen Geldtheorie sind u. E. folgende:

a) Als Wertform ist das *Geld historisch* das Produkt der entwickelten Warenwirtschaft, und ist es *logisch* das Resultat der Entfaltung der inneren Widersprüche der Ware.

b) Der sozialökonomische *Inhalt* der Wertform Geld (mit ihren Funktionen) wird durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse bestimmt, in denen das Geld wirkt.

c) In der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Warenproduktion herrschen *antagonistische Widersprüche* zwischen Ware und Geld, zwischen Warenzirkulation und Geldumlauf. In der auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden sozialistischen Warenproduktion herrschen *nichtantagonistische Widersprüche* zwischen Ware und Geld, herrscht planmäßige Übereinstimmung zwischen Warenzirkulation und Geldumlauf. Hieraus leitet sich die *völlige Stabilität* des sozialistischen Geldsystems ab.

d) Die Geldbewegungen haben ihre *bestimmende Grundlage* in den materiellen Prozessen der erweiterten Reproduktion; der Umschlag der Wirtschaftsfonds bedarf der Geldform in deren ideeller Funktion (Maß der Werte und Maßstab der Preise) und in deren realer Funktion (Zirkulations- und Zahlungsmittel, Mittel der Geldakkumulation, internationales Kauf- und Zahlungsmittel).

* Gunther Kohlmei: Vier Grundfragen der Geldtheorie (Gekürztes und überarbeitetes Stenogramm eines Vortrages, der am 26. Oktober 1955 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gehalten wurde), in: Geld und Kredit (Berlin), 1. Jg. (1956), H. 1, S. 5-22.

Das Geld als historisches und logisches Resultat der Warenproduktion

2.

Historisch entwickelt sich die Geldwirtschaft mit der Ausbreitung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Privateigentums und des Warenaustausches. Es wurde ein allgemein anerkanntes Instrument der Preisbildung und Preisrealisierung, als ein Wertmaß, Maßstab der Preise und Zirkulationsmittel erforderlich. So ist das Geld eine historische Kategorie.

Logisch ist das Geld das Resultat der Entfaltung der inneren Widersprüche der Ware, also des Widerspruches zwischen individueller und gesellschaftlicher Arbeit, zwischen konkreter und abstrakter Arbeit, zwischen Gebrauchswert und Wert. Im Kampf der Widersprüche verdoppelt sich die einfache Ware entsprechend den materiellen Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung in die Vielzahl der »vulgären« Waren und in die ihnen gegenüberstehende allgemeine Geldware.

Diese allgemeine Geldware ist relativ verselbständigter Tauschwert. Als allgemeines Äquivalent, d. h. als Einheit von Maß der Werte, Maßstab der Preise und Zirkulationsmittel dient das Geld der Preisbildung und Preisrealisierung. Hierbei ist die Wertform Geld in Masse und Bewegung sehr eng an Masse und Bewegung der »vulgären« Waren gebunden.

Als Einheit von Zahlungsmittel und Schatz jedoch hat die Wertform Geld bereits eine höhere Stufe der relativen Verselbständigung gegenüber der üblichen Warenwelt erreicht. Es ist hier, wie MARX bemerkt, Geld als Geld, »als das ruhende Dasein des allgemeinen Äquivalents, als die absolute Ware«.¹

3.

Die heutigen kapitalistischen Wirtschaftslehren leugnen fast durchweg den historischen und den Warencharakter des Geldes. Das ist nicht verwunderlich; denn die Warennatur und den historischen Charakter des Geldes anerkennen heißt, die Vergänglichkeit der Geldform im allgemeinen, der Kapitalfunktion des Geldes im besonderen nachweisen.

Untersuchungen zur Entstehung des Geldes stellte Wilhelm GERLOFF an. Er kommt zu der idealistischen und metaphysischen Schlußfolgerung, daß »das *Bedürfnis nach Auszeichnung*, Geltung, Anerkennung, Hervorhebung, Unterscheidung nach Rang und damit sozial bevorzugter Stellung und Macht«² dazu führte, daß ein bestimmtes Gut als Geld »bewertet« wurde.

1 Karl MARX: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1947, S. 156.

2 Wilhelm GERLOFF: Die Entstehung des Geldes und die Anfänge des Geldwesens, dritte neubearbeitete Auflage, Frankfurt am Main 1947, S. 27.

An anderer Stelle heißt es: »Eines der ursprünglichen und gebräuchlichsten Mittel der Befriedigung des das soziale Leben beherrschenden Geltungstriebes ist die Hortung gewisser Güter und unter Umständen auch ihre gelegentliche verschwenderische Verausgabung. *In der Widmung gewisser Güter zu solchen Zwecken ist der Ursprung des Geldes zu suchen.*«³

Ähnlich auch bei Wilhelm ANDREAE⁴. Er schreibt u. a. über den Ursprung des Geldes: »Das Geld hat also seinen Ursprung nicht in der Wirtschaft, sondern liegt als Dynamis in deren gesellschaftlichem Fundament. Darum kann es auch nicht aus der Wirtschaft als Tauschmittel hervorgegangen sein.«⁵

In beiden Fällen – bei GERLOFF und ANDREAE – wird der ganze komplexe geschichtliche Vorgang der Entstehung und Ausbreitung der Waren- und Geldwirtschaft aus psychologischen Faktoren erklärt. Wie kann man aber die historisch *langfristige* und zudem noch *ökonomische Notwendigkeit* wie die des Warenaustauschs und der Geldzirkulation aus historisch *kurzfristigen* und zudem noch *psychologischen* Faktoren, wie kultischen, Auszeichnungs- oder ähnlichen Bedürfnissen ableiten! Hier ist sowohl dem Logischen wie dem Historischen Gewalt angetan. Das gilt auch für die Modellschemata der heutigen kapitalistischen Wirtschaftslehren. In ihnen wird das Geld völlig mechanisch »gesetzt«, »angenommen«, in ein Kreislaufschema als konstante oder variable Größe »eingeführt« usw. usf. Besonders kennzeichnend sind die Kreislauf- und sonstigen Prozeßanalysen Erich SCHNEIDERS⁶.

Eine Verkenntung des historischen und Warencharakters des Geldes und eine völlige Entstellung der Funktion der sozialistischen Waren- und Geldwirtschaft finden wir auch bei Walter EUCKEN und seinen Anhängern.

So lesen wir z. B. bei Paul HENSEL: »Die *Einführung* einer allgemeinen Recheneinheit in das System zentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses kann man sich in verschiedener Weise *vorstellen*. Wir nehmen hier an, es werde Geld in Verwendung genommen, dem eine doppelte Funktion zukommt. Einmal soll es als allgemeine Recheneinheit dienen und zugleich soll es als allgemeines Tauschmittel verwendet werden.«⁷

Der Eucken-Schüler HENSEL leugnet den historischen Prozeß der Entstehung des sozialistischen Geldsystems im Klassenkampf der Übergangsperiode und entzieht sich dem Denkprozeß der logischen Analyse der Umwandlung der Kapitalfunktion des Geldes in die sozialistische Funktion desselben.

3 Ebenda, S. 29.

4 Wilhelm ANDREAE: Geld und Geldschöpfung, Stuttgart-Wien 1953.

5 Ebenda, S. 12.

6 Erich SCHNEIDER: Einführung in die Wirtschaftstheorie, 3 Teile, Tübingen 1953 (Teil III, 2. A.) und 1955 (Teil I, 5. A. und Teil II, 3. A.).

7 Paul HENSEL: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954, S. 186 (Hervorhebungen von uns – G. K.).

4.

Die allgemeine, universelle, internationale Geldware der Gegenwart ist das Gold – sowohl im kapitalistischen als auch im sozialistischen Weltwirtschaftssystem.

Seit langem wird jedoch das Geld in der inneren Zirkulation, zum Teil auch im internationalen Verkehr, durch Zeichen seiner selbst, durch Wertzeichen vertreten. So im Kapitalismus, so im Sozialismus. Wir haben keinen irgendwie nennenswerten Goldmünzenumlauf mehr. Aber auch die Konvertierbarkeit ist so gut wie vollständig aufgehoben. Schließlich decken sich die Goldankaufpreise oft (z. B. in den USA) nicht mit dem realen Goldgehalt der nationalen Wertzeichen, und auch die Wechselkurse spiegeln heute in der Regel nicht die Relationen der Goldgehalte der einzelnen Währungseinheiten wider. In allen diesen Fällen sehen wir die oft sehr indirekte und vermittelte Beziehung der Waren und ihrer Preise einerseits, der nationalen Wertzeichen andererseits zur universellen Geldware Gold. Dieser Grad der Vermittlung ist besonders ausgeprägt bei den vielen Formen der bargeldlosen Verrechnungen, bei denen einfache Kontenbuchungen Zahlungsakte darstellen, also Geldfunktion ausüben.

Die relative Verselbständigung der verschiedenen nationalen Wertzeichen und ihrer Wechselbeziehungen ließ in der Vulgärökonomie die Auffassung von der sogenannten *Demonetisierung des Goldes* aufkommen. Das beginnt etwa bei KNAPPS »Staatlicher Theorie des Geldes«.

Hier werden aus den Erscheinungen der Oberfläche völlig falsche Schlußfolgerungen gezogen. Der *Schein* ist die Verhüllung, das Verblässen, das Verschwinden der Geldfunktion des Goldes, das *Wesen* ist die zunehmende Vertretung des Goldes durch nationale Wertzeichen in der Zirkulation, aber keineswegs als Maß der Werte.

5.

Wir schlußfolgern, daß jedes nationale Wertzeichen einen *Goldgehalt* hat, d. h. es repräsentiert eine bestimmte Menge Goldes – im Idealfalle genau jene Menge, die für die Befriedigung der gegebenen Zirkulations- und Zahlungsbedürfnisse erforderlich wäre. Das gilt auch für die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank. Sie ist nicht selbst Maß der Werte; dies ist das Gold. Aber unsere einzelnen Wertzeichen (Mark und Pfennig) dienen als Repräsentanten vom Gold und als Maßeinheit bei der Preisbildung, d. h. bei dem Vergleich einer bestimmten Warenmenge mit einer bestimmten Goldmenge.

Jede nationale Geldeinheit hat einen Goldgehalt, sei er nun offiziell fixiert oder nicht. Der Goldgehalt ist eine ideelle Funktion, er drückt ein Repräsentationsverhältnis aus. Er ist jedoch keine reale Funktion. Man muß *Goldgehalt* und *Golddeckung* wohl auseinanderhalten.

So hatte die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank bereits vor der gesetzlichen Festlegung des direkten Goldgehaltes zum 1. November 1953 einen indirekt bestimmten Goldgehalt. Er wurde bis zu diesem Zeitpunkt auf dem Wege über den Vergleich mit dem Goldrubel bzw. auch Golddollar ausgedrückt. Mit dem Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Festsetzung des Goldgehaltes der DM der Deutschen Notenbank vom 29. Oktober 1953 wurde der Goldgehalt mit 0,399/902 Gramm Feingold direkt gesetzlich fixiert.

Die direkte Fixierung des Goldgehaltes der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank brachte den erreichten hohen Stabilitätsgrad unserer Währung (oder Kaufkraft der DM) zum Ausdruck. Gleichzeitig liegt in der offiziellen Fixierung eine Verpflichtung für unsere Wirtschaftspolitik, den Kampf um die Währungsstabilität als einen ihrer obersten Grundsätze zu betrachten.

Die Bestimmung der Höhe des Goldgehaltes unserer Mark ergab sich aus einer vergleichenden Preisanalyse (für Produktionsmittel, Konsumgüter und Dienstleistungen) in den Ländern des sozialistischen Lagers, wobei bestimmte Preisentwicklungstendenzen bereits berücksichtigt wurden. Wenn nunmehr eine Deutsche Mark = 1,80 Rubel, so ist damit gesagt, daß gegenwärtig im Durchschnitt (alle erheblichen Differenzen in der Preisstruktur außer Ansatz gelassen) 1,80 Rubel in der UdSSR und 1,00 Deutsche Mark in der Deutschen Demokratischen Republik etwa die gleiche Menge an Produktionsmitteln, Konsumgütern und Dienstleistungen kaufen können⁸. Gleiches gilt *grundsätzlich* für die Relationen der Deutschen Mark zu den anderen Währungen des demokratischen Weltlagers. Es soll sich also *in der Entwicklung* der offizielle Goldgehalt einer Währungseinheit zum offiziellen Goldgehalt einer anderen Währungseinheit des sozialistischen Weltlagers wie die Kaufkraft dieser beiden Geldeinheiten verhalten.

Die mehr oder minder vollständige planmäßige Proportion zwischen dem Goldgehalt und der Kaufkraft der nationalen Währungseinheit eines Landes zu denen der anderen Länder des Lagers der Demokratie und des Sozialismus erleichtert außerordentlich die Abstimmung von Plankennziffern, die Koordinierung der Investitionen und der Produktionsprogramme, den Preisvergleich im Außenhandel, die Berechnung des Nutzeffektes der einzelnen Ein- und Ausfuhren usw. Die planmäßige Bestimmung des offiziellen Goldgehaltes bei höchstmöglicher Annäherung an die Realität ist folglich eine Methode der Ausnutzung des Goldes als Kategorie der Warenproduktion bei der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft und bei der ökonomischen Zusammenarbeit

8 Mit dieser Kaufkraftrelation der einzelnen Mark ist natürlich noch nichts über die Kaufkraft der Einkünfte gesagt.

der sozialistischen Staaten. Die Beziehungen Ware – Wert – Preis – Gold haben bei im wesentlichen unveränderter Form einen neuen ökonomischen Inhalt erhalten.

Inhalt und Form des Geldes

6.

MARX bezeichnet die Geldform im Vorwort zur ersten Auflage des ersten Bandes des »Kapital« als »sehr inhaltslos und einfach«.⁹ Andererseits lesen wir aber z. B. im ersten Band des »Kapitals«¹⁰, daß das Geld ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis darstelle.

Zwischen beiden Formulierungen besteht jedoch nur eine scheinbare Antinomie. Sie ist mittels Anwendung der Kategorien Inhalt und Form leicht aufzulösen.

Als Kategorie der Warenwirtschaft drückt das Geld Beziehungen zwischen Mitgliedern der warenproduzierenden Gesellschaft aus. Die Existenz des Geldes setzt die Existenz verschiedener Produktionsmitteleigentümer voraus, die miteinander mittels des Geldes in ökonomische Beziehungen treten. Das Geld in seinen Funktionen und Bewegungen bringt aber *von sich aus* nicht zum Ausdruck, um welche Eigentümer es sich handelt. *Insofern* ist die Geldform sehr einfach und inhaltslos. Der sozialökonomische Inhalt der Geldform ergibt sich aus den jeweiligen Produktionsverhältnissen, in deren Reproduktionsbewegungen das Geld dient und wirkt.

Das allgemeine Wesen der Geldform besteht darin, allgemeines Äquivalent der warenproduzierenden Gesellschaft zu sein. Dieses allgemeine Wesen der Geldform erhält seinen *spezifischen sozialökonomischen Inhalt* durch den Charakter der gegebenen Produktionsverhältnisse. Die kapitalistischen und auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse stützen sich gleichsam auf die an sich sehr inhaltslose, d. h. weite Geldform über, wobei sich der Inhalt die Form anpaßt.

7.

In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus stellen wir drei Sektoren der Produktion fest: die Sektoren der sozialistischen, der kapitalistischen und der Kleinproduktion. Alle Sektoren sind auf diese oder jene Weise, in diesem oder jenem Grade Sektoren der Warenproduktion. Sie werden u. a. durch den Warenaustausch und das Geldsystem miteinander

9 Karl MARX: Das Kapital, Band I, Berlin 1947, S. 5.

10 Ebenda, S. 88.

verbunden. Hierbei hat das sozialistische Eigentum in Produktion und Zirkulation die eindeutige Führung.

Es versteht sich, daß das Wertgesetz in den verschiedenen Sektoren der Warenproduktion nicht einheitlich wirkt. Gleiches gilt vom Geldumlauf und seinen Gesetzen. Lediglich ihrer allgemeinen *Form* nach sind Ware und Geld in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus einheitlich. Aber die Formgleichheit ist nur die eine Seite der hier vorliegenden ökonomischen Prozesse; es ist nur die *formelle* Seite, die *Erscheinungsweise* von bestimmten Eigentümerbeziehungen, von Klassenverhältnissen. Dem ökonomischen *Inhalt* nach ist die Warenproduktion der Übergangsperiode einheitlich. Ihrem ökonomischen *Charakter* nach sind (die kleine und kapitalistische) private Warenproduktion und sozialistische Warenerzeugung prinzipiell voneinander *getrennt*. Die einheitliche *Form* hingegen von Ware und Geld ermöglicht die Verbindung der verschiedenen Produktionsmitteleigentümer, den Zusammenschluß der Volkswirtschaft zu einem einheitlichen Ganzen (trotz der Eigentums- und Klassenantagonismen).

Im kapitalistischen Sektor dienen die einfachen Geldfunktionen als Kapitalfunktion. Hier nimmt das Kapital naturnotwendig die Geldform an, und das Geld dient dem kapitalistischen Ausbeutungsprozeß.

Im *sozialistischen* Sektor dienen die einfachen Geldfunktionen als sozialistische Funktion des Geldes. Diese besteht darin, Instrument der sozialistischen Zusammenarbeit der Werktätigen, insbesondere der ökonomischen Verbindung zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppeneigentümern und dem staatlichen sozialistischen Eigentum zu sein.

Das Geld ist im sozialistischen Produktionssektor ökonomische Form der planmäßigen und maximalen Bildung, Verteilung und Verwendung der gesellschaftlichen Fonds für die möglichst vollständige Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen mittels ununterbrochener Vervollkommnung und Erweiterung der sozialistischen Produktion bei Anwendung modernster Technik. Dabei kann und muß die Wertform Geld von den leitenden Wirtschaftsorganen der sozialistischen Gesellschaft als Instrument der ständigen Kontrolle der planmäßigen Bewegung der gesellschaftlichen Fonds, ihrer erforderlichen Proportionalität ausgenutzt werden.

Etwa 40 v.H. der (industriellen und landwirtschaftlichen) Konsumgütererzeugung kommen nach unseren Schätzungen in der Deutschen Demokratischen Republik gegenwärtig (Ende 1955) aus dem privaten Sektor. Mit dieser quantitativen Bestimmung ist jedoch noch keine abschließende Aussage über das spezifische Gewicht, über die gesellschaftliche Bedeutung der privaten Warenproduktion getroffen. Es ist zu beachten, daß diese vom demokratischen Staat, von der sozialistischen Schwerindustrie, vom gesellschaftlichen Handel,

vom sozialistischen Bankensystem, vom Außenhandels- und Valutamonopol des Staates und von anderen Faktoren sozialistischen Charakters abhängig ist. Auf jeden Fall aber ist die ökonomische Funktion von Ware und Geld in der Deutschen Demokratischen Republik noch zwieschlächtig. Warenproduktion, Warenaustausch und Geldumlauf bergen noch bestimmte Elemente der Ausbeutung, der Konkurrenz, Spontaneität in sich. Praktisch und historisch entscheidend ist jedoch der Umstand, daß der größte Teil der Geldbeziehungen in unserer Volkswirtschaft von sozialistischem Typus ist. Das erklärt sich aus der eindeutigen Vorherrschaft des Volkseigentums und des genossenschaftlichen sozialistischen Eigentums in Produktion, Handel und Banksystem.

So hat das Geld bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik ganz überwiegend sozialistischen Charakter. Diese Seiten seines Wirkens und seiner gesellschaftlichen Aktion sind so stark, daß es vom sozialistischen Staat zur Kontrolle sowohl der Bildung als auch der Verteilung und Verwendung der privaten Geldakkumulation ausgenutzt werden kann.

Wir dürfen nicht übersehen, daß es bei uns noch manche Kanäle des Geldumlaufs gibt, die nicht kontrollierbar oder aber bedingt kontrollierbar, jedoch nicht beeinflussbar sind. So sind die Bauern und eine ganze Reihe von kleinen Gewerbetreibenden, insbesondere Einzelhändlern nicht kontenführungspflichtig. So können die Bauern von ihren BHG-Konten unbeschränkt Barabhebungen durchführen; auch haben die Bauern zahlreiche unkontrollierte Bareinkünfte aus Fuhrleistungen, Ab-Hof-Verkäufen usw. Schließlich ist die Verwendung der Lohngelder durch Unternehmer, Handwerker, Händler und Bauern nur bedingt zu kontrollieren. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Barzahlungen innerhalb der privaten Wirtschaft, die sich jeder direkten Beeinflussung entziehen. Auch auf die immer noch erheblichen Geldverschiebungen nach Westberlin ist zu verweisen.

Seit 1953 haben die unbeeinflussbaren bzw. nur schwer kontrollierbaren Geldbewegungen in unserer Republik zugenommen. Infolge oft nicht richtiger Ausnutzung des Wertgesetzes in unserer Steuer-, Kredit- und Preispolitik sind die privaten Geldeinnahmen in unserer Republik stärker gestiegen als die Produktion.

So nahm die Produktion des Handwerks von 1950 bis 1954 um rund 60 Prozent zu, während zur gleichen Zeit die Einkünfte um etwa 100 Prozent stiegen. Für die Land- und Forstwirtschaft lauten die entsprechenden Ziffern 40 v.H. und 160 Prozent. In der kapitalistischen Industrie gab es im gleichen Zeitraum eine Produktionssteigerung von 9 Prozent und eine Vermehrung der Einkünfte um 40 v.H.

Zu diesen mit Konfliktstoff angefüllten Disproportionen kommt der Widerspruch zwischen der relativ hohen privaten Geldakkumulation einerseits und

den beschränkten realen Akkumulationsmöglichkeiten in der privaten Wirtschaft andererseits hinzu. Dieser ungelöste Widerspruch erzeugt Spekulationstendenzen.

Diese Entwicklungen sind volkswirtschaftlich durchaus unerwünscht und zu regulieren. Die Regulierung muß so erfolgen, daß das Bündnis der Arbeiterklasse mit den breiten Bauernmassen weiter gefestigt und die kapitalistischen Spekulationen folgerichtig bekämpft werden. Insgesamt können wir jedoch eindeutig feststellen, daß die spekulativen Geldbewegungen sowohl quantitativ als auch qualitativ von *untergeordneter* Bedeutung sind.

Es zeigt sich also, daß die Geldbewegungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus außerordentlich kompliziert und mannigfach sind, während die äußere Form des Geldes einheitlich ist.

Es ist ganz offensichtlich: Unser Geldsystem in der Deutschen Demokratischen Republik ist mit den verschiedenartigsten Widersprüchen, wie sie für die Übergangsperiode kennzeichnend sind, angefüllt. Die allgemeinen, einfachen Widersprüche der Wertform Geld (konkrete Arbeit – abstrakte Arbeit, Gebrauchswert – Tauschwert, Ware – Geld) bringen erstens die Widersprüche *innerhalb* der einzelnen Sektoren der Produktion und zweitens die Widersprüche *zwischen* diesen Sektoren zum Ausdruck. Der *Hauptwiderspruch* unseres Geldsystems ist der zwischen den führenden, schnell erstarkenden sozialistischen Elementen und den kapitalistischen Elementen, die unter anderem noch deshalb relativ stark und gefährlich sind, weil sie einen Nährboden in der kleinen Warenwirtschaft haben. Die sozialistischen Elemente bestimmen eindeutig die Entwicklung des Geldsystems in der Übergangsperiode. Die *entscheidende* ökonomische Grundlage der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank ist das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln.

Dies ist das *Hauptmerkmal* der gesellschaftlichen Rolle des Geldes in unserer Wirtschaft.

Am Ende der Übergangsperiode wird der sozialökonomische Inhalt des Geldes schließlich ein einheitlicher, ein vollständig sozialistischer sein.

8.

In der bürgerlichen Nationalökonomie wird die Bestimmung der gesellschaftlichen Funktion des Geldes durch das jeweilige Produktionsmitteleigentum geleugnet. Für die heutige vulgäre Ökonomie ist überhaupt kennzeichnend, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln (diese entscheidende Grundlage aller ökonomischen Beziehungen) als ökonomische Kategorie einfach eskamotiert wird. Das Geld wird zu einem in jeder Beziehung »neutralen« Phänomen gestempelt. Der Geldmechanismus wird mathematisch und nicht ökonomisch erklärt, d.h. völlig losgelöst von Eigentums- und Klassenbeziehungen.

Drei Beispiele seien angeführt:

Rudolf STUCKEN¹¹ beginnt in »Geld und Kredit« die Untersuchung des II. Hauptteils (Hauptprobleme des Geld- und Kreditwesens) mit dem Geldkreislauf und behandelt hierbei die »statische«, die »gleichmäßig fortlaufende« und die »dynamische« Wirtschaft, ohne auch nur die Bestimmung des Waren- und Geldkreislaufs durch das Produktionsmitteleigentum als Problem zu stellen. Im 9. Kapitel über die »Ordnung der Geldwirtschaft« wird nicht die Beziehung von Eigentum und Geld als Grundproblem aufgeworfen, sondern vielmehr, »ob vorsorgliche (präventive) Knapphaltung des Geldumlaufs von der Geldseite her erfolgt oder nicht«¹².

Albrecht FORSTMANN¹³ spricht in seinem Buch »Geld und Kredit« bei der Behandlung des Wesens des Geldes von »dem« Produzenten, »dem« Staat usw.¹⁴ und umgeht alle Problematik dadurch, daß er die lächerliche These aufstellt, daß es in einer »totalen Zentralverwaltungswirtschaft« deshalb kein Geld geben könne, weil »eine individuelle Beteiligungsmöglichkeit am Sozialprodukt als gesellschaftlicher Inbegriff der volkswirtschaftlichen Gelderscheinung in einer solchen Wirtschaftsordnung um so mehr ausgeschlossen ist, je totaler die Lenkung ist«.¹⁵

George H. HALM¹⁶ stellt fest, daß die Volkswirtschaft »von jeher eine Geldwirtschaft« war und »es wohl immer bleiben wird«¹⁷, und leugnet dann konstant die Bestimmung der gesellschaftlichen Funktion des Geldes durch das gegebene Wirtschaftssystem.

HALM macht damit – ebenso wie STUCKEN und FORSTMANN – den Versuch, die völlige Beherrschung des Geldsystems in den kapitalistischen Ländern durch das Finanzkapital zu verdecken.

Die Widersprüche zwischen Ware und Geld

9.

Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln gewährleistet, daß die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten nicht mehr wie im Kapitalismus hinter der Produktion zurückbleibt. In der sozialistischen Planwirtschaft

11 Rudolf STUCKEN: Geld und Kredit, Tübingen 1949.

12 Ebenda, S. 229.

13 Albrecht FORSTMANN: Geld und Kredit, Erster Teil: Die Grundlagen der Geld- und Kredittheorie, Göttingen 1952.

14 Ebenda, S. 37ff.

15 Ebenda, S. 48.

16 George H. HALM: Geld, Außenhandel und Beschäftigung (aus dem Amerikanischen übersetzt), 2. Auflage München 1954.

17 Ebenda, S. 15.

befinden sich gesetzmäßig (von Fehlern zunächst abgesehen) das Angebot von Konsumträgern und Dienstleistungen sowie die Kaufkraft der Bevölkerung in planmäßiger Proportion. Der Warenumsatzplan und die in der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung vorgesehenen Kauffonds stimmen überein.

Die vulgäre Ökonomie behauptet das Gegenteil. Sie lenkt von den umfangreichen inflatorischen Tendenzen und Prozessen des heutigen Kapitalismus ab und schwätzt davon, daß der Sozialismus unwirtschaftlich und folglich mit Inflation verbunden sei.

Walter EUCKEN subsumiert in seinem bekannten unwissenschaftlichen Formalismus sowohl das faschistische Regime als auch den Sozialismus unter die Kategorie der »Zentralverwaltungswirtschaft« und schlußfolgert: »In einer Wirtschaftsordnung des zentralverwaltungswirtschaftlichen Typs spielt das Geld nur eine geringe Rolle ... Da in solchen Wirtschaftsordnungen nicht Preise den Wirtschaftsprozeß lenken, ist das Geld zur Regulierung des Wirtschaftsprozesses nicht wesentlich.«¹⁸⁾

Einige Kapitel vorher steht geschrieben: »Auffallend ist die nahe Verbindung von inflationistischer Geldpolitik und der Wirtschaftspolitik zentraler Leitung, die in allen Experimenten sichtbar ist.«

»In Ländern mit zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses wird dauernd eine größere Geldmenge im Umlauf gehalten als notwendig ist, um die Güter zu den festgelegten Preisen umzusetzen.«¹⁹⁾

Bei Richard KERSCHAGL liest man folgendes: »Kein Wunder, daß fast allen sozialistischen Systemen inflatorische Tendenzen innewohnen.«²⁰⁾

Diese theoretischen Attacken schlagen in politische Attacken um. Sie zeigen sich in den verschiedenen in Westdeutschland aufgestellten imperialistischen Wiedervereinigungsprogrammen, die nichts anderes darstellen als die Forderung, die westdeutschen imperialistischen Machtverhältnisse (einschließlich derer in der Geldwirtschaft) auch auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik auszudehnen. Einer der wütendsten Verfechter dieser aggressiven Pläne ist Volkmar MUTHESIUS. Er behauptet, daß in den sozialistischen Ländern und auch in der Deutschen Demokratischen Republik »eine Politik der Geldverwüstung« betrieben werde und daß man der Bevölkerung unserer Republik offen sagen müsse, daß sie »eine Buße« zu zahlen habe, wenn sie – wie es MUTHESIUS ausdrückt – »in das Land gesunden Geldes zurückkehrt«^{21).}

18 Walter EUCKEN: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern-Tübingen 1952, S. 256.

19 Ebenda, S. 117.

20 Richard KERSCHAGL: Wirtschaftssystem und Konvertibilität, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 1955, S. 147.

21 Volkmar MUTHESIUS: Fusionsschlüssel Ost-West, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 1953, Heft 15.

Mit dieser »Begründung« fordert MUTHESIUS bei der Wiedervereinigung eine Währungsreform lediglich für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und lediglich zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung; die monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse sollen umgehend wiederhergestellt werden.

Im Gegensatz zu dieser niederträchtigen Provokation muß selbst das westberliner Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 2.9.1955 über »Wirtschaftliche Probleme der deutschen Wiedervereinigung« zugeben, daß es in der Deutschen Demokratischen Republik keinen Geldüberhang und kein aufgeblähtes Kreditvolumen gäbe.

10.

Nun findet man in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur der Deutschen Demokratischen Republik bisweilen die These, daß im Sozialismus die Kaufkraft der Bevölkerung *gesetzmäßig* der Produktion *vorausseile*. Wir können uns dieser Behauptung keineswegs anschließen. Es ist nicht einzusehen, warum in einem ständigen Vorausseilen der Kaufkraft gegenüber dem Konsumgüterangebot ein Vorzug des Sozialismus bestehen soll.

In der Formulierung vom »Vorausseilen« liegt ganz offensichtlich eine undialektische Vulgarisierung der Bemerkung STALINS auf dem XVI. Parteitag der KPdSU (B) im Jahre 1929 vor, wonach in der UdSSR das Wachstum des Verbrauchs (der Kaufkraft) der Massen dauernd das Wachstum der Produktion überholt und damit die Produktion vorwärtstreibt²².

»Ständig überholen« heißt aber stetiges wechselseitiges Vorantreiben von Konsumtion und Produktion, wobei die Produktion das Primäre ist, die Kaufkraft der Massen aber ständig auf die Produktion einwirkt und sie vorwärtsdrängt. Im Sozialismus haben wir völlige Übereinstimmung von Produktion und Konsumtion. Sie stellt sich so dar, daß die sich stets vervollkommnende und entfaltende Produktion laufend neue Bedürfnisse erzeugt, daß im Augenblick der Befriedigung der *gegebenen* Bedürfnisse bereits wieder neue Bedürfnisse (auch zahlungsfähige Nachfrage) entstehen, die der Produktion einen Anstoß zu neuen Verbesserungen geben.

Diese Wechselbeziehung schlägt sich im Verhältnis von Waren- und Geldzirkulation nieder. Zwischen beiden herrscht planmäßige Übereinstimmung. Die wirtschaftspolitische Aufgabe lautet hierbei: Wie wird das entsprechend dem Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung zu emittierende Bargeldvolumen so groß gehalten und so bewegt, daß es sich in richtiger Relation zum Konsumgüterangebot befindet und auf dieses stimulierend und auch regulierend einwirkt?

22 J. STALIN: Werke, Bd. 12, S. 282.

Die *unmittelbar* wirkenden Planungsinstrumente zur Lösung der Aufgabe sind die Warenumsatzplanung, die Bilanzierung der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung und die Bargeldumsatzplanung der Notenbank.

Diese Proportionierung von Bargeldmenge und Warenumsatz erfolgt jedoch nur global. Die Gesamtsummen und die wichtigsten Strukturen werden planmäßig vorausbestimmt, aber nicht die Milliardenzahl der einzelnen Käufe, Zahlungen und Geldansammlungen.

Bei richtiger Gesamtbilanzierung von Kauf- und Warenfonds können einzelne Wünsche mit Kaufkraft ausgestatteter Nachfragender vorübergehend durchaus unbefriedigt bleiben, können *einzelne* Waren zu ihrem gegebenen Preis, zu einem bestimmten Zeitpunkt, an einem bestimmten Ort evtl. nicht absetzbar sein.

Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus zwei Tatbeständen:

- a) Alle Geldeinkommensbesitzer und Geldeigentümer verfügen *weitgehend frei* als *individuelle* Wareneigentümer über ihr Geld;
- b) Auch im Sozialismus ist das Geld gegenüber den übrigen Waren eine relativ *verselbständigte* Wertform.

So zeigt sich in der sozialistischen Warenzirkulation die beschränkt regulierende Rolle des Wertgesetzes, dabei auch des Gesetzes von Angebot und Nachfrage und des allgemeinen Geldumlaufgesetzes. Dem muß in den wirtschaftlichpolitischen Maßnahmen Rechnung getragen werden; eine größere Beweglichkeit im Konsumgüterangebot (zeitlich, regional, Qualität, Sortiment, Kreditierung, Preisbestimmung usw.) ist unerläßlich.

Die in bestimmten Grenzen regulierende Rolle des Wertgesetzes in der sozialistischen Warenzirkulation ist, richtig ausgenutzt, nicht *schädlich*, sondern *nützlich*. Man muß sie in ihren Grenzen *anerkennen* und nicht versuchen, sie niederadministrieren zu wollen.

Dies scheint nur der *gesetzmäßige* Zusammenhang für *sozialistische* Bedingungen zu sein. In der *Übergangsperiode* bereiten die folgenden Faktoren mehr oder minder große Schwierigkeiten bei der planmäßigen Proportionierung von Konsumgüterangebot und Kaufkraft der Bevölkerung:

1. Die private Wirtschaft – die einfache und kapitalistische Warenproduktion und -zirkulation ist ein Nährboden, der ständig spontane Wirkungen auf Warenumsatz und Geldumlauf ausscheidet.
2. Die kapitalistische Umwelt (bei uns z.B. besonders Westdeutschland) bereitet mit ihrer aggressiven Politik und mit ihren Ungleichmäßigkeiten in der Entwicklung gewisse Schwierigkeiten in der Planung des Außenhandels und damit auch des gesamten Reproduktionsprozesses.
3. Der in den bisherigen Übergangsperioden vom Kapitalismus zum Sozialismus in diesem oder jenem Grade erforderlich gewesene besonders schnelle

Aufbau der Schwerindustrie erschwerte kurzfristig die Bilanzierung von Kaufkraft der Bevölkerung und Warenangebot.

4. Die Ausnutzung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung kann von den leitenden Wirtschaftsorganen der Arbeiterklasse nicht auf einmal gemeistert werden. Es bedarf der Erfahrungen.

5. Auch die Ausnutzung des Gesetzes der Verteilung nach der Leistung bereitet Schwierigkeiten: nicht überall technisch begründete Normen, ferner falsche Einstufungen in die Lohngruppen, Bezahlung von Nacharbeiten bei Ausschußproduktion, falsche Bezahlung von Wartezeiten u. ä.

Das sozialistische Produktionsmitteleigentum unter der Wirtschaftspolitik der Arbeiter- und Bauernregierung bietet alle Möglichkeiten, alle Bedingungen und alle Kräfte, um diese Aufbauschwierigkeiten zu überwinden.

Die erweiterte Reproduktion und der Kreislauf der Geldfonds

11.

Bekanntlich entwickelt MARX zahlreiche Grundprobleme der Geldwirtschaft nicht bereits in ersten Band des »Kapital«, sondern erst im zweiten und dritten Band. Das ist durchaus folgerichtig, denn das Geld in Bewegung, die Geldströme und -kreisläufe können nur im Zusammenhang mit den Prozessen der erweiterten Reproduktion theoretisch einwandfrei analysiert werden.

Die Abhandlungen MARX' über die Bewegung der Geldfonds im Prozeß der erweiterten Reproduktion sind in ihrem Kern für die Untersuchungen der Zusammenhänge von erweiterter sozialistischer Reproduktion und Geldwirtschaft von außerordentlichem Interesse.

Auch im Sozialismus nehmen die Fonds der Produktion die Formen der produktiven, der Waren- und Geldfonds an, wobei natürlich auch die ersten beiden in Geld ausgedrückt werden. So sind die Bewegungen, die das Geld vollführt, nichts anderes als Widerspiegelungen der Bewegungen der materiellen Produktion: der Bewegungen und des Verbrauchs der Arbeitskraft, der Verteilung der Produktionsmittel, der Konsumgüterzirkulation, der Verteilung und Umverteilung des Nationaleinkommens, schließlich der Sammlung und des Verbrauchs oder der sonstigen Bewegungen der staatlichen und anderen Reserven.

Wir können uns also unbedingt der Feststellung J. KRONRODS²³ anschließen, der feststellt, daß der Kreislauf des Wertes der Reproduktionsfonds die materielle Grundlage des Geldumlaufs darstellt und sich in diesem Umlauf ausdrückt.

23 Ja. A. KRONROD: Dengi w sozialisticheskome obščestwe, Moskau 1954, S. 191.

Das Primäre in den Wert- und Gebrauchswertbewegungen der sozialistischen Reproduktion sind die materiellen Bewegungen der gesellschaftlichen Arbeit in ihrer lebendigen und vergegenständlichten Form. Ihre Struktur und Dynamik bestimmt die Struktur und Dynamik der Geldfonds. Allerdings handelt es sich in jedem auf der Warenproduktion beruhenden Reproduktionsprozeß um die *dialektische Einheit* von Arbeitskräfte-, Produktionsmittel- und Geldbewegungen. Es findet also auch Rückwirkung der Geldbewegungen auf die gesellschaftliche Arbeit in ihrer vergegenständlichten und lebendigen Form statt. Unter sozialistischen Bedingungen erfolgt diese Rückwirkung planmäßig und bewußt, stimulierend und kontrollierend.

Der Umschlag der Fonds der materiellen sozialistischen Produktion erfolgt so, daß er den ständigen Formwechsel: produktive Fonds – Warenfonds – Geldfonds durchmachen muß, um, vermehrt um das Produkt für die Gesellschaft, an den Ausgangspunkt zurückzukehren. Auf diese Art wird erweitert reproduziert.

Das Geld dient im Sozialismus der Kontrolle der maximalen Bildung sowie der rationellen Verteilung und Verwendung der gesellschaftlichen Fonds.

Es ist die Aufgabe der Währungs-, Finanz- und Kreditpolitik, sich auf das Gesetz der planmäßigen ökonomischen Entwicklung zu stützen und die für Kreislauf und Umschlag der gesellschaftlichen Fonds erforderlichen Geldbewegungen stets in planmäßiger Proportion zu den Bewegungen der materiellen Fonds und der Arbeitskräfte zu halten.

Die bewußte, planmäßige Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erfolgt bei rationeller Wirtschaftsführung (ständige Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und sozialistische Sparsamkeit) in der Form der Bilanzierung und Planung der Arbeitskräfte, der Produktionsmittel und der Geldmittel. Hierbei reguliert das Wertgesetz nicht mehr selbst die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Sphären des Reproduktionsprozesses, wird aber bei dieser Verteilung ausgenutzt. Dies gilt auch für Geld und Geldzirkulation. Als Elemente der erweiterten sozialistischen Reproduktion werden sie von den leitenden Wirtschaftsorganen bei der Bildung, Umverteilung und Verwendung der verschiedenen gesellschaftlichen Fonds ausgenutzt. Dabei ist die relative Verselbständigung des Geldes gegenüber der Ware, der Geldbewegungen gegenüber den Güterbewegungen bei der Kreditierung, den Abführungen an den Staatshaushalt, den Verrechnungen usw. zu berücksichtigen.

Bei der Analyse des Zusammenhangs von erweiterter Reproduktion und Geldbewegungen ist es notwendig, in unseren eigenen Reihen falsche Schlußfolgerungen über Einheit und relative Selbständigkeit von Geldbewegungen und Bewegungen der Güter und Arbeitskräfte zu korrigieren.

Es gibt bei uns Wirtschaftsfunktionäre in den Produktionsministerien, die die Geldbewegungen ihres Industriezweiges als Ressortangelegenheit der Staatsbank oder des Finanzministeriums oder des Hauptbuchhalters betrachten. Auf diese falschen Auffassungen wies Walter ULBRICHT auf dem 21. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit aller Schärfe hin.²⁴

Schlußfolgernd hieraus wird in dem Beschluß des 25. Plenums gefordert: »Die leitenden Genossen des Ministeriums der Finanzen und der Deutschen Notenbank werden verpflichtet, Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, die direkte und persönliche Verantwortlichkeit der Hauptverwaltungs- und Werkleiter bei der Entscheidung finanzieller Fragen zu erhöhen.«²⁵

Andere falsche Auffassungen über das Verhältnis vom Geld, Finanzen usw., zu Technik, Produktion usw. finden wir bei Funktionären der Notenbank. Sie führen die Bargeld-, Lohnfonds- und Kreditkontrollen formal durch; sie prüfen nur, ob richtig gerechnet wurde, sie prüfen nicht oder doch ungenügend den *materiellen Inhalt* der Geldvorgänge. Deshalb muß die Lohnfondskontrolle der Staatsbank mit einer sorgfältigen Prüfung der Arbeitskräftebilanzen seitens der Ministerien, Verwaltungen und Betriebe verbunden werden.

Bekanntlich ist wegen der dargelegten Zusammenhänge von materiellen und Geldbewegungen im Reproduktionsprozeß die kurzfristige Kreditierung der VEB durch die Staatsbank mit einer strengen Objektkontrolle verbunden. Auch diese wird oft formal durchgeführt; dann hat sie keinerlei ökonomischen Sinn und Nutzeffekt. Gleiches gilt für die nur rechnenden und nicht auch ökonomisch analysierenden Hauptbuchhalter.

12.

In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus wirft der Kreislauf der Geldfonds viele Planungsprobleme auf, von denen an dieser Stelle nur kurz auf zwei verwiesen werden soll.

a) Die Durchführung langfristiger Investitionen macht laufende Bargeldemission für Lohn- und Gehaltszahlungen erforderlich. Aber diesen für langfristige Bauten und Fertigungen in Abteilung I der Wirtschaft (Produktionsmittelerzeugung) erforderlichen Lohnzahlungen steht keineswegs sofort ein entsprechend vermehrtes Konsumgüterangebot gegenüber. Folglich müssen die Geldeinnahmen der gesamten Volkswirtschaft (dabei auch der Privatwirtschaft) so reguliert werden, daß der Summe der Geldeinnahmen der

24 Vgl. Walter ULBRICHT: Fragen der Politischen Ökonomie in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1954, S. 26.

25 Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Beschluß des 25. Plenums des Zentralkomitees, Berlin 1955, S. 12.

Bevölkerung eine entsprechende Preissumme der Waren und Dienstleistungen gegenübersteht. Differenzen müssen gegebenenfalls durch Sparen, Anleihen usw. beglichen werden.

Wenn wir im zweiten Fünfjahrplan große Investitionen durchführen – z. B. weiterer Ausbau der Werften und der Energiewirtschaft, stärkere Einführung moderner technologischer Prozesse, Aufbau des Braunkohlenkombinats »Schwarze Pumpe« usw. –, so ist eine exakte volkswirtschaftliche Bilanzierung notwendig, aus der wir erkennen müssen, wieviel Löhne bei den gesamten Investitionen verausgabt werden und um wieviel folglich das Konsumgüterangebot zu erhöhen bzw. auch zwischen den einzelnen Bevölkerungsklassen zu verlagern ist, damit die Steigerung des Lebensstandards gerade für die Arbeiterklasse fortgesetzt werden kann.

b) In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus durchlaufen die Geldfonds der sozialistischen Betriebe mit Notwendigkeit den Staatshaushalt und das Staatsbanksystem. Beide Institutionen sind wichtige Pump- und Kontrollstationen der Geldwirtschaft. Sie sind notwendige Durchlaufstationen im Kreislauf der Fonds der sozialistischen Betriebe.

So sind das Finanz- und Kreditsystem zusammen mit dem Geldsystem (d. h. dem System des Geldumlaufs) die drei *Hauptbestandteile der Geldwirtschaft* der Übergangsperiode. Die Finanzen der volkseigenen Betriebe stellen ihre entscheidende Grundlage dar.

So erweist sich auch bei der vierten Grundfrage der marxistischen Geldtheorie, daß alle Kreislaufschemata der bürgerlichen Nationalökonomie, die von der Form des Eigentums an den Produktionsmitteln abstrahieren, eine völlig falsche Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen Reproduktionsprozeß und Geldbewegung geben.

Dies ließe sich fast an jedem Buch bürgerlicher Autoren über die Geldkreisläufe nachweisen. So heißt es z. B. bei Carl FÖHL in seiner Arbeit über »Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf«, daß man, um eine Vorstellung vom Wesen des Kreislaufs zu erhalten, davon ausgehen müsse, »daß auf der einen Seite alle Betriebe stehen, die in irgendeiner Form als Hersteller oder Verteiler in den Prozeß der Bereitstellung des Sozialproduktes eingeschaltet sind, während auf der anderen Seite die Wirtschaftler stehen, die einerseits als Produktionsfaktoren ihre Leistungen an die Erzeugerwirtschaften abgeben und die den dafür erhaltenen Einkommenstrom andererseits zum Erwerb der fertigen Produkte der Erzeugerwirtschaften an diese wieder zurückleiten. Ein Strom von Leistungen fließt von den »Verbrauchern« zu den Betrieben, in denen er umgeformt wird in die vielfältige Gestalt des Güterstroms, der über den »Markt« von den Betrieben zu den Verbrauchern zurückkehrt, dort verzehrt und so in neue Leistung umgesetzt wird. Im Gang gehalten wird dieser Kreis-

lauf durch den Lebenswillen der wirtschaftenden Individuen, die ›leisten‹, um ›verzehren‹ zu können, und die ›verzehren‹, um erneut wieder ›leisten‹ zu können.«²⁶

Kennzeichnend für diese mechanische Art der Wirtschaftsbetrachtung ist auch der dritte Teil der »Einführung in die Wirtschaftstheorie« von Erich SCHNEIDER über »Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung«. Wie bei FÖHL wird von »dem« Unternehmer, »dem« Produzenten, »dem« Verbraucher usw. gesprochen. SCHNEIDER begnügt sich mit Formeln über »das Modell des Einbankensystems mit bargeldlosem Zahlungsverkehr«, über »das Modell eines zweistufigen Mischgeld-Bankensystems« usw. usf. Es wird vom Eigentum, vom Profit und von den sozialen Klassen und Schichten völlig »abstrahiert«.

*

Wir machten den Versuch, wesentliche Elemente der marxistischen Geldtheorie zu vier Grundfragen zusammenzufassen und die Richtigkeit dieser Thesen der marxistischen Lehre vom Gelde an Hand der Praxis des sozialistischen Aufbaus unter Beweise zu stellen. Gleichzeitig wurden diese Thesen den apologetischen Verzerrungen der kapitalistischen Nationalökonomie entgegengestellt. Dabei konnte der ganze Reichtum der marxistischen Geldtheorie nur angedeutet werden. Jedoch dürfte sichtbar sein, daß die großartige Tiefe des Werkes von MARX und ENGELS und der Weiterführung des Werkes durch LENIN und STALIN hervorragende wissenschaftliche Grundlagen für die Analyse der Geldverhältnisse in Westdeutschland und in unserer Republik darstellen. Allerdings glauben wir, daß die ganze Tiefe und Mannigfaltigkeit der marxistischen Geldtheorie in der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit in unserer Republik noch nicht ausgeschöpft wurde, daß also noch viel Forschungsarbeit und viel Prüfung der Forschungsergebnisse in der Praxis erforderlich sind.

²⁶ Carl Föhl: Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf, München und Leipzig 1937, S. 31.

Zur Systematisierung der heutigen bürgerlichen Geld- und Kredittheorien*

Im Moskauer Staatsverlag für Finanzen erschien im Jahre 1955 ein schmales Bändchen von W. ZAGA¹ über die heutigen bürgerlichen Geld- und Kredittheorien. ZAGA geht von den Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise aus und zeigt die in diesem Prozeß unvermeidliche Wandlung der bürgerlichen Wirtschaftstheorie, deren reaktionäre Züge schärfer und stärker werden. Dabei betont ZAGA die unterschiedliche Entwicklung und die verschiedenartigen gesellschaftlichen Bedingungen des Imperialismus in Deutschland, Großbritannien und den USA und arbeitet auf dieser Grundlage gewisse Besonderheiten der Entwicklung der Geld- und Kredittheorien in den erwähnten drei Ländern heraus. In den Mittelpunkt der Untersuchungen stellt ZAGA die Auffassungen von KNAPP, HAHN, SCHUMPETER, FISHER, KEYNES und A. HANSEN.

Die recht interessante Arbeit des sowjetischen Autors ist eine gute Vervollständigung und Ergänzung zu E. J. BREGELS Arbeit über »Geldumlauf und Kredit der kapitalistischen Länder«, deren XI. Kapitel der »Kritik der bürgerlichen Geld- und Kredittheorien« gewidmet ist². ZAGA systematisiert etwa in gleicher Weise wie BREGEL³ und konzentriert sich auch im wesentlichen auf die Auseinandersetzung mit den gleichen Autoren.

Die richtige marxistische Systematisierung der heutigen bürgerlichen Wirtschaftstheorien im allgemeinen und der Geld- und Kredittheorien im besonderen ist zweifellos eine komplizierte und noch nicht gelöste Aufgabe. Zum Teil beschränkt sich unsere Literatur auf eine nur »ideologische« Gliederung:

* Gunther Kohlmey, Zur Systematisierung der heutigen bürgerlichen Geld- und Kredittheorien. Betrachtungen an Hand des Buches von W. Zaga: Die heutigen bürgerlichen Geld- und Kredittheorien (russ), Moskau 1955, 116 S., in: Geld und Kredit (Berlin), 1. Jg. (1956), H. 4, S. 321-325.

1 W. ZAGA, Sowremeniye buschuasnuje teorii deneg u kredita, Moskau 1955, 115 S.

2 E. Ja. BREGEL: Deneschnoje obratschenije i kredit kapitalistitscheskich stran. Wtoroe, pererabotannoje isdanije, Moskau 1955, 423 S.

3 Vgl. die Wiedergabe des Inhaltsverzeichnisses von Zagas Buch in: Geld und Kredit, Jg. 1956, Heft 1, S. 84. BREGEL gliedert das erwähnte XI. Kapitel wie folgt:

1. Kritik der Hauptrichtungen der bürgerlichen Geldtheorie.
2. Der gegenwärtige Nominalismus als Apologie des Papiergeldes und der Inflation.
3. Die Quantitätstheorie in der Epoche des Imperialismus im Dienste der Finanzoligarchie.
4. Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Inflationstheorien.
5. Kritik der Hauptrichtungen der bürgerlichen Kredittheorie.
6. Die Kapitalschöpfungstheorie des Kredits in der Epoche der Imperialismus und ihr reaktionäres Wesen.
7. Die gegenwärtigen bürgerlichen Theorien von der »Kreditregulierung« im Dienste des Monopolkapitals.
8. Entlarvung der Ansichten der rechten Sozialdemokraten von Geld und Kredit.

Neoliberalismus, Antimonopolismus, sozialdemokratische Auffassungen, Universalismus, Faschismus usw.

Das reicht jedoch für spezielle theoretische Auseinandersetzungen nicht aus (wie wir in den Arbeiten von MARX, ENGELS UND LENIN nachprüfen können). Auch die recht grobe Zweiteilung in bürgerliche und kleinbürgerliche Theorien würde uns bei speziellen theoretischen Arbeiten nicht zu einer Systematisierung verhelfen.

Wahrscheinlich kommt man am besten voran, wenn man von der Existenz der verschiedenen Schulen und Systeme der bürgerlichen Geld- und Kredittheorie ausgeht. Dabei legen wir die zweifellos berechnigte Annahme zugrunde, daß diese Schulen mehr oder minder genau reale ökonomische Prozesse und Klasseninteressen widerspiegeln. Hiermit hängt wiederum zusammen, daß den verschiedenen Systemen ganz bestimmte erkenntnistheoretische Konzeptionen zugrunde liegen und ihnen auch bestimmte Auffassungen von den Funktionen sowohl des Geldes als auch des Kredites im Reproduktionsprozeß eigen sind.

Wir meinen, daß die mit der Veränderung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zusammenhängenden Veränderungen in den Funktionen von Geld und Kredit ihr theoretisches Abbild sowohl in der Entstehung der verschiedenen Systeme der bürgerlichen Theorie als auch in der Veränderung ihrer Wechselbeziehungen finden.

Gehen wir auf diese Art heran, so wahren wir u. E. die Einheit der historischen Darstellung der gesellschaftlichen Grundlagen und des Klassencharakters der bürgerlichen Geld- und Kreditauffassungen mit der logischen Darstellung der erkenntnistheoretischen Konzeptionen und spezifischen Analysen der Funktionen von Geld und Kredit im Reproduktionsprozeß.

Der allgemeinste Ausgangspunkt für eine derartige Systematisierung ist die marxistische These von der Warennatur des Geldes. Die Wahl dieses Ausgangspunktes führt zu einer ersten Gliederung der bürgerlichen Theorie in Nominalismus und Metallismus.

Diesen Weg gehen auch ZAGA und BREGEL. Selbstverständlich reicht aber diese Zweiteilung keineswegs aus, wenn wir zu einer genauen Beurteilung der imperialistischen und sonstigen bürgerlichen Geldtheorien kommen wollen. Das ergibt sich schon aus dem einfachen Grunde, daß der Metallismus gegenwärtig eine außerordentlich geringe Rolle spielt. ZAGA nimmt denn auch mit Recht die Zweiteilung in Nominalismus und Metallismus nur als allgemeinsten Ausgangspunkt und nicht als Gliederungskriterium. Kritisch möchten wir in diesem Zusammenhang bemerken, daß es uns zu eng erscheint, die heutigen wenigen Metallisten nur als Interessenvertreter der Goldproduzenten zu charakterisieren, wie dies ZAGA auf Seite 14 tut.

ZAGA schreibt (ebenfalls Seite 14), daß die heutigen Metallisten ebenso wie die Nominalisten im Grunde Ware und Geld auseinanderreißen. Das ist ebenso richtig wie der wiederholte Hinweis darauf, daß die bürgerliche Geldtheorie im wesentlichen nur die Funktion des Geldes als Zirkulations- und Zahlungsmittel sieht und z. B. die des Wertmaßes leugnet.

ZAGA stellt a. a. O. fest, daß der heutige Nominalismus hauptsächlich in der Gestalt von zwei Theorien auftritt: der staatlichen Theorie des Geldes und der Lehre von der regulierten Währung. Ganz abgesehen davon, daß diese Gliederung zu sehr vereinfacht und außerdem zwei Konzeptionen *nebeneinander* stellt, die völlig *ineinander* verwoben sind, stellt der Übergang von der ersten Unterscheidung (Nominalismus und Metallismus) zur zweiten Unterscheidung (staatliche Theorie und Theorie von der Währungsregulierung) einen zu großen Sprung dar. In ZAGAs Arbeit (und auch bei BREGEL) fehlt so gut wie vollständig die Darstellung der verschiedenen subjektiven Wertlehren mit ihren Geldauffassungen. Der heutige Nominalismus kann natürlich nicht widerlegt werden, wenn man versäumt, seine Bestimmung durch die verschiedenen subjektiven Wertlehren herauszuarbeiten. ZAGA und BREGEL versäumen das leider.

Nachdem ZAGA Nominalismus und Metallismus charakterisiert hat und dabei vor allem auf KNAPP eingegangen ist, werden die Thesen von der regulierten Währung (hauptsächlich J. M. KEYNES und J. FISHER) und von der Inflation (A. HANSEN, P. EINZIG, S. E. HARRIS) untersucht; anschließend folgt die Behandlung der gegenwärtigen imperialistischen Kredittheorien; zunächst geht ZAGA auf die Kapitalschöpfungstheorien ein (HAHN und SCHUMPETER), um dann bei der monetären Konjunkturtheorie und den Thesen von der Kreditregulierung zu verweilen (A. HAHN, R. G. HAWTREY, J. M. KEYNES, A. HANSEN, J. SCHUMPETER u. a.).

Wie aus Anmerkung 3 ersichtlich ist, gliedert auch BREGEL im Prinzip in ähnlicher Weise.

Diese Gliederung scheint uns wenig glücklich und zweckmäßig. Eine derartige Systematisierung zwingt dazu, die Darstellungen sowohl der realen monetären Prozesse als auch der verschiedenen bürgerlichen Systeme der Geld- und Kredittheorie zu zerreißen. Das hängt mit der elementaren Tatsache zusammen, daß jede Kreditbewegung auch eine Geldbewegung ist und z. B. inflatorische Geldschöpfung und Erweiterung des Kreditüberbaues überhaupt nicht zu trennen sind. So gibt es denn auch bei ZAGA zahlreiche Überschneidungen, wenn in I/2 die Theorien zur Regulierung der Inflation und in II/2 die Theorien von der Kreditregulierung untersucht werden. Das gleiche gilt für die Auseinandersetzungen mit den Theorien von der »Geldschöpfung« (Inflation) im ersten Kapitel und der Kapitalschöpfungstheorie des Kredits in Kapitel II.

Uns scheint etwa folgende Gliederung zweckmäßiger:

1. Prüfung der bürgerlichen Geld- und Kredittheorien von dem Gesichtspunkt der subjektiven und objektiven Wertlehre, von dem Gesichtspunkt der Beurteilung aller Geld- und Kreditbewegungen in ihrem Verhältnis zu den Bewegungen des materiellen Reproduktionsprozesses, von dem Gesichtspunkt der Beurteilung der einzelnen Funktionen des Geldes durch die jeweiligen Schulen und Theoretiker.

2. Inhalt und Entwicklung der Konzeptionen von der sogenannten freien Marktwirtschaft und von der staatlichen Zwangsregulierung auf den Gebieten von Geld und Kredit.

3. Die bürgerlichen Theorien über Wesen und Bestimmung von Geld und Kredit im Sozialismus.

4. Prüfung der verschiedenen Systeme (auf der Grundlage der Ziffern 1-3):

a) Die Geld- und Kredittheorien vom wirtschaftlichen Gleichgewicht. (Statische Wirtschaft, gleichmäßig fortschreitende Wirtschaft, »neutrales« Geld usw.)

b) Die Geld- und Kredittheorien von der dynamischen (wachsenden) Wirtschaft (Monetäre Konjunkturtheorien, Inflation, Kreditexpansion, Kreislaufmodelle, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Wachstumsmodelle usw.)

In Ziffer 2 müßte gezeigt werden, wie sich inflationistische und andere monetäre Auffassungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausbilden und das Gesicht der bürgerlichen Theorie beherrschen.

Das in Ziffer 3 aufgeworfene Problem wird in unserer Literatur (auch auf anderen Gebieten der Ökonomie) zu sehr unterschätzt. Auch ZAGA geht an ihm vorbei. Wir müssen aber – gerade im gespaltenen Deutschland – unbedingt den Angriff gegen die imperialistischen Thesen von der angeblichen Unmöglichkeit (oder doch Beschränktheit) der Geldrechnung und einer rationellen Geldwirtschaft im Sozialismus führen.

In Ziffer 4 wäre auf die Lehre vom »neutralen« Gelde (HAYEK usw.) und vor allem auf die verschiedenen neueren Theorien von der »dynamischen« Wirtschaft und den Wachstumsmodellen einzugehen⁴. Bei ZAGA vermissen wir beides. Durch alle Ziffern muß sich die Würdigung der sozialdemokratischen Geld- und Kreditauffassungen ebenso hindurchziehen wie die notwendige Differenzierung innerhalb der bürgerlichen Theorie (Herausarbeitung einzelner progressiver Züge usw.). ZAGA versäumt beides, während BREGEL auf sozialdemokratische Ansichten eingeht, sich aber – und das ist zu wenig – nur auf eine Kritik an KAUTSKY und HILFERDING beschränkt.

4 Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf Namen wie A. HANSEN, R. FRISCH, P. SAMUELSON, E. DOMAR, J. HICKS u. a. (An deutscher Literatur ist auf die jüngst erschienene Arbeit von Willy KRAUS: Wirtschaftswachstum und Gleichgewicht, Frankfurt/Main 1955, 297 S. zu verweisen.)

In der gegenwärtigen Weltsituation wird es immer unerläßlicher, auch die Geld- und Kreditliteratur der bisher ökonomisch und politisch weniger entwickelten bzw. der abhängigen Gebiete durchzuarbeiten. Wir verweisen z. B. auf die umfangreiche Geld- und Finanzliteratur Indiens.

So gibt es also in der Arbeit von ZAGA einige wesentliche Lücken. Diese Bemerkung bezieht sich nicht nur auf einzelne Problemkreise und einzelne bürgerliche Systeme⁵, sondern auch auf Namen. Wir glauben, daß man z. B. an WICKSELL und MISES nicht vorübergehen kann; dafür wurden u. E. KNAPP und FISHER sicher zu ausführlich behandelt. Bei SCHUMPETER und bei HAHN, deren Auffassungen ausführlich und gut untersucht werden, fehlen wichtige Literaturhinweise⁶. ZAGA legt jedoch sehr richtig dar (S. 83ff.), wie Albert HAHN, im Laufe der Jahre von seinen ursprünglichen Kreditschöpfungsthesen abrückte; in Zusammenhang wird nicht nur auf die dritte Auflage der Arbeit »Die volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits« (1930), sondern auch auf den Artikel »Prosperity by Inflation«⁷ verwiesen.

Es ist auch nicht ausreichend, wenn ZAGA in den wichtigen Schlußbemerkungen des Buches über die marxistische ökonomische Literatur in den kapitalistischen Ländern nur auf die Namen der Parteiführer verweist (FOSTER, DENNIS, POLLIT, DUTT, THOREZ, DUCLOS, TOGLIATTI) und wichtige Autoren, die viel geleistet haben, übersieht (DOBB, DENIS, BABY u. a.).

Die erhobenen Einwände hindern uns nicht, die Schrift von ZAGA als eine gute Einführung in einige Hauptströmungen der heutigen bürgerlichen Geld- und Kredittheorie zu begrüßen. Mehr kann die Broschüre allerdings nicht geben. Besonders gelungen scheint uns die Auseinandersetzung mit der Kreditschöpfungs-, Kreditregulierungs- und monetären Konjunkturtheorie. Insgesamt betont ZAGA stets die Wechselbeziehungen zwischen den materiellen Vorgängen im Reproduktionsprozeß und den monetären Bewegungen (bei denen stets auf die verschiedenen Geldfunktionen hingewiesen wird). ZAGA zeigt laufend, daß die materielle Produktion das bestimmende Moment im Kreislaufprozeß ist.

Gunther Kohlmeier

5 Außer den schon erwähnten Problemkreisen bzw. Systemen sei auf die Stockholmer Schule, die Ökonometrie und die Lehre von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwiesen. Z. hat auch vollständig auf jede Erwähnung der internationalen Geld- und Kreditprobleme verzichtet.

6 J. SCHUMPETER: Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige. Glossen und Beiträge zur Geldtheorie von heute, in: »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik«, Band 44, Jg. 1917/18, S. 627ff. A. HAHN: Die Grundirrtümer in Lord Keynes' General Theory of Employment, Interest and Money, in »Ordo«, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Zweiter Band, Godesberg 1949, S. 170ff. A. HAHN: Wirtschaftswissenschaft des gesunden Menschenverstandes, Frankfurt/Main 1954

7 In »Commercial and Financial Chronicle« vom 19.2.1953. – Die in Anmerkung 6 angeführten Arbeiten stellen eine Weiterentwicklung der Gedanken dieses Artikels dar.

Vorwort zu Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt*

1.

Gern habe ich dem Vorschlag zugestimmt, der Arbeit von Hans-Peter KRÜGER einige Bemerkungen voranzuschicken. Seine Studie hat ein ansprechendes und anspruchsvolles theoretisches Niveau. Der ältere Forscher sollte sich darüber freuen, wenn die jüngeren ihn mit ihren Leistungen einholen und überholen – er sollte sich zumal dann freuen, wenn er, wie im vorliegenden Fall, mit den Ansichten des Jüngeren weitgehend konform geht. GOETHE schrieb 1789 an Ludwig TIECK, »daß es eine meiner angenehmsten Empfindungen ist, wenn ich in jungen talentvollen Männern mich schon an der Aussicht in die Zukunft ergötzen kann und von Rückblicken in die Vergangenheit abgelenkt werde«¹.

KRÜGERS Untersuchung ist eine überarbeitete Dissertationsschrift, mit der er im Jahre 1980 an der Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« in Berlin zugleich – was ganz selten ist – zum Dr. oec. und zum Dr. sc. promoviert wurde. Diese Arbeit reiht sich gut in eine Reihe von Dissertationen ein, die in der DDR in den letzten Jahren zu Fragen von Wert, Rente und Preis unter internationalem Aspekt geschrieben wurden. Die zunehmende Internationalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft im Kapitalismus und im Sozialismus gab den Anstoß. Vor diesen Dissertationen waren erschienen bzw. parallel zu ihnen erschienen Bücher von Lehrern dieser Doktoranden, etwa die von Gertrud GRÄBIG, Siegfried WENGER, Helmut BLESSING und Gerhard BRENDL.² Hinzu kamen und kommen die Ausführungen in einigen Lehrbüchern der Politischen Ökonomie und in lehrbuchähnlichen Grundrissen über Außenhandel und internationale Wirtschaftsbeziehungen.³

So manche nationale und internationale Debatte über internationale Werte in Theorie und Empirie löste mein 1962 veröffentlichter Beitrag über »Internationale Werte« aus. Das Buch »Der demokratische Weltmarkt« (1955) war vorangegangen, und weitere Beiträge zum Thema folgten der Studie über »Internationale Werte«. (H.-P. KRÜGER bezieht sich wiederholt auf diese Arbeiten.)

* Gunther Kohlmeier: Vorwort zu: Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt. Zur Bildung und Realisierung internationaler Werte, Akademie-Verlag Berlin (DDR) 1984, S. 7-19.

1 K. GÜNZEL: König der Romantik, Berlin 1981, S. 164.

2 Hier wird auf das Literaturverzeichnis von H.-P. KRÜGER verwiesen.

3 Etwa »Sozialistische Außenwirtschaft«, Berlin 1976 oder »Internationale Wirtschaftsbeziehungen«, Berlin 1981.

Viele Diskussionen über internationale Werte und damit zusammenhängende Themen gab und gibt es in Sektionen, Arbeitskreisen und Forschungsgruppen. Dies sei deshalb erwähnt, weil wir uns aus Veröffentlichungen allein keineswegs ein ausreichend klares Bild über Stand und Entwicklung der Forschungen zum angegebenen Fragenkreis machen können – aber das gilt ja auch für andere Gebiete.

2.

Die Außenhandelstheorien (oder besser: einige Bruchstücke und Grundelemente desselben) sind älter als die Theorien der internationalen Werte. Noch David RICARDO betrachtete Außenhandel und Weltmarkt werttheoretisch als exterritoriale Gebiete, auf denen das Wertgesetz nicht wirke, vielmehr das Gesetz der komparativen Vorteile. J. St. MILL überwand in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Ricardosche Zweiteilung, löste aber den Wert in Angebot-Nachfrage-Relationen auf; er verzichtete auf die Arbeitswerttheorie.

Karl MARX war dann der erste, der wichtige Thesen für eine arbeitswerttheoretische Betrachtung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen formulierte. Er begründete die Theorie der internationalen Arbeitswerte, wenn deren Ausarbeitung auch außerhalb seiner Forschungspläne lag. Er konzentrierte sich auf die allgemeine Wert- und Mehrwerttheorie und legte damit die unschätzbaren Grundlagen für Wirtschaftstheorie und internationale Arbeiterbewegung. In seiner Wertmethodologie stellte MARX die Einheit der Betrachtung von nationalen (volkswirtschaftlichen) und internationalen (weltwirtschaftlichen) Werten her. Er hob damit die erwähnte Ricardosche Zweiteilung auf. Eben deshalb stoßen wir im zweiten Band des »Kapital« auf die Sätze, daß im kapitalistischen Mehrwert- und Reproduktionsprozeß der auswärtige Handel »nur die Widersprüche auf ausgedehntere Sphäre«⁴ verlege und daß die »Hereinziehung des auswärtigen Handels bei Analyse des jährlich reproduzierten Produktenwerts«⁵ nur verwirren könne, »ohne irgendein neues Moment, sei es des Problems, sei es seiner Lösung zu liefern«.⁶

Vielleicht ist es akzeptabel, unter dem Blickwinkel der internationalen Werte die folgenden wertmethodologischen Sätze von MARX als eine der möglichen Zusammenfassungen vorzutragen:

1. MARX' Werttheorie ist in und mit ihren Ausgangspunkten zunächst einmal keine Kostentheorie (Grenzkosten, Substitutionskosten o.ä.), sie ist auch keine

4 K. MARX: Das Kapital, Zweiter Band, in: MEW, Bd. 24, Berlin 1964, S. 464.

5 Ebenda, S. 466.

6 Ebenda.

Nutzentheorie (Grenznutzen), sie ist auch keine Theorie der Produktionsfaktoren, sie ist keine Preistheorie des Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage, sie ist ganz einfach, aber auch mit allen Tragweiten, eine *Arbeitswertheorie*. Alle international ausgetauschten Waren (Güter und Dienstleistungen) sind Erzeugnisse der lebendigen Arbeit und enthalten vergegenständlichte und lebendige Arbeit, deren Maß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist, international die für die gesamte Weltwirtschaft oder für Bereiche derselben gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Der Wert einer Ware kann nicht mikroökonomisch erklärt (und seine Größe gemessen) werden, da er ein »aliquoter Teil« (MARX) der gesamten gesellschaftlichen Wertmasse ist, die sich selbst fortlaufend verändert, weil sich ihre Partikel und Strukturen ständig ändern. Davon wird natürlich auch, unabhängig von seiner eigenen Bewegung, der Wert der einzelnen Ware beeinflusst. So ist der Wert der Einzelware *relativ* – MARX hebt das gegen RICARDO (und vorwegnehmend, auch gegen Piero SRAFFA) heraus. Übrigens auch deshalb relativ, weil die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nicht die ist, die bei der *Herstellung* der Ware aufzubringen war, sondern vielmehr die, die *gegenwärtig* erforderlich ist. Der Wert ist ein Reproduktionswert und auch deshalb ein relativer.

2. Zu wiederholen ist, daß MARX die Ricardosche Zweiteilung (international: komparative Vorteile, volkswirtschaftlich: Arbeitswerte) aufhob und in seiner theoretischen Betrachtung die Einheit von nationalen (volkswirtschaftlichen) und internationalen (weltwirtschaftlichen) Werten wahrte. Dabei verwarf MARX das Theorem der komparativen Vorteile keineswegs, vielmehr baute er es in seine Theorie der nationalen und internationalen Werte ebenso ein wie in seine reproduktionstheoretischen Untersuchungen.

3. Volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Wertbildung hat gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Voraussetzung. Ohne gesellschaftliche Arbeitsteilung keine Waren- und Geldwirtschaft. Die Verbindung zwischen den arbeitsteilig voneinander getrennten Warenproduzenten geht über den Markt vor sich. Die Geschichte der volkswirtschaftlichen, regionalen und universellen internationalen Wertbildungs- und Wertrealisierungsprozesse, ihrer Ausdehnung und Intensivierung ist bei MARX wie auch bei ENGELS zugleich eine Geschichte der betrieblichen, volkswirtschaftlichen und internationalen Arbeitsteilung, aber auch der Märkte. Daraus ergibt sich für uns Heutige: Ohne Analysen der gegenwärtigen Vorgänge sozialistischer und kapitalistischer internationaler Arbeitsteilung hinge eine Darstellung von Bildung und Distribution internationaler Werte ganz und gar in der Luft.

4. Der Gebrauchswert ist der Träger des Tauscherts. Auf gesellschaftlicher (volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher) Ebene ist der gesellschaftliche Bedarf (Nutzen) der Träger der volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen

Tauschwerte. Ohne Gebrauchswert kein Tauschwert, ohne gesellschaftlichen Nutzen kein gesellschaftlicher Wert. Die Bedarfsstrukturen werden letzten Endes von den Strukturen der Produktion und ihrer Produktivität bestimmt, aber es gibt auch eigenständige, relativ selbständige Bewegungen der Bedarfsstrukturen, deren Veränderungen, zusammen mit den vorher erwähnten, vermittelt über den Markt, nach Veränderungen der Produktionsstrukturen verlangen.

Die marxistische Arbeitswerttheorie konfrontiert uns demnach – das muß in Abgrenzung von vereinfachenden Darstellungen gesagt werden – mit den Determinanten und Interdependenzen eines – wenn ich das einmal so ausdrücken darf – Quadrats der Vorgänge von Wertbildung und Wertdistribution:

gesellschaftliche Arbeitsteilung;

Warenproduktion (Reproduktionswerte, Produktivitäten, incl. Transport);

Bedarf (Nutzen);

Markt.

In *Abhängigkeit* von den anderen Seiten des Quadrats entsteht in der Produktion – und *nur* in ihr – der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand, der Wert. Das bringt abermals die Relativität des Wertes zum Ausdruck.

5. Der (internationale) Wert ist eine sehr einfache, ganz allgemeine Kategorie; er gehört wohl zu den »dünnen Abstrakta«, über die MARX in den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie« schrieb.⁷ Das Abstraktum »Wert« bedarf seiner Darstellung in Erscheinungsformen. Es gilt hier gewiß das, was MARX im Zusammenhang mit der Methodik-Passage in den »Grundrissen« schrieb: »... durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta ... Von da wäre nun die Reise wieder rückwärts anzutreten ...«⁸ Man gelange dann nicht etwa zu einem chaotisch Ganzen, das man vor der theoretischen Analyse gehabt habe, sondern zu »einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen«.⁹ In unserem Falle wären diese Bestimmungen und Beziehungen das Geld und alle Geldausdrücke wie etwa die Löhne, die Kosten und Gewinne, die verschiedenen Preisarten, Kredite, Valutakurse etc.

Daraus sollte unter anderem abgeleitet werden, daß die verschiedenen Weltmarktpreisbewegungen und Veränderungen der Weltmarktpreisstrukturen nicht unbedingt und nicht in den gleichen Quantitäten Wertbewegungen zu reflektieren haben.

7 K. MARX: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 21. (s.a. Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Berlin 1961, S. 631.)

8 Ebenda.

9 Ebenda.

6. Als einfache Kategorie, d. h. als Ausdruck eines allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisses, wurde und wird der Wert, wie auch Peter KRÜGER mehrfach unterstreicht, in die gesellschaftlichen Verhältnisse der einfachen Warenproduktion, in die des Kapitalismus und in die des Sozialismus eingebunden, integriert. Das Wertgesetz und seine Elemente bilden einen der allgemeinen Bestandteile der Existenzweisen der jeweiligen Systeme von Produktionsverhältnissen. Die Erscheinungsformen des Werts sind Bewegungs-(Mechanismus-)Elemente dieser Ökonomien, wobei sie von den entscheidenden Gesetzen und Prozessen der gegebenen Produktionsverhältnisse determiniert werden.

Damit hängt eine andere Überlegung zusammen:

7. Das Wertgesetz ist nach MARX eine Gesetz des Gleichgewichts und der Proportionen, doch *per se* zunächst nur der einfachen, der allgemeinen Warenwirtschaft. Auf dieser allgemeinen Grundlage bestimmen die Hauptgesetze und -prozesse des kapitalistischen oder des sozialistischen Systems (in Volkswirtschaft und Weltwirtschaft) die völlig unterschiedlichen sozialökonomischen Charaktere und Bewegungen von Gleichgewichten und Ungleichgewichten, von Proportionen und Disproportionen.

8. MARX wendet den Ausdruck »Äquivalenz« nur bei der Gegenüberstellung, also für den Austausch von gleichen (volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen) Wertgrößen an – und in keinem anderen Sinne. Bei ihm ist unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen der äquivalente Austausch der Ware Arbeitskraft (ihrer Wertgröße) gegen Lohn Bedingung für die Aneignung des Mehrwerts durch das Kapital, für die Ausbeutung. Nur auf diese Art können in der Theorie die beiden Begriffe Äquivalenz und Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen angewandt werden. Austausch zu internationalen Werten ist Äquivalenz; nicht-äquivalenter Austausch ist *per se* noch nicht Ausbeutung im Sinne der politischen Ökonomie.¹⁰

9. In den Rahmen der Dialektik von Nationalem und Internationalem stellen MARX, ENGELS und LENIN die Tendenz der zunehmenden Internationalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, dabei des Kapitalverhältnisses. Im Kapitalismus wird die Internationalisierung durch Profit, Konkurrenz und Klassenkampf vorangetrieben, im Sozialismus erhält sie eine neue gesellschaftliche Grundlage, was allmählich auch das Quantitative beeinflusst.

Auf dem Weltmarkt stellen sich Gebrauchswert und Tauschwert, Geld und Preis *universell* dar. Hier ist das Maß allein die universelle Arbeit, diese ist die gesellschaftlich notwendige. Die Reihe der Gebrauchs- und Tauschwerte konvergiert auf den internationalen Märkten gegen unendlich, genauer: bei

10 Ganz in diesem Sinne schreibt auch S. WENGER: Äquivalenz und Nichtäquivalenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt, in: Wirtschaftswissenschaft 7/1980, S. 841ff. – Vgl. auch S. WENGER: Außenhandel auf dem kapitalistischen Weltmarkt, Berlin 1978.

gegebenem Stand von Arbeitsteilung, Produktion und Produktivität, Bedarf und Markt gegen das jeweils mögliche Maximum. Universell sind in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch die besprochenen Relationen von Arbeitsteilung, (Re-)Produktion, Bedarf und Markt. So ist auch hier wieder die Relativität der universellen Werte sichtbar.

10. Im Außenhandel, in der internationalen Arena wirkt, entsprechend den abstrakten Annahmen von MARX, das Wertgesetz *modifiziert*. Nicht nur formal ist die Existenz von Staaten, von Volkswirtschaften die Ursache. Bei seinen Abstraktionen, in seinen Modellen nimmt MARX für die Bildung nationaler Werte eine rein kapitalistische Wirtschaft an, mit freier Konkurrenz in allen Bereichen. Nicht so international. Im von MARX nur skizzierten Modell der internationalen Werte gibt es nach außen keine Wanderung von Arbeitskraft und Kapital; auch gibt es keinen *input* der internationalen Werte in die der Volkswirtschaft. Vielmehr stellen die rein nationalen Werte den Ausgangspunkt für die Bildung der internationalen Werte dar.

3.

Wie vielen Attacken, von MARSHALL bis SAMUELSON, hat MARX' Arbeitswerttheorie in ihrer Anwendung auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen standhalten müssen und standgehalten! Nichtmarxistische und antisozialistische Theoretiker fragen immer wieder, weshalb wir Marxisten für das System der Gleichungen und Ungleichungen internationaler Wirtschaftsprozesse, dabei auch der Weltmarktpreise, den »Unterbau« der Lehre vom Arbeitswert benötigen. KRÜGER gibt Antwort auf diese Frage.

Von B. OHLIN und J. VINER, von G. HABERLER ebenso wie von P. SAMUELSON und allen ihren Anhängern wird ein dreifacher Fehler begangen. Erstens modeln sie die sozialökonomische Kategorie des Arbeitswerts in den formaltechnischen Terminus der *Arbeitskosten* um. Zweitens folgern sie daraus, daß es in der Arbeitswerttheorie angeblich nur einen einzigen Produktionsfaktor gäbe: nur die Arbeitskosten seien in ihr preis- und allokatonsbestimmend. So wird, drittens, der Wert, werden die Arbeitskosten als *absolut* begriffen; die Relativität des Arbeitswerts ist verschwunden. Bei diesen Annahmen von Kosten- und Preisgleichungen kann es dann keine Ausbeutung im kapitalistischen System der internationalen Arbeitsteilung und der Allokation geben.

»Preisgleiche Gütermengen enthalten gleichviel Arbeit« (im Sinne von Arbeitskosten – G. K.), meint HABERLER¹¹ und erklärt: »Wir müssen annehmen, daß es nicht eine, sondern viele verschiedene Qualitäten Arbeit und

11 G. HABERLER: Der internationale Handel, Berlin 1933, S. 96.

andere Produktionsmittel gibt ..., und es erhebt sich so die Forderung nach *Ausschaltung der Arbeitswertlehre*.¹² In der Arbeitswertlehre, schreibt VINER, »sind die Kosten als Arbeitszeiteinheiten dargestellt ...«¹³ Und schließlich der Supervulgär RECKTENWALD: »Unverständlich bleibt nur, wie man mit der Forderung nach praktischer Anwendung der Arbeitswerttheorie hochentwickelte Industrienationen auf die Stufe eines primitiven Jägervolkes zurückversetzen will, indem man den Wert einer Ware nur in dem Beitrag der Arbeit sieht und die beiden anderen Produktionsfaktoren unvergütet läßt.«¹⁴ Das sind nun gewiß nicht zu verantwortende Interpretationen.

Für MARX ist die Entfaltung der allgemeinen Kategorie »Arbeitswert« zu ihren vielen Geldausdrücken ein ebenso notwendiger dialektischer Prozeß wie ihre Integration in die verschiedenen sozialökonomischen Systeme und deren Wirtschaftsmechanismen. Daß der Marxismus in der Wertbildung und Wertdistribution Abläufe der gesellschaftlichen Arbeit und der Verteilung ihrer Resultate sieht, schließt nicht aus, sondern setzt geradezu voraus, daß wir bei der Analyse der wirtschaftlichen Realitäten Begriffe wie Kosten und Nützlichkeit, Substitutionskosten und -preise, Angebot und Nachfrage und viele andere anerkennen und mit ihnen arbeiten müssen.

4.

MARX wandte seine Wertmethodologie auf eine für uns Heutige doch relativ einfache internationale Welt an: kapitalistisch industrialisiertes England; andere Länder, die sich auf kapitalistische Art industrialisieren (USA, Frankreich, Deutschland usw.); riesige Kolonialgebiete als Ausplünderungsbereiche; ein Weltmarkt, der noch nicht erdumspannend und noch nicht intensiviert ist.

Schon gut zehn Jahre nach ENGELS' und etwas mehr als zwanzig Jahre nach MARX' Tod unternahmen Rudolf HILFERDING, Rosa LUXEMBURG, Karl KAUTSKY, Otto BAUER und andere ihre Versuche, das imperialistische Stadium der kapitalistischen Weltwirtschaft theoretisch und politisch zu interpretieren. Doch erst LENIN schuf die Theorie des Imperialismus und die neue Strategie der proletarischen Revolution unter den veränderten Bedingungen.

Und heute! Wie anders ist wiederum die Welt. Ein internationales sozialistisches System von Gesellschaft und Wirtschaft ist entstanden und formiert sich. Die RGW-Staaten sind dabei, eine Integration ihrer Volkswirtschaften

12 Ebenda, S. 101.

13 J. VINER: *Studies in the Theory of International Value*, London 1964, S. 489.

14 H. C. RECKTENWALD: *Würdigung des Werkes*, in: A. SMITH: *Der Wohlstand der Nationen*, aus dem Englischen übertragen und mit einer Würdigung von Horst Claus RECKTENWALD, München 1974, S. LV.

herbeizuführen. Ferner gibt es als neuen Bereich in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen die sogenannten Ost-West-Beziehungen, vor allem aber das breite Spektrum der Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Staaten und interessierten Entwicklungsländern. In der Welt des Kapitals begegnen wir neuen Prozessen der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses, der Produktion und Distribution von Mehrwert. Der *gap*, die Kluft zwischen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung in Entwicklungsländern und in kapitalistischen Industriestaaten, wäre an erster Stelle zu nennen. Sofort anzuschließen wären die weltwirtschaftliche Rolle der transnationalen und multinationalen Konzerne wie auch die vielfältigen und vielschichtigen Strukturen im heutigen imperialistischen Weltwirtschaftssystem.

Im Rahmen aller erwähnten (und anderen) weltwirtschaftlichen Veränderungen, einschließlich der zunehmenden Internationalisierung von nationalen Gesellschaften und Wirtschaften, stoßen wir überall auf die Prozesse zunehmender Internationalisierung von Wertbildung und Wertdistribution (Werttransfer). Dabei lösen die modernen Produktions- und Produktivitätsentwicklungen *Metaprozesse* aus, solche, die allen sozialökonomischen Systemen eigen sind, aber im Kapitalismus und im Sozialismus ganz unterschiedlich reguliert werden, dort und hier mit scharf unterschiedenen Implikationen. (Die aus den Metaprozessen abzuleitenden *allgemeinen* Probleme sind von jener Gruppe *globaler* Probleme zu unterscheiden, die ihren Ursprung in der Natur und Struktur des Imperialismus, der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung haben.)

Wichtige allgemeine internationale Produktions- und Produktivitätsabläufe sind in der Gegenwart:

- das notwendig gewordene Schließen der in den 50er, 60er und zum Teil auch noch in den 70er Jahren entstandenen Wachstumsschere zwischen verarbeitender Industrie und traditioneller Energie- und Rohstoffbasis – womit ganz wesentlich die Problematik der Relationen von Weltmarktpreisen für Rohstoff, Energie und Fertigwaren verknüpft ist;
- die Wiederherstellung und Reproduktion von erneuerbaren natürlichen Ressourcen, was mit mannigfaltigen Substitutionsvorgängen verbunden ist;
- die Sicherung der Futtermittel- und unmittelbaren Ernährungsgrundlagen bei zunehmender Bevölkerung, Urbanisierung und Industrialisierung, wozu auch die weitere Nutzbarmachung der Weltmeere als Futter- und Nahrungsmittelquelle, als Quelle von Energie und Rohstoffen zu rechnen wäre;
- die Erhaltung und progressive Entwicklung der natürlichen und sozialen Umweltbedingungen der Menschen;
- die weitere Konzentration der Produktion mit dem Ziel der Verbesserung der Relationen von Aufwand und Nutzen, wobei diese Konzentration oft

genug den volkswirtschaftlichen Rahmen sprengt und schnell zunehmende internationale Spezialisierungen und Kooperationen verlangt;

- der wachsende Anteil der wissenschaftlichen Arbeit am gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß;

- das Vordringen von material- und energiesparender Technik und Technologie (Mikro- und Minitchnik als wichtige Elemente);

- die Gewährleistung von Gleichgewicht und Proportionalität zwischen Produktion und Infrastruktur (mit allen ihren Elementen);

- der zunehmende internationale Transfer von Information, Technologie, *software* u.a.m.;

- die sich aus all dem ergebende volkswirtschaftliche Strukturpolitik bei Beachtung dessen, daß die Volkswirtschaft ein Glied in den Systemen der internationalen Arbeitsteilung ist und daß eine »Neue Internationale Wirtschaftsordnung« gemäß UN-Beschluß (und darüber hinaus) unerläßlich ist, um zumindest einige Elemente dieser allgemeinen (und auch der globalen) Probleme sozial gerechten Lösungen zuzuführen oder doch näher zu bringen.

Viel, oft sehr viel Aufwand an Forschung, Innovation und Investitionen, also an menschlicher Arbeitskraft, an materiellen und finanziellen Mitteln ist vonnöten, um diese Substitutionen und überhaupt diese neuen Wertbildungsvorgänge auszulösen. Es gibt vielfach hohe Innovations- und Investitionsschwellen, die zu überschreiten sind. Wiederholt wird für dieses Überschreiten die Kraft einer einzelnen Volkswirtschaft, auch einer großen und entwickelten, nicht ausreichen. Hier bieten sich Chancen und Aufgaben an, die Vorzüge sozialistischer Strukturpolitik, langfristiger Planung und internationaler Koordinierung so weit wie möglich auszunutzen. Zuweilen sind für die Inangriffnahme dieser neuen Aufgaben die entsprechende Technik und Technologie im wesentlichen bereits vorhanden, etwa für bestimmte Bereiche der Meeresforschung oder auf dem Gebiet der Mikroprozessoren; auf anderen Gebieten müssen sie erst geschaffen werden (Massenverkehr, Kernfusion).

Es ist ein großes Verdienst der vorliegenden Arbeit von Peter KRÜGER, daß er dem Verhältnis von Fondsvorschuß und Wertbildung seine Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Jedem Kenner der Materie dürfte klar werden, daß die erwähnten (und andere) Abläufe großen Einfluß auf die internationale Wertbildung ausüben, daß wir folglich hierzu vielfältige Analysen benötigen und auch neue Modelle, mit weiteren Zielfunktionen, Parametern und Randbedingungen, die über MARX' einfaches Modell hinausgehen. Die Bildung und Realisierung internationaler Werte vollzieht sich heute und morgen im Kontext mit grundlegenden Reformen und mit der Revolutionierung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur, was wiederum Reformen und die Revolutionierung des Verhältnisses

Mensch – Mensch, also der gesellschaftlichen Verhältnisse voraussetzt. Damit wird MARX' Satz abermals bestätigt werden, daß *Natur und Arbeit* die Quellen der gesellschaftlichen Wohlfahrt sind.

5.

Diese und alle anderen Erörterungen über MARX' Wertmethodologie in ihrer Anwendung auf Außenhandel und internationale Wirtschaftsbeziehungen der Gegenwart sollten, wie schon bemerkt, sehr streng von zwei Überlegungen ausgehen:

Die erste betrifft das Verhältnis von allgemeiner Werttheorie und Empirie, von Schemata/Modellen und konkreten wirtschaftlichen Vorgängen. Natürlich wußte MARX genug über die tatsächlichen internationalen Kreditbewegungen zu seiner Zeit und auch über den hunderttausendfachen »Export« von Arbeitskraft, von Sklaven nach Amerika. Es ist ja auch bekannt, was Karl MARX im »Kapital«, etwa in den (heute besonders aktuell anmutenden) Kapiteln 4 bis 6 des dritten Bandes, über den Einfluß von Importen auf die volkswirtschaftliche (nationale) Wertbildung, auf die »Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals« geschrieben hat. Doch in seinen Abstraktionen nahm MARX eine internationale Immobilität der Produktionsfaktoren an. Soviel noch einmal zur ersten Überlegung.

Es gibt aber, in engem Zusammenhang mit ihr, noch eine zweite. Auch auf sie wurde bereits verwiesen. Sie betrifft die *Bedingungen* der MARXschen Schemata von den internationalen Werten. (Vgl. Punkt 10 der oben angeführten Sätze zur MARXschen Wertmethodologie.) Problem: Welche Schlüsse ergeben sich bei anderen Bedingungen?

6.

Die Bedingungen und Wirkungen der Gesetze des Wertes und der kapitalistischen Konkurrenz werden im Imperialismus volkswirtschaftlich und weltwirtschaftlich sehr wesentlich von Monopolmacht und Staatsgewalt verändert – »untergraben«, sagt LENIN. Außerdem saugt die Wertbildung in den Volkswirtschaften, natürlich auch in den sozialistischen, zunehmend (und vielfach in ausschlaggebendem Maße) als *input* internationale Werte auf; die nationalen Werte haben ihre »Reinheit« eingebüßt. Die ansteigende Integration der Volkswirtschaften in die internationale Arbeitsteilung, ihre gegenseitige Verflechtung geht gegenwärtig über vielfältige internationale Transfers vor sich (Güter und Dienstleistungen, Arbeitskraft, Fonds bzw. Kapital, Kommunikation und Information, Technologien usw.). So gibt es, in der Regel, einen hohen Grad an internationaler Beweglichkeit (an Transfer, an Mobilität) von Produktionsfaktoren.

Für den Kapitalismus kann man von drei Entwicklungsstufen in den internationalen Wirtschaftsverbindungen sprechen, die zugleich Entfaltungsformen der internationalen Werte sind: zunächst internationale Verflechtungen über den Außenhandel, dann über den Kapitalexport (Fondstransfer) und heute besonders über den internationalen Transfer von Information, Technologie usw. Dabei ist Stufe eins in der zweiten und dritten, Stufe zwei in der dritten aufgehoben. Der Außenhandel bleibt auch heute, bedingt allerdings vielfach durch Fonds- und Informationstransfer, das vollziehende Umschlagsinstrument. Im jungen sozialistischen Weltsystem können wir aus naheliegenden Gründen nicht von drei *historischen* Stufen, wohl aber von drei *Formen* der internationalen Verknüpfung sprechen. Alle Formen führen zum Ausbau der internationalen Arbeitsteilung, der Spezialisierung/Kooperation zwischen den Volkswirtschaften.

Die modernste Form der Bildung volkswirtschaftlicher sowohl als auch internationaler Werte geht heute vielfach so vor sich, daß Betrieb *a* in Land A seine eigenen international anerkannten Leistungen mittels Technik- und Technologiebezug von Betrieben der Länder B1 ... Bm komplettiert, um dann die Baugruppentile oder das Zwischenprodukt in die Länder C1 ... Cn zu exportieren, von wo schließlich D1 ... Dn das Finalprodukt beziehen. Auch Betrieb *a* oder ein anderer Betrieb in A oder B kann bereits der Hersteller des Enderzeugnisses sein. Auf jedem dieser Wege geht Konzentration der Produktion mit internationaler Spezialisierung/Kooperation Hand in Hand. Es ist möglich, aber nicht immer notwendig, daß in den kapitalistischen Ländern dieser internationale Transfer von Technologie usw. mit Kapitalverflechtung (Kapitalexport) verknüpft ist.

Für die RGW-Volkswirtschaften lautet der Schluß, daß die erwähnte moderne Bildung volkswirtschaftlicher und schon von Haus aus internationaler Werte das Ausschlaggebende ist; internationale Wirtschaftsorganisationen und Produktionsvereinigungen, ebenso internationale Betriebe sind oft gar nicht notwendig, zumal ihre Bildung und Tätigkeit gegenwärtig von zu vielen bürokratischen Hemmnissen begleitet sein dürften.

Unter diesen neuen Umständen internationaler Produktivitätsentwicklungen und internationaler Verflechtungen von Volkswirtschaften behalten MARX' Schlüsse über die universelle Entfaltung von Gebrauchswert und Tauschwert wie auch ihrer Geldausdrücke ihre Gültigkeit. Wenn MARX noch von universellen Werten im Plural sprach, so müssen wir heute für eine zunehmende Anzahl von Produkten und Leistungen – und gerade den wichtigen – die Einzahl wählen. Es gibt eben einen einheitlichen Gebrauchswert und Tauschwert für Mikroprozessoren, Synthesefasern, den Transport von Südfrüchten, die Gewinnung von Manganknollen usw. usf. *Die universelle Arbeit ist das Maß*

– auch für den Außenhandel sozialistischer Volkswirtschaften und Unternehmen. Sie ist, im Grundsatz, das ausschlaggebende Arbeitskriterium. Aufwendungen und Qualitäten lediglich einer Region (etwa des RGW-Bereichs) verlieren mehr und mehr ihre Funktion als alleingültiges Maß der Arbeit und des Nutzens, es sei denn, sie sind international führend.

Bei jeglicher universellen, also internationalen Entfaltung der Gebrauchswerte, der gesellschaftlichen Nützlichkeit und damit auch der Wertformen ergibt sich eine »Stufenleiter« der verschiedenen volkswirtschaftlichen Wertgrößen, und ihre »Maßeinheit« ist »die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ...«¹⁵ Nicht immer aber ist es, wie MARX bekanntlich vermerkt, der einfache Durchschnitt. Wiederholt ist es, besonders auch bei Substitutionsvorgängen in vielen Bereichen, eine Gruppe von Grenzproduzenten – je nach dem Verhältnis von internationalem Bedarf und Aufwand (ihren Größen und ihren Strukturen). Der internationalen Maßeinheit begegnen die sozialistischen Betriebe auf den internationalen Märkten allerdings nur *in concreto*, nämlich in den Erscheinungsformen des Werts, in den Preisen für Güter und Leistungen (Transport, Versicherung, Transit, Hafengebühren, Lagerhaltung u. a. m.), in Zahlungsbedingungen, Kurs, Kredit und Zins, in den Kosten für Forschung/Entwicklung, für Infrastruktur und Erhaltung/Erneuerung der Umwelt. Die Bewegungen dieser Kosten und Preise brauchen allerdings keineswegs unmittelbar Wertbewegungen widerzuspiegeln. In längeren Zeiträumen allerdings drückt die Veränderung von Preisstrukturen, z. B. für Synthetics oder für Mikroprozessoren in ihrem Verhältnis zu anderen Preisgruppen, Wertbewegungen aus, zumal wir hier immer wieder die Relativität des Werts bedenken sollten. Das gilt auch für die Substitutionsproblematik bei Erdöl, Kohle und Kernenergie.

Der Wert selbst aber bleibt eine allgemeine Kategorie. Das gilt immer, auch heute, bei keineswegs einheitlichen sozialökonomischen Grundlagen des Welt Handels. Die einfache Wertform ist, ihrer allgemeinen, abstrakten Natur entsprechend, in die verschiedenen sozialökonomischen Systeme von Warenproduzenten integriert. In einer »Gesellschaft von Warenproduzenten«, meint Karl MARX, bestehe das »allgemein gesellschaftliche Produktionsverhältnis darin ..., sich zu ihren Produkten als Waren, also als Werten, zu verhalten ...«¹⁶ Nur der Weltmarkt, schreibt MARX in den »Grundrissen«, stelle »das Ganze« der Tätigkeiten, des Verkehrs, der Bedürfnisse etc. dar.¹⁷ (Mit scheint, daß auch dieser Satz meine o. a. Interpretation vom Quadrat der Wertbeziehungen stützt: MARX spricht von Wert und Bedürfnissen, von Markt und Verkehr.)

15 K. MARX: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1969, S. 584.

16 Ebenda, S. 93.

17 K. MARX: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 426.

Wenn wir einen relativen Grad der Isolierung einer Volkswirtschaft oder einer Region von Volkswirtschaften – aus welchen Gründen auch immer – annehmen, gibt es begrenzte Systeme der internationalen Arbeitsteilung, der internationalen Märkte und der Bildung internationaler Werte. In der Geschichte der internationalen Arbeitsteilung wie auch der Waren- und Geldwirtschaft finden wir über Jahrhunderte hinweg Regionen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die vollständig oder partiell von anderen Regionen abgeschirmt waren oder von ihnen überhaupt nichts »wußten«, mangels Kommunikation. Erst ganz allmählich bildete sich ein Weltmarkt aus.

Auch in der Gegenwart gibt es, vor allem (aber keineswegs nur) sozialökonomisch determiniert, regional begrenzte Wertbildungsprozesse. Doch der Trend zu universellen Maßen der volkswirtschaftlichen Arbeit dominiert mehr und mehr, sowohl in der Energie- und Rohstoffwirtschaft als auch in der verarbeitenden Industrie, wie schließlich, keineswegs zuletzt, in den Bereichen Forschung, Innovation, Umweltschutz, Transport und Dienstleistungen.

So können die Debatten über nationale und internationale Werte, entsprechend »maßgeschneidert«, durchaus wirtschaftspolitische und kaufmännische Interessen und Aufgaben sozialistischer Volkswirtschaften und Betriebe widerspiegeln. Zum Beispiel hat in der DDR die Führung von Partei und Regierung wiederholt darauf hingewiesen, daß die international gültigen Kennziffern an Aufwand und Nutzen (Kosten und Qualität) sowohl in der Produktion für den Inlandsbedarf als auch in der für den Export zu beachten seien. In der Regel bestimmen die Hauptproduzenten den internationalen Wert. Der Spitzenproduzent erzielt einen Extragewinn, aber dies nur dann, wenn er auch alle Rahmenbedingungen einhält, etwa Stückzahl, Lieferfrist, Verpackung und vieles andere mehr.

7.

Ein anderer Themensektor, der zum gesamten Themenkreis von MARX-Modell und heutiger internationaler Wertbewegung gehört, enthält MARX' *Aphorismen* über die modifizierten Wirkungen des Wertgesetzes im Welthandel. Warum diese Modifizierungen? Ganz einfach deshalb, weil MARX in den Schemata für die kapitalistische Volkswirtschaft Bedingungen annimmt, die international nicht existieren: eine rein kapitalistische Volkswirtschaft mit rein volkswirtschaftlicher Wertbildung, mit friktionsfreier Mobilität der Produktionsfaktoren. Verändern wir jedoch die Modellbedingungen, so werden sich auch andere Schlüsse ergeben können. Erste mögliche Veränderung: Wir nehmen auch international eine friktionsfreie Bewegung der Produktionsfaktoren an. Dann gibt es keinen Unterschied zwischen innen und außen. Also entfallen auch die Schlüsse von der Modifikation.

Zweite mögliche Veränderung, die gerade für heutige (kapitalistische und sozialistische) Volkswirtschaften von Interesse ist: Wir nehmen Volkswirtschaften an, die nicht frei sind von gesellschaftlichen (staatlichen) Beeinflussungen der Wertbewegungen, Volkswirtschaften außerdem mit internationalen Verflechtungen, mit internationaler Mobilität der Produktionsfaktoren. Bei Modellen, die wir für diese Bedingungen ausarbeiten, kommen wir zum Schluß, daß die Wertbewegungen sowohl im Innern als auch nach außen hin modifiziert werden. In beiden Bereichen gibt es ein »Dazwischentreten des Staates«. So entfallen die Bedingungen dafür, bei der heutigen Bildung internationaler Werte qualitativ abgehobene Modifikationen im Vergleich zur Volkswirtschaft anzunehmen.

Mir scheint, daß auch KRÜGER in diesem Punkt nicht bei der traditionellen Interpretation stehen bleibt. Desgleichen, bereits vor Jahren V. V. KULIKOV in seinem Buch »Die Warenbeziehungen im sozialistischen Weltwirtschaftssystem« (1972). Er meint, wir sollten MARX' relevante Bemerkungen im ersten »Kapital«-Band richtig im Kontext lesen. Dann ergäbe sich, »daß das Rückführen der individuellen Arbeitsaufwendungen auf die gesellschaftlich notwendigen auf der Ebene des nationalen Wertes nicht abgeschlossen ist. Das, was vorher als gesellschaftlicher Wert verstanden wurde, tritt nun als individueller auf. Es zeigt sich also für den Weltmarkt, daß nicht die Abänderung, sondern gerade die Beibehaltung des für die nationale Produktion charakteristischen Prinzips, das das Verhältnis von Intensität und Produktivität der Arbeit zum Wert regelt, kennzeichnend ist.«¹⁸

8.

Beeindruckend untersucht H.-P. KRÜGER die meisten der angeführten methodologischen MARX-Sätze und interpretiert so manche ihrer Seiten generell und speziell für heute gegebene Verhältnisse. Er setzt sich eigenwillig mit einigen Ansichten marxistischer Autoren auseinander und attackiert Irrungen und Wirrungen nichtmarxistischer Verfasser. Seine Studie wird Partner und Gegner in die Schranken fordern.

18 V.V. KULIKOV: *Tovarnye otnošenija v mirovom socialistieskom chozjajstve*, Moskva 1972, S. 102-103.

Ethnische Selbstbestimmung und Globalität*

›Konkrete Utopien‹ haben wir unseren Verein getauft, und der Taufname ist brav und amtlich registriert. Für uns ist der Titel keine angedeutete Flucht in die Illusion, sondern ein Arbeitsprogramm.

Ernst BLOCH folgend ist konkrete Utopie *das Noch-Nicht als das Real-Mögliche*.¹ Das Schwierige hierbei sind *theoretisch* die Vermittlungen der Zwischenglieder und *praktisch* die BLOCHschen »Zwischenzeiten« mit ihrer täglichen alternativen Arbeit in Richtung Ziel. Das Fernziel sei vermittelt, meint BLOCH in einem seiner späten Vorträge, »theoretisch durch die Nahziele und praktisch durch Arbeit in des Teufels Wirtshaus.«²

All dies gilt wohl auch für den von uns zu behandelnden Themenkreis.

Die *alte Weltordnung* ist für mich nach wie vor die imperialistische, die des Großkapitals, mag sie auch noch so oft als *neue* deklariert worden sein. Selbstverständlich hat sich in den letzten Jahrzehnten eine beachtenswerte Reihe von Randbedingungen, auch Parametern und Subzielfunktionen verändert, und nach dem Ende des Kalten Krieges sind abermals Abwandlungen eingetreten.³

Trotz dieser modifications habe ich Schwierigkeiten, ROBERT KURZ zu folgen, wenn er in »Potemkins Rückkehr...« seinen *tour de force* vom »Ende des alten Imperialismus« fährt.⁴ Seine These könnte damit zu erklären sein, daß er, bekanntlich nicht auf neue Art, Imperialismus einseitig auf Expansionismus reduziert. Außerdem gibt es heutzutage Expansion in Fülle.

Auch für die Expansionspolitik gilt der Satz von den neuen Bedingungen, Formen und Elementen. Doch auch das traditionelle sicherheitspolitische Eindringen in neue Verwertungsgebiete, das traditionelle Abschirmen und Neu-aufteilen von Märkten, Anlagesphären und Rohstoffquellen ist nach wie vor Element des Imperialismussystems. Großdeutschlandpolitik in diesen Bereichen ist doch wohl aufregend genug!

* Gunther Kohlmeier: Ethnische Selbstbestimmung und Globalität, in: UTOPIE kreativ, Heft 37/38 (November/Dezember 1993), S. 9-15.

1 »Es handelt sich um die Kategorie des Noch-Nicht, und zwar in zwei Formen, subjektiv und objektiv; subjektiv als Noch-Nicht-Bewußtes und objektiv als Noch-Nicht-Gewordenes.« Ernst BLOCH: Hoffnung mit Trauerflor, in: Tendenz – Latenz – Utopie, Frankfurt/M. 1978, S. 341.

2 Ernst BLOCH: Ideologie und Utopie. Vortrag vom 7. Februar 1968, in: Abschied von der Utopie? Vorträge, Frankfurt/M. 1980, S. 71.

3 Die neue Weltordnung und das Amerikanische Jahrhundert (USA-Vorherrschaft im 21. Jahrhundert) wurden von Präsident GEORGE BUSH in seinem ›State of Nation‹-Bericht im Januar 1991 verkündet. Amerika Dienst vom 30. Januar 1991.

4 Robert Kurz: Potemkins Rückkehr. Attrappen-Kapitalismus und Verteilungskrieg in Deutschland, Berlin 1993.

Zu deren Taten gibt es begründende Dokumente; so die »Militärpolitischen und militärstrategischen Grundlagen ...« des Generalinspektors NAUMANN (1991) und die hierauf beruhenden »Verteidigungspolitischen Richtlinien« des Volker RÜHE (November 1992), in denen zu den »deutschen Wertvorstellungen und Interessen« auch ausdrücklich gehört: »die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.«⁵

In der CLINTON-Administration ist aus der Supermacht im US-amerikanischen Jahrhundert »lediglich« die Führungsrolle (*leadership*) auf dem Globus übriggeblieben. Nach dem Antikommunismus der ersten Periode (*roll-back*) und der zweiten Periode (*containment*) solle nun, so Präsident Bill CLINTON im September '93 vor der UN-Generalversammlung, die Periode des *enlargement*, der Ausweitung (Erweiterung) von Marktwirtschaft und bürgerlicher Demokratie folgen. Das neue Feindbild, die (womöglich überall auf dem Erdball) aufkommenden ethnischen oder anderen Konflikte, die den imperialen Interessen der USA schaden könnten und die neue Sicherheits- und Militärstrategie der Vereinigten Staaten konnte CLINTON natürlich nicht vor der UNO inszenieren, das machte sein Sicherheitsberater Anthony LAKE in seiner ersten Grundsatzrede. Hierbei allerdings erschreckend deutlich.⁶

Der alten Weltordnung wäre *alternativ eine neue Ordnung* entgegenzustellen.

Sie ist keineswegs schon das nur unbestimmt zu fassende Fernziel, vielmehr wäre sie als vermittelndes Glied für BLOCHS »Zwischenzeiten« auszukämpfen. Sie sollte ein internationales Ziel sein, in dem Ökonomie und Politik der großen Konzerne, des internationalen Finanzkapitals und ihrer *bourgeois*-demokratischen und diktatorischen Statthalter *citoyen*-demokratisch kontrolliert und beschränkt werden.

Das wird nur gehen in einem festen Schulterschluß zwischen alternativen Kräften des »Nordens« und des »Südens«. Doch der fehlt noch. Ihn zu erreichen oder doch wiederherzustellen – darin sehe ich die große Aufgabe für das Freikämpfen einer neuen Weltordnung.

5 Die Zeit vom 30. Juli 1993.

6 Anthony LAKE am 21. September 1993 vor der School of Advanced International Studies der JOHN HOPKINS Universität in Washington: »Der Zusammenbruch der Sowjetunion ... erfordert von uns jedoch auch ein neues Denken, da wir in einer neuen Welt leben ... In einer solchen Welt löst ... die Strategie der Ausweitung (*enlargement*) die der Eindämmung (*containment*) ab ... jetzt streben wir die größere Reichweite der demokratischen Marktwirtschaft an, besonders an Orten, die für uns von Interesse sind ... amerikanische Interessen werden bisweilen von uns fordern, uns zum gegenseitigen Vorteil mit nichtdemokratischen Staaten zu befreunden und sie sogar zu verteidigen ... Neben der Konsolidierung unserer Basis besteht das zweite Gebot unserer Strategie in Hilfestellung bei der Ausweitung von Märkten und ihrem Überleben andernorts, wo wir die größten Sicherheitsbedenken haben ...« Anthony Lake: Engagement in der Welt im amerikanischen Interesse, in: Amerika Dienst vom 6. Oktober 1993.

Nur wenn wir diese Aufgabe lösen, wird es möglich sein, der spätestens seit dem BRUNDTLAND-Report (1987) im UNO-Konsens postulierten *sustainable society* wenigstens näherzukommen.⁷

Jan TINBERGEN sieht, in seinem »Geleitwort« zum Buch der beiden MEADOWS »*Beyond the Limits*«⁸, bereits in der Gegenwart das Entstehen dieser *sustainable society* und den Untergang der alten Ordnung, wenn er schreibt: »Das Zeitalter global völlig ungleich verteilter Einkommen neigt sich dem Ende zu.« Das ist Illusion (bei BLOCH »schlechte Utopie«), bestenfalls ein Noch-Nicht als Real-Mögliches.

Das »*World-3-model*« von Donella and Dennis MEADOWS weist nach, daß, soll unsere Zivilisation erhalten bleiben, das Mögliche ein Muß ist. Es enthält zwar, als dynamisch komplexes Modell, viele Parameter des Real-Möglichen, des zu Verändernden, stark auch die ethischen, nicht jedoch die ausschlaggebenden sozialökonomischen.

Das Fernziel einer irgendwie sozialistischen globalen Menschengemeinschaft mag annähernd erreichbar sein oder auch nicht, *Kampf um Annäherung* ist und bleibt humanistische Pflicht. Doch der Weg ist unvorstellbar lang und voller Minenfelder. Ich selbst habe dies früher naiv unterschätzt, ich habe auch schöngefärbt; beides war desorientierend.

Die Bemerkungen über das Nahziel der neuen Weltordnung möchte ich verallgemeinern:

Wir müssen in dieser sogenannten Transformationszeit doch nicht bedingungslos nur den *einen* Weg gehen, den großkapitalistischen und bourgeois-demokratischen, der uns so naiv oder verschlagen als Weg aus dem Kommandosystem in die Demokratie und Marktwirtschaft angeboten wird. Auch gerade *innerhalb* der Herrschaftsordnung einer großkapitalistisch monopolisierten Gesellschaft sind alternative Abwehrkämpfe notwendig und erfolgreiche Reformschritte möglich, von der kommunalen Selbstverwaltung und betrieblichen Mitbestimmung bis hin schließlich zu den Beziehungen zwischen Staaten und Völkern.

Alte und neue Weltordnung unterscheiden sich gründlich in ihren Reaktionen auf die *Tendenz der universellen Vergesellschaftung*, der globalen Sozialisation. Bewegt wird diese Tendenz unter anderem von den Widersprüchen zwischen Nationalstaat und Internationalisierung, zwischen Volkswirtschaft und Regionalisierung/Globalisierung. Eingeschlossen ist hier der Widerspruch

7 Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Berlin 1990.

8 Donella and Dennis Meadows: Die neuen Grenzen des Wachstums (*Beyond the limits*), Stuttgart 1992.

zwischen ethnischer Selbstbestimmung und zunehmender Globalität (so gut wie *aller* gesellschaftlicher Tätigkeitsfelder).^{9/10}

Über die Traumaerfahrung Sowjetunion und Jugoslawien hinaus denke ich für das nächste Jahrhundert besonders an *Schwarzafrika* mit seinen Konflikten zwischen kolonialer Staatenbildung und ethnischen Lebensgruppen, verschärft durch Elend und soziale Widersprüche. Frantz FANON mit seinem Alarmruf (u. a. »*Die Verdammten dieser Erde*«) sollte uns wieder in Erinnerung kommen. Auf gewisse Art wiederholt hat unlängst seinen Ruf Basil DAVIDSON, der alte Sozialist und Afrikakenner. Der Titel seines jüngsten Buches beginnt mit »*The black man's burden*« und dann wird im zweiten Teil hinzugefügt: »*Der Fluch des Nationalstaats*«. ¹¹

Zusätzlich zu Schwarzafrika denke ich aber auch an das *China* des 21. Jahrhunderts. Im Gegensatz zu so manchen illusionären Vorstellungen rechne ich dort nicht nur mit *sozioökonomisch-politischen Implosionen*, sondern, ähnlich wie im imperialen Sowjetstaat, auch mit *ethnischen Explosionen*, nicht nur in Tibet.

Mit der lehrbuchhaft trockenen Gelassenheit, mit der noch Max WEBER in »Wirtschaft und Gesellschaft« unter der Kapitelüberschrift »Ethnische Gemeinschaften« unser Thema abgehandelt hat, können wir heute nicht mehr leben. Wichtig für uns aber ist Webers Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft, wie auch bei Ferdinand TÖNNIES; gleichermaßen wichtig auch die Betonung der *Ursachenvielfalt* ethnischer Besonderheiten und schließlich die Kritik an jeglicher ethnischer Isolierung, welcher letzten Endes immer »irgendwie der Gedanke des »*ausgewählten Volkes*« zugrundeliege.

Die gegenwärtigen *neuen* Bedingungen des *alten* Widerspruchs zwischen Selbstbestimmung von Volksgruppen und Globalität *machen einige überkommene Denkweisen und Kategorien nicht mehr voll paßfähig*. So müßten die Begriffe Internationalisierung und Internationalismus mit neuen Attributen ausgestattet werden. Ähnliches gilt für einige Kategorien des traditionellen Staats- und Völkerrechts, etwa für Nationalstaat, Souveränität und Nichtein-

9 US-Präsident BILL CLINTON erklärte in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September '93, »daß zwei mächtige Tendenzen aus unterschiedlichen Richtungen die Autorität der Nationalstaaten überall bedrohen ... Nationenübergreifend drängen wirtschaftliche und technologische Kräfte ... die Welt zur Integration ... Gleichzeitig fordern innerhalb einzelner Nationen wiederauflebende Bestrebungen ethnischer und religiöser Gruppen die Regierungen in einer Weise heraus, auf die sich herkömmliche Nationalstaaten nicht leicht einstellen können.« Schlußfolgerung für ihn: »Die Vereinigten Staaten wollen weiterhin engagiert und führend bleiben ... Im Zeitalter neuer Gefahren und Chancen muß es unser oberstes Ziel sein, die Weltgemeinschaft marktorientierter Demokratien auszuweiten und zu stärken.« Amerika-Dienst vom 29. September 1993.

10 »Es wimmelt von Antinomien« schreibt György KONRAD, in: Die Melancholie der Wiedergeburt, Frankfurt/M. 1992, S. 183.

11 Basil DAVIDSON: The black man's burden. Africa and the curse of the nation-state, London 1993.

mischung. Diese Rechtsgebäude liegen gewissermaßen von innen (Ethnica) und von außen (Internationalisierung/Globalität) unter Beschuß. Gewiß, der Nationalstaat ist nicht tot, und er wird auch morgen noch da sein, doch seine traditionellen Funktionen werden teils verschwinden, teils sich umwandeln.

Für die alte Weltordnung, die heutige kapitalistische, ist der Widerspruch zwischen Ethnien und Globalität eine *Antinomie*, also langfristig nicht lösbar. Wohl aber kurz- und mittelfristig, in den langen »Zwischenzeiten«.

Aber welche Zwischenlösungen bietet das Kapital? Bei allen Mängeln – die nun einmal Schematisierungen an sich haben – würde ich von *drei Hauptwegen* sprechen, die der Imperialismus heute geht, um sich mit der erwähnten Antinomie herumzuschlagen:

1. Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses durch Vertiefen der internationalen Arbeitsteilung vor allem mittels Unterentwicklung von etwa neun Zehnteln der Menschheit, einschließlich der zunehmenden Zahl von Marginalisierten in den Metropolen.

2. Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses in Gestalt vor allem der transnationalen *corporations* und der durchinternationalisierten Geld-, Kapital- und Finanzmärkte.

3. Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses durch imperialistische Blockbildungen. Diese werden, nach dem Ende des Gegeneinanders von zwei Supermächten, wieder zu wichtigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Herrschafts- und Konkurrenzverhältnissen. Zu den Blockbildungen gehören zwangsläufig Machtkämpfe *innerhalb* der Blöcke und *zwischen* ihnen. Ich sehe darin eine spezifische Form der *obligopolitischen Konkurrenz*, »der monopolistic competition«.¹²

Diese drei Hauptwege überblickend hat Jean Christophe RUFIN sein Buch »Das Reich und die neuen Barbaren« geschrieben.¹³ Im Vergleich mit dem alten Römischen Reich sieht er die heutigen Blöcke des »Nordens« als ein Reich, und das ist ständig durchzogen von inneren Kämpfen, wie auch einst im Römischen Reich. Ebenso errichtet das neue Reich, wie Rom, einen Limes gegen »die neuen Barbaren«, also gegen den Ansturm der Völker aus den sozialökonomischen unterentwickelten Regionen.

12 Jeder Waren- und Geldwirtschaft ist die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung eigen; denn alle Produzenten und Marktteilnehmer wirtschaften unter ungleichen Bedingungen, mit ungleicher Produktivität und Intensität. Über Akkumulation und Reproduktion differenzieren sie sich, wirkt die Tendenz zum Monopol. Das absolute Monopol wird in der Regel nicht oder nur kurzfristig erreicht, es bleibt auf seinem Weg in der monopolistischen oder oligopolistischen Konkurrenz stecken. LENIN schrieb über diese Konkurrenz und nach ihm, in den 30er Jahren, EDWAR H. CHAMBERLIN, JOAN ROBINSON, ROBERT TRIFFIN, H. von STACKELBERG. Keiner dieser Theoretiker aber »internationalisierte« die Modelle/Prozesse.

13 Jean-Christophe RUFIN: *L'empire et les nouveaux barbares*, Paris 1991 (dt. Das Reich und die neuen Barbaren. Mit einem Geleitwort von ADOLF MUSCHG, Berlin 1993).

Wiederum wie einst in Rom werden auch heute im »Reich des Nordens« die Limesgrenzen bei der Blockbildung überschritten, um sozialökonomisch unterentwickelte, aber ausbeutungsfähige Regionen einzubeziehen. Diese Vorgänge haben nicht nur ihre wirtschaftlichen Dimensionen, mehr und mehr sind die Unterschiede in den Welt- und ethnischen Kulturen tangiert.¹⁴

Auf Kämpfe zwischen den großen Kulturen hat neuerdings Samuel P. HUNTINGTON kommende Entwicklungen reduziert.¹⁵ Doch diese Dominanz der Überbaukausalitäten ist wohl nicht überzeugend – bei aller Bedeutung.

Von anderer Art sind die ebenfalls viel erörterten Entwürfe kommender Blockbildungen und -kämpfe von Henry KISSINGER und Paul KENNEDY.¹⁶ Beide überschätzen bisweilen nach meinem Empfinden die limesübergreifenden Integrationen à la RUFIN, ebenso die kommenden Anstürme des »Südens« gegen den »Norden«, die ja, zumindest in Gestalt der Migrationen, schon begonnen haben. Ich bin mir da gar nicht so sicher, ob die Dominanz der abendländischen Kultur europäischer Prägung aufrechterhalten wird. Zu KISSINGER und, mit Einschränkungen, zu KENNEDY wäre hinzuzufügen, daß sie noch zu eng von den traditionellen Standards der Machtpolitik von Nationalstaaten und ihren Imperien ausgehen.

Dieter SENGHAAS¹⁷ sieht in den heutigen globalen Beziehungen und Lagen viele Dilemmata und unheilvolle oder doch unzureichende Blockbildungen, doch geht er von einer »Renaissance von ›Souveränität‹« (S. 184) aus, von

14 Wieder einmal stoßen wir auf die so wichtigen Zusammenhänge von Wirtschaft und Kultur, von Wirtschaft und Ethos.

15 »Die künftige Welt wird hauptsächlich durch die Wechselbeziehungen zwischen sieben oder acht großen Kulturen geprägt werden. (...) Der wichtigste Grund für Konflikte wird kulturell bestimmt sein.« Die Zeit vom 13. August 1993 (zitiert nach Foreign Affairs).

16 Henry A. KISSINGER: Die sechs Säulen der Weltordnung, Berlin 1992; Paul KENNEDY: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1993: Die sechs Säulen sind bei beiden: USA, Westeuropa, Rußland, Japan, China und Indien. – Beide Verfasser weisen auf die Vielschichtigkeit von limesüberschreitenden Blockbildungen und -kämpfen im gesamten Pazifischen Raum hin, besonders auf das Unklare an Kombinationen im Dreieck China – Japan – USA. Beim Thema Europa gehen beide Autoren an der Gefahr vorbei, daß NATO- und EG-Politik, ebenso die westeuropäische Nationalstaatspolitik, eine Spaltung Europas ansteuern: hier ein high-tech Westeuropa, dort ein Osteuropa mit traditioneller Fertigungsindustrie bei niedrigen Löhnen mit modernisierter Energie- und Rohstoffwirtschaft, aber unterentwickelter Landwirtschaft. EG und NATO sollen kommandieren; von der gesamteuropäischen KSZE (mit ihren noch ganz kümmerlichen Institutionen) ist nur noch ganz nebenbei die Rede. In dem von EGON BAHR geleiteten Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik ist deshalb alternativ ein Konzept für eine »Europäische Sicherheitsgemeinschaft« ausgearbeitet worden. »Am Ende des opferreichsten Jahrhunderts der Weltgeschichte darf staatliche Souveränität nicht länger als Kriegsführungssouveränität begriffen werden.« So müsse »die Gewaltoption aus der einzelstaatlichen Verfügungsmacht in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft übergehen.« Deshalb die neue Europäische Gemeinschaft, die an den KSZE-Prozeß bewußt anknüpfe. »Die Gemeinschaft muß allen KSZE-Staaten offenstehen«, im Gegensatz zu EG und NATO. EGON BAHR: Ohne Frieden ist alles nichts, in: Die Zeit vom 15. Oktober 1993, S. 15.

einer Zunahme des Gewichts des Nationalstaates (S. 154). Mit leichter Brise in bourgeoisen Gewässern segelnd setzt er seine Hoffnungen auf »Rechtsstaatlichkeit und Demokratie« (S. 115), fordert »Dringlichkeitsmechanismen«, »anhaltende Konsultation«, »Netze der Kooperation, wodurch Erwartungsverlässlichkeit geschaffen wird« (S. 115). Schließlich legt er sein Boot bei der »Einübung der Konfliktkultur« an (S. 186).

Um die Brisanz der limesübergreifenden Blockbildung anschaulich zu machen, sei auf NAFTA verwiesen, den nordamerikanischen Integrationsversuch¹⁸ durchaus neuer Art, bei dem verarbeitende Industrie in grenzüberschreitender Kooperation aus den USA in das Billiglohnland Mexiko weiterhin und systematischer verlegt werden soll, um, gemäß der Konzeption von ROBERT REICH, die ›high skilled labor‹ der USA als den eigentlichen »Reichtum der Nationen« (Adam SMITH) vorrangig zu entwickeln, damit technologische Vorherrschaft gehalten bzw. gewonnen wird.¹⁹

Einige parallele Ansätze zeigen sich bereits in der Großdeutschen Politik. So weist nicht nur KISSINGER in seinem erwähnten Buch Deutschland wiederholt Hauptaufgaben bei der »Stabilisierung« Mitteleuropas zu; ebenso tat dies im September '93 eine Arbeitsgruppe auf der 35. Jahrestagung des Londoner *International Institute for Strategic Studies*. Hier wurde hervorgehoben, daß für Deutschland »die Stabilisierung der ostmitteleuropäischen Staaten ... und die ›Durchdringung des Raumes‹ außerordentlich wichtig« seien.²⁰

Volker RÜHE hatte dieses Zuwerfen von Bällen sicher gar nicht nötig, um auf der 34. Kommandeurstagung der Bundeswehr (Oktober '93 in Mainz) vom »Stabilitätstransfer nach Osten« zu reden, davon, »daß ein vorbeugendes Krisenmanagement der Allianz für die Deutschen vor allem Ausdehnung der Stabilitätszone so weit wie möglich nach Osten« bedeute.²¹

17 Die Dilemmata internationaler Politik seien heute das der Sicherheit, der Entwicklung, der Ökologie, der Politisierung und schließlich der Koordination (wegen der »zunehmenden Interdependenz im internationalen System«). Dieter Senghaas: Friedensprojekt Europa, Frankfurt/M. 1992, S. 142f.

18 Ausarbeitungen und Verhandlungen über die Ausdehnung auf Mittelamerika und die Karibik sind im Gange.

19 »Da die Unternehmen aller Nationen in globalen Netzen verflochten sind, ist vom Standpunkt des Reichtums der Nationen, die Hauptfrage nicht die, welcher Nation Bürger was besitzen, sondern die, welcher Nation Bürger lernen, wie man was macht. So sind sie in der Lage, der Weltwirtschaft mehr an Wert hinzuzufügen und somit ihren eigenen potentiellen Wert zu vergrößern.« Robert REICH: *The Work of nations. Preparing ourselves for 21. st-Century Capitalism*, New York (Der Universitätsprofessor REICH wurde Cintonas Arbeitsminister.).

20 Neue Zürcher Zeitung, Fernaussage vom 14. September 1993.

21 Neue Zürcher Zeitung, Fernaussage vom 9. Oktober 1993.

Schon zuvor, im Frühsommer '93, hatte KOHL bei seinem offiziellen Besuch in Ankara der Türkei Unterstützung bei der »Erschließung« der Turkrepubliken der Sowjetunion zugesagt.²²

Um ein wenig Bilanz zu ziehen (zum Teil abstrahierend):

Heutige ethnische Konflikte haben ihre *Hauptursache* zumeist in imperialer Großmachtpolitik, auch in der sowjetischen. Außerdem werden diese Konflikte großmachtpolitisch geschürt, gelenkt und ausgenutzt. Das steckt hinter den ekelhaften, mörderischen Clankämpfen der »politischen Eliten« in diesen Regionen.

In meinem Befinden sollte aber dieser Ekel alternative Kräfte auf keinen Fall hindern, die Bestrebungen der Nationen, Volksgruppen, Nationalitäten nach *Selbstbestimmung zu fördern* und zu versuchen, ihnen beim Finden von Weg und Ziel zu helfen. Selbstbestimmung sollte zu *Selbstverwaltung*, *Selbstverwirklichung führen*. Nach MARX, aber auch nach KANT oder MONTESQUIEU und antiken Philosophen kann die Selbstverwirklichung der Individuen, kann die Freiheit der Persönlichkeit nur blühen in *Sozietät*. MARX schrieb durchgängig und oft vom »assoziierten Produzenten«, von der freien Assoziation der Bürger als fernes Ziel. Ethnische Selbstverwaltung oder, auf ganz andere Art, die kommunale sind heute alternative Arbeitsaufgaben.²³

Doch die ethnische Selbstverwaltung muß unbedingt eingebunden werden in die *übergreifende Tendenz zunehmender Globalisierung*.²⁴

Dies wird oft nur Regionalisierung sein können. Die ständigen Bemühungen um eine GUS reflektieren diese Tendenz. Die alten und stabilisierten Wirtschaftszwänge sind letzten Endes doch die stärksten, zumindest für einige Zeit.

Weiterhin kann ethnische Selbstbestimmung nur in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit anderen Volksgruppen zukunftswirksam sein. Befreiung

22 In Kasachstan ist Deutschland bereits sehr präsent, nicht nur wirtschaftlich. Und die beiden Fluggesellschaften, die Linienverkehr von und nach dem usbekischen Taschkent durchführen, sind Turkish Airways und Lufthansa. Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe vom 22. Mai 1993.

23 Bei diesem Verständnis der Figuren Individuum und Sozietät werden GYÖRGY KONRADS Attacken gegen das »kollektive Ich« unverständlich. Er zieht aus schlechten, bösen Erfahrungen unzulässige absolute Schlüsse. »Das zwanzigste Jahrhundert war die Periode kollektiver Verbrechen und kollektiver Verantwortungslosigkeit... Die kollektive Verantwortung wird abgelöst durch die Ära der persönlichen Verantwortung.« György KONRAD: Die Melancholie der Wiedergeburt, Frankfurt/M. 1992, S. 182.

24 Ob wir das wissen oder nicht, ob wir es wollen oder nicht: Wir sind alle auch Weltbürger – ob Südossete oder Südtiroler, ob Zulu oder Deutscher, ob Tibetaner oder Ire. Die Idee KANTS vom Weltbürger, die von GOETHE von der Weltliteratur und selbst die von HEGEL vom Weltgeist wären in Erinnerung zu rufen und für heutige Zeitleufe zu beherzigen; dies auch gegen den verfälschten und simplen Slogan von (West-)Europadeutschen.

von Minderheiten kann und darf nicht zur Unterdrückung anderer Volksgruppen führen.²⁵

Ein besonderes Thema und oft ein heißes Eisen ist natürlich, *in welchen institutionellen Formen* Selbstbestimmung und Selbstverwaltung von Nationalitäten verwirklicht werden sollte. Es muß nicht immer die staatliche sein. Die Schwyzer praktizieren es schon lange anders, und die Flamen und Walloren versuchen es gerade. Entscheidend ist gleichberechtigte (Kon)Föderation versus sinnlose Abschottung. (Kon)Föderation kann der Integration, die in der Regel erste Zielfunktion bleibt, auch kulturell, durchaus vorangehen.

Um abschließend an meine Eingangsbemerkung anzuknüpfen: Das Anliegen, das Modell oder auch Szenario einer neuen Weltordnung kann im System der MARXschen Gesellschaftsanalyse und, von dieser ausgehend, in der Theorie von der konkreten Utopie rational angesiedelt werden. Die Zukunft ist offen. Im Unterschied zu den Naturgesetzen sind die gesetzmäßigen Abläufe der Menschheitsgeschichte, weil sie halt von Menschen vollzogen werden, nach vorn offen. Theoretisch geht es demnach um das Ausarbeiten alternativer Szenarien für die (wohl längeren) Zwischenzeiten, praktisch um das Randalieren in des Teufels Wirtshaus.

25 »Nach dem Blocksystem ... wollen die Kleinen ... alle über sich selbst bestimmen und ein bißchen auch über andere ... Aus der Minderheit wird eine Mehrheit, innerhalb der wiederum eine Minderheit ihre Stimme erhebt.« György KONRAD: Die Melancholie der Wiedergeburt, Frankfurt/M. 1992, S. 183.

Gunther Kohlmey an Werner Mittenzwei

Berlin, den 10.10.1987

Lieber Werner,

na endlich: Dank für Deinen Brief vom 4.9. – aber immerhin, dieses Jahres! Ich könnte ja eine billige Ausrede aufschreiben: der Mittenzwei hat mich daran gehindert, an Mittenzwei zu schreiben ... Ich habe nämlich den zweiten Brechtband gelesen, nachdem ich mir während unserer Kur im September den ersten vorgenommen hatte. Welch' Vergnügen, Welch' Gewinn! Aber was soll ich weiteres Lob in die volle Kanne gießen, wenn es auch so scheint, als sollte man es in der Öffentlichkeit weiterhin tun, denn warum ist kürzlich zum einzigen (!) Gewi-Nationalpreis (Bahner) nicht ein zweiter hinzugekommen? Aber besonders nach der mir immer noch im Gehirn herumspukenden Lektüre etwa der Formalismusdebatten (mit dem Drum und Dran) und der 17.-Juni-Problematik sind die aktuellen (zumindest indirekten) Bezüge aufregend genug und ist es mir noch einmal klar geworden, wie schwer es gewesen ist, die beiden Bände unter die Leute zu bringen.

Einige Fragen, die für mich, den Nur-Konsumenten in diesen Sphären, noch nicht zur Gänze beantwortet schienen – ich meine den ersten Band –, finden ihre Antwort im zweiten, so etwa über die widersprüchliche Entwicklung von Brechts antiaristotelischer Konzeption vom epischen Theater bei ihm selbst in den verschiedenen Entwicklungsstadien (auch bei bewußten, z.T. mit dem lieben Geld oder Geltungsbewußtsein zusammenhängenden Konzessionen). Vielleicht ist die Konfrontation von den verschiedenen nichtmarxistischen Theaterstilen zu kurz geraten? (Vom absurden Theater ist ja die Rede.)

Nun habe ich noch ein paar kleine Bemerkungen.

– Irgendwo gibt es bei Brecht den schönen (etwas hinterfotzigen) Satz: Wir lieben unseren Staat, also verändern wir ihn. Wo ist der wohl zu finden?

– Warum erwähnst Du eigentlich beim Schwedenexil die Besuche von Peter Weiß nicht? In seiner Ästhetik des Widerstands – diesem Jahrhundertwerk, um aus einem Brief von Klenner zu zitieren – schreibt er recht ausführlich darüber.

– War Klaus Tragelehn nicht auch ein Brechtschüler bzw. -assistent?

– In Bd. 1, S. 686, Z. 13 v.u. gibt es einen Druck- oder Manuskriptfehler: Der Gute heißt Anton Plenikowski und war nach dem Krieg im ZK Leiter der Abt. Staat und Recht (oder so ähnlich), machte also die Arbeit, die seit langem Klaus Sorgenicht erledigt.

– Bd. 2, S. 248, letzter Abs.: Irre ich mich, wenn ich annehme, daß Hanne Albers den Liliom schon vor 1933 im damaligen Admiralspalast gespielt hat? Aber vielleicht war ich auch im Hebbeltheater, doch bin ich erst Ende 47 nach Berlin zurückgekommen. Auf jeden Fall sehe ich ihn heute noch auf der Bühne.

Und nun zu *Sinn und Form*.

Zunächst einmal: Das letzte Heft bietet ja mit Granin, Becker und Harich geradezu einen Triumviratsaufmarsch! Harich braucht für seine Explosionen und Staubwolken wieder einmal (zu) viel Platz. Ob er wohl schon ein Pamphlet gegen Dich fertig hat – gegen Deine Darstellung seiner Person? (Wobei sie – die Darstellung – ja gewiß sanft ist.) Gegen Inge konnte er ja gerade noch zum Schluß des Beitrags ballern.

Granin – ich hatte seinen Beitrag schon vor einiger Zeit gelesen – ist aufregend und erschütternd. Ich las ihn fast gleichzeitig mit dem langen Artikel von Salygin in *Nowy Mir*, der die Rücknahme der Beschlüsse über die Umleitung der sibirischen Flüsse und anderer hydrologischer, hydroökonomischer Maßnahmen zum Anlaß nimmt, um sehr aufregend über die Eigengesetzlichkeit einer nicht kontrollierten Bürokratie und über die große Funktion der Öffentlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft bei der Vorbereitung von Entscheidungen, den Entscheidungen selbst und bei der Kontrolle ihrer Durchführung zu schreiben. Doch wahrscheinlich kennst Du diesen Beitrag? In Deutsch ist er in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* (Pahl-Rugenstein), H. 5/87 erschienen. Aber die Veröffentlichung bei uns würde gegenwärtig wohl selbst die Mauern von *Sinn und Form* sprengen, zumal (nicht nur) der Ökonom eine erhebliche Serie von falschen bzw. zurückgenommenen Investitionsentscheidungen in unserem Land aufzählen müßte – mit vielen Milliardenverlusten, nicht nur materiell, sondern gerade an menschlicher Schaffenslust.

Doch nun – lange genug habe ich mich herumgedrückt! – zu Deiner und Armin Z.'s Angebot resp. Frage: Interview für S+F mit Gerda und mir. [...] Vielleicht sprechen wir beide zunächst einmal über alles? Vielleicht mittags im Johannishof? Möglich, daß wir uns am kommenden Donnerstag im Akademieplenum sehen.

Inzwischen gute Wünsche und herzlichen Gruß,

gez. Dein Gunther K

Gunther Kohlmey an Karl-Georg Zinn

Berlin, den 3.12.1989

Lieber Hans-Georg* – pardon, darf ich? Wir schreiben und verstehen uns nun doch schon so lange. Es wäre ein wenig unstyle. Are you fond of it? Waren Sie oft in den Staaten?

Pas moi. Mit mir ist das überhaupt merkwürdig: Ich war schon über 60, als ich das erste Mal auf einen großen internationalen Kongress, incl. als »Westler«, ging. Aber dann heftig, bis zu meiner Krankheit 1981.

Ich hatte drei Vorteile. Erstens konnte ich einige Sprachen; zweitens kannte ich den bürgerlichen Uni-Betrieb; und drittens war ich so manchem aus der Literatur bekannt – und er mir.

Vorher war ich sehr viel in RGW-Ländern, eine Zeitlang in RGW-Preisfragen. Ein interessanter Fünfwochenstudienaufenthalt war 1958 in Moskau; ich konnte als erster DDR-Wirtschaftswissenschaftler die »sekrete« und nun zugängliche SU-Literatur der 20er und 30er Jahre lesen. Aus einer größeren Publikation »Wirtschaftsrechnung im Sozialismus« (Pohle, Mises etc., die Briten, die sowjetische Entwicklung) wurde dann aber nichts. Zum Teil ging es über meine Kräfte, obwohl ich Hunderte von Seiten bereits geschrieben hatte, zum Teil deshalb, weil man damals hier bei uns! nicht einmal die Namen von Bucharin, Trotzki und anderen nennen konnte.

Nun liegen die Exzerpte und Manuskripte im Bücherkeller ... In diesen stürmischen Tagen denke ich manchmal an sie. Aber ich habe auch früher schon auf sie zurückgegriffen. Bei aller Bitternis über unsere bisherige Entwicklung, organisiert von einer Handvoll Un-Politiker, die sich Marxisten nannten, und bei aller Sorge um »Quo vadis, DDR?« – was beides schrecklich an den Nerven [...] zerrt – gibt es auch Freude. Natürlich über Glasnost generell, dann über meinen Nachfolger Norbert, der mit seinem (einst meinem) Bereich seit langem – ich nehme an, auch ein wenig von mir angeheizt – ein Reformier ist. Freude auch, dass die Geschichte bestätigt, was meine Anhänger und ich annahmen, dass ich bei zwei ganz großen und bei zwei größeren früheren Streitereien und Zwangsmaßnahmen gegen mich im Recht war.

Dreimal ging es um Planung, Wert und Demokratie – zuletzt 1968 mit einer »großen« Rede von Mittag gegen mich auf einem ZK-Plenum; einmal, 1957, ging es um die zwangsweise Einführung des sogenannten »einheitlichen sozialistischen Finanzsystems«. Die damalige Notenbankpräsidentin, Greta

* Irrtum in der Schreibung des Namens im Original.

Kuckhoff, ich und andere waren dagegen, weil es die Trennung von Finanzsystem und Geld/Kredit/Banken bedeutete*, also die Aufhebung des wechselseitigen Kontrollmechanismus, also die Unterstellung der (heutigen) Staatsbank unter das Finanzministerium [bedeutete]. Greta wurde damals abgelöst, ich selbst wurde als Direktor des von mir gegründeten Akademie-Instituts entfernt, als Chefredakteur der (auch von mir gegründeten) »Wirtschaftswissenschaft« gefeuert.

Unser Arbeitskreis »Geldtheorie« wurde aufgelöst, das Quartalsbulletin (= theoretische Zeitschrift) »Geld u[nd] Kredit« eingestellt. Ich hatte es dann satt und ging 1959 für ein halbes Jahr in die Buna-Werke, dabei vier Wochen in eine Produktionsbrigade ... Aber dann kamen, bis zu dem Krach mit Mittag, wieder sieben fette Jahre. (Meine Frau hat damals mit Ironie diese Fett-Mager-Wellen registriert. Mein Fell war erst 1968 dick geworden; ich schrieb dann in Ruhe ein Buch.)

Nun bin ich aber völlig abgerutscht, ins Schwätzen gekommen. Ich wollte doch über uns hier, über meine Freude, Bitternis und Sorge, schreiben. Das Aktuelle hat tiefe Wurzeln. Oberschicht: Personenkult, »Fehler« etc. Z[w]eite Schicht: Stalinismus bis heute. Aber das reicht mir immer weniger, wird zur Schablone und Sprechblase. Dritte Schicht: Bolschewismus als »Grundmodell«. Dort muß man wohl ansetzen. Ich will dazu etwas aufschreiben; ich schicke Ihnen dann ein Exemplar.

Lenins Gedanken über den »Aufbau des Sozialismus« – eine Idee, die Marx und Engels nie gekannt haben – waren oft unklar und wirr. Auf jeden Fall haben sie sich gewandelt, und es gab dann die ersten Skizzen zur NÖP. Und damit zwei mögliche Entwicklungslinien: Fortsetzung des bolschewistischen Terrorismus – sie wurde leider Wirklichkeit – oder Entwicklung (über Genossenschaften, Bündnispolitik, Selbstverwaltung usw.) eines demokratischen Sozialismus.

Nun bedurfte es erst der großen Weltenwende, um diese Linie wieder aufzugreifen. Die globale Interdependenz der Völker, herbeigeführt durch die falsche Orientierung der neuen Produktivkräfte auf Untergang der Weltzivilisation – Ausraubung der »Dritten Welt«, Atom- und andere Waffen, Zusammenbrüche der Umwelt, »Eroberung« des Weltraums etc. – hat neue Anschauungen, Ideologien, hat das Neue Denken erzwungen.

Um einiges noch auf meine alten Tage ein wenig zu begreifen, habe ich in den letzten zwei Jahren die eigentliche Ökonomie sehr beiseite geschoben und etwas Gesellschaftsphilosophie betrieben. Bei der nicht-marxistischen bin ich lange beim sehr überraschenden Dilthey hängengeblieben.

* Soll heißen: beseitigte.

Doch nun komme ich noch mit einer unverschämten Bitte: Könnten Sie mir eine Photokopie von folgendem Buch (kennen Sie es?) anfertigen lassen? Theod. Bergmann/Gert Schäfer, Liebling der Partei – Bucharin, Theoretiker des Sozialismus. Beiträge zum Internationalen Symposium über Bucharin Wuppertal 1988 – VSA-Verlag Hamburg 1989. Nun hat aber das Ding einen Umfang von 428 Seiten. Zumutbar ist da eine Copie nur, wenn Sie sie dienstlich machen lassen können – statt Begrüßungsgeld für einen armen Ostbruder ...

Sehr herzlich grüßt Sie Ihr
gez. Gunther K.

Gunther Kohlmeier an den Maler Klaus Tober

Berlin, den 2.6.1993

Lieber Herr Tober,

[...] Das Malheur ist ja auch, daß Sie gerade jetzt, bei den verschiedenen Verkäufen und weiteren Erfolgsaussichten, sehr mobil sein müßten. Da wüßte ich nicht, wie ich Sie trösten sollte. Wäre ja wohl auch blöd. Ich kann Ihnen nur weitere Tapferkeit wünschen und Ihren Mut ein wenig stützen.

Wissen Sie, seit einiger Zeit beschäftige ich mich mit einem Artikelentwurf – ab und zu schreibe ich noch –: GLAUBE – LIEBE – HOFFNUNG. Das ist nicht nur ein christlicher Spruch. Mit meinem persönlichen Leben ist er auf doppelte Art verbunden.

Ich bin seit meinen letzten Gymnasialzeiten irgendwie ein Sozialist – damals gewiß tüchtig unklar. Leider war ich dann in der Nazizeit – ich wollte so gern studieren – im täglichen Leben ein schrecklicher Opportunist, wenn ich auch meinen Kopf und meine Hände stets sauber gehalten habe. (Ich habe nie publiziert, und meine Doktorarbeit brauchte ich nie zu verstecken.) Während des Krieges war ich Kanonier, sollte, als »Herr Doktor«, oft genug Leutnant werden, habe aber abgelehnt, bis ich 1942 einfach abkommandiert wurde. Und da schwor ich mir, nie deutsche Soldaten gegen die Russen zu jagen. So lief ich dann, als ich an die Front kam, bald zur Roten Armee über. (Wenn ich gelegentlich schlecht auf mich zu sprechen bin, sage ich: Kohlmeier, das war das einzige Vernünftige in Deinem Leben.) Einige Zeit saß ich dann in Verliesen des NKWD, weil sie zunächst sehr skeptisch waren – wer sollte ihnen das verdenken –, ob ich nicht doch ein Spion sei. Nach einem schrecklichen Quarantänelager kam ich als Assistent auf die Zentrale Antifaschule, bis Ende 1947. In diesen Jahren las und hörte ich oft den literarischen und auch propagandistischen impetus Glaube – Liebe – Hoffnung. Im Russischen sind das ja Frauennamen: Vera, Ljubow und Nadeshda. So wurden zugleich die Qualen, Opfer und unermüdlichen schweren Einsätze der russischen Frauen an der Front und im Hinterland geehrt.

Anfang der 50er Jahre kam dann im Aufbau-Verlag Ernst Blochs *Prinzip Hoffnung* heraus. (Ich las später in seinem Briefwechsel, wie er sich über diese Erstedition gefreut hatte – nach all den fast publikationslosen Jahren der Emigration.) Ich wurde ein Fan von Blochs Theorie der konkreten Utopie. (Ich habe Bloch ja noch persönlich ein wenig gekannt.) Zumindest indirekt knüpft er, wie Leibniz und Kant direkt, an Glaube – Liebe – Hoffnung an.

Heute, nach dem Scheitern dessen, was man, ganz falsch, Staatssozialismus oder real ex[istierenden] S[ozialismus] nennt, lese ich, bei viel Lektüre gesellschaftstheoretischer Literatur, viel Bloch – Arbeiten und Vorträge, die ich bisher noch nicht kannte. Utopie ist keine Flucht. B[loch] unterscheidet schlechte Utopien (Illusionen) und echte Utopien; das sind die konkreten: Arbeit heute für ein Ziel, möge man dabei auch gleichsam gegen Unendlich konvergieren. Aber nur mit einem Ziel findet man die Mittel. Deshalb ist die schwierigste Aufgabe bei der Arbeit an der Utopie die Vermittlung, die Zwischenzeit, das Heute, i.e. das tägliche Handeln in Annäherung an das ferne Ziel.

So bin ich denn noch ein wenig im e.V. *Helle Panke* tätig und bin, nach langem Zureden guter Leute, sogar noch einmal Vorsitzender eines Vereins geworden, des e.V. *Konkrete Utopien*. Er ist juristisch und finanziell notwendig, um die Zeitschrift *Utopie kreativ* möglichst weiter am Leben zu erhalten. Ich legte Ihnen einen Beitrag von mir bei. Behrens war ein Freund von mir, wir leiteten gemeinsam von 1953 bis 1957, bis zum großen Krach mit der herrschenden »politischen Klasse«, das Akademieinstitut für Wirtschaftswissenschaften, das ich 1953 gegründet hatte, ebenso unsere erste theoretische wirtsch[afts]wiss[enschaftliche] Zeitschrift. Behrens war bis zum Schluß eng mit Ernst Bloch befreundet.

Nun habe ich Ihnen viel von Dingen erzählt, die Sie nicht kennen können und die Ihnen vielleicht auch fern liegen mögen. Ich mach' dem jetzt ein Ende. Ich wünsche Ihnen weiterhin gutes Durchhalten. Arbeiten Sie so viel wie möglich. Gelegentlich komme ich in Buch bei Ihnen vorbei; vielleicht schon vor einer Kontrolluntersuchung, die mir wieder ins Haus steht. Darüber werde ich mich vorher mit Ihrer Frau verständigen.

Sehr herzlich grüßen Sie Ihre
gez. Gerda und Gunter Kohlmey

Gunther Kohlmeier an Jannek Streber

Berlin, den 13.8.1993

Lieber Jannek,

im Strom meiner Geburtstagsdankeschöns nun endlich auch der Dank für Eure freundschaftlichen Glückwünsche. Sie gehören zu den klugen, anspruchsvollen und angenehmen Grüßen, die ich erhalten habe. Darüber hinaus haben mir auch Deine persönlichen Anmerkungen (»Zur Person«) wohlgetan, versteht sich. Meine Gerda und ich waren um den 27. herum aus Berlin geflüchtet, an den Rhin (Fontanegegend), allwo unsere Tochterfamilie eine Hütte hat.

Du schreibst so völlig richtig: »Nun hält uns die Zeit« – ja, die Zeit und nicht Kohl, die Überläufer etc. – »vor die Nase: nicht gut genug, nicht selbstkritisch genug. Nicht mutig genug.« So war für mich 90/91 eine schlimme Zeit. Ich lernte zu begreifen, dass mein holpriger Weg vom Dogmatiker zum demokratischen Sozialisten gut und richtig, aber nicht hinreichend war. Ich mußte erkennen, dass unsere Systeme nicht nur wegen der Volksfremdheit, der Verbrechen etc., sondern kraft der Logik der Entwicklung innerer Widersprüche implodieren mußten.

Da sind wir noch gut bei weggekommen. Im Grunde begann das Geschichtsdefizit 1917. Das war der größte Volksaufstand des 20. Jahrhunderts, mit weltweit großen Wirkungen, aber es war keine Große Soz[ialistische] Okt[ober] Revolution. (Davon war auch 1917 und zuvor nie die Rede, erst danach.) Es fehlten alle objektiv entscheidenden gesellschaftlichen Bedingungen für den »Aufbau des Sozialismus«. (Schon der Terminus – und die Theorie, die dahinter steckt, erst recht – scheinen mir heute dubios.) Die terroristische Diktatur war zwangsläufige Folge. Wäre es auch unter Bucharin oder Trotzki gewesen. Marx notierte schon in den Pariser Manuskripten, dass der »rohe Kommunismus« – der ohne hinreichende sozialök[onomische] Voraussetzungen – entweder demokratisch oder terroristisch sein müsse.

Nun geht's um die »Konkrete Utopie« à la Bloch (den ich seit den 50er Jahren so schätze). Das Schwierigste, schreibt er immer wieder, sind die Vermittlungen, die Zwischenzeiten, ist die revolutionäre Tagesarbeit auf dem Weg zum Ziel, mag dieser Weg auch lang oder gar unendlich sein. Und so helfe ich [...] noch ein wenig mit. Leider ist meine Mobilität sehr gering geworden.

Verbleibt mir, Dir und Deiner Frau für diese irren Großdeutschland- und Weltzeitleäufe recht viel Gutes zu wünschen. Versucht weiterhin, einiges davon zusammenzuharken.

gez. Dein Gunther K.

FRED OELSSNER

**Eine Neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie,
Auszug***

Wenn aber diese wichtigsten Produktionsmittel der volkseigenen Industrie keine wirklichen Waren mehr sind, dürfen sie auch nicht als richtige Waren behandelt, das heißt verkauft werden. Bei manchen Staats- und Wirtschaftsfunktionären, besonders im Großhandelsapparat, ist aber die Tendenz vorhanden, auch diese Produktionsmittel als Waren zu behandeln und die Sphäre der Warenzirkulation künstlich auszudehnen. Diese Tendenz kommt in dem Widerstand unserer Wirtschaftsorgane gegen den Direktverkehr zwischen den volkseigenen Betrieben zum Ausdruck, in dem Bestreben, alle Erzeugnisse der volkseigenen Industrie nur über die Handelszentralen zu realisieren.

Diese falsche und schädliche Tendenz hatte auch eine theoretische Begründung gefunden. Im Jahre 1951 veröffentlichte Genosse Gunther Kohlmei in der Zeitschrift »Der Handel« einen längeren Aufsatz »Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß«. Es ist unbedingt ein Verdienst des Genossen Kohlmei, daß er den Versuch unternommen hat, die von Karl Marx im zweiten und dritten Bande des »Kapitals« entwickelten Theorien über die Zirkulation des Kapitals und über das Handelskapital für die Lösung der aktuellen Probleme des volkseigenen Großhandels auszuwerten. Der Aufsatz enthält auch sehr wertvolle Gedanken darüber. Leider haben bisher nur sehr wenige unserer Wirtschaftswissenschaftler den Mut zu solchen Versuchen gehabt.

Um so mehr ist zu bedauern, daß der Versuch des Genossen Kohlmei mißglückt ist, weil er die von Marx für den Kapitalismus entwickelten Thesen schematisch auf unsere volkseigene Wirtschaft überträgt. So kommt Genosse Kohlmei zu folgender Schlußfolgerung:

»Die Hauptaufgabe des volkseigenen Großhandels besteht vor allen darin, die gesteigerte und qualitativ verbesserte Produktion der volkseigenen Industrie einerseits, volkseigenen Güter und der werktätigen Bauern andererseits schnell, termingerecht und einwandfrei abzusetzen, und ferner diese entscheidenden Bereiche unseres Wirtschaftslebens mit den erforderlichen Produktionsmitteln zu versorgen.«¹

* Fred Oelßner: Eine Neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie. Über die Bedeutung des Werkes J.W. Stalins »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR«, Dietz Verlag Berlin 1953, S. 126-130.

1 Gunther Kohlmei, »Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß«; »Der Handel«, Heft 2, Mai 1951, S. 36.

Daraus wird dann weiter der Schluß gezogen:

»Deshalb ist es im allgemeinen unzweckmäßig, daß unsere volkseigenen Produktionsbetriebe selbst den Bezug ihrer Materialien und den Absatz ihrer Erzeugnisse durchführen.«²

Nach dieser Auffassung muß also alles durch den Handelsapparat gehen. Der Direktverkehr der volkseigenen Betriebe untereinander wird als unzweckmäßig erklärt und in letzter Konsequenz einem Monopol des Handelsapparats auf die gesamte Verteilung das Wort geredet. Daß dabei nichts anderes als eine künstliche Ausdehnung der Warenzirkulation herauskommt, bestätigt Genosse Kohlmei selbst mit den Worten:

»Die produktiven Fonds der volkseigenen Produktionsbetriebe, die sich als Anlage- und Umlauffonds darstellen, verwandeln sich durch den Produktionsprozeß sukzessive in Warenfonds.«³

Wir haben gegen diese falsche Auffassung bereits vor etwa einem Jahre Stellung genommen und einen energischen Kampf gegen die Wirtschaftsfunktionäre begonnen, die versuchten, das Monopol der Handelszentralen praktisch zu verwirklichen. Jetzt, nach der neuen genialen Arbeit Stalins, wird die Unhaltbarkeit dieser Position auch theoretisch völlig klar und bedarf keiner weiteren Widerlegung.

Der Aufsatz des Genossen Kohlmei enthält noch einen zweiten prinzipiellen Fehler. Genosse Kohlmei knüpft an die Marxsche Formel für den Kreislauf des produktiven Kapitals⁴

$$P \dots W' - G' - (z) \dots P$$

an und erklärt:

»Hierbei ist zu beachten, daß G seinem Charakter und seiner Möglichkeit nach jederzeit in P verwandelt werden kann. Das trifft natürlich für die Warenfonds nicht zu. Hier muß erst der Warenverkauf erfolgen, also die Realisierung des erzeugten Wertes oder sein Formwandel.«⁵

Im Hinblick auf diese Äußerung wird es aber völlig falsch, wenn Genosse Kohlmei dann formuliert:

»Die Aufgabe des volkseigenen Großhandels besteht nicht in die Produktion, sondern in der *Realisierung der Produktion*, d.h. im schnellen Warenumsatz, im Kaufen und Verkaufen.«⁶

Offenkundig faßt Genosse Kohlmei die Realisierung nicht einfach im Sinne des schnellen Warenumsatzes, sondern im Sinne des Formwandels, der

2 Ebenda.

3 Ebenda.

4 Siehe Karl Marx, »Das Kapital«, Bd.II, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 59

5 Gunther Kohlmei, »Der volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß«; »Der Handel«, Heft 2, Mai 1951, S. 37.

6 Ebenda, Heft 4, Juni 1951, S.100.

Metamorphose W–G–W auf. Und in diesem Sinne ist seine Betrachtung über den volkseigenen Großhandels völlig falsch.

Im Kapitalismus spielt der Formwandel, die Verwandlung W–G eine entscheidende Rolle. Wenn der Kapitalist seine Ware nicht verkaufen kann, bekommt er – obwohl er die Arbeiter ausgebeutet hat – nicht nur keinen Mehrwert, sondern verliert unter Umständen auch noch das vorgeschossene Kapital. Die Frage der Realisierung ist darum im Kapitalismus eine der wichtigsten und kompliziertesten Fragen. Marx und Lenin haben dieser Frage gründliche Studien gewidmet. Rosa Luxemburg hat gerade in dieser Frage ihren entscheidenden Fehler begangen.

Im Sozialismus aber hat das Problem der Realisierung diese Bedeutung verloren, weil hier nicht Profit-, sondern Bedarfsproduktion herrscht. Die Metamorphose W–G–W ist hier nicht mehr von entscheidender Bedeutung, weil der Staat erstens einen bedeutenden Teil der Erzeugnisse (Produktionsmittel) unmittelbar in sachlicher Gestalt, als Gebrauchswerte, in produktive Fonds verwandeln kann, und zweitens für den raschen Absatz eines anderen bedeutenden Teils (Konsumtionsmittel), durch Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung sorgen kann, sei es durch Herabsetzung der Preise oder durch Vergrößerung des Lohnfonds. Die Meinung des Genossen Kohlmei, daß der »Warenfonds« erst realisiert, das heißt in Geld verwandelt werden muß, trifft eben für die volkseigene Industrie nicht zu. Die Metallurgie braucht ihren Stahl nicht zu verkaufen, sondern der Staat teilt ihn unmittelbar dem Maschinenbau zu.

Man kann einwenden, daß die Frage der Realisierung bei den Konsumgütern noch eine gewisse Rolle spielt, besonders im Zusammenhang mit der Frage des Sortiments und der Qualität der Waren. Aber auch dieser Einwand ist theoretisch nicht stichhaltig. Denn die Aufgabe des Handels im Sozialismus kann doch nicht darin bestehen, wie im Kapitalismus, dem Käufer schlechte oder unnütze Waren aufzuschwätzen, um ein Geschäft zu machen, sondern die Aufgabe unseres Handels besteht darin, die Bedürfnisse der Bevölkerung durch die Lieferung der benötigten Waren von bester Qualität zu befriedigen. Wenn einzelne Handelsorgane zuweilen noch in die alte kapitalistische Praxis verfallen, um »Überplanbestände« loszuwerden, so sind das Auswüchse, die wir überwinden müssen. Das im Kapitalismus so schwierige Problem der Realisierung verliert im Sozialismus seine Bedeutung, weil sozialistische Produktion Bedarfsproduktion ist.

Die theoretische Wurzel dieser Fehler des Genossen Kohlmei liegt darin, daß er nicht gesehen hat, wie die Produktionsmittel in der sozialistischen Produktion den Charakter von Waren verlieren. Ich bin überzeugt, daß der Genosse Kohlmei nach dem Studium von Stalins »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« diesen Fehler erkennen und ihn korrigieren wird.

Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Prof. Dr. Kohlmei*

21.05.1958

Durch das 30. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden die revisionistischen Auffassungen einiger Wirtschaftswissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik kritisiert, darunter vor allem die Ansichten der Genossen Prof. Dr. Behrens und Dr. Benary, Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Auch Prof. Dr. Kohlmei, der zu dieser Zeit Leiter des Instituts war, vertritt seit 1956 in Publikationen sowie auf verschiedenen Tagungen Auffassungen über die Rolle des Wertgesetzes, des Staatshaushaltes, des Kreditsystems und hier insbesondere über die Aufgaben der Deutschen Notenbank der DDR, die als revisionistisch bezeichnet werden müssen. Er negiert die Existenz eines einheitlichen sozialistischen Finanzsystems in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die theoretische Konzeption des Gen. Prof. Kohlmei beinhaltet im Prinzip eine Herabsetzung der Bedeutung des sozialistischen Staates für den Aufbau des Sozialismus.

Daher kritisiert der Gen. Finanzminister Rumpf mit Recht, daß die Wirtschaftswissenschaftler es versäumt haben, sich mit der Grundkonzeption von Prof. Dr. Kohlmei auseinanderzusetzen.¹ Diese Kritik trifft auch auf uns voll und ganz zu.

Prof. Dr. Kohlmei hat auf der gemeinsamen Aktivtagung der Parteiorganisation des Ministeriums der Finanzen und der Zentrale der Deutschen Notenbank sowie auf einer Tagung des Arbeitskreises »Geldtheorie« der Akademie der Wissenschaften zu seinen Auffassungen Stellung genommen. Obwohl er sich heute von einem Teil seiner früheren Ansichten distanziert, geht aus seiner Stellungnahme auf den genannten Tagungen hervor, daß ihm die Fehlerhaftigkeit seiner theoretischen Grundkonzeption noch nicht klar geworden ist. Das ist um so gefährlicher, weil sich einige seiner Theorien bereits schädlich auf Wissenschaft und Praxis ausgewirkt haben.

Die Anerkennung des einheitlichen Finanzsystems in der Theorie und seine Durchsetzung in der Praxis sind gerade für die Verwirklichung der von der

* Die Wiedergabe des Dokuments folgt Helmut Steiner: Gunther Kohlmei im Fadenkreuz der Revisionismus-Kampagne, in: UTOPIE kreativ, Heft 33/34 (Juli/August 1993), S. 87-100.

1 Vgl. W. Rumpf: Ein sozialistisches Lehrbuch? DFW 24/1957, S. 369.

Partei und Regierung beschlossenen umwälzenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Leitung des Staates und der Wirtschaft unbedingt erforderlich.

Dabei genügt es nicht, wenn ein so angesehener Wissenschaftler wie Prof. Dr. Kohlmey formal erklärt, die Lösung von der Festigung des einheitlichen Finanzsystems unterstützen zu wollen, obwohl er mit seiner gesamten Konzeption diesem einheitlichen Finanzsystem ablehnend gegenübersteht und noch betont, daß er in einigen theoretischen Fragen Auffassungen vertrate, die von denen anderer Genossen abweichen.²

Der Genosse Kohlmey muß erkennen, daß er nicht nur in einigen theoretischen Fragen andere Auffassungen vertritt, sondern daß er mit seiner theoretischen Grundkonzeption im Widerspruch zur Politik der Partei der Arbeiterklasse und unserer Regierung steht. Er muß begreifen, daß seine Theorien die Verwirklichung dieser Politik hemmen und revisionistischen Charakter tragen.

Durch das Beharren auf einem Teil seiner falschen theoretischen Konzeptionen bei gleichzeitiger Zustimmung zu der praktischen Politik unserer Regierung nimmt Prof. Kohlmey eine Trennung von Politik und Wissenschaft vor, die den Erkenntnissen des Marxismus/Leninismus widerspricht. Daraus kann man ableiten, daß Prof. Kohlmey indirekt behauptet, daß die Politik unserer Regierung theoretisch falsch und damit unwissenschaftlich sei.

Welches sind nun die wichtigsten Fehler der theoretischen Konzeption von Prof. Kohlmey?

Ökonomie und Administration

Bereits vor zwei Jahren schrieb Prof. Dr. Kohlmey in einem Artikel: »In Unkenntnis des komplizierten objektiven ökonomischen Mechanismus glaubten wir oft, den harten ökonomischen Zwang durch Betriebskonferenzen, Parteaufträge, Agitationseinsätze usw. ersetzen zu können. Die politische Arbeit kann aber nur auf der Grundlage korrespondierender ökonomischer Maßnahmen erfolgen. Oft genug wurde bei uns der Versuch unternommen, die ökonomischen Faktoren »niederzuadministrieren«.³ Wenn man hier evtl. auch noch herauslesen kann, daß Prof. Kohlmey der politischen Arbeit noch eine gewisse Rolle einräumt, so rückt er mit seinen späteren Äußerungen von dieser Auffassung ab und schiebt die Rolle der Wertkategorien als regulierende ökonomische Hebel in den Vordergrund. Das kommt u. a. in der Einschätzung unseres Planungssystems zum Ausdruck, die er auf der im Oktober 1956 stattgefundenen Geldkonferenz gab. Er schreibt dort: »Unser bisheriges Planungs-

2 Im April 1958 zur Veröffentl. an die DFW gegebenen Artikel »Währung, Finanzen und Kredit«, der jedoch von Prof. Kohlmey zurückgezogen wurde.

3 Gunther Kohlmey: »Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Überg. zum Soz.«, Wirtschaftswissensch. 3/1956, S. 449.

system basiert im Prinzip auf dem administrativen Befehl und war folglich nicht das, was es als Bestandteil der werdenden sozialistischen Gesellschaft sein muß: ein gelenkter Mechanismus ökonomischer Wirkungskategorien. Die Betriebe unterlagen nur unzureichend dem ökonomischen Zwang der Wertkategorien, sie unterlagen mehr dem administrativen Zwang. Der Wirkungskraft der Wertformen (Geld, Preis, Kosten, Lohn, Kredit, Finanzen usw.) im sozialistischen Reproduktionsprozeß wirkte die Administration oft entgegen. Die einzelnen administrativen Anweisungen – da oft nicht den Erfordernissen der Wertkategorien Rechnung tragend – widersprechen einander. Die Produktionsauflage stimmt nicht mit den Richtsätzen überein, die Sortimentierung nicht mit den Rentabilitätsanforderungen, die Kreditlimitierung nicht mit den Marktbedingungen usw. In diesem – wie wir jetzt eindeutig aussprechen müssen – falschen Planungssystem war die Staatsbank zugespitzt formuliert, kein ökonomisches Organ, sondern eine administrative Behörde.«⁴

Wenn Prof. Kohlmei feststellt, daß seine Ansichten über das Planungssystem der DDR und die Rolle der Staatsbank »im Kern ... nicht zu verantworten«⁵ seien, so müssen wir ihm die Frage stellen, ob sie dann etwa wissenschaftlich zu vertreten sind. Obwohl Prof. Kohlmei immer wieder betont, nicht den revisionistischen Ansichten von Prof. Behrens und Dr. Benary anzuhängen, kommt bei ihm im Prinzip auch eine Gegenüberstellung von Ökonomie und Administration heraus, indem er den »ökonomischen Zwang der Wertkategorie« mit dem administrativen Zwang konfrontiert. Wir werden bei der Behandlung der Auffassung Prof. Kohlmeys über die Rolle der Staatsbank noch einmal auf die Analogie seiner Ansichten mit denen von Prof. Dr. Behrens und Dr. Benary zurückkommen müssen.

Wenn es auch in der Vergangenheit Mängel in der Planung gegeben hat, zu deren Überwindung die neuen gesetzlichen Bestimmungen – also auch administrative Anweisungen – die zweifellos eine höhere Stufe in der Beherrschung der ökonomischen Gesetze darstellen, wesentlich beitragen, so widerspricht doch diese Ende 1956 gegebene Einschätzung, daß unser Planungssystem auf dem administrativen Befehl basierte, völlig den Tatsachen. Sollte Prof. Kohlmei völlig entgangen sein, daß mindestens seit Beginn des ersten 5-Jahr-Plans die Planung sowohl in den einzelnen Betrieben als auch in der gesamten Volkswirtschaft in steigendem Maße auf einer bewußten Ausnutzung der ökonomischen Gesetze basiert, auf der aktiven bewußten Mitarbeit von Millionen Werktätiger in den Betrieben beruht? Das zeigt sich darin, daß an den ökonomischen Konferenzen, an den Produktionsberatungen sowie an

4 Seite 11 des vervielfältigten Manuskriptes der Geldkonferenz Oktober 1956.

5 G. Kohlmei »Das einheitliche soz. Finanz- und Kreditsystem«, S. 8 des unveröffentl. Artikels für die »Einheit«.

den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, die zur Ausarbeitung der Planaufgaben und zu ihrer Verwirklichung durchgeführt werden, immer mehr Werktätige teilnehmen und dort durch Kritiken und Vorschläge bei der Aufstellung der Pläne sowie an der bestmöglichen Verwirklichung der Planaufgaben mitwirken. Das zeigt sich auch daran, daß in jedem Jahr eine steigende Anzahl von Werktätigen, dem Aufruf der Partei der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften folgend, am sozialistischen Wettbewerb teilnehmen und in steigendem Maße Vorschläge zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Einsparung von Material machen. Diese aktive Teilnahme der Werktätigen an der Aufstellung sowie der Erfüllung und Übererfüllung der Pläne wurde aber hauptsächlich durch die systematische Erziehungsarbeit der Partei der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften erreicht, die durch die Ausnutzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit unterstützt wird.

Selbstverständlich muß in der Übergangsperiode der Enthusiasmus der werktätigen Massen, wie sich Lenin einmal ausdrückte, durch die Nutzung der materiellen Interessiertheit unterstützt werden, aber die Hebung des sozialistischen Bewußtseins durch ständige Erziehungsarbeit spielt die Hauptrolle (Zitat von Lenin).

Wenn aber Prof. Dr. Kohlmey fordert, daß unser Planungssystem ein gelenkter Mechanismus ökonomischer Wertkategorien sein muß, so negiert er die Rolle des sozialistischen Bewußtseins beim Aufbau des Sozialismus und beweist damit mangelndes Vertrauen in die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse. Außerdem braucht derjenige, der die Planung und Leitung der sozialistischen Wirtschaft auf einen »gelenkten Mechanismus ökonomischer Wertkategorien« reduziert, nur noch die Hinweise über die entsprechenden Lenker zu geben, und wir haben die Managertheorie beisammen, die auf dem 35. Plenum des ZK der SED scharf kritisiert worden ist.

Sozialismus heißt in erster Linie Erziehung der Menschen

Genosse Walter Ulbricht stellte auf der 33. Tagung des ZK der SED fest, daß es hauptsächlich die Schuld eines Teiles unserer Werkleiter und Wirtschaftsfunktionäre ist, wenn die Erfolge der Werktätigen bei der Durchführung der Planaufgaben nicht noch größer sind. Ein Teil unserer Werkleiter und Wirtschaftsfunktionäre hat noch nicht den ganzen Umfang der gesellschaftlichen Umwälzung begriffen, der durch die Vernichtung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bei uns ausgelöst wurde. Deshalb treten sie noch oft als bloße Verwalter von Fabriken und Organisatoren von Produktionsprozessen auf.

Um die bewußte schöpferische Mitarbeit aller Arbeiter bei der Durchführung der Produktion und der Leitung der Betriebe, auf die jeder Arbeiter bei uns ein Recht besitzt, voll zu entfalten und die objektiven Vorzüge der

sozialistischen Ordnung in vollem Umfange zur Steigerung der Arbeitsproduktivität auszunützen, ist es notwendig, »die Methoden der Leitung volkseigener Betriebe so zu verbessern, daß sie den sozialistischen Produktionsverhältnissen entsprechen. Zur richtigen Anwendung der Methoden der Leitung volkseigener Betriebe gehört die Erkenntnis, daß die Werkleiter und Wirtschaftsfunktionäre nicht in erster Linie Verwalter von Fabriken, daß sie nicht nur Organisatoren von Produktionsprozessen, sondern daß sie zuerst vor allem Leiter von Kollektiven werktätiger Menschen sind, die als Teil des arbeitenden Volkes ihren Beitrag zur Erfüllung des Planes leisten.«⁶ Weiterhin stellte Walter Ulbricht fest: »Dafür zu sorgen, daß die neuen, sozialistischen Produktionsverhältnisse zu den entsprechenden Veränderungen im Bewußtsein, im Fühlen, Denken und Handeln der Arbeiter und der übrigen Werktätigen führen – das ist Sache der Parteiorganisation und der Wirtschaftsfunktionäre.«⁷ Prof. Dr. Kohlmei vertritt anscheinend andere Ansichten über die Hauptaufgaben bei der Verbesserung der Leitung der volkseigenen Wirtschaft. Er schreibt in dem bereits zitierten Artikel in der »Wirtschaftswissenschaft«: »Das gegenwärtige Hauptproblem der wirtschaftlichen Rechnungsführung scheint in der DDR darin zu bestehen, (1) ihren Aktionsradius nicht unnötig durch zu viele Planungsanweisungen einzuengen bzw. gar zu zerstören, (2) den ganzen Mechanismus der Ausnutzung der Wertformen bei der Leitung der sozialistischen Staatsbetriebe beweglicher als bisher zu machen und (3) in seinen einzelnen Elementen (Investitionsfinanzierung, Umlaufmittelausstattung, Preise, Kredite, Produktionsabgabe usw.) reibungsloser, d.h. wirkungsvoller zusammenzufassen.«⁸

Obwohl sich Kohlmei in diesem Artikel gegen einzelne Punkte der Auffassungen von Benary über die Wirkung des Wertgesetzes in der DDR wandte, erkannte er nicht den revisionistischen Charakter der gesamten Konzeption. Er vertrat vielmehr mit diesen Forderungen im Grunde genommen die gleiche Linie der größeren Entfaltung des Wertgesetzes und der Einschränkung der nach seiner Meinung schädlichen staatlichen Administration. Der revisionistische Charakter seiner Anschauung kommt besonders stark in seinem Artikel »Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwissenschaftler« zum Ausdruck, in dem Kohlmei etwa zur gleichen Zeit schrieb: »Auch der Sozialismus ist (nationale und internationale) Marktwirtschaft, er ist planmäßig verlaufende, auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende Marktwirtschaft. Auch im Sozialismus wirken die Marktgesetze: das Wert-

6 Walter Ulbricht, Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR., S. 35.

7 Ebenda.

8 Kohlmei: »Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus.« Wirtschaftswissenschaft., 3/1956, S. 455/456.

gesetz (als das allgemeine Gesetz einer jeden Waren- und Geldwirtschaft), das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das Gesetz von der Übereinstimmung der Preise mit den Werten bei laufenden Einzelabweichungen, die Gesetze des Geldumlaufes usw. Aber unter sozialistischen Bedingungen wirken die Marktgesetze planmäßig. Sie sind nicht mehr dem Gesetz der Konkurrenz und Anarchie der Produktion unterworfen, das in der privaten Wirtschaft fungiert.«⁹

Selbstverständlich muß Kohlmei, wenn er den Standpunkt vertritt, daß der Sozialismus Marktwirtschaft sei, auch die Entfaltung des Wertgesetzes und nicht die Erziehung der Werktätigen zu einem sozialistischen Bewußtsein als Hauptproblem der wirtschaftlichen Rechnungsführung ansehen. Selbstverständlich muß er auf der Grundlage dieser Theorie der »sozialistischen Marktwirtschaft«, in der die »Marktgesetze planmäßig wirken« zu der falschen Schlußfolgerung kommen, daß unser Planungssystem ein »gelenkter Mechanismus ökonomischer Wirkungskategorien« sein muß. Aus diesen Ausführungen muß man entnehmen, daß Kohlmei nicht sieht, daß Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft diametral entgegengesetzte Wirtschaftsformen sind, die nicht miteinander vereinbar sind. Marktwirtschaft ist kapitalistische Wirtschaft, in der die allgemeinen Gesetze der Warenproduktion den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus untergeordnet sind und sich elementar hinter dem Rücken der Gesellschaft durchsetzen. Marktwirtschaft heißt, daß die von den einzelnen voneinander getrennten privaten Produzenten anarchisch produzierten Waren erst auf dem Markt, durch den salto mortale der Waren realisiert werden und es sich erst auf dem Markt erweist, ob die von den einzelnen Produzenten aufgewandte Arbeit von der Gesellschaft anerkannt wird. Auf dem Markt bilden sich im Konkurrenzkampf der privaten Produzenten die Produktionspreise nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Über den Marktmechanismus setzen sich letzten Endes auch elementar die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus durch und wirkt auch das Wertgesetz als elementarer Regulator der anarchischen Produktion.

Auch im Sozialismus wirkt das Wertgesetz. Aber aufgrund des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, die sie im Bündnis mit den werktätigen Bauern ausübt, und den damit wirksam werdenden ökonomischen Gesetzen des Sozialismus, ist die Wirkungsweise des Wertgesetzes eingeschränkt. Das Wertgesetz ist den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus untergeordnet und setzt sich nicht mehr über den Marktmechanismus elementar durch, sondern wird vom sozialistischen Staat bewußt bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ausgenutzt. Die sozialistische Produktion wird nicht durch das Wertgesetz regu-

9 »Geld und Kredit«, Wissenschaftliches Bulletin, Heft 3/1956, S. 186.

liert, sondern sie wird vom Staat den Erfordernissen des Grundgesetzes des Sozialismus und des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft entsprechend unter Ausnutzung des Wertgesetzes geplant, und auch die Preise z. B. bilden sich nicht mehr durch Angebot und Nachfrage auf dem Markt, sondern sie werden unter Berücksichtigung des Wertgesetzes vom Staat planmäßig festgelegt. Deshalb gibt es im Sozialismus auch keine ständig schwankenden Preise, sondern feste Preise, und der sozialistische Handel betreibt auch keine Preisspekulation bei vorübergehend verknappten Waren, wie das für die kapitalistische Marktwirtschaft typisch ist. Eine ausführliche Darstellung dieses Problems ist an dieser Stelle nicht möglich. Aber diese wenigen Beispiele zeigen, daß es keine »sozialistische Marktwirtschaft« geben kann und auch nicht gibt.

Obwohl Kohlmey auf der gemeinsamen Tagung der Parteiaktive des Ministeriums der Finanzen und der Zentrale der DN erklärt hat: »Ich sagte damals unter anderem, daß auch der Sozialismus nationale und internationale Marktwirtschaft ist. Hätte ich gesagt, er ist Warenwirtschaft, so wäre das richtig gewesen. Nach meiner Formulierung gab ich zu eine regulierende Rolle des Wertgesetzes in der Planwirtschaft im Sozialismus wie auch in der kapitalistischen Wirtschaft ...«¹⁰ Hier zeigt sich eindeutig das politische Schwanken und damit die Fehlerhaftigkeit und Schädlichkeit seiner Auffassung. Deshalb mußte hierauf näher eingegangen werden, weil Kohlmey zu dieser Frage bisher nicht öffentlich Stellung genommen hat und ihr auch in dem von ihm zurückgezogenen Artikel vom April dieses Jahres aus dem Wege geht. Aus der Formulierung, daß anstelle des Wortes Marktwirtschaft das Wort Warenwirtschaft gesagt werden muß, dann sei es richtig, muß man entnehmen, daß Kohlmey auch heute noch nicht den tiefen Irrtum seiner Anschauung überwunden hat. Die sozialistische Wirtschaft ist auch keine Warenwirtschaft schlechthin, sondern eine Warenwirtschaft besonderer Art, ohne Kapitalisten und ohne Spekulation, eine Warenwirtschaft, in der die Wirkung des Wertgesetzes und der Wertkategorien weitgehend eingeschränkt ist. Mit solch einfachen Erklärungen kommen wir in der Wissenschaft nicht weiter, und es wäre gut, wenn Prof. Kohlmey zu dieser Frage nähere Ausführungen veröffentlicht.

Bewußtsein und ökonomische Hebel

In dem von Prof. Kohlmey zurückgezogenen Artikel vom April d. J. erkannte er an, daß seine Einschätzung unseres Planungssystems falsch und politisch schädlich gewesen sei. In dem darauf folgenden Abschnitt über die gegenwärtigen Änderungen in unserer Wirtschaftsleitung und die Aufgaben der Finanz-

10 Protokoll der Parteiaktivtagung, S. 3.

und Kreditpolitik weist Kohlmey ausdrücklich auf die 32., 33. u. 35. Plenartagungen des ZK hin, er erkennt aber offensichtlich nicht die Hauptaufgaben, die dort gestellt sind. In fünf Punkten zählt er die verschiedenen Maßnahmen auf, die seiner Meinung das wichtigste bei der Veränderung der Wirtschaftsleitung darstellen. Aber weder in diesen fünf Punkten und noch an anderer Stelle dieser Arbeit ist mit einem Wort von den Aufgaben der Parteiorganisationen und der Wirtschaftsfunktionäre (und damit auch der Mitarbeiter des Finanzapparates) bei der Erziehung der Werktätigen zu sozialistischem Bewußtsein, von der aktiven Rolle der mit einem sozialistischen Bewußtsein erfüllten Arbeiter der Betriebe bei der Aufstellung und Verwirklichung der Pläne die Rede. Im Punkt 5 heißt es lediglich: »Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den sozialistischen Betrieben ist unter den neuen Bedingungen der veränderten Wirtschaftsleitung und -planung so zu überprüfen und zu vervollkommen, daß das System der finanziellen Vorteile für Betriebe und Belegschaften zugleich der Einhaltung der volkswirtschaftlichen Proportionen dient und dabei die Nachfrage der Bevölkerung, der Produktion und des Außenhandels mehr, schneller, besser und billiger befriedigt wird.«¹¹

Dabei weist Prof. Kohlmey zur Unterstützung dieser These in zwei Fußnoten auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, in seiner Rede auf der 32. Sitzung der Volkskammer hin, in denen dieser erklärte, daß es bei uns noch Mängel in der richtigen Ausnutzung der ökonomischen Hebel gibt. Aber im Gegensatz zu Prof. Kohlmey hat Gen. Leuschner drei Absätze vor diesen Ausführungen das wesentlich Neue und Wichtigste bei den Formen und Methoden der Leitung der Wirtschaft sowie der Arbeit der staatlichen Organe (und damit auch der Arbeit der Finanzorgane) herausgestellt, wenn er schreibt: »Das entscheidende Kriterium dieser Arbeit wird es sein, die staatliche Tätigkeit noch enger mit den Werktätigen zu verbinden. Besonders die Gewerkschaften als Organisation der Arbeiterklasse müssen die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion organisieren.«¹²

Die richtige Ausnutzung der ökonomischen Anreize ist notwendig. Sie ist aber nur mit Erfolg möglich, wenn sie auf der Grundlage der Erziehung der Werktätigen zu einem sozialistischen Bewußtsein durch unsere Partei, durch die Gewerkschaften und durch die Mitarbeiter des Staates durchgeführt wird. Die Entfaltung aller schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse kann doch nicht in der Hauptsache durch ein »System der finanziellen Vorteile für Betriebe und Belegschaften« erreicht werden, sondern muß in erster Linie dem Bewußtsein entspringen, daß die Arbeit nicht kapitalistischen Ausbeutern, sondern dem

11 Manuskript des zurückgezogenen Wechsels »Währung, Finanzen und Kredit«, S. 7.

12 Neues Deutschland vom 12.2.1958, S. 4.

Staat der Arbeiter und Bauern, nicht dem Krieg, sondern dem Frieden dient. Daher ist auch der Kampf von Partei und Gewerkschaften um die Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse so außerordentlich bedeutungsvoll.

Wenn Prof. Kohlmei glaubt, daß die Befriedigung der Nachfrage der Bevölkerung, der Produktion und des Außenhandels durch Schaffung finanzieller Vorteile für die Betriebe und die Belegschaften mehr, schneller, besser und billiger befriedigt werden kann, so kann man hieraus nur schlußfolgern, daß er trotz Absage an die regulierende Rolle der Wertkategorien diesen doch noch gegenüber der bewußten Tätigkeit der Arbeiter den Vorrang einräumt.

Das genaue Gegenteil beweist aber die Forderung der Arbeiter der Karbidfabrik des Stickstoffwerkes Piesteritz, die bis Ende April d. J. erreichte Erfüllung des Produktionsplanes in den Jahresplan aufzunehmen und nicht als Planübererfüllung zu bewerten. Kann man sagen, daß diese Arbeiter oder die vielen anderen Belegschaften von volkseigenen Chemiebetrieben, die Planerhöhungen fordern, durch finanzielle Vorteile angeregt worden sind?¹³

Im Gegenteil! Hierdurch haben die Belegschaften dieser Betriebe gezeigt, daß sie ein hohes Bewußtsein haben, daß es ihnen nicht auf »weiche« Pläne ankommt, die sie mit Leichtigkeit übererfüllen können und dadurch größere materielle Vorteile erhalten, sondern daß sie Pläne fordern, die dazu beitragen, Reserven zu mobilisieren und den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen.

Die Rolle der Deutschen Notenbank

Aufgrund verschiedener Kritiken, insbesondere der des Gen. Finanzministers Willi Rumpf, hat Genosse Prof. Kohlmei erklärt, daß die von ihm aufgestellte Forderung: »Wir müssen die Staatsbank energischer zu einer Institution machen, die mit Hilfe von Kredit, Zinsverrechnungen und Bargeldemission selbständiger, beweglicher und rationeller als bisher den Reproduktionsprozeß so steuert, daß er proportional verläuft«¹⁴ und daß auch seine damalige Ansicht, daß die Staatsbank »kein ökonomisches Organ, sondern eine administrative Behörde«¹⁵ ist, falsch gewesen sei. Aber auf die berechtigte Forderung des Ministers Willi Rumpf, daß in unseren Publikationen über das Geldsystem der DDR »die veränderten Beziehungen zwischen Betrieb und Staatshaushalt, Betrieb und Bank, Staatshaushalt und Bank sowie die Einheit des gesamten sozialistischen Finanzsystems und die führende Rolle des Staatshaushalts im Finanzsystem«¹⁶ behandelt werden müssen, erklärt Prof. Kohlmei, nachdem

13 Vgl. »Wir wollen höhere Pläne« Neues Deutschland vom 7.05.1958, Nr. 107, S. 3.

14 Vortragsmanuskript der Geldkonferenz, S. 12.

15 Vortragsmanuskript der Geldkonferenz, S. 11.

16 Willi Rumpf, Minister der Finanzen: »Ein sozialistisches Lehrbuch;« DFW Heft 24/1957, S. 373.

er eine ausführliche Darstellung darüber gegeben hat, was er unter Geldwirtschaft (nicht Finanzwirtschaft) der DDR versteht, »daß in den in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen Arbeiten über die gesamte Geldwirtschaft der DDR die im Vergleich zur kapitalistischen Wirtschaft ganz neuen Zusammenhänge zwischen Geldwirtschaft und Finanzsystem ungenügend analysiert wurden.«¹⁷

Zur Geldwirtschaft rechnet Prof. Dr. Kohlmey die Geldinstrumente (monetärer Kategorien) wie Preise, Kosten, betriebliche Mittel, Nationaleinkommen (dabei u. a. Betriebsgewinne, individuelle Einkommen), Finanzen (mit dem Staatshaushalt als Zentrum), Kredit, Währung (mit dem inneren Geldumlauf und den Valutabeziehungen). Er führt dann weiterhin fort: »Zur Geldwirtschaft unserer Republik gehören demnach alle Geldverhältnisse, alle in Geldform erscheinenden gesellschaftlichen Beziehungen. Wir können sie in das Einkommen-, Preis-, Währungs-, Finanz- und Kreditsystem aufgliedern. Zur monetären oder Geldpolitik des sozialistischen Staates rechnen wir entsprechend die Einkommens-, Preis-, Währungs-, Finanz- und Kreditpolitik.«¹⁸

Prof. Kohlmey spricht also nicht von einem einheitlichen Finanzsystem, sondern von einer fünfgeteilten Geldwirtschaft, in der neben anderen Teilen auch das Finanzsystem als etwas Besonderes rangiert. Er verweist darauf, daß er diese Meinung bereits 1956 vertreten habe. Damals faßte er jedoch die Geldbeziehungen nur in drei Gruppen: dem Finanz-, Kredit- und Währungssystem (Geldsystem) zusammen.¹⁹ Das heißt, daß Prof. Kohlmey, obwohl er zum Schluß seines schon mehrfach zitierten Artikels erklärt, daß er die Losung der »Festigung des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems« vollauf unterstütze, weil unsere sozialistische Praxis gerade gegenwärtig eine »exakte Koordinierung der Leitungs- und Planungsaufgaben von staatlicher Plankommission, Ministerium der Finanzen und Staatsbank zentralörtlich und in den Betrieben notwendig macht«²⁰, in Wirklichkeit ablehnt.

Wie will der Gen. Prof. Kohlmey die Losung von der Festigung des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems unterstützen, wenn er seine Existenz negiert? Diese Negation bestätigt er ausdrücklich durch seine Polemik gegen einige Genossen, die sich bemühen, die Ursachen und Zusammenhänge zwischen den Gliedern des einheitlichen Finanzsystems in der DDR zu untersuchen, zu dem sie übereinstimmend den Staatshaushalt, das Kreditsystem, die Finanzen der sozialistischen Wirtschaft und die volkseigenen Versicherungen rechnen. Dabei erklärt er: »Es kann aber weder aus der Realität noch von

17 Manuskript des zurückgezogenen Aufsatzes »Währung, Finanzen und Kredit«, S. 13.

18 Ebenda. S. 8.

19 Vgl. Gunther Kohlmey »Das Geldsystem der DDR«, Berlin 1956, S. 91.

20 Manuskript d. zurückgezogenen Aufsatzes »Währung, Finanzen u. Kredit«, S. 22.

Marx abgeleitet werden, den engeren Begriff der Finanzen mit dem weiteren Begriff Geld (oder Geldwirtschaft) zu identifizieren bzw. gar das Finanzsystem zum Oberbegriff der Währung, des Preissystems oder des Kredits zu machen.« Erstens hat niemand in der DDR den Versuch unternommen, die Geldwirtschaft mit dem Finanzsystem zu identifizieren. Zweitens hat Karl Marx die vormonopolistisch-kapitalistische Gesellschaft analysiert, und dort gibt es kein einheitliches Finanzsystem, sondern aufgrund des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und den spezifischen Funktionen des kapitalistischen Staates sind der Staatshaushalt und das Kreditsystem verschiedene Dinge.

Deshalb kann man die Einheitlichkeit des Finanzsystems des Sozialismus und der DDR auch nicht von Marx ableiten. Wenn der Prof. Dr. Kohlmey auf einer Trennung zwischen Finanz- und Kreditsystem beharrt, so ist das im Grunde genommen nichts anderes als der Versuch, die sich unter kapitalistischen Verhältnissen historisch aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß und dem Charakter des kapitalistischen Staates ergebende Teilung in öffentliche Finanzwirtschaft einerseits sowie Geld- und Kreditwesen andererseits schematisch auf sozialistische Produktionsverhältnisse übertragen zu wollen.

Diese schematische Übertragung auf sozialistische Produktionsverhältnisse muß zu einer Herabminderung der Rolle des Staates beim Aufbau des Sozialismus führen und ihre Wurzel in einer falschen Auffassung vom Wesen des sozialistischen Staates haben. Davon zeugt unserer Meinung nach auch die Auffassung Prof. Dr. Kohlmeys von der besonderen wirtschaftslenkenden Rolle der Staatsbank. Prof. Dr. Kohlmey betont in seinem schon genannten Artikel »Währung, Finanzen und Kredit«²¹, daß er sich einseitig gegen den Dogmatismus in Theorie und Praxis gewandt habe. Wie aber die Berufung auf Marx zeigt, der ja vormonopolistische Produktionsverhältnisse untersucht hat, will Prof. Dr. Kohlmey selbst durch eine dogmatische Auslegung unserer Klassiker seinen falschen Standpunkt untermauern.

Das einheitliche sozialistische Finanzsystem

Prof. Kohlmey meint, daß selbstverständlich die Lohn-, Preis-, Finanz- und Kreditpolitik einheitlich von der Regierung der DDR bestimmt wird, daß man deshalb aber nicht die einzelnen Kategorien der Geldwirtschaft durcheinander schütteln und die Form und den Funktionsunterschied von Finanzen (er meint wahrscheinlich Haushalt) und Kredit verwischen dürfe, wie das nach seiner Meinung angeblich in letzter Zeit in unserer Literatur erfolgt.²² Uns scheint,

²¹ Ebenda, S. 4.

²² Ebenda, S. 17/18.

daß hier Kohlmey nicht richtig urteilt. Wenn sich unsere Wissenschaftler und Praktiker darum bemühen, die Einheit des Finanzsystems darzustellen, so haben sie auch gleichzeitig versucht, die unterschiedlichen Formen und Funktionen der einzelnen Kategorien herauszuarbeiten. Daß in diesen Diskussionsbeiträgen noch Mängel und Fehler enthalten sind, liegt in der Natur der Sache.

Es geht hier nicht um einen »akademischen Streit um Worte und Begriffe«, sondern darum, daß Prof. Kohlmey das einheitliche Finanzsystem nicht nur dem Begriff, sondern auch dem Inhalt nach ablehnt, daß er die Bedeutung der Durchsetzung des einheitlichen Finanzsystems in Theorie und Praxis noch nicht begriffen hat. Es ist doch unmöglich, auf der einen Seite das einheitliche Finanzsystem abzulehnen und auf der anderen Seite gleichzeitig auf die Einheitlichkeit der Politik auf allen Gebieten der Geldwirtschaft hinzuweisen.

Wie vereinbart Prof. Kohlmey diese Einheitlichkeit der Politik mit seinen Ausführungen über die Rolle der Staatsbank auf der schon erwähnten Geldkonferenz im Oktober 1956, wo er erklärte, daß die Staatsbank kein ökonomisches Organ, sondern eine administrierende Behörde sei, und in diesem Zusammenhang fordert, daß sie energischer zu einer Institution gemacht werden müsse, die selbständiger als bisher den Reproduktionsprozeß so steuern solle, daß er proportional verläuft. Wenn aber Kohlmey, wie er behauptet, schon immer der Meinung war, daß unsere gesamte Preis-, Kredit- usw. Politik einheitlich von der Regierung entschieden werden muß, so taucht die Frage auf, warum er dann fordert, daß die Staatsbank selbständiger den Reproduktionsprozeß steuern sollte als bisher? Diese Forderung kann im Prinzip nicht anders verstanden werden, als daß die Staatsbank selbständiger gegenüber dem planenden Staat oder seinen Organen (Staatliche Plankommission, Ministerium der Finanzen) auftreten müsse.

Nach seinen eigenen Ausführungen in einem zur Veröffentlichung vorliegenden Aufsatz vom Mai 1958 mußte diese These von der größeren Selbständigkeit gerade im Herbst 1956 (und auch heute, bei den Bemühungen um die Einheit der gesamten finanziellen Planung und Leitung) schädlichen Konzeptionen von einer »eigenen« ökonomischen Politik der Staatsbank Vorspanndienste leisten, zumal ich mich nicht von den Auffassungen Benarys – Absterben des Staates, Ersetzen der staatlichen Führung durch die ökonomische Politik der Staatsbank – klar abgrenzte ...²³

Was versteht nun Prof. Kohlmey unter der selbständigen Steuerung des Reproduktionsprozesses durch die Bank?

»Als ich davon sprach, daß die Deutsche Notenbank den Reproduktionsprozeß selbständiger steuern wolle, dachte ich vor allem an ihr Mitwirken bei der

23 G. Kohlmey: »Über politische und wissenschaftliche Verantwortung in der marxistischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeit – eine Stellungnahme«, unkorrigierte Druckfahne, S. 3/4.

Aufstellung des Volkswirtschafts- und Haushaltsplanes, an ihre Sanktionsrechte, aber auch an die stärkere Ausnutzung des Zinsinstrumentes, an Ausschreibungen bestimmter Investitionen gegen Kredit und Zins u. a. m.«²⁴

Auch diese Erläuterungen können nicht befriedigen, da sie nach unserer Meinung in Anlehnung an die revisionistischen Ansichten der polnischen Ökonomen Brus und Fiszal eine stärkere Ausnutzung des Kredits und des Zinses bei der Finanzierung der Grundfonds der Wirtschaft beinhalten.

Wenn Kohlmey wirklich seine Fehler über die Aufgaben des Kreditsystems erkannt hat, dann müßte er auch anerkennen, daß der Staatshaushalt und das Kreditsystem die gemeinsame Aufgabe haben, mit ihren speziellen Mitteln die Werktätigen der sozialistischen Wirtschaft zur rationellen Ausnutzung der materiellen Mittel, zur Erfüllung und Übererfüllung aller Planaufgaben (der Produktions-, Absatz- und auch Akkumulations- und Selbstkostensenkungspläne) zu erziehen. Er müßte erkennen, daß alle Finanzorgane bei der Verwirklichung dieser Aufgaben zusammen arbeiten müssen, anstatt dagegen zu polemisieren, daß z. B. Keck die Staatsbank »offensichtlich zu den Finanzorganen gerechnet hat«.²⁵ Auch wir sind der Meinung, daß die staatlichen Banken (DN, DBB und DIB) staatliche Finanzorgane und als solche Teile des einheitlichen staatlichen Finanzsystems sind. Von diesen klaren theoretischen Erkenntnissen und den Erfordernissen der gesellschaftlichen Praxis ausgehend, wurde deshalb in der Verordnung über die Verbesserung der Arbeitsweise des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane vom 13.02.1958 die Bildung von Finanzbeiräten bei den örtlichen Organen beschlossen. Dieser Finanzbeirat setzt sich z. B. in einem Kreis wie folgt zusammen:

- aus dem Leiter der Abteilung Finanzen beim Rat des Kreises (als Vorsitzender)
- aus den Leitern der Deutschen Notenbank,
- der Deutschen Investitionsbank,
- der Deutschen Bauern-Bank,
- der Deutschen Versicherungs-Anstalt,
- der Sparkasse,
- der Inspektions-Finanz-Revision
- und einem Vertreter des örtlichen Gewerkschaftsorgans.

Dieser Beirat heißt nicht »Finanz-, Kredit- und Währungsbeirat«, sondern sehr richtig Finanzbeirat und das nicht etwa aus Gründen der Abkürzung. Mit seiner Polemik richtet sich Kohlmey also nicht nur gegen Keck, sondern auch gegen die genannte Verordnung, in der ebenfalls von den »übrigen Finanzorganen« gesprochen wird. Wenn Kohlmey die Durchsetzung dieser Maßnah-

24 Manuskript des zurückgezogenen Aufsatzes, S. 3/4.

25 Ebenda, S. 18.

men wirklich unterstützen will, so ist es notwendig, daß er erkennt, daß auch die Notenbank und die übrigen staatlichen Banken der DDR Finanzorgane und damit Teile des Staatsapparates und des einheitlichen Finanzsystems der DDR sind.

Unsere staatlichen Banken finanzieren Teile der Umlauf- und Grundmittel der sozialistischen Wirtschaft. Dabei verwenden sie u. a. als wesentliche Kreditquelle den Haushaltsüberschuß und Haushaltsreserven. Die Deutsche Investitionsbank finanziert die Investitionen der volkseigenen Wirtschaft aus Mitteln des Staatshaushaltes in Form nicht rückzahlbarer Zuweisungen. Schon hieraus geht die enge und unlösbare Verbindung zwischen beiden Formen der Finanzierung, der Haushalts- und Kreditfinanzierung, hervor.

Die Folgen der revisionistischen Konzeption

Welche Folgen hatten die revisionistischen Ansichten von Prof. Kohlmeier? Sie führten dazu, daß den Mitarbeitern des Arbeitskreises »Geldtheorie« der Akademie der Wissenschaften im Januar 1957 Thesen zugeleitet wurden, in denen von Dr. Heinicke folgende Forderungen aufgestellt wurden:

a) »Übertragung der Verantwortung für die Verteilung der gesamten finanziellen Mittel (gleich ob Staatshaushaltsmittel oder Kreditmittel) in die Hände der Banken. Koordinierung des Quartalskassenplanes des Staatshaushaltes mit dem Kreditplan«²⁶

b) »Eingliederung der Deutschen Investitionsbank in die Deutsche Notenbank, um den Dualismus in der Bearbeitung der Betriebe durch zwei Banken und die Unterschätzung der Kontrolle der Grundfonds zu überwinden. Unterstellung aller staatlichen Banken und Sparkassen unter die Deutsche Notenbank«²⁷

c) »Verbindung der Zinsen mit dem Betriebsfonds und Erhebung von Zinsen sowohl auf die eigenen wie geliehenen Mittel. Größere Beweglichkeit der Betriebe bei der Plandurchführung durch Kredithilfe. Größere Einschaltung der Banken bei der Festsetzung des Richtplansatzes usw.«²⁸

d) »Stärkere Unterscheidung zwischen planmäßig und unplanmäßig arbeitenden Betrieben bei Kreditgewährung (Kreditmethode, Zinsen)«²⁹

Es muß hier aber festgestellt werden, daß die Thesen des Gen. Dr. Heinicke nicht nur Folge der falschen Konzeption des Gen. Kohlmeier waren. Trotzdem

26 W. Heinicke: »Die Funktion des Kredits bei richtiger Proportionierung von zentralisierten und dezentralisierten Wirtschaften im Sozialismus«. Thesen für die Diskussion im Arbeitskreis »Geldtheorie«, S. 5.

27 Ebenda.

28 Ebenda.

29 Ebenda.

besteht hier ein gewisser Zusammenhang durch die Tatsache, daß Prof. Kohlmeier Leiter dieses Arbeitskreises bei der Akademie der Wissenschaften ist.

Auch in der praktischen Arbeit ist die von Prof. Kohlmeier vertretene »Theorie«, daß die Deutsche Notenbank nicht Teil des Staatsapparates sei und eine besondere wirtschaftslenkende Aufgabe habe, nicht ohne Folgen geblieben. So gab es bei der Leitung der Deutschen Notenbank Bestrebungen, die gegen das leitende Finanzorgan unserer Republik, das Ministerium der Finanzen, gerichtet waren, mit dem Ziel, die Bank als zweites, selbständiges, wirtschaftsleitendes Zentrum zu konstituieren.

So wandte sich die ehemalige Präsidentin der Staatsbank, die Gen. Greta Kuckhoff, gegen den Beschluß, die Finanzierung der Landwirtschaft in der DDR vollständig der Deutschen Bauernbank zu übertragen, und forderte zugleich, daß die Deutsche Notenbank die anderen Bankorgane in sich aufsaugen müsse, damit sie allmählich und behutsam zum einzigen Institut für die kurzfristige Kreditierung und die Verrechnungen entwickelt werden kann, damit sie wirklich zu der Staatsbank wird.³⁰

Die Herausgabe einer wichtigen Durchführungsbestimmung zum Devisengesetz wurde monatelang verzögert, weil die Genossen der Notenbank darauf bestanden, daß der Begriff »Valutamonopol der Deutschen Notenbank« in dieser Durchführungsbestimmung erscheint. Aber niemand anderes als unsere Regierung kann im Zusammenhang mit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten die Verwendung des Valutafonds festlegen, die Deutsche Notenbank hat diese Anweisungen durchzuführen.

Es ist ganz klar, daß sich die Ansichten eines so angesehenen und verdienstvollen Wissenschaftlers, wie des Genossen Prof. Dr. Kohlmeier eine wichtige Rolle bei der Meinungsbildung der Mitarbeiter der Deutschen Notenbank und junger Wissenschaftler gespielt haben. Aber der Genosse Prof. Dr. Kohlmeier hat in diesem Falle einen falschen Weg gewiesen.

Der in den letzten Monaten geführte Meinungsstreit hatte zum Ergebnis, daß die jungen Wissenschaftler und auch die Praktiker, die zum Teil Prof. Dr. Kohlmeiers Ansicht unterstützten, die Fehlerhaftigkeit seiner Konzeption einsahen und sich von ihr distanzieren. Im Gegensatz hierzu hat der Genosse Prof. Kohlmeier nur bestimmte, besonders krasse Formulierungen fallen gelassen, ohne von seiner revisionistischen Grundkonzeption abzugehen. Verschwunden sind aus seiner Konzeption die Auffassungen über den Sozialismus als nationale und internationale Marktwirtschaft, die unmarxistische Gegenüberstellung von Ökonomie und Administration sowie die sich aus diesen Ansichten ergebende Rolle der Staatsbank.

30 G. Kuckhoff: »Die Aufgaben der Staatsbank«, DFW, Ausgabe Geld und Kredit, Versicherung, Heft 2/ 1958, S. 35.

Geblichen sind aber Schlußfolgerungen aus seiner revisionistischen Konzeption.

Nach wie vor hält Prof. Kohlmei die These von der Teilung des Finanzsystems aufrecht. Es befremdet auch, daß der Gen. Prof. Dr. Kohlmei in einem hier mehrfach zitierten, zurückgezogenen Manuskript über »Währung, Finanzen und Kredit« vom April dieses Jahres eine Reihe seiner Fehler schwächer darlegt, als er es bereits im ersten Entwurf dieses Artikels im Januar 1958 getan hatte.

Wenn Prof. Kohlmei der Festigung des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems in seiner wissenschaftlichen Arbeit dienen will, dann muß er seine Ansichten genau überprüfen, denn sie entspringen einer revisionistischen Grundlage.

Beurteilung des Genossen Prof. Dr. KOHLMHEY*

Genosse Kohlmei stammt aus dem Kleinbürgertum. Er studierte in der Zeit der Weimarer Republik und kam, nachdem er schon in den 30er Jahren bestimmte Verbindungen zur kommunistischen Jugend hatte – angestoßen vor allem durch seine Erlebnisse im faschistischen Krieg und in der Kriegsgefangenschaft (Zentralschule in Moskau) – wahrscheinlich aus humanistischen Gründen zur Partei.

So wie wir Genossen Kohlmei kennen, hatte er als Intellektueller dabei einen tiefgehenden Prozeß der Auseinandersetzung mit sich selbst durchmachen müssen, als dessen Ergebnis er ehrlich überzeugt war, daß er sich an die Seite der Arbeiterklasse stellen muß. Er tat von seinem Standpunkt aus auch alles, um ein vollwertiges Mitglied der Partei zu werden und sich auch mit der Partei zu verbinden. Er bemühte sich um eine gute Parteidisziplin, ordnete seine persönlichen Interessen den gesellschaftlichen unter, ist moralisch einwandfrei und nicht materiell eingestellt, ist fleißig und gesellschaftlich aktiv. Er will subjektiv der Partei das Beste geben und ein vorbildlicher Genosse sein.

Das Problem ist jedoch, daß er innerlich in vielen Dingen den bürgerlich-intellektuellen Standpunkt noch nicht überwunden hat. Hier sind ihm bis jetzt noch Grenzen gesetzt. Von dieser Einschätzung aus werden seine damaligen (1956/57) starken und heute noch zum Teil vorhandenen Schwankungen verständlich.

Obwohl er zwar nie soweit wie Genosse Behrens und Genosse Benary gegangen ist, hat er dennoch den Revisionismus am Institut geduldet, selbst einige revisionistischen Auffassungen vertreten und so den Revisionismus subjektiv und objektiv unterstützt. Daß er Fehler gemacht hat und worin diese bestanden, hat er heute begriffen. Er hat auch bestimmte Schlußfolgerungen daraus gezogen und bemüht sich, diese Fehler nicht zu wiederholen.

Die Ursachen für seine Schwankungen hat er aber bis heute noch nicht richtig erkannt. In den Auseinandersetzungen hat er nicht eingesehen, daß seine kleinbürgerliche Überheblichkeit, sein Intellektualismus die Position war, von der aus er die Dinge betrachtete und daß diese Position deshalb die eigentliche Ursache für seine Schwankungen war. Im Gegensatz zu Genossen Behrens hat er sich jedoch viel tiefer mit den Schwankungen auseinandergesetzt, aber zu ihren Wurzeln ist er dennoch nicht gestoßen.

* Die Wiedergabe des Dokuments folgt Helmut Steiner: Gunther Kohlmei im Fadenkreuz der Revisionismus-Kampagne, in: UTOPIE kreativ, Heft 33/34 (Juli/August 1993), S. 100-102.

Theoretisch hat er z. B. seine falschen Auffassungen von damals überwunden, aber weil er ihre Ursachen noch nicht voll erkannt hat, ist auch die Gefahr nicht beseitigt, in bestimmten Situationen erneuten Schwankungen zu unterliegen. Wie verschiedene Beispiele zeigen, ist seine intellektualistische Überheblichkeit nach wie vor die Ursache für Fehler, die ihm vor allem auch in der wissenschaftlichen Arbeit unterlaufen. Obwohl es eine Reihe von guten Arbeiten von ihm gibt, zeigt sich – auch in den Arbeiten der letzten Zeit – manchmal ein Hang zum fruchtlosen Theoretisieren. Er neigt dazu, theoretisch abstrakte Probleme, die ihm persönlich interessant erscheinen, aufzuwerfen. Auch die Position, von der aus er sie dann aufwirft, läßt manchmal seine klassenmäßigen Schranken erkennen.

Als Abteilungsleiter hat er in den letzten Monaten nicht unwesentlich durch Förderung der wissenschaftlichen Diskussion, durch sein Beispiel in der Arbeit, durch Förderung neuer Formen der wissenschaftlichen Arbeit (Praxis, Wettbewerb, planmäßige Arbeit u. a.) zur Verbesserung der Arbeit beigetragen. Gleichzeitig aber wird die Entwicklung seiner Abteilung in gewissem Maß noch dadurch gehemmt, daß er in seiner eigenen Arbeit selbst die neuen Formen, wie z. B. die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die Einhaltung strenger Plandisziplin u. a. nicht anwendet bzw. nur zögernd bereit ist, seinen eigenen Arbeitsstil zu ändern. Während z. B. in der Abteilung die Arbeit der Einzelnen besprochen wird, haben seine Mitarbeiter über seine eigene Arbeit keinen richtigen Überblick. Durch seine individualistischen Neigungen findet er auch schwer Kontakt zu seinen Mitarbeitern, was sich hemmend auf die Schaffung eines sozialistischen Arbeitskollektivs auswirkt. Den notwendigen Kontakt findet er vor allem nicht zu den ihm untergebenen Mitarbeitern, die nicht auf seinem Niveau stehen.

Insgesamt kann also gesagt werden, daß sich Genosse Kohlmey von seinen vergangenen revisionistischen Fehlern getrennt und bestimmte Schlußfolgerungen gezogen hat. Es zeigt sich, daß er sowohl in seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit wie auch in der Leitung eines wissenschaftlichen Kollektivs sehr wertvolle Arbeit leisten kann. Die hier genannten Schwächen bilden aber nach wie vor eine Schranke für eine richtige klassenmäßige und politische Orientierung in jeder Situation.

Berlin, dem 21. November 1959

gez. Walter Tuchscheerer

gez. Kurt Zieschang

gez. Karl Bichtler

An Dr. Günter Mittag*

Berlin, d. 17.12.1963

Werter Genosse Dr. Mittag!

Von der Redaktion der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« wurde uns der Artikel des Gen. Prof. Dr. Gunther Kohlmei »Internationaler Ausgleich des Wirtschaftsniveaus zwischen den sozialistischen Ländern« zur Begutachtung zugesandt. Der Artikel soll in der im nächsten Jahr erscheinenden Sondernummer aller Planungszeitschriften der RGW-Länder (bei uns in der »Wirtschaftswissenschaft«, Heft 3/1964) herauskommen.

Damit sind einige Probleme verbunden, über die entschieden werden müßte, u. a. ob dieses Thema zur Zeit überhaupt für eine breite Erörterung geeignet ist. Bei der Darlegung des Themas werden einige Fragen aufgeworfen, bei denen von uns nicht eingeschätzt werden kann, ob sie von unserer Seite jetzt in dieser Form diskutiert werden können.

Genosse Kohlmei legt z.B. dar, daß bisher der Angleichungsprozeß des Produktionsverhältnisses noch unbefriedigend gewesen ist (S. 11.) Einige weniger entwickelte Länder hätten ihre Industrieproduktion in starkem Maße durch absoluten Zuwachs der Arbeitskräfte gesteigert.

An anderer Stelle (S. 12) wird davon gesprochen, daß die hochentwickelten Länder einen Teil ihrer Produktion abgeben müssen, während die bisher weniger entwickelten Länder wahrscheinlich zu viele Produktionen auf einmal aufgebaut hatten.

Bei der internationalen Kreditierung solle man über die Kreditierung von Roh- und Brennstoffproduktionen hinauskommen (S.12).

Da diese Fragen von uns nicht eingeschätzt werden können, bitten wir Dich um Mitteilung, welche Hinweise wir der Zeitschrift in dieser Frage geben können. Die Erstveröffentlichung soll in der Zeitschrift »Planwirtschaft«, Moskau, erfolgen, was eine Manuskriptabgabe bis Ende Dezember voraussetzt.

Mit sozialistischem Gruß

Abteilungsleiter

* Die Wiedergabe des Dokuments folgt Helmut Steiner: Gunther Kohlmei im Fadenkreuz der Revisionismus-Kampagne, in: UTOPIE kreativ, Heft 33/34 (Juli/August 1993), S. 102-103.

Stellungnahme zum Artikel-Entwurf des Genossen Prof. Gunther Kohlmey*

Thema: »Internationaler Ausgleich des
Wirtschaftsniveaus zwischen den sozialistischen Ländern«

Berlin, den 7.1.1964

1.) Im Artikel werden die Probleme der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit vom Standpunkt des internationalen Ausgleichs des Wirtschaftsniveaus zwischen den sozialistischen Ländern behandelt. Dieser Ausgangspunkt und die damit verbundenen Behandlungen der Probleme ist zu einseitig.

Die Hauptfrage zur Stärkung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems besteht in der den nationalen Bedingungen entsprechenden maximalen Entfaltung der Produktivkräfte eines jeden Landes, verbunden mit dem Kampf um ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau der Produktion und der entsprechenden auf die Schwerpunkte der Entwicklung der Produktivkräfte gerichteten internationalen Zusammenarbeit. Das ist dann auch die Grundlage für einen positiven Ausgleich des Wirtschaftsniveaus.

Diese, von der DDR vertretene Konzeption der Entwicklung der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit spielt im Artikel kaum eine Rolle. Der Artikel beginnt sofort – unter Heranziehung der Moskauer Erklärung 1960 – mit der herausgegriffenen Feststellung, daß die allmähliche Überwindung der historisch bedingten Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau Bedingungen für die erfolgreiche Entwicklung des sozialistischen Welt-Wirtschaftssystems darstellt. Auf Seite 13 heißt es dann nochmals, daß, »wenn wir heute bei uns in der DDR Pläne der neuen Technik ... ausarbeiten, müssen wir ... alle ... mit dem Ausgleichungsprozeß zusammenhängende Struktur und Wachstumsveränderungen einarbeiten.« Auf diese Weise wirkt der Artikel für den in- und ausländischen Leser desorientierend, und es entsteht die Frage, worin nun eigentlich die Konzeption der DDR besteht.

Es ist deshalb nicht richtig, einen Artikel als einzigen DDR-Artikel mit einem solchen Thema und in einer solchen Art und Weise der Behandlung der Probleme zu veröffentlichen.

2.) Der Verfasser bleibt im Grunde genommen seiner eigenen Themenstellung nicht treu, indem er die Frage nach dem Maßstab der Angleichung des

* Die Wiedergabe des Dokuments folgt Helmut Steiner: Gunther Kohlmey im Fadenkreuz der Revisionismus-Kampagne, in: UTOPIE kreativ, Heft 33/34 (Juli/August 1993), S. 103-105.

internationalen Entwicklungsniveaus unbeantwortet läßt. Statt dessen schreibt er über eine ganze Reihe von Fragen der unmittelbaren Organisation der internationalen Zusammenarbeit, wobei er hier die notwendige Verbindung mit der Konzeption der DDR vermissen läßt.

3.) Der Artikel wird nicht einmal bei denen Zustimmung finden, die in der Praxis die Frage des Ausgleichs einseitig stellen. Sie können sich durch Formulierungen, wie »Produktionszuwachs in starkem Maße durch Arbeitskräftezuwachs erreicht« (Seite 11), »die bisher weniger entwickelten Länder haben wahrscheinlich zuviel Produktion auf einmal aufgebaut« (Seite 12), angegriffen fühlen.

Auf Seite 23 wird den »schon stärker entwickelten Ländern« die Aufgabe gestellt, Qualität und Kosten der Produktion weiter zu verbessern.

Dieses Ziel wird nicht eindeutig auch für die übrigen Länder formuliert.

4.) Es wird immer allgemein von »entwickelten Industrieländern« und »weniger entwickelten Industrieländern« gesprochen. Die Rolle der Sowjetunion wird nicht eindeutig hervorgehoben. Es heißt z. B. auf Seite 12 »... während die schon länger industrialisierten Volkswirtschaften (darunter muß auch die Sowjetunion verstanden werden) einen Teil ihrer Produktion (und damit auch des Außenhandels) nicht konsequent genug auf die sich entwickelnden neuen Bedarfs-, Produktions- und Außenhandelsstrukturen der anderen sozialistischen Partner umgestellt haben.« (Seite 12). Diese Feststellung ist auch für die DDR im wesentlichen falsch.

Oder an anderer Stelle wird die Feststellung getroffen, daß im sowjetischen Export der Anteil der Industriewaren, besonders der Produktionsinstrumente, erhöht werden soll. Bisher hätten Nahrungsmittel, Roh- und Brennstoffe den überwiegenden Anteil.

So in den Raum gestellt, geht diese Feststellung an den ungeheuren Anstrengungen vorbei, die in der Sowjetunion gerade in bezug auf die Errichtung neuer Anlagen in anderen Ländern unternommen hat.

5.) Obwohl einige gute Gedanken geäußert werden, ist, auch von den beschriebenen Mängeln abgesehen, die wissenschaftliche Substanz zu einzelnen theoretischen Problemen zu gering und anfechtbar.

So wird die Entwicklung des Industrieniveaus der sogenannten »Entwicklungsländer« im kapitalistischen Weltsystem nur vom Standpunkt der Beziehungen zu den imperialistischen Ländern gesehen und der Einfluß des sozialistischen Weltsystems in der Untersuchung vernachlässigt. Bezeichnend sind auch solche wenig durchdachte Feststellungen, wie in der Richtung, daß keine sozialistische Volkswirtschaft Produktion mit niedrigen Stückzahlen aufnehmen solle (Seite 8).

Schlußfolgerungen

1.) Der Artikel sollte nicht veröffentlicht werden. Eine kurzfristige Überarbeitung durch den Autor wird aufgrund der ganzen falschen Anlage als für nicht möglich erachtet.

2.) Da die Gefahr besteht, daß in dem internationalen Sonderheft, für welches der Artikel vorgesehen war, kein DDR-Beitrag erscheint, (alle anderen liefern, nur die Rumänen nicht) müssen sofort von der Redaktion mit Unterstützung der Abteilung Wissenschaft Maßnahmen für die Lieferung eines brauchbaren DDR-Artikels getroffen werden.

Es sollte geprüft werden, inwieweit andere brauchbare Manuskripte vorliegen oder Arbeitsmaterialien verwendet werden können.

Je nach der gesamten Anlage des Sonderheftes ist es evtl. auch möglich, eine ganz spezielle Einzelfrage zu behandeln. Anregungen für Themen ergeben sich auch aus dem Artikel des Genossen LEUSCHNER in der Einheit, Heft 9/63.

3) Offensichtlich ist die Vorbereitung eines DDR-Artikels für ein internationales Sonderheft zu Fragen RGW von den verantwortlichen Genossen der Redaktion »Wirtschaftswissenschaft« leichtfertig in Angriff genommen worden. Dies ist um so schwerwiegender, da nach der Kritik der ideologischen Kommission an dem Artikel von Huber aller Anlaß bestand, größte Sorgfalt in der Ausarbeitung solcher Artikel an den Tag zu legen. Hinzu kommt, daß das so gewählte Thema des vorliegenden Artikels im Grunde genommen mit dem Thema des Huber-Artikels korrespondiert. Auch Huber schrieb über die Fragen der Angleichung des Entwicklungsniveaus in Verbindung mit der Anwendung von Kennziffern zu seiner Bestimmung.

Die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Sonderheftes aufgetretenen Tatsachen lassen die Schlußfolgerung zu, daß offensichtlich die bisher geäußerten Kritiken nicht verstanden worden sind.

WOLFRAM ADOLPHI

**Rede zur Beisetzung von Gunther Kohlmey am 28. Januar 2000
auf dem Friedhof der Evangelischen Segensgemeinde
in Berlin-Weißensee, Gustav-Adolf-Straße**

Liebe Gerda,
liebe Eva, lieber Manfred,
liebe Catrin – und lieber Stefan –, lieber Till – und liebe Elke –,
liebe Freunde und Genossen,

wir nehmen Abschied von Gunther Kohlmey.

In des Teufels Wirtshaus randalieren müsse man jetzt, und er wolle dabei sein, hat er – einen Gedanken von Ernst Bloch aufnehmend – in einem Artikel geschrieben im Herbst 1993. Es ist ihm zum Randalieren nicht mehr viel Zeit geblieben. Zwei Jahre später – im Oktober 1995 – schlug ihm ein Schlaganfall seine wichtigsten Streitgeräte – Stift und Schreibmaschine – für immer aus der Hand. Nur noch im Bett liegen konnte er seither, selbst das Lesen war ihm verwehrt, und das Sprechen bereitete ihm Mühe. Aber sein Geist, seine Wißbegier und seine Freude am anspruchsvoll-erfüllenden Gespräch blieben wach. Und seine Liebe. Und seine Zärtlichkeit. Bis zum 25. Dezember 1999. Da ist er eingeschlafen. Ganz still.

Wir haben uns nicht lange gekannt, Gunther Kohlmey und ich. Aber wie glücklich und wie bewußt wir uns gekannt haben! Was eine Erklärung vielleicht darin findet, daß wir, als wir im November 1992 zusammentrafen, uns beide an einem Neuanfang befanden.

Nun ist ein solcher Neuanfang in jenen Jahren für einen in den Vierzigern weiß Gott nichts Besonderes gewesen. Aber daß auch er, der Achtzigjährige, ihn in Angriff nahm! Und nicht allein, nicht still am Schreibtisch, sondern im öffentlichen Disput, in zielstrebig wiedergewonnener wissenschaftlicher Zusammenarbeit! Es muß, wer solches vermag, wahrlich aus einem besonderen Holz geschnitzt sein.

Das Unternehmen, dem sich Professor Doktor Gunther Kohlmey im November 1992 zum Zwecke des »Randalierens in des Teufels Wirtshaus« verschrieb, war der »Förderverein Konkrete Utopien« mit seiner Zeitschrift »UTOPIE kreativ«, die den Untertitel »Diskussion sozialistischer Alternativen« trägt. Die Redaktion der Zeitschrift, nach einigem Anfangserfolg in einer Krise steckend, hatte ihn gerufen, und er hatte zugesagt. Mit nicht überschäu-

mender, wohl aber drängender und herausfordernder Freude. Der Zeitschrift wollte er helfen – und im Schreiben und Handeln auch sich selbst. Denn auch er hatte – wie wir aus Briefen wissen – 1990/91 »eine schlimme Zeit«. »Ich lernte«, schrieb er 1993 rückblickend, »zu begreifen, daß mein holpriger Weg vom Dogmatiker zum demokratischen Sozialisten gut und richtig, aber nicht hinreichend war. Ich mußte erkennen, daß unsere Systeme nicht nur wegen der Volksfremdheit, der Verbrechen etc., sondern kraft der Logik innerer Widersprüche implodieren mußten.«

Und fügte mit ungeheurer Nüchternheit hinzu: »Da sind wir noch gut bei weggekommen.«

Aber nun – beendete er diesen Brief – »geht's um die ›konkrete Utopie‹ à la Bloch (den ich seit den 50er Jahren so schätze). Das Schwierigste«, habe der immer wieder geschrieben, »sind die Vermittlungen, die Zwischenzeiten, ist die revolutionäre Tagesarbeit auf dem Weg zum Ziel, mag dieser Weg auch lang oder gar unendlich sein. Und so helfe ich ... noch ein wenig mit.«

In diesem »Ein-wenig-Mithelfen« hat er uns von der Redaktion einfach »auf den Haken genommen« – mit so viel Lust an Streit und Debatte, so viel nach Gedrucktwerten drängender Gedankenfülle und so viel Kraft für wissenschaftsbeförderndes Engagement, daß an ein Aufgeben von da an nicht mehr zu denken war.

Wie wird einer so, daß er am Beginn seines neunten Lebensjahrzehnts es nicht bei der rückschauenden Bilanz beläßt, sondern noch einmal Neues in Angriff nimmt? Vom Vereinsnamen »Konkrete Utopien« schreibt, daß er für ihn »keine angedeutete Flucht in die Illusion, sondern ein Arbeitsprogramm« ist? Das so lange beackerte Feld Wirtschaftswissenschaft über dessen Grenzen hinaus bestellt und unter der Überschrift »Ethnische Selbstbestimmung und Globalität« einen ersten Grundriß für die ausführliche Auseinandersetzung mit dem Begriff der »Neuen Weltordnung« ausarbeitet?

Ich glaube, es ist ein sehr kulturvolles Selbstbewußtsein, das Gunther Kohlmey, geboren am 27. Juli 1913 in Berlin, Sohn einer Lehrerfamilie, Absolvent der Rheingau-Schule in Berlin-Friedenau, durch sein Leben getragen hat. Das Selbstbewußtsein des citoyen: nicht auftrumpfend, aber nachdrücklich; Belesenheit und Selbsterfahrenes bedachtsam miteinander verbindend und zugleich an Scheidewegen rückhaltlos in die Waagschale werfend.

Am für sein Leben wichtigsten dieser Scheidewege stand er nicht einfach, sondern er hat ihn zielstrebig gesucht. So unauslöschlich tief hat sich das Ereignis eingepreßt, daß er – obwohl ihm der Schlaganfall so vieles andere an formulierbarer Erinnerung entrisen hatte – bis zuletzt mit minutiöser Genauigkeit davon erzählen konnte: vom Wechsel der Fronten am Kuban im Jahre 1943.

Dieses Überlaufen von der deutschen auf die sowjetische Seite – es hat sich in ihm lange vorbereitet. Nicht in äußerlich erkennbarer Form, aber in seinem Innersten. Das Wissen, das er zusammentrug in seinem Studium der Volkswirtschaft – die im Abschlußzeugnis vom 19. Mai 1936 erwähnte Hausarbeit trug den Titel »Die Wandlungen in der Richtung und Zusammensetzung des deutschen Außenhandels seit dem Kriege und ihre Gründe«, seine Dissertation aus dem Jahre 1939 beschäftigte sich mit der Industrialisierung Britisch-Indiens und Argentinien –; sein Bekanntwerden mit Marxschem Gedankengut schon in den Jahren vor 1933; die Erfahrungen eines Volontariats an der Schöneberg-Friedenauer Bank 1934 und als Hilfsarbeiter an der Börse in der Burgstraße 1936/37 – all das ließ ihn die Verhältnisse entschieden kritisch beurteilen und gab ihm zusammen mit lange geübter Eigenverantwortung die Kraft, jenen Frontentschluß zu fassen, den er sich ganz und gar auf die eigenen Schultern laden mußte. Die Zeit, die es dann um Leben und Tod ging, maß nach Wochen. Erst drohte vernichtende Gefahr von der deutschen, dann – weil das Überlaufen eines Leutnants alles andere als eine Alltäglichkeit war – bis zur Ausräumung aller Zweifel von der sowjetischen Seite.

Die Entscheidung zum Frontwechsel brachte den wissenschaftlichen Assistenten der Berliner Universität Dr. Gunther Kohlmey auf völlig neue Weise die Rolle eines Lehrenden – nun an der Zentralen Antifaschule im sowjetischen Krasnogorsk. Bis 1947 dauerte diese Zeit. Sie prägte sein weiteres Leben tief. Und zeugte Freundschaften, die ein halbes Jahrhundert hielten. Ein Briefwechsel mit zwei anderen Krasnogorskern – mit Siegfried Dallmann und Günter Feudel – aus den Jahren 1993/94 legt davon beredtes Zeugnis ab.

Als er Ende 1947 nach Deutschland – in die Sowjetische Besatzungszone – zurückkehrte, erwarteten ihn Aufgaben von ungewöhnlicher Dimension. Nach wenigen Monaten als Wirtschaftsredakteur in der »Berliner Zeitung« wurde er im August 1948 – gerade 35 Jahre alt geworden – Dozent und Dekan für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Verwaltungsakademie Forst Zinna, 1953 Gründer und Chefredakteur der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« und im gleichen Jahr auch Gründer und Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften. 1955 ehrte ihn die DDR für seine Leistungen mit dem Nationalpreis.

Das war insofern erstaunlich, als Gunther Kohlmey auch in all diesen Funktionen von seinem eigenständigen, unangepaßten Denken nicht gelassen hat. Es wäre ihm nicht recht, unternähme man den Versuch, daraus Legenden zu weben – aber gesagt werden muß es schon: Bereits 1953 hätte genau dieses eigenständigen Denkens wegen alles auch ganz anders kommen können. Seine Auffassungen vom Markt im Sozialismus kollidierten vehement mit »der Linie« – und wir wissen heute sehr genau, daß da ein »Abweichler« wie er

auch schnell hätte zum Opfer eines Schauprozesses werden können. Er wurde es nicht; die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – der Partei, mit der auch er sich aus tiefster Überzeugung verbunden hatte – stellte die Weichen noch einmal anders. Aber 1957 stempelte sie ihn dann doch zum »Revisionisten« und drängte ihn – wie auch seine Mitstreiter Fritz Behrens, Arne Bernary und andere – aus allen Ämtern.

Es ist eine Aufgabe, die noch vor uns steht: genauer zu erforschen, was der DDR durch Kampagnen wie diese gegen den »Revisionismus« tatsächlich für ein Verlust entstanden ist. Das ist erstens mit dem Blick des Historikers wichtig: Welche Chancen hätte dieses kleinere Deutschland gehabt, wenn es Raum geboten hätte für alternative Konzepte? Und wenn denn die Chancen des Staates am Ende nicht viel größer gewesen wären – um wieviel reicher und selbstbewußter und widerständiger doch wenigstens die sozialistischen Ideen?

Womit wir zweitens in der Gegenwart und Zukunft sind: Was ist damals gedacht und aufgeschrieben worden von Wissenschaftlern wie Gunther Kohlmey, das zum Entwickeln sozialistischer Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung heute unbedingt dazugehört?

Die Bücher Gunther Kohlmeys haben nach dem Verdikt des Jahres 1957 zuweilen seltsame Wege genommen. Irgendwann einmal in den Sechzigern brachte der Postbote ein Buch ins Haus, das keiner zu entziffern vermochte. Erst nach langem Suchen fand sich im Impressum in lateinischen Buchstaben der Name des Autors. Da ahnte dieser, daß es sich um die japanische Übersetzung seines Werkes »Der demokratische Weltmarkt« handeln mußte.

Es war diese internationale Wertschätzung, die Gunther Kohlmey nach den schlimmen Demütigungen im eigenen Land wieder neue Kräfte gab. Ins revolutionäre Kuba riefen sie ihn als Wirtschaftsberater zu einer Zeit, da Che Guevara dort für die Wirtschaft zuständig war. Und die Ungarische Akademie der Wissenschaften ernannte ihn 1979 zu ihrem Ehrenmitglied.

Und es waren die Studentinnen und Studenten. Seit 1961 hat Gunther Kohlmey wieder lehren können – als Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Handels- und Valutabeziehungen an der Hochschule für Ökonomie in Berlin. Ich habe in den siebziger Jahren einen meiner Freunde von ihm schwärmen hören und ahne im Rückblick: Wer dort bei ihm lernte, merkte sehr bald: Da brannte unbeirrt ein wissenschaftliches Feuer, da verstand es einer, junge Leute für marxistisches Denken zu begeistern, da schlug sich einer in die Bresche für mutige, Widersprüche benennende Dissertationen. Und da hat es einer lebenslang als Glück empfunden, gute Schülerinnen und Schüler gehabt zu haben – Christa Luft zum Beispiel, an deren Weg er bis zuletzt voller Hochachtung Anteil nahm.

Warum – bei all dem – sah sich Gunther Kohlmey in den Briefen der Jahre 1993/94 in der Rückschau als »Dogmatiker«? Wo ihn doch andere immer aufs Neue des »Revisionismus« bezichtigten?

Ich glaube, auch das entspricht seiner Kultur des citoyen: das Eigene nüchtern und aller Übertreibung abhold zu betrachten. Er war ja 1964 Ordentliches Akademienmitglied geworden, hatte 1978 trotz des 1968 erneuerten »Revisionismus«-Vorwurfs die Ehrendoktorwürde der Hochschule für Ökonomie verliehen bekommen und auch dem Nationalen Komitee für Wirtschaftswissenschaften der DDR vorgestanden. Eng verbunden also war er geblieben mit der DDR und der SED, um die innere Erneuerung des Landes und der Partei hat er gerungen – und so hat er sich selbst Schranken gesetzt, die ihm erst richtig bewußt geworden sind, als es mit eben diesem Staat und eben dieser Partei längst zu Ende war. Da war die erneute persönliche Krise unvermeidlich – und er hat sie nicht beschönigt.

Liebe Gerda Kohlmey, Du hättest ja Beschönigung auch gar nicht durchgehen lassen. 1950 habt Ihr Euch in Forst Zinna kennengelernt – und dann ein halbes Jahrhundert miteinander gemeistert. Dieses halbe Jahrhundert, in das die ganze DDR hineingehört von ihrem Anfang bis an ihr Ende und in dem sich das Auf und Ab des Guntherschen Weges mit dem kaum weniger stürmischen des Deinigen verband. Wer Euch erlebt hat in den letzten Jahren seines Lebens: Eure Zärtlichkeit, Eure Liebe füreinander – der kann nichts anderes empfinden als ein wundersames Glück. Daß da zwei Starke, zwei so Selbstbewußte so wach sein können für einander und so würdevoll und wunderbar fein auch in der Schwäche.

Liebe Gerda, wir nehmen Abschied von Deinem Mann, liebe Eva Fischer, von Deinem Vater, lieber Manfred Fischer, von Deinem Schwiegervater, liebe Catrin und lieber Till Fischer, von Eurem Großvater. Er hat Euch seine Liebe gegeben, seine Toleranz, seine Güte und die Kraft eines Menschen, der auf bewunderungswürdige Weise seinem Gewissen gefolgt ist. Wir sind dankbar, ihn gekannt zu haben.

Du hast, lieber Gunther Kohlmey, so gern französisch gesprochen. Salut.

e-Mail von Carlos und Olimpia Menendez an die Familie Kohlmeier-Fischer

Montag, 1. Januar 2001

Liebe Freunde,

Ehe das Jahr 2000 zu Ende kommt, ist uns die Möglichkeit gegeben worden, Professor Kohlmeys Andenken eine kleine Ehrung in Kuba zu verleihen. Die 200 UDS, die Sie Pepe in Berlin gegeben haben, wurden von uns für den Kauf von 8 ausgezeichneten Englisch-Spanisch Wörterbüchern zu einem günstigen Preis benutzt. Wir nahmen Kontakt zum Rektor des Institutes für Internationalen Beziehungen, d.h. der Akademie, wo die kubanischen Diplomaten ausgebildet werden, und vereinbarten, die Bücher an diese Institution zu stiften.

Am 22. Dezember fand dort eine festliche Veranstaltung statt, mit Beteiligung von Mitgliedern des Lehrkörpers, Studenten und einen stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Im Laufe dieser Veranstaltung wurden die Wörterbücher formell abgegeben mit folgender Verteilung: eins für jene der drei besten Studenten, drei für die Bibliothek des Institutes, eins für die Sprachabteilung des Institutes, eins für die Bibliothek des MfAA.

Der Rektor hat Prof. Kohlmeier in Kuba im 1966 kennengelernt und erklärte, dass die Bücher im Namen von Prof. K geschenkt wurden. Er erzählte kurz von ihm und sagte, dass gerade in den nächsten Tagen der erste Jahrestag seines Todes stattfinden würde. Wir haben eine kurze Biographie unseres lieben Professors abgegeben und nahmen einige Photos auf. Das alles finden Sie als Attachment.

Der Rector hat uns einen Brief abgegeben, dessen Übersetzung fügen wir hinzu. Es war sehr bedeutungsvoll, dass diese festliche Veranstaltung gerade anlässlich des Lehrtages in Kuba stattgefunden hat und was für ein großer Lehrer Gunther Kohlmeier war!

Liebe Freunde, das ist alles. Hier sind einige Bilder und damit unsere Wünsche für Gesundheit und Wohle für Sie alle im neuen Jahrhundert.

Familie Menéndez Sigarrosa

Bibliographie der Schriften von Gunther Kohlmey

1941

Die Industrialisierung Britisch-Indiens und Argentinien (Dissertation)
Bottrop: 1941. 142 S.

1948

Geld gegen Einheit

Separate Währungsreform in der Doppelzone oder gesamtdeutsche Lösung?
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-10)

Bodenreformdebatte in Südwürttemberg
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-15)

Unterschiedliche Geldentwertungen
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-16)

Das zweite Jahr im vierten Fünfjahrplan
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-21)

Perspektiven hie und da
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-21)

Alleinseligmachende Geldreform?
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-23)

Die Auswirkung der Franc-Abwertung
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-28)

Frankreichs gebundene Hände
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-01-27)

Initiative überwindet Schwierigkeiten
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-02-03)

Haushaltsplan der UdSSR
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-02-06)

Die Gegensätze im Welthandel
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-02-08)

Erneutes Währungsgespräch
Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-02-10)

Die Bank deutscher Länder
(wahrscheinlich) Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-02-28)

Ein Vorläufer des »Kapitals«

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-02-28)

Perspektiven unseres Außenhandels

Berliner Zeitung, Berlin, Sondernummer Leipziger Messe, März 1948

Wichtige Neuerscheinung

Berliner Zeitung, Berlin, Sondernummer Leipziger Messe, März 1948

Vierte Nachkriegsmesse

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-03-03)

Ein Buch verändert die Welt

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-03-12)

Jedem Ländchen sein Währungssystem

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-03-18)

Die chronische Krise des Weltkapitalismus

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-03-26)

Ein Fall von Antikomintern-Ideologie

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-03-28)

Geschäft und Lotteriespiel

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-04-06)

Initiative ohne Konkurrenzkampf

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-04-09)

Zwei Berichte und ein Problem

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-04-15)

Wessen Wünsche vertritt der Wirtschaftsrat

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-04-21)

Währungschaos und Währungsreform

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-05-01)

Anti-Europäische Großraumpolitik

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-05-16)

Verbrauchergenossenschaften in der UdSSR

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-06-18)

Währungsdictat und Diktatkredite

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-06-20)

Wiederaufbau durch Planwirtschaft

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-06-23)

Pensionen ja – aber wie hoch?

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-06-24)

Organisatoren des Chaos in Berlin

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-06-29)

Lettische Wirtschaftsfragen

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-07-03)

Über einige der nächsten Schritte

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-07-14)

Verschiedene Pläne – ähnliche Aufgaben

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-07-23)

Das Mitbestimmungsrecht in der Verfassung

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-08-08)

Europahandel im Dollarkäfig

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-08-12)

Die Welt-Handelsbeziehungen

Berliner Zeitung, Berlin, Messe-Sondernummer, Ende August 1948

Verwirrung um die Planwirtschaft

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-09-22)

Weltbank tagt in Washington

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-09-30)

Hochschule für Verwaltung und Wirtschaft

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-10-12)

Studien zum Imperialismus

Berliner Zeitung, Berlin 4(1948-12-30)

Für Frieden und Wohlstand. Die tschechoslowakischen Wirtschaftspläne /
Vorwort

Berlin: Historisches Kabinett 1948. 127 S. (Dokumente der Gegenwart)

1949

Kampf um die Verwirklichung

Berliner Zeitung, Berlin 5(1949-01-01)

Der zweite Band

Berliner Zeitung, Berlin 5(1949-01-19)

Wirtschaft und Verwaltung

Der demokratische Aufbau (1949) Februar

Ein Jahr deutsche Verwaltungsakademie
Die Wirtschaft, Berlin 4(1949)19, S. 673-674

Stalin und die Planung der Volkswirtschaft
Die Wirtschaft, Berlin 4(1949)22, S. 797.-799

Die kapitalistische Produktion
Berliner Zeitung, Berlin 5(1949-12-18)

1950

Kapitalistischer Konkurrenzkampf und sozialistischer Wettbewerb
Die Arbeit, Berlin 4(1950)2, S. 62-65

Leitende Betriebsfunktionäre an die Verwaltungsakademie
Der Volksbetrieb, Berlin 3(1950)3, S. 75-76

Kritische Betrachtungen zur Zeitschrift »Die Arbeit«
Die Arbeit Berlin 4(1950)4, S. 179

Rentabilitätsgesetz und Direktorfonds in der Sowjetunion
Der Volksbetrieb, Berlin 3(1950)5, S. 146-147

Senkung der Preise – Festigung des Rubels
Neuer Weg, Berlin (1950)7, S. 26-27

Die Grundlagen der Politischen Ökonomie des Sozialismus durch Lenin
Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin 4(1950)8, S. 352-357

Gewerkschaft und Staatsbewußtsein
Die Arbeit, Berlin 4(1950)8, S. 359

Karl Marx – Friedrich Engels, Briefwechsel
Die Arbeit, Berlin 4(1950)11, S. 541-542

Sozialistischer Industrieaufbau in den Volksdemokratien
Der Volksbetrieb, Berlin 3(1950)12, S. 339-340

Karl Marx – Friedrich Engels, Briefwechsel
Die Arbeit, Berlin 4(1950)12, S. 590-591

1951

Die Begründung der Politischen Ökonomie durch Lenin und Stalin
Die Arbeit, Berlin 5(1951)1, S. 34-37

Die Vorbereitung der sozialistischen Produktionsweise und die Übergangswirtschaft
Die Arbeit, Berlin 5(1951)2, S.82-85

Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und Eigentum im Sozialismus
Die Arbeit, Berlin 5(1951)3, S. 125-128

Hochschulausbildung für den Außenhandel
Der Außenhandel, Berlin 1(1951)4, S. 122-123

Das sozialistische Eigentum
Die Arbeit, Berlin 5(1951)5, S. 227-230

Unsere Wirtschaftspolitik theoretisch begründen!
Neues Deutschland, Berlin 6(1951-09-15)

Für einen konsequent marxistischen Unterricht
in der Politischen Ökonomie / E. Altmann,
A. Lemnitz, R. Naumann
Einheit, Berlin 6(1951)10, S. 624-635

Politische Ökonomie des Sozialismus: Die Sozialistische Organisation der
gesellschaftlichen Arbeit (I)
Die Arbeit, Berlin 5(1951)12, S. 619-622

Die Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus
Einheit, Berlin 6(1951)16, S. 1171-1183

Der Volkseigene Großhandel im Reproduktionsprozeß
Handel, Berlin 1 (1951)2, S. 35-37; H. 3, S. 68-70; H. 4, S. 99-101;
H. 5, S. 136-138; H. 7, S. 202-204; H. 8, S. 234-236; H. 9, S. 268-271

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sozialistischer Nationen
Die Wirtschaft, Berlin 6(1951-12-21)

Vorwort zu einer Sammlung von Übersetzungen aus dem Russischen:
»Über einige Fragen der Politischen Ökonomie des Sozialismus«
Berlin 1951

1952

Einführung in das Studium der neuen Arbeit J.W.Stalins
»Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR«
Wissenschaftliche Beilage des Forum, Berlin (1952)

Eine Einführung in die Politische Ökonomie des Sozialismus
Wiss. Zeitschrift der Deutschen Verwaltungs- Akademie »Walter Ulbricht«,
Forst Zinna (1952)2, S. 7-21

Politische Ökonomie des Sozialismus: Die sozialistische Organisation der
gesellschaftlichen Arbeit (II)
Die Arbeit, Berlin 6(1952)2, S. 85-88; H. 3, S. 144-147

Das Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels

Die Arbeit, Berlin 6(1952)7, S. 45-460

Was man mit dem Geld alles machen kann

Märkische Volksstimme, Potsdam (1952-10-07)

Über einige Fragen der Politischen Ökonomie des Sozialismus, Vorwort

2. veränderte Auflage, Schriftenreihe Die Arbeit, Heft 4,

Berlin: 1952, S. 3-9

Der Aufbau der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den

Volksdemokratien Ost und Südosteuropas

Die Arbeit, Berlin 4(1952)10, S. 712-722

J. W. Stalins Werk »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der

UdSSR«-ein neuer genialer Beitrag zur Weiterentwicklung des

Marxismus-Leninismus

Einheit, Berlin 7(1952) Sonderheft November, S. 1193-1200

Das sozialistische Finanzsystem

Vorlesung im Haus der Kultur der Sowjetunion zu Berlin

Berlin: Verlag Kultur u. Fortschritt 1952. 50 S.

1953

Kraft und Erkenntnis aus Stalins Werken!

Tägliche Rundschau, Berlin 9(1953-03-21)

Über den neuen Kurs unserer Regierung und einige vordringliche

Aufgaben der Wirtschaftswissenschaftler / und Redaktionskollegium

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1(1953)2, S. 105-113

Der Kampf um die Hebung des Wohlstandes in den Ländern der Demokratie

und des Sozialismus / und Redaktionskollegium

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1(1953)3, S. 209-226

Revolutionär der ökonomischen Wissenschaft. »Das Kapital« –

Lebenswerk von Karl Marx. Wie das Bewegungsgesetz der

kapitalistischen Produktionsweise entdeckt wurde

Berliner Zeitung, Berlin 9(1953-05-05)

Eine Revolutionierung der ökonomischen Wissenschaft.

Die ökonomische Lehre von Karl Marx

Junge Welt, Berlin (B) 7(1953-05-22)

Die sozialistische Industrialisierung in den europäischen Ländern der Volksdemokratie

Der Außenhandel, Berlin 3(1953)12, S. 271-273; H. 13, S. 295-296

Die sozialistische Umgestaltung des Dorfes in den ost- und südosteuropäischen Ländern der Volksdemokratie

Der Außenhandel, Berlin 3(1953)17, S. 389-391; 19, S. 438-440

Verschärfter Kampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt

Die Wirtschaft, Berlin 8(1953)19, S. 11

1954

Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis

Die Wirtschaft, Berlin 9(1954-02-24)

Eine neue Entwicklungsetappe der sozialistischen Volkswissenschaft der UdSSR

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 2(1954)2, S. 154-169

Von Ferdinand Fried bis zu Wilhelm Röpke. Rechtfertigung der Unterdrückungs- und Eroberungspolitik

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 2(1954)4, S. 437-447

Wissenschaft und Leben

Wirtschaftswissenschaft, Berlin (1954)5, S. 465-475

Wieder Großraum«theorien» der deutschen Imperialisten

Neues Deutschland, Berlin 9(1954-05-13)

Entscheidung zwischen Rüstungs- und Friedenswirtschaft

Tägliche Rundschau, Berlin 10(1954-06-24)

Wovon hängt das Wirken des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus ab?

Neues Deutschland, Berlin 9(1954-08-03)

Ein Jahr neue Entwicklungsetappe der Volkswirtschaft der UdSSR

Neues Deutschland, Berlin 9(1954-08-08)

Über Aufgaben und Planung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeit

Berlin: Akademie-Verlag 1954, S. 819-823

Sonderdruck aus: Wissenschaftliche Annalen, 3(1954)12

Die Bedeutung des Lehrbuches »Politische Ökonomie«

Neues Deutschland, Berlin 9(1954-12-14)

1955

Die abstrakt-allgemeinen und die konkret-historischen Bedingungen des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 3(1955)4, S. 574-585

Anstehende Aufgaben der deutschen marxistischen Ökonomen auf dem Gebiet Geldtheorie

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 3(1955)5, S. 741-751

Der demokratische Weltmarkt. Entstehung, Merkmale und Bedeutung für den sozialistischen Aufbau

Berlin: Die Wirtschaft 1955. 343 S.

(Ins Japanische und Chinesische übersetzt)

Diskussionsbeitrag über »Geldsystem und Geldumlauf in der Deutschen Demokratischen Republik« auf der theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14. März 1955 zu dem Thema: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik Berlin: Akademie-Verlag 1955, S. 7 (Eröffnungsansprache); S. 106-113; S. 248 (Schlußansprache) (Schriften Institut für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 4/1955)

Einige Probleme des Geldsystems und des Bargeldumlaufs in der DDR(Referat auf der Theoretischen Tagung des Instituts für Wirtschaftswissenschaften im März 1955)

Dt. Finanzwirtschaft, Berlin (1955)8, S. 317-318; S. 320-321

Grundlagen und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder des sozialistischen Lagers

Einheit, Berlin 10(1955)6, S. 574-585

Das Lehrbuch »Politische Ökonomie«

Staat u. Recht, Berlin 4(1955)3, S. 495-506

Die nächsten Aufgaben in der Wirtschaftswissenschaft (Die erste Tagung des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften)

Tägliche Rundschau, Berlin 11(1955-04-01)

Die Wirtschaft der DDR im Übergang zum Sozialismus.

Zur bevorstehenden theoretischen Konferenz über Probleme der Ökonomik der Übergangsperiode

Neues Deutschland, Ausg. B, Berlin 10(1955-03-04)

Der Warschauer Vertrag und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker Europas

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 3(1955)4, S. 449-458

Geldfragen nicht nur Sache des Hauptbuchhalters

Neues Deutschland, Berlin 10(1955-11-22)

1956

Reproduktionsprozeß und Geldbewegungen (Im 2. Teil über den apologetischen Charakter der imperialistischen Wirtschaftslehren)

Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin (1956)1, S. 16-19; 2, S. 54-55

Vier Grundfragen der Geldtheorie

Wissenschaftliche Annalen (1956)4, S. 217-248

Geld und Kredit, Berlin 1(1956)1

(auch auf Bulgarisch)

Ökonomische Probleme Westdeutschlands (Zu der wiss. Tagung über Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft in Westdeutschland des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Januar 1956)

Neues Deutschland, Berlin 11(1956-01-26)

Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwirtschaftler

Geld und Kredit, Berlin 1(1956)3, S. 183-188

Bankensystem und Geldumlauf in der Deutschen Demokratischen Republik, 1945-1955. Gesetzessammlung und Einführung/Ch. Dewey

Berlin: Die Wirtschaft 1956. 592 S.

Bedingungen, Formen und Abschnitte unseres Weges zum Sozialismus (26 Thesen)

Einheit, Berlin 11(1956)9, S. 883-897

Beratung über einige Geldprobleme in der DDR, veranst. v. Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 30. und 31. Oktober 1956 (Aus den Referaten von Gunther Kohlmeier, Alfred Lemnitz, Walther Heinicke u. Diskussionsbeitr.)

Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin (1956)24, S. 1158-1176

Die Bestimmung und Gewährleistung eines ökonomisch richtigen Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik (gekürzte Wiedergabe des Referats auf der Geldkonferenz des Instituts)

Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin (1956)24

Über das Buch von J. A. Kronrod »Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft« / Rezension

Geld und Kredit, Berlin 1(1956)2, S. 87-115; S. 167-174; 3, S. 200-215

Diskussionsbeitrag auf der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 24.-30. März 1956

Berlin: Dietz Verlag 1956, S. 291-299

Èkonomika Germanskoj demokraticeskoj republiki na poroge
vtorogo pjatiletnego plana
(Die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik an der Schwelle
des zweiten Fünfjahrplanes)

Vopr. Èkon., Moskva (1956)11, S. 45-58

Eröffnungs- und Schlußansprache auf der Konferenz des Instituts für
Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der
Wissenschaften zu Berlin v. 26.-29. Januar 1956 zu dem Thema:
Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft in Westdeutschland
Berlin: Akademie-Verlag 1956, S. 7-8; 233

(Schriften Institut für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 5/1956)

Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertge-
setzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus
Wirtschaftswissenschaft, Berlin 4(1956)3, S. 445-463

Geld und Kredit. Wiss. Bulletin des Instituts für Wirtschaftswissenschaften
bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin /Herausgeber:
Jahrgang 1-4, (1956-1959)

Das Geldsystem der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin: Akademie-Verlag 1956. 183 S.

(Schriften Institut für Wirtschaftswissenschaften, H. 1)

Einige Grundprobleme der marxistischen Geldtheorie
Nachrichten der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften,
Serie Ökonomie und Recht (1956)3-4

Nekterè otàzky plànovitèho vyuzivàni forem hodnoty a zàkona
hodnoty v období prechodu k socialismu

(Einige Probleme der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des
Wertgesetzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus)

Politická Ekonomie, Praha 4(1956)4, S. 249-264

O niektorych otàzkach penaznèho systèmu nemeckej
demokratickej republiky

(Über einige Grundprobleme des Geldsystems der Deutschen
Demokratischen Republik)

Ekonomický Casopis, Bratislava 4(1956)5, S. 423-438

Zur ökonomischen Struktur der DDR. Das Statistische Jahrbuch der DDR
dokumentiert unsere Erfolge und Aufgaben

Die Wirtschaft, Berlin 11(1956)44 v. 1.11., S. 5

Zur Systematisierung der heutigen bürgerlichen Geld- und Kredittheorien
Geld und Kredit, 1(1956)4

Die Übergangsperiode vom Kapitalismus Sozialismus

Berlin: Dietz Verlag 1956. 43 S.

(Bibliothek des Propagandisten. Die DDR und Westdeutschland, H. 1)

1957

Entwicklungsprobleme des sozialistischen Weltwirtschaftssystems

Der Außenhandel, Berlin (1957)1, S. 16-18 I

Marx e lo sviluppo economico

Marx und die wirtschaftliche Entwicklung / V. Vitello; K. Nehls (Bearbeiter)

Berlin: Akademie-Verlag 1957. 33 S.

(Institut für Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftswissenschaftliche
Informationen, 2)

Original erschien in: Società, Roma 12(1956)5

Währung und Banken in Afrika und Indien (Rezension)

Geld und Kredit, Berlin 2(1957)3, S. 252-258

Die Oktoberrevolution als Beginn der Übergangsperiode
des Weltwirtschaftssystems

Ekonomicky Casopis, Bratislava (1957)6

Oktoberrevolution und Weltwirtschaft

Deutsche Außenpolitik, Berlin (1957)11, S. 941-948

Internationale Zusammenarbeit marxistischer Wirtschaftswissenschaftler

Neues Deutschland, Berlin 12(1957-12-29)

Die Rolle der Industrie und des Außenhandels der DDR im sozialistischen
Weltwirtschaftssystem In: Probleme des sozialistischen Weltwirtschaftssy-
stems (Sammelband des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissen-
schaften der UdSSR)

Moskau: Gosplanizdat 1957, S. 213-250

1958

Spaltungsdisproportionen und Außenhandel Beitrag zu einer
statistisch-ökonomischen Analyse

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 6(1958)1, S. 51-73

Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, Berlin (1958)4/5. 90 S.

Übers. (gek.) Etud. ècon., Paris (1958)110/111

Entwicklungsprobleme des sozialistischen Weltwirtschaftssystems

Berlin: Akademie- Verlag 1958. 88 S.

(Schriften Institut für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 7)

Der XXI. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der
Wirtschaftswissenschaft

Mitteilungsblatt der DAW, Berlin (1958)2

Über politische und wissenschaftliche Verantwortung in der marxistischen
wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeit – eine Stellungnahme

(einschließlich der Antwort des Redaktionskollegiums:

Ein Schritt vorwärts – zur Stellungnahme Prof. Dr. Kohlmeys)

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 6(1958)2, S. 367-370

Über gewerkschaftliche Aufgaben in den
gesellschaftswissenschaftlichen Instituten

Mitteilungsblatt der DAW, Berlin (1958)4

Die ökonomische Stärke des sozialistischen Lagers

Lehrmaterial der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse

(Thesen und Material) / J. Keil

Berlin: o. V. 1958. 31 S.

Osobennosti razvitiia promyslennosti i vnesneëkonomiceskich svjazej GDR

Die Besonderheiten der Entwicklung der Industrie und der Außenwirt-
schaftsbeziehungen der DDR

Vopr. Ėkon., Moskva (1958)5, S. 74-86

Währung, Finanzen und Kredit

Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin (1958)15, S. 237-242

1959

Hans Hellwig: »Kreditschöpfung und Kreditvermittlung. Untersuchungen
über den modernen Inflationismus« / Rezension

Deutsche Literaturzeitung, Berlin 80(1959)7/8, S. 725-726

Zu einigen Fragen des Erkenntnisprozesses der marxistischen politischen
Ökonomie

Berlin: Akademie-Verlag 1959, S. 66-127

(Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 2 Jahrbuch Institut für Wirtschafts-
wissenschaften)

Vorwort zur deutschen Übersetzung von M. H. Dobb:

»Über die ökonomische Theorie und den Sozialismus«

Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, Berlin (1959)14/15, S. I-VIII

1960

Über die äußeren Funktionen des Außenhandelsmonopols

Der Außenhandel, Berlin 11(1960)2, S. 16-18

Problemi podele rada mejdu zemljama clanicama SEV-a

Probleme der Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsländern des RGW

Spolnjopoliticka Dokumentacija, Belgrad (1960)7

(Konferenz in Prag am 15./16.12.1959)

1961

Anteil des Eisenbahntransports gestiegen

Der Außenhandel, Berlin 11(1961)15, S. 11

Sozialistische internationale Wirtschaftszusammenarbeit und Außenhandel

Der Außenhandel, Berlin 11(1961)17/18, S. 35-37

Der Anteil der beiden Weltsysteme am internationalen Handel

Der Außenhandel, Berlin 11(1961)19, S. 26-27; 29-31

Der Umfang des sowjetischen Außenhandels in Preisen und Mengen

Der Außenhandel, Berlin 11(1961)21, S. 17-18

Das Debakel der antisozialistischen und antimarxistischen Konzeption von der Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus

In: Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie

Protokoll der Internationalen Konferenz des Instituts für

Wirtschaftswissenschaften

Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 273-285

Internationale sozialistische Arbeitsteilung und Perspektivplanung

Vollständiges Protokoll des Seminars »Internationale sozialistische Arbeitsteilung und Perspektivplanung« des internationalen Symposiums zu Fragen der Perspektivplanung, 27.09.-1.10.1960 an der Hochschule für Ökonomie

Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1961. 134 S.

(Schriftenreihe sozialistische Weltwirtschaft)

Der sozialistische Anteil am Welthandel

Zum Problem der Rolle und Entwicklung des Außenhandels in der kapitalistischen und in der sozialistischen Produktionsweise

Berlin: Akademie-Verlag 1961, S. 57-123

(Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 4, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften)

1962

Außenhandelsprobleme der RGW-Länder

Sozialistische Planwirtschaft, Berlin 3(1962)8/9, S. 34-40

Gosp. plan., Warszawa 17(1962)8, S. 53-60

Közgazdasági Szemle, Budapest 9(1962)8, S. 980-993

Plan. Hosp., Praha 15(1962)8, S. 64-73

Plan. Choz., Moskva 39(1962)8, S.80-84

Spolnjopoliticka Dokumentacija, Beograd (1962)6

Dokument einer neuen Entwicklungsstufe.

Über einige Probleme der internationalen sozialistischen

Wirtschaftszusammenarbeit (Interview)

Die Wirtschaft, Berlin 17(1962)28 vom 11.7., S. 15

Der Handels- und Zahlungsverkehr der DDR mit den sozialistischen Staaten

4. Thema: Die Geldbeziehungen der DDR mit den sozialistischen Staaten.

Lehrbrief der Hochschule für Ökonomie, Berlin 1962. 35 S.

(Internationaler Handel)

Karl Marx' Theorie von den internationalen Werten mit einigen

Schlußfolgerungen für die Preisbildung im Außenhandel zwischen den sozialistischen Staaten

Berlin: Akademie-Verlag 1962, S. 18-122

(Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 5 / Jahrbuch Institut für Wirtschaftswissenschaften)

Übers. ins Tschechische: Mezinárodní Hodnoty / Lehrmaterial der

Hochschule für Ökonomie und der Parteihochschule der KPC

Wiederabdruck der Seiten 66-77 der Ausgabe des Akademie-Verlages:

Der nichtäquivalente Austausch auf dem heutigen kapitalistischen Weltmarkt

In: W. Bartschi; H.-D. Jacobsen: Kritische Einführung in die Außenhandels-
theorie Reinbek b. Hamburg: Rowohlt-Verlag 1976, S. 155-162

Neue Wege in der Weltwirtschaft

Humanitas (1962)15

Reorganisation et croissance de l' économie en R.D.A.

(Reorganisation und Wachstum der Wirtschaft in der DDR)

Recherches internationales à la Lumière du Marxisme, Paris (1962)30/31, S.
212-242

1963

Gemeinsam zu großen Erfolgen – Internationaler Ausgleich des
Wirtschaftsniveaus der sozialistischen Länder

URANIA Wissen und Leben 26(1963)10, S. 854-857

Neue Aufgaben für die Erforschung der kapitalistischen Wirtschaft
Einheit, Berlin 18(1963)8, S. 58-71

Part du commerce des pays socialistes dans le commerce mondial
(Der Anteil der sozialistischen Länder am Welthandel)

Étud. écon., Paris (1963)145, S. 19-68

(Übers. Artikel aus dem Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften
der DAW, Bd. 4)

Rôle et développement du commerce extérieur dans les modes de
production socialiste et capitaliste

(Rolle und Entwicklung des Außenhandels in der sozialistischen und kapitalistischen Produktionsweise)

Étud. écon., Paris (1963)145, S. 19-67

A világkereskedelmi struktúra néhány fejlődési tendenciája

(Einige Entwicklungstendenzen der Welthandelsstruktur)

Közgazdasági Szemle, Budapest (1963)12, S. 1385-1396

Welthandelsstruktur und sozialistische Wirtschaftsplanung (I)

Außenhandel und innerdeutscher Handel, Berlin 13(1963)12, S. 34-38

Die Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung und
ihre Bedeutung für den Reproduktionsprozeß in der DDR.

Beitr. gesellschaftswiss. Grundstudium. Herausgegeben vom Franz-Mehring-
Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig Teil I (1963)4, S. 42-51; Teil II
(1964)1, S. 37-50

1964

Theoretische Aspekte der Preisschere auf den internationalen Warenmärkten
(Diskussionsbeitrag)

Außenhandel und innerdeutscher Handel, Berlin 14(1964)1, S. 17-22

Welthandelsstruktur und sozialistische Wirtschaftsplanung II

Außenhandel und innerdeutscher Handel, Berlin 14(1964)1, S.32-37

Ausschlaggebend ist die Produktivität – die Wirkung der Preisschere auf
dem kapitalistischen Weltmarkt und ihre sozialökonomischen Ursachen.

Die Wirtschaft, Berlin 19(1964)16 vom 20.4., S. 22-23

Productions dynamiques, structures de l'économie nationale, commerce extérieur socialiste

Problèmes de planification (1964)8, S. 15-36

Internationaler Handel Einführung in die Grundlagen der marxistischen Theorie von der internationalen Arbeitsteilung und vom Weltmarkt Lehrbrief der Hochschule für Ökonomie, Berlin 1964. 60 S.

Zum Problem der Weltmarktpreise, besonders der Schere zwischen den Preisen für Primärerzeugnisse und Fertigwaren / K.-H. Domdey; H. Spiller
In: Gegenwartsprobleme der internationalen Außenhandelsbeziehungen
Berlin: Die Wirtschaft 1964, S. 74-104

(Schriftenreihe Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft, Nr. 6)

Problemas del comercio exterior de los países miembros del CAME
(Probleme des Außenhandels der RGW-Mitgliedsländer)

Trabajos sobre el CAME Publicaciones Económicas, La Habana (1964)

J. Tinbergen: »Shaping the World Economy. Suggestions for an International Economic Policy«

(Entwicklung der Weltwirtschaft. Vorschläge für eine internationale Wirtschaftspolitik)

Der Außenhandel, Berlin 14(1964)7, S. 40-41

Deutsche Literaturzeitung, Berlin 85(1964)6, S. 818-820

Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und sozialistische Wirtschaftsplanung

Berlin: Akademie-Verlag 1964, S. 217-278

(Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 7. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften

(Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, H. 37. 98 S.)

Publikation der Universität Basrah (Irak)

in arabischer Sprache 1964 und 1970

Wirtschaftswachstum und Außenhandel

Die Wirtschaft, Berlin 19(1964)48 vom 23.11., S. 21

(Plenum der Akademie am 8. Oktober 1964)

Charles P. Kindleberger: »Foreign Trade and the National Economy«
(Rezension)

(Außenhandel und nationale Wirtschaft)

Außenhandel, Berlin 14(1964)10, S. 45-46

Deutsche Literaturzeitung, Berlin 86(1965)1, S. 58-60

1965

Eröffnungsansprache auf der internationalen Tagung

»Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie« im Oktober 1964

Berlin: Akademie-Verlag 1965, S. 4-10

(Schriften Institut für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 19)

Foreign Trade Perspectives (Außenhandelsperspektiven)

Cuba Foreign Trade, La Habana (1965)1, S. 27-31 (auch auf Spanisch)

Algunos comentarios sobre el comercio exterior en Cuba y en los países socialistas

(Einige Bemerkungen zum Außenhandel Kubas und der anderen sozialistischen Länder)

Comercio Exterior, La Habana (1965)1/2

Wirtschaftswachstum und Außenhandel

Außenhandel und innerdeutscher Handel, Berlin 15(1965)3, S. 1-7

Übers. ins Amerik.: Economic growth and foreign trade

The American Review of Soviet and Eastern European Foreign Trade, Vol. II, Nr. 3 (1966)5/6

W. A. Schildkrut: »Preisprobleme des kapitalistischen Weltmarktes« (Rezension)

Außenhandel und innerdeutscher Handel, Berlin 15(1965)4, S. 45-46

Nationale Produktivität, dynamische Produktionen, internationale Arbeitsteilung / G. Huber; P. Sydow; K. Morgenstern

(Dem Beitrag liegt ein Vortrag zugrunde, den der Autor am 5.6.1964 auf einem internationalen Kolloquium über »Sozialistische internationale Arbeitsteilung und Außenhandel« gehalten hat)

Berlin: Die Wirtschaft 1965. 167 S.

(Planung und Leitung der Volkswirtschaft, H. 4)

Noch einmal über Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

(Zu Alfred Maizels, Industrial Growth and World Trade, Cambridge: At the University Press 1963)

Außenhandel und innerdeutscher Handel, Berlin 15(1965)5, S.10-14

Pareto – Blick auf einige Probleme aus einem sozialistischen Land

Cahiers Vilfredo Pareto, Genève (1965)5, S. 121-132

(Revue Européenne d'histoire des sciences sociales)

Kuba: Allgemeines, Besonderes, Einzelnes

Deutsche Außenpolitik, Berlin 10(1965)7, S. 811-817

Kubas Wirtschaftsaufbau

Einheit, Berlin 20(1965)9, S. 61-70

Sozialismus, Exportkultur und Zuckerweg – Wirtschafts- und Außenhandelsprobleme Kubas

Außenhandel und innerdeutscher Handel, Berlin 15(1965)11, S. 32-35

A. Maizels: »Industrial Growth and World Trade« (Rezension)

Deutsche Literaturzeitung, Berlin 86(1965)12, S. 1109-1111

Volkswirtschaftliche Strukturpolitik, moderne Produktionen und internationale sozialistische Arbeitsteilung

Berlin: Akademie-Verlag 1965, S. 43-67

(Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 8. Jahrbuch Institut für Wirtschaftswissenschaften)

Vorbemerkung zu: »Wirtschaftsprobleme der kubanischen Revolution«

Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, Berlin (1965)45, S. 5-9

1966

Dos etapas de la economica socialista planificada

(Zwei Etappen der sozialistischen Wirtschaftsplanung)

Comercio Exterior, La Habana (1966)1, S. 15-47

Die Konsumtionssphäre als volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktor

Wirtschaftswissenschaften, Berlin 14(1966)5, S. 788-792

From extensive to intensive economic growth

(Vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum)

Czechoslov. Econ. Papers, Prague (1966)6, S. 23-30

Cuba: Generalidades Particularidades, Detalles. Nuestra industria

(Kuba: Allgemeines, Besonderes, Einzelnes. Unsere Industrie)

Revista economica, La Habana 4(1966)18, S. 33

Productions dynamiques, structures de l' économie nationale, commerce extérieur socialiste

(Dynamische Produktionen, Struktur der nationalen Wirtschaft und sozialistischer Außenhandel)

Problèmes de Planification (1966)8, S. 15-37

Weltwirtschaftsstrukturen und internationale sozialistische Arbeitsteilung

Probleme des Friedens u. des Sozialismus, Berlin 9(1966)6, S. 467-472

F. A. Lutz: »Das Problem des internationalen wirtschaftlichen Gleichgewichts« (Rezension)

Deutsche Literaturzeitung, Berlin 87(1966)11, S. 1014

Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens

Berlin: Akademie-Verlag 1966. 24 S.

(Sitzungsber. der DAW zu Berlin. Klasse für Philosophie. Jg. 1966, Nr. 4)

1967

Zur Entstehung der Theorie von der sozialistischen Wirtschaft

In: Oktoberrevolution und Wissenschaft

Berlin: Akademie-Verlag 1967, S. 27-53

Paul A. Samuelson – Economics / Rezension

Deutsche Literaturzeitung, Berlin 88(1967)5, Spalte 432-435

Karl Marx' Außenhandelstheorie und Probleme der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 15(1967)8, S. 1233-1259

Einheit, Berlin 22(1967)7, S. 871-879

Planen als Regeln und Steuern

Berlin 1967. 49 S.

(Diskussionsbeitrag zur internationalen Konferenz »100 Jahre ‚Das Kapital‘, Erster Band von Karl Marx«, in Berlin vom 17.-19.10.1967, veranstaltet vom Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW)

Einige Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum und Außenhandel

Berlin 1967. 39 S.

(Diskussionsbeitrag zur internationalen Konferenz »100 Jahre ›Das Kapital‹, Erster Band von Karl Marx«, in Berlin vom 17.-19.10.1967, veranstaltet vom Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW)

Po puti soversenstvovanija. Primenenie novoj sistemy planirovanija i rukovodstva vo vnesnej trgovle i v promyslennosti GDR.

Predislovie G. Kol'meja

(Auf dem Weg zur Vervollkommenung. Die Anwendung des neuen Systems der Planung und Leitung im Außenhandel und in der Industrie der DDR.

Einleitung von G. Kohlmei) / N. N. Popov

Moskva: Mezhdun. Otnos. 1967. 206 S.

Wissenschaftlicher Rat für die Außenwirtschaft der DDR

(Redaktionsgespräch mit dem Vorsitzenden Prof. Kohlmei)

Die Wirtschaft, Berlin, 22(1967)50 v. 13.12., S. 7

1968

Planen als Regeln und Steuern

Berlin: Akademie-Verlag 1968, S. 89-121

(Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 11 / Jahrbuch Institut für Wirtschaftswissenschaften)

außerdem in: Wirtschaftsmechanismus des ökonomischen Wachstums.

Bd. II, Hg.: Karl Bichtler, Akademie-Verlag Berlin 1968, S. 41-65

O marxové teorii mezinárodní hodnoty

Praha 1968. 126 S.

Geldtheorie und Außenwirtschaftstheorie, monetäre Planung und Außenwirtschaft,

Sozialistische Außenwirtschaft, Berlin 18(1968)4, S. 10-12

Sonderbeilage »Probleme der Planung des Außenhandels im Sozialismus«

Außenhandelspreise und Wachstumseffekte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der RGW-Länder,

Staat u. Recht, Berlin 17(1968)10, S. 1642-1654

Internationale Werte. Internationaler Handel und Arbeitswerttheorie.

Die universelle Entfaltung des Wertes auf dem Weltmarkt,

Lehrbrief der Hochschule für Ökonomie, Berlin 1968. 42 S.

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen im System von Karl Marx

Spektrum, Berlin 14(1968)7, S. 206-211,

(Karl-Marx-Vorlesung an der DAW)

Sozialismus und Weltmarktpreise / W. Maier,

Berlin: Dietz Verlag 1968. 160 S.

(eingestampft)

P. Sraffa: »Production of Commodities by means of Commodities«

(Warenproduktion mittels Waren), (Hrsg. in dt. Sprache) / H. Behr

Berlin: Akademie-Verlag 1968. 132 S.

Berlin (West): Das Europäische Buch

Studienanleitung zu: Internationale Werte

Lehrbrief der Hochschule für Ökonomie, Berlin 1968. 3 S.

(Internationaler Handel)

Vorwort, S. 7-18

Einige Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Außenhandel,
S. 19-45

Bemerkungen zur Theorie der komparativen Vorteile im Außenhandel,
S. 77-104

In: Außenwirtschaft und Wachstum, Bd. III, Hg.: Gunther Kohlmey,
Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus
und Kapitalismus,

Berlin: Akademie-Verlag 1968. 328 S.

(Schriften Institut für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 30)

1969

Internationale Werte

In: Fachbuch »Internationaler Handel« Kap. 2

(Internationale ökonomische Beziehungen)

Lehrbrief der Hochschule für Ökonomie, Berlin 1969. 63 S.

1970

Lenins Lehre über die internationale Arbeitsteilung

Technische Gemeinschaft, Berlin 18(1970)5, S. 14-16.

Antagonismen der kapitalistischen Internationalisierung des
Wirtschaftslebens, Sozialistische Außenwirtschaft, Berlin (1970)9, S. 32-39

Friedrich Engels über Freihandel und Schutzzoll.

Zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels am 28.11.1970

und zu seinem 75. Todestag am 5. 8. 1970,

Berlin: Akademie-Verlag 1970, S. 63-105

(Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 13, Jahrbuch Institut
für Wirtschaftswissenschaften)

Friedrich Engels über kapitalistische Handelspolitik

Sozialistische Außenwirtschaft, Berlin 20(1970)10, S. 16-22

Internationaler Wert / Definition für das Ökonomische Lexikon,

Berlin: Die Wirtschaft 1970. 1. u. 2. Aufl., 4 Spalten

1971

Bücher über sozialistische Weltwirtschaft / Rezension

Sozialistische Außenwirtschaft, Berlin 21(1971)2, S. 37-39

Zu einigen verstärkten und neuen Reproduktionseffekten der sozialistischen Wirtschaftsintegration

Sozialistische Außenwirtschaft, Berlin 21(1971)6, S. 12-17

Volkswirtschaftliche Akkumulationskraft und sozialistische Integration /
G. Kraft

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 19(1971)8, S. 1193-1206

Zeitfaktor und Außenwirtschaft

Sozialistische Außenwirtschaft, Berlin 21(1971)11, S. 5-9.

1972

DDR und RGW. Die sozialistische DDR und das sozialistische Weltsystem,
Berlin: Akademie-Verlag 1972, S. 43-80

Jahrbuch Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften
zu Berlin, Teil II

Intensivierung des sozialistischen Produktionsprozesses. Strukturpolitik
und ökonomische Integration der Mitgliedsländer des RGW / Russisch.

In: Aktuelle Probleme der sozialistischen ökonomischen Integration der
Mitgliedsländer des RGW, Materialien eines intern. Symposiums

Moskau: 1972, S. 89-98

Vergesellschaftung, Internationalisierung, sozialistische Integration. Zur Ent-
faltung des internationalen Charakters der sozialistischen Produktionsweise
Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin 20(1972)7, S. 857-876

Sozialistische ökonomische Integration und Intensivierung der
gesellschaftlichen Reproduktion / P. Sydow

Einheit, Berlin 27(1972)9, S. 1183-1191

Wirtschaftswachstum und sozialistische internationale Wirtschaftsintegration

In: Faktoren und Kriterien der intensiv erweiterten Reproduktion im

Sozialismus. Hrsg.: K. Bichtler; H. Maier; Berlin: Akademie-Verlag 1972,
S. 102-122 (Schriften Institut für Wirtschaftswissenschaften, 1)

Auch in Russisch erschienen

1973

Zur Dynamik und Struktur der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft

in: Wolfgang Eichhorn: Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen

Berlin: Akademie-Verlag 1973, S. 15-24

(Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 21)

Gesellschaftswissenschaftliche Besinnungen

(Beitrag zur Diskussion) / J. Kuczynski,

Berlin: Akademie-Verlag 1973, S. 34-37

(Sitzungsberichte des Plenums und der Klassen der AdW der DDR, 7).

Intensivierung des sozialistischen Reproduktionsprozesses.

Akkumulation und Wirtschaftsintegration der RGW-Länder

In: Sozialistische Akkumulation. Fragen der Theorie und Planung

Moskau: Nauka 1973. S. 364-395 (russ.)

(Gemeinschaftsarbeit sowj. u. DDR-Autoren; Hrsg. A. Notkin)

Lebendiger denn je – 125 Jahre kommunistische Manifest

Horizont, Berlin (1973)8, S. 8-9

Das Theorem der internationalen Mobilität der Produktivkräfte in der marxistischen Weltwirtschaftstheorie

Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, gesellsch.- u. sprachwiss. R., Berlin

22(1973)6, S. 515-517

Vergesellschaftung und Integration im Sozialismus,

Berlin: Akademie-Verlag 1973. 228 S.

(Schriften Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 8)

Wahl von Produktionsstandort und internationale Mobilität von Produktivkräften in der Wirtschaftsintegration der RGW-Länder

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 21(1973)9, S. 1298-1311

Zunehmende Interessenübereinstimmung im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration

In: 50 Jahre UdSSR

Leipzig: Karl-Marx-Universität Leipzig 1973, S. 283-286

1974

A. P. Butenko: »Zur Dialektik von Einheit und Interessen im sozialistischen Weltssystem« (Wiss. Bearbeiter)

Berlin: Akademie-Verlag 1974. 121 S.

(Forschungsberichte des ZIW der DDR, Nr. 7)

Integrationsgemäße Praxis, Forschung und Lehre Probleme der sozialistischen ökonomischen Integration, 7. Tagung des Wissenschaftl.

Rates für die wirtschaftswiss. Forschung.

Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 105-109

(Sitzungsberichte der AdW, Jg. 1973, Nr. 14)

Intensivierung des sozialistischen Reproduktionsprozesses,

Akkumulation und internationale Wirtschaftsintegration

In: Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation.

Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 392-438

Probleme der Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zur Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion – unter besonderer Beachtung der entscheidenden Rolle der Arbeitsproduktivität

(Thesen) / H. Maier; G. Richter; O. Kratsch; G. Knobloch; H. Roos.

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 22(1974)1, S. 1-39

RGW – DDR. 25 Jahre Zusammenarbeit / G. Huber; J. Keil; W. Keller;

G. Kraft; A. Krause; P. Sydow; J. Streber; H. Ufer.

Berlin: Akademie-Verlag 1974. 223 S.

(Schriften Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 9)

Sozialistische ökonomische Integration – ein entscheidender Prozeß bei der Intensivierung des Reproduktionsprozesses der DDR / P. Sydow; W. Keller

In: Probleme der Intensivierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses

Berlin: Akademie-Verlag 1974. S. 115-127

(Forschungsberichte des ZIW, Nr. 6)

Wirtschaftsintegration und Annäherung sozialistischer Nationen

Horizont, Berlin 7(1974)6, S. 8-9

Vyvojové a strukturální tendence regionálního a mezinárodního obchodu

(Innerregionaler und internationaler Handel: Tendenzen der Entwicklung und der Struktur)

Polit. Ekon., Praha 22(1974)11, S. 1003-1011

1975

The CMEA countries and international economic relations
(Die RGW-Mitgliedsländer und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen)
Acta oecon., Budapest 14(1975)4, S. 293-311

El comercio internacional l interregional: tendencias y estructuras
(Internationaler und interregionaler Handel: Tendenzen und Strukturen)
Economía y desarrollo, Ha Habana (1975)28 , S. 31-48

Zur Dialektik von gesellschaftlichen und individuellen Beziehungen/
J. Lekschas
In: Verantwortung und Recht in der sozialistischen Gesellschaft
Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 20-21
(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Gesellschaftswissenschaften; Jg. 1975,
Nr. 12G)

Diskussionsbeitrag
In: Alfred Kosing »Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft«
Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 50-59
(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Jg. 1973, Nr. 23)

Imperialistisches Weltwirtschaftssystem und internationale Arbeiterklasse
In: Disziplinäres und interdisziplinäres Wirken – Jürgen Kuczynski zum
70. Geburtstag
(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Gesellschaftswissenschaften;
Jg. 1975, Nr. 4G)

Internationale ökonomische Beziehungen.
Das sozialistische Weltwirtschaftssystem
Berlin: VEB Verlag Technik 1975
(Sektion Außenwirtschaft der Hochschule für Ökonomie,
Wissenschaftsbereich Internationale ökonomische Beziehungen)
1. Lehrbrief, II. Ausgabe

Interregionaler und internationaler Handel: Trends und Strukturen.
Hauptreferat in der Arbeitsgruppe J, 21. August 1974
In: Ökonomische Integration. Beiträge der DDR-Teilnehmer zum
IV. Weltkongreß der Ökonomen. Hrsg. Fred Oelßner
Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 12-29
Übers. ins Engl.: World Trade and Intraregional Trade:
Trends and Structural Changes
In: Economic Integration – Worldwide, Regional, Sectoral Proceedings
of the International Economic Association of the Fourth Congress,
London 1976; S. 339-352

Interview zur sozialistischen ökonomischen Integration
Sächsische Zeitung vom 5. Juli 1975, S. 1

Ökonomische Theorie und sozialistische Integration.
Einige methodologische Bemerkungen
Berlin: Akademie-Verlag 1975. S. 42
(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Gesellschaftswissenschaften;
Jg. 1975, Nr. 1G)

Sollten wir differenzieren? Diskussionsbeitrag
In: Herbert Meißner »Methodologische Probleme der ideologischen
Auseinandersetzung unter dem Einfluß der friedlichen Koexistenz«
Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 25-28
(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Jg. 1975, 8G)

Das sozialistische Weltwirtschaftssystem
Lehrbrief der Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« Berlin
Berlin 1975. S. 65

Stochastischer Charakter ökonomischer Gesetze und Verhaltensweisen
In: Fred Oelßner »Gesetze der sozialistischen Ökonomie«
Berlin: Akademie-Verlag 1975, S. 17-22
(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Jg. 1973, Nr. 22)

1976

Adam Smith gestern und heute
Spektrum, Berlin 7(1976)5, S. 32-33

Der Außenhandel der Mitgliedsländer des RGW von 1955 bis 1974
Statistische Übersichten / R. Brauer; P. Sydow
Berlin: o.V. 1976, S. 35

Development and Distribution Policies (Entwicklung und Verteilungspolitik)
Labour and Society, Geneva (1976) Juli/Oct., S. 142-149
(Double number devoted to the World Symposium
on the Social Implications of a New International Economic Order,
Geneva, 19.-23. January 1976)

Zu einigen neuen weltwirtschaftlichen Entwicklungen
In: Neue Entwicklungstendenzen in der heutigen Weltwirtschaft
(Einleitendes Referat auf dem wiss. Kolloquium)
Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 5-44
(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Gesellschaftswissenschaften; Jg. 1976,
Nr. 4G)

Die Erhöhung der Effektivität der volkswirtschaftlichen Reproduktion durch die sozialistische Wirtschaftsintegration / W. Keller; B. Stolzenburg; P. Sydow)

In: Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft
Berlin: Akademie-Verlag 1976. S. 970 (Bd. I-II)
(Schriften des ZIW der AdW der DDR, Nr. 13)

International Trade and Finance. Essays in Honour of Jan Tinbergen, New York 1974 / Rezension
Deutsche Literaturzeitung, Berlin (1976)7/8, S. 471

Internationale Arbeitsteilung und Außenhandel bei Adam Smith
In: Adam Smith gestern und heute. 200 Jahre »Reichtum der Nationen«
Berlin: Akademie-Verlag 1976, S. 189-204
Tanus: Glashütte 1976, S. 228-234 (Lizenzausgabe)
(Internat. Kolloquium in Halle 1976)

Intra-European Trade and New Trends in International Economic Relations (Der innereuropäische Handel und neue Tendenzen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen)

In: World Economy and East-West Trade.
Wien, New York: Springer-Verlag 1976, S. 11-42
(Beitrag auf einem Kolloquium in Wien, 13.-17.10.1975.
The Vienna Institute for Comparative Economic Studies)
East-West European Economic Interaction Workshop Papers
Edited by F. Nemschak

Obobscestvlenie i integracija pri socializme/ Nachwort O. T. Bogomolov
Moskva: Progress 1976. S. 344
(Socializm: Opyt. Problemy. Perspektivy)
(Überarb. u. erg. Ausgabe des Buches »Vergesellschaftung und Integration im Sozialismus«, Berlin 1973)

Politiques de développement et de distribution
(Politik der Entwicklung und Verteilung)
Travail et Societé, Genf (1976)3-4, S. 149-155

Sozialismus und Weltwirtschaft
In: Festschrift für Seijiro Usami zum 60. Geburtstag (japanisch)
Tokio 1976, S. 319-337

P. Sraffa: Warenproduktion mittels Waren
(Übersetzer und Herausgeber) Vorwort / H. Behr
Frankfurt /M.: Suhrkamp Verlag 1976 (urspr. Akademie-Verlag 1968)

Sozialismus und »Westhandel«
 Sächsische Zeitung (1976-12-18/19)
 Sächsisches Tageblatt, (1977-01-06)

1977

Comments on Ch. Saunders: Concentration and Specialization in Western industrial countries.

Comments on Ph. Hansen: Forms and dimensions between East and West and on A. Bykow: Perspectives of East-West relations in technology transfer
 In: Industrial Policies and Technology Transfers between East and West, East-West European Economy Interaction Workshop Paper, Vol. 3
 Wien – New York 1977, S.101 und S. 179-180

Commercio internazionale e scambi intraregionali:

Tendenze e modificazioni strutturali

(Internationaler Handel und interregionale Beziehungen:
 Tendenzen und Strukturmodifikationen)

In: Economia Internazionale, Rom Vol. XXX, Nr. 1, Februar 1977, S. 19-32

Einige Probleme der wissenschaftlich-technischen Beziehungen der RGW-Länder mit entwickelten kapitalistischen Ländern und mit Entwicklungsländern

In: 25 Jahre wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit UdSSR – DDR
 Moskau: Progress 1977, S. 84-92 (russ.)

(Materialien einer wiss. Konferenz, Moskau 1977)

Industrial policies and technology transfers between East and West.

Comments on Ch. Saunders: Concentration and specialization in Western industrial countries
 Comments on Ph. Hansen: Forms and dimensions between East and West

Comments on A. Bykow: Perspectives of East-West relations in technology transfer East-West European Economy. Interaction Workshop Paper. Vol. 3
 Wien, New York 1977, S.101, S.179-180

Internationale Arbeitsteilung und internationale Werte. Ein sozialistischer Standpunkt

Veröffentlichter Beitrag auf dem 5. Weltkongreß der I.E.A., Section V, im Sept. 1977 in Tokio. S. 25

Sozialistische Außenwirtschaft / Rezension

Berlin: Die Wirtschaft 1976

Wirtschaftswissenschaft, Berlin (1977)7, S. 1074-1077

1978

Zu aktuellen Problemen der Bildung internationaler Werte

In: Die planmäßige Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen ökonomischen Integration. Materialien der intern. wiss. Konferenz vom 24.-25.10.1978 an der Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« Forschungsinformation Außenwirtschaft(1978), S. 75-82

Effektivität der Außenwirtschaftsbeziehungen / Rezension
Wirtschaftswissenschaft, Berlin 26(1978), S. 1007-1008

Zu einigen Investitionsentwicklungen in den europäischen RGW-Ländern

In: Festschrift für Franz Nemschak. Hrsg. v. F. Levčik

Wien: Springer 1978, S. 465-481

(Studien über Wirtschafts- und Systemvergleiche,
Wiener Institut für Internationale Systemvergleiche)

Marx' Theorie von den internationalen Werten in den

Darstellungen »neomarxistischer« und ähnlicher Autoren

In: Zur Krise der bürgerlichen Ideologie/ M. Buhr; G. Kohlmeier; H. Meißner

Berlin: Akademie-Verlag 1978, S. 23-30

(Sitzungsberichte der AdW der DDR, Gesellschaftswissenschaften;
Jg. 1978, Nr. 7G)

In memoriam Fred Oelßner

Spektrum, Berlin 9(1978)1, S. 16

Sozialistische Integrationsprozesse und Investitionsentscheidungen

In: Materialien des Arbeitskreises 8 der wirtschaftswissenschaftlichen
Konferenz der DDR, hrsg. v. Integrationsrat 2/1978, S. 66-80
(nicht für die Veröffentlichung)

Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Wesen – Widersprüche – Perspektiven. Rundtischgespräch

IPW-Berichte, Berlin 7(1978)3, S.1-14

1979

Einige Bemerkungen zu Entwicklungen der Wirtschaftsstrukturen in den
RGW-Ländern

In: Materialien der 37. Ratstagung des Wiss. Rates für Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration 3/1979, S. 86-91

Einige Bemerkungen zur Dialektik von Nationalem und Internationalem in
der heutigen Zeit

Gesellschaftswissenschaftliche Informationen, Berlin (1979) GW 2, S. 9-25

Zur Entwicklung der Theorie vom sozialistischen Außenhandel

In: 60 Jahre politische Ökonomie des Sozialismus

Berlin: Akademie-Verlag 1979, S. 99-104

(Forschungsberichte des ZIW der AdW der DDR, Nr. 30)

Nation – Staat – Internationalisierung

Spektrum, Berlin 10(1979)12, S. VI-VII

Sozialismus und internationale Wirtschaftsbeziehungen

(Vortrag aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde)

Wiss. Z. Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« Berlin,

Berlin 24(1979)1, S. 7-10

Sozialistische Integrationsprozesse und Investitionsentscheidungen

In: Hauptwege zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.- Wirtschaftswiss.

Konferenz der DDR 21./22.4.1978

Berlin: Akademie-Verlag 1979, S. 392-399

(Abhandlungen AdW der DDR, 1978, W8)

Volkswirtschaftsstruktur und Wirtschaftsbeziehungen

zwischen RGW-Staaten und Entwicklungsländern

In: Ausgewählte Aspekte der wirtschaftlichen Beziehungen der

Mitgliedsländer des RGW mit Entwicklungsländern

Berlin: Akademie-Verlag 1979, S. 45-47

(Materialien der 36. Ratstagung des Wiss. Rates für Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration 2/1979)

Vorbemerkungen zu »Nationales und Internationales in der Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft«

Gesellschaftswissensch. Inform., Berlin(1979) GW 2, S. 5-8

Wissenschaft, Wachstum, Wirkung: spektrum Rundtischgespräch

aufgezeichnet von Hildegard Hesse und Joachim Mörke

Spektrum, Berlin(1979)10, S. 4-10

1980

Effektivität und Internationalisierung der sozialistischen Volkswirtschaft

In: Ökonomische Effektivität der gesellschaftlichen Produktion im entwickelten Sozialismus. Theorie – Planung – Messung / G. Fröhlich; P. Sydow

Berlin: Akademie-Verlag 1980, S. 64-83

(Sozialismus: Erfahrungen, Probleme, Perspektiven)

1981

East-West-South. Economic Interactions between three Worlds.

Edited by Christopher T. Saunders

(Osten-Westen-Süden. Beziehungen zwischen drei Welten)

London: The Macmillan Press Ltd. 1981, S. 333-336

Volkswirtschaftliche Strukturen und internationale Arbeitsteilung

In: Theoretische Fragen der sozialistischen ökonomischen Integration, ihrer Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung

Berlin: Akademie-Verlag 1981, S. 85-88

(Abhandlungen der AdW der DDR, Abt. Veröff. der Wiss. Räte, Jg. 1981, Nr. W5)

1982

Internationale Wirtschaftsbeziehungen / Rezension

Wirtschaftswissenschaft, Berlin 30(1982)4, S. 616-618

Economic development and international factor mobility

in: Negolslav Ostojic/Milutin Virovic/Francois Perroux:

International Financing of Economic Development

Beograd: WSBM 1982, S. 103-113

1983

Structures économiques et division internationale du travail dans la région européenne du C.A.E.M.

(Wirtschaftsstrukturen und internationale Arbeitsteilung in der europäischen Region des RGW)

Économies et Sociétés, Paris Tome XVII, no 1, janvier 1983, S. 89-113

(Cahiers de l'Inst. de Sciences Mathématiques et Économiques Appliquées, ed. F. Perroux u.a.)

Modell und empirische Analyse im ökonomischen System von Karl Marx

in: Vorträge zu aktuellen Fragen der Politischen Ökonomie

(Wissenschaftliches Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Akademiemitglied Gunther Kohlmey)

Berlin: Akademie der Wissenschaften der DDR 1983, S. 120-127

1984

International values and the international division of labour

(Internationale Werte und internationale Arbeitsteilung)

In: The Economics of Relative Prices. Proceedings of a Conference held by the International Economic Association in Athens, Greece, ed. by Béla Csikós-Nagy, Douglas Hague and Graham Hall, London 1984, S. 300-307

Internationale Werte heute

(Methodologisches und Empirisches)

Als Manuskript gedruckt, Berlin 1984

Marx' Wertmethodologie und die internationalen Werte heutzutage

Wiss. Z. Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« Berlin,

Berlin 29(1984)4, S. 10-14

Vorwort zu Hans-Peter Krüger: »Werte und Weltmarkt. Zur Bildung und Realisierung internationaler Werte«

Berlin: Akademie-Verlag 1984, S. 7-19

Erwiderung

in: Zum wissenschaftlichen Werk von Gunther Kohlmeier

Berlin: Akademie-Verlag 1984, S. 43-44

(Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 9G)

1985

Philosophie – Recht – Wirtschaft

in: Eberhard Poppe/Wolfgang Weichelt: Arthur Baumgarten zum

100. Geburtstag

Berlin: Akademie-Verlag 1985, S. 29-32

(Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 15G)

Drei Formen und Stufen der Entfaltung volkswirtschaftlicher Werte zu internationalen

Wiss. Z. Hochschule für Ökonomie »Bruno Leuschner« Berlin, Berlin

30(1985)4, S. 57-61

Einige persönliche Erfahrungen der Zusammenarbeit mit

sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern

in: 40 Jahre Befreiung vom Faschismus – 40 Jahre erfolgreiche

Zusammenarbeit der Ökonomen der DDR und der UdSSR

Berlin: Akademie der Wissenschaften der DDR 1985, S. 35-41

1986

Moderne Produktion und Arbeitswerttheorie

Berlin: Akademie-Verlag 1986

(Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 9G)

1988

Wege zur politischen Ökonomie

Staat und Recht, Berlin 37(1988)9, S. 791-793

1989

Über die Einheit der Widersprüche zwischen Produktivkräften
und Produktionsverhältnissen

in: Gerhard Schulz: Zur Dialektik von Produktivkräften und
Produktionsverhältnissen

Berlin: Akademie-Verlag 1989, S. 41-43

(Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 10G)

Particularidades de la formación internacional del valor

Teoría y práctica de los precios, Havanna, 11(1989)1, S. 69-89

Sozialistische internationale Wirtschaftsbeziehungen. Anfänge
und Entwicklungen ihrer Theorie

Berlin: Akademie der Wissenschaften der DDR 1989. 149 S.

(Studien, Forschungsberichte, Kolloquien, Heft 14)

Sozialismus auf seinen Wegen

In: Internationalisierung volkswirtschaftlicher Reproduktion

(Kolloquium aus Anlaß des 75. Geburtstages von Akademiemitglied
Gunther Kohlmey)

Berlin: Akademie der Wissenschaften der DDR 1989, S. 72-81

Arthur Utz, Die marxistische Wirtschaftsphilosophie / Rezension

Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. LXXV/4 (1989), S. 542-545

Zu einer Bucharin-Edition

Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin 37(1989)12, S. 1132-1136

1990

Reform zu einer Solidargemeinschaft

Die Weltbühne 85(1990)3, S. 65-67

Erster Anspruch: Auseinandersetzung mit sich selbst

PDS Pressedienst 1(1990)34, S. 7

1991

Sollten wir nicht doch wieder Runde Tische zimmern?

Neues Deutschland 46(1991-10-26/27)

Eigentum – Markt – Staat

UTOPIE kreativ, Heft 9 (Mai 1991), S. 9- 16

Zwei Studien zur Weltlage

UTOPIE kreativ, Heft 13 (September 1991), S. 13- 17

Nun »Selbsthilfe« statt »Leben aus einem Topf«

Neues Deutschland 46(1991-11-16/17)

1992

Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe

UTOPIE kreativ, Heft 21/22 (Juli/August 1992), S. 88- 94

Den Auftrag »bis zur Unkenntlichkeit verändert«

Neues Deutschland, Berlin 47(1992-12-11)

1993

Das Geld und die Freiheit

UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 27/28 (Januar/Februar 1993), S. 36-42

Ethnische Selbstbestimmung und Globalität

UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 37/38 (November/Dezember 1993), S. 9-16

Alternative Politik ohne neues Denken (zus. mit W. Adolphi)

Neues Deutschland, Berlin 48(1993-12-20)

auch in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 41/42 (März/April 1994), S. 136-139

1994

Noch einmal: Perestroika und Weltpolitik

UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 41/42 (März/April 1994), S. 130-135

